Paul Rassinier

DIE JAHRHUNDERT-PROVOKATION

Wie Deutschland in den Zweiten Weltkrieg getrieben wurde

Mit einem Nachwort
von
David Irving

GRABERT-VERLAG-TÜBINGEN

Schutzumschlag: Creativ GmbH, Stuttgart
Übersetzung aus dem Französischen: Claude Michel
Titel der französischen Originalausgabe:
Les responsables de la seconde Guerre mondiale
Nouvelles Editions Latines, Paris 1967

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Rassinier, Paul:
Die Jahrhundert-Provokation: wie Deutschland in den Zweiten Weltkrieg getrieben wurde/Paul Rassinier.
[Übers. aus d. Franz. von Claude Michel].
Tübingen: Grabert, 1989
(Veröffentlichungen des Institutes für Deutsche Nachkriegsgeschichte ; Bd. 16)
Einheitssacht.: Les responsables de la seconde Guerre mondiale < dt. >
ISBN 3-87847-100-9

NE: Institut für Deutsche Nachkriegsgeschichte < Tübingen >
Veröffentlichungen des Institutes . . .

ISBN 3-87847-100-9
ISSN 0564-4186

7400 Tübingen, Postfach 1629
Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

»Ich würde Judas retten,
wenn ich Jesus wäre.«
Victor Hugo

Der Verfasser dieser Abhandlung war ein Widerstandskämpfer der ersten Stunde. Zusammen mit Georges Bidault und zwei anderen ehrenhaften Männern, Henri Ribière und Kommandant Lierre, gründete er die Bewegung *Libération-Nord*. Als Gründungsmitglied wurde er 1943 von der Gestapo verhaftet und in deutsche Konzentrationslager geschleppt, wo er neunzehn Monate verbrachte. Er kam als Kriegsinvalide zurück und konnte sein Lehramt nicht mehr ausüben. Er erhielt die goldene Verdienstmedaille und das Abzeichen des Widerstands.

Er ist auch ein Sozialist. Er war fünfzehn Jahre lang Generalsekretär des sozialistischen Verbands im Territoire-de-Belfort und Abgeordneter der zweiten Assemblée Constituante (gesetzgebenden Versammlung). Innerhalb der Sozialistischen Partei gehörte er dem pazifistischen Flügel um Paul Faure an. Mit anderen Worten: er sprach sich für das Münchener Abkommen aus. Daher sind die von ihm verfochtenen Thesen weder die der Widerstandsbewegung noch die der jetzigen Sozialistischen Partei.

Für viele ist das ein Widerspruch.

Es ist nämlich schwer begreiflich, daß die ihm in den deutschen KZs zugefügten Leiden sich nicht auf die Überlegungen eines ehemaligen Deportierten auswirken und seine Gedankenführung nicht steuern. Der Verfasser muß zunächst festhalten, daß er ohne Rachsucht aus der Deportation zurückkehrte. Die Talionslehre (›Auge um Auge, Zahn um Zahn‹) ist eine primäre Reaktion, wenn nicht die eines Pri-

mitiven, und man muß sie den Anhängern des Alten Testaments überlassen.

Viel verlockender ist die Vergebung der Sünden. Der außerordentliche Reichtum des Neuen Testaments, das ebenso mythisch und unhistorisch ist wie das alte, rührt davon her, daß es diesen rationalen moralischen Wert zu seinem Grundgesetz erhob. So eröffnete es der Menschheit die Tore zur Brüderlichkeit und zog sie aus der betretenen Bahn der Rache und des Hasses heraus. Sollte die Sündenvergebung eines Tages zum Grundgesetz unserer Zivilisation werden, dann wird man dem — in manch anderer Hinsicht so anfechtbaren — Christentum danken müssen, sie ihr eingebracht zu haben.

Die Anwendung dieses Leitsatzes würde sofort erkennen lassen, daß nicht etwa die Menschen zu verdammen sind, sondern die Ereignisse, über die sie, die Unglücklichen, nicht Herr werden können. Im vorliegenden Fall war es der Krieg! Bedauern wir all diejenigen, die diese Grundwahrheit nicht begreifen! Lassen wir sie allein mit ihren primitiven Reaktionen und schreiten wir vorwärts in Richtung auf menschliche Brüderlichkeit!

Man müßte die Rinde des Sozialismus kaum abkratzen, um zu erkennen, daß ihm eine gleichgeartete Philosophie zugrunde liegt. Und wenn man weiß, daß die Essener, denen wir den Geist des Neuen Testaments verdanken, diese Lehre als erste in Anwendung brachten, kann man nicht umhin, einen Zusammenhang herzustellen. Viele taten es übrigens schon und behaupteten, Christus sei ›der erste Sozialist der Welt‹ gewesen.

Der Sozialismus ist in der Tat die Lehre der menschlichen Brüderlichkeit schlechthin. Er erkennt die Teilung der Menschen in Gesellschaftsklassen oder in rivalisierende Nationen nicht an: er leidet unter dieser Teilung und will sie abschaffen. Mit Gewalt? Der Brite Robert Owen (1771—1858), die Franzosen Saint-Simon (1760—1835), Fourier (1772—1837), Louis Blanc (1811—1882) und alle Sozialisten jener Zeit, de-

nen man die dumme Bezeichnung ›utopistische Sozialisten‹ gab, waren Pazifisten. Erst Karl Marx, mit seiner Theorie des Klassenkampfes, der Machtergreifung auf den Barrikaden und der Diktatur des Proletariats, führte Gewalt und Haß in den Sozialismus ein.

Freilich baute Marx seine Theorie lediglich auf gesellschaftlicher Ebene auf und mit der Absicht, die armen Schichten zum Angriff auf die reichen zu bewegen: er arbeitete somit auf den Bürgerkrieg hin. Im Namen des Sozialismus dehnten ihn seine geistigen Erben auf die reichen und die armen Nationen aus: auf den Krieg überhaupt.

Der Sozialismus — als Denkgebäude und als Doktrin — hat mit alledem nichts zu tun, und keiner stellte besser als Jean Jaurès mit seinem Leben unter Beweis, daß der Sozialismus keine Lehre des Kampfes ist, sondern eine der Verständigung zwischen allen Menschen und allen Völkern. Damals folgten ihm die Sozialisten nicht: sie traten in den Krieg ein. Aber bereits 1917 (Kienthal und Zimmerwald) waren sich viele ihres ideologischen Verrats bewußt, und alle hatten seine Fährte wiedergefunden, als sie sich gegen den Versailler Vertrag aussprachen.

Der Verfasser ist in dieser Fährte geblieben.

Er hat nie verstanden und wird bestimmt nie begreifen, daß die Sozialistische Partei Frankreichs innerhalb von zwanzig Jahren eine vollständige Kehrtwendung machen konnte. Am 14. Juli 1919 verfügte die Sozialistische Partei: »Der Versailler Vertrag geht aus dem wohl skandalösesten Mißbrauch der Geheimdiplomatie hervor, verletzt offen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, knechtet ganze Nationen, erzeugt neue Kriegsgefahren und zieht Gewaltmaßnahmen gegen sämtliche Befreiungsbewegungen nach sich, nicht nur in Rußland, sondern auch in allen Ländern des früheren Habsburgischen Reichs, in Ungarn, im gesamten Orient und in Deutschland. Dieser Vertrag kann in keiner Weise die Zustimmung der Sozialistischen Partei erhalten. Er muß nicht teilweise geändert, sondern vollständig neu ausgearbeitet

werden.« — 1938, auf dem Parteitag in Royan, beschloß sie, daß sie »die nationale Unabhängigkeit sowie die Unabhängigkeit aller Nationen verteidigen« werde, »die durch die Unterschrift Frankreichs geschützt sind«. Das heißt, sie werde den Versailler Vertrag, der damals »in keiner Weise die sozialistische Zustimmung erhalten« konnte, im ursprünglichen und vollständigen Wortlaut verteidigen. 1938, als alle Voraussetzungen zu einer Korrektur dieses Vertrags erfüllt waren, die sie 1919 forderte!

Es wäre eigentlich zutreffender zu behaupten, daß der Verfasser doch zu gut verstanden hat: 1938 wie heute hatten die Freimaurer (deren tatkräftiges Element die Juden ausmachen) die Mehrheit im Vorstand der Sozialistischen Partei, weil sie in der Partei selbst in der Mehrzahl waren. Und nur deshalb konnte Léon Blum diese antisozialistische Entschließung von dem Parteitag 1938 — freilich mit knapper Mehrheit — verabschieden lassen. Léon Blum ging es nicht darum, ein gerechtes Verhältnis zwischen den Nationen herzustellen, sondern Hitler wegen seiner Rassenpolitik niederzukämpfen, also wegen einer Ideologie, die zudem mit der damaligen Debatte nichts zu tun hatte.

Man hätte Léon Blum noch verstanden, wenn Verhandlungen mit Hitler nicht mehr möglich gewesen wären. Das war aber nicht der Fall. Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß der Parteitag von Royan, auf dem er diese Entschließung verabschieden ließ, im Juni 1938 stattfand; die im September darauf abgehaltene Münchener Konferenz brachte indes wohl den Erweis, daß durchaus annehmbare Kompromisse aus den Gesprächen hervorgehen konnten, die man mit Hitler zu führen überhaupt gewillt war.

Einige Tage nach diesem berühmt-berüchtigten Parteitag hatte die internationale Konferenz von Evian (6. bis 15. Juli 1938) bestätigt, daß ein annehmbarer Kompromiß mit Hitler erzielt werden konnte — sogar über die Juden!

Die vorliegende Schrift will zeigen, daß eine angemessene Lösung der damals offenen europäischen Streitfragen durch

Verhandlungen mit Hitler bis zum 3. September 1939 möglich war. Anhand der Dokumente will sie daher diejenigen nennen, die solche Verhandlungen verhinderten.

Sie geht aber weit über die Umstände hinaus, unter denen die Feindseligkeiten eröffnet wurden und die, wie in jedem Krieg, nur eine schlechte Zusammensetzung von Vorwänden sind. Der Überschrift liegt zweifellos die Absicht zugrunde, eine bestimmte Politik in Frage zu stellen und sie anders zu beleuchten, als es seit Kriegsende der Fall ist. Es ist zum Beispiel undenkbar, daß der Versailler Vertrag und seine Urheber nicht mehr die Hauptschuld am Zweiten Weltkrieg tragen: Alles rührte von dort her, der Verfasser zeigt es auf, und daher ist es nur verständlich, daß er diese übrigens vorsätzliche Unterlassung ausgleichen will. Die Sache wird meist gut ins Werk gesetzt: die lästigen Fakten werden einfach verschwiegen, und man gibt es bisweilen auch unbefangen zu. So legte René Rémont, Professor für Zeitgeschichte an der Pariser Sorbonne, eine Bibliographie des Zweiten Weltkriegs vor (*Bulletin de la Société des Professeurs d'histoire et de géographie de l'Enseignement public*, Oktober 1964) und bemerkte unverfroren, sie sei »lediglich der Ausdruck einer persönlichen Auswahl und einer Subjektivität«. Tatsächlich verweist diese Bibliographie nur auf solche Titel, die den offiziellen Thesen entgegenkommen.

Das hat, offen gestanden, mit Geschichte nichts mehr zu tun, das ist Politik, und die schlimmste dazu.

Die goldene Regel der Geschichtsschreibung und -wissenschaft ist die Sachlichkeit, und nicht die Subjektivität. Man muß mit solch schändlichen Methoden Schluß machen.

Das hat der Verfasser getan. Die Dokumente, auf die sich seine These stützt, spiegeln keine persönliche Auswahl wider: Er hat nämlich alle angeführt, die mit der Kriegsschuld zusammenhängen und bislang veröffentlicht wurden. Alle — was sie auch immer aussagen. Und somit spiegelt die Abhandlung die eigentliche Sachlage wider.

Paul Rassinier



Das Versailler Diktat rief eine unerträgliche Wirtschaftslage in Deutschland hervor. Die häufig geplünderten Lebensmittelläden stehen unter dem Schutz des Heeres.

Erster Teil

Der Versailler Vertrag Hitler-Deutschland und die allgemeine Abrüstung

»Der Vertrag ist eine der
abscheulichsten Handlungen eines
grausamen Krieges in der
zivilisierten Geschichte.«

John Maynard Keynes

I. Der Versailler Vertrag und Hitlers Machtübernahme in Deutschland

1. Die Wahlen vom 14. September 1930

Am 14. September 1930 wurden sich die traditionellen politischen Kreise in Deutschland erstmals der Gefahr bewußt, die die Nationalsozialistische Partei bzw. National-Sozialistische Deutsche Arbeiter-Partei und ihr Führer für die Staatsform darstellten. Bis dahin hatten sie sich eher aus Passivität denn aus Überzeugung zur republikanischen Form der Institutionen von den Bedingungen leiten lassen, unter denen der Erste Weltkrieg[1] für sie zu Ende gegangen war.

An jenem Tag hatten Wahlen stattgefunden, um einen plötzlich aufgetretenen Meinungsstreit zwischen Reichskanzler Brüning (Zentrum) und der Reichstagsmehrheit zu schlichten, also kurze Zeit, nachdem Brüning den Sozialdemokraten Müller am 30.3.1930 abgelöst hatte.

Zur allgemeinen Überraschung, auch Hitlers, erhielt die NSDAP 6 407 000 Stimmen (18,3% der Wählerschaft) und bildete im neuen Reichstag eine parlamentarische Fraktion mit 107 Abgeordneten. Bei den vorhergehenden Wahlen am 20. Mai 1928 hatte sie lediglich 810 000 Stimmen (2,6% der Wählerschaft) und 12 Mandate erhalten: dieser Sprung nach vorn war beeindruckend und konnte die Geister nur in Unruhe versetzen.

Es gab Ende 1930 allerdings auch wenige gute Geister in der Welt — zumindest unter ihren politischen Führern. Dafür hatte sie ganz andere Sorgen.

Ein Jahr zuvor, am 25. Oktober 1929, hatte sich in New York ein Ereignis abgespielt, das durch eine maßlose Entwicklung der Produktionsindustrie Amerikas hervorgerufen

worden war sowie durch eine wilde Spekulation und eine so gewaltige Kreditinflation, daß der einheimische Verbrauch die Waren nicht mehr aufnehmen konnte: der Börsenkrach an der Wallstreet, der eine seit Jahren latente Wirtschaftskrise von noch nie dagewesenem Ausmaß ans Licht brachte. Das Ausmaß war so groß, daß die Krise sich auf die gesamte Welt, vor allem auf Europa, ausweitete, und bei allen Anstrengungen war es seitdem keinem Staat der Welt gelungen, ihrer Herr zu werden.

Die Krise gehorchte einem einfachen Mechanismus: Arbeitslosigkeit und Absatzflaute hatten den Wallstreet-Krach verursacht, weil die meisten, deren Einnahmen verringert oder gar auf Null gesunken waren, ihre Schulden nicht mehr mit den Mitteln des Kredits und dem Verkauf auf Abzahlung zurückzahlen konnten. In Europa war das ohnehin schon kritische Gleichgewicht zwischen Erzeugungs- und Verbrauchsmöglichkeiten noch empfindlicher erschüttert worden als in den USA. Das durch den Ersten Weltkrieg zerrüttete Europa war zwangsläufig empfindlicher gegenüber der Krise als die Vereinigten Staaten, die der Krieg bereichert hatte und die nicht nur schuldenfrei waren, sondern nahezu überall über bedeutende Kreditreserven verfügten. Die Absatzflaute, die weltweit Arbeitslosigkeit nach sich zog, welche ihrerseits wiederum, wie in einem Teufelskreis, diese Absatzflaute verstärkte, konnte nur noch schrecklichere Folgen haben. Genaue Statistiken darüber liegen nicht vor, aber man sprach von etwa dreißig Millionen Arbeitslosen in der damaligen industrialisierten Welt, und die Marxisten, die im Aufwind waren, verkündeten siegessicher deren baldigen Zusammenbruch in einer allgemeinen Krise des Kapitalismus . . .

In dieser unheilvollen Atmosphäre, die sich gleich einer Kettenreaktion zusehends verschlimmerte, war man einzig darauf bedacht, mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen die Staatsform zu retten. Die deutschen Wahlen vom 14. September 1930 wertete die Weltöffentlichkeit, trotz des Blitzaufstiegs des Nationalsozialismus, insofern als nebensächliches

Ereignis, als sie in dem Augenblick keine Beziehung zwischen ihnen und dem Wallstreet-Krach herstellte, da sie den Wahlausgang für ein ausschließlich politisches, streng lokales und daher leicht einzudämmendes Ereignis hielt. Die Erfahrung gab übrigens Anlaß, es nicht tragisch zu nehmen: am 4. Mai 1924 hatte die NSDAP schon einmal 1 918 000 Stimmen (6,6% der Wählerschaft) erhalten und 32 Abgeordnete in den Reichstag entsandt, und schon damals hatte es einen schönen Schreck gegeben. Am 7. Dezember desselben Jahres war sie allerdings auf 908 000 Stimmen (3% und 14 Sitze) zurückgefallen, am 20. Mai 1928 sogar auf 810 000 Stimmen (2,6% und 12 Sitze).

Nur die Deutschen teilten nicht diesen Optimismus: Seit zehn Jahren hatten sie mit den Schwierigkeiten zu kämpfen, die der Versailler Vertrag ihnen bereitet hatte. Sie hatten die Entwicklung genau verfolgen können und wußten, daß die deutschen Verhältnisse in den Jahren 1924 und 1930 miteinander nichts gemein hatten und auch nicht vergleichbar waren. Um ihre Einschätzung der Lage zu verstehen, muß man auf das Jahr 1914 zurückgehen.

Im Jahr 1914 war Deutschland ein blühendes, im Aufschwung befindliches Land. Seine Industrie, die durch den Umfang wie auch durch die Qualität ihrer Erzeugnisse an erster Stelle in der Welt stand, war fast zum Alleinlieferanten des Österreichisch-Ungarischen Reichs, der Mitteleuropa- und Balkanländer, Rumäniens, Bulgarien sowie des Osmanischen Reichs geworden. Sie hatte sich in weiten Teilen Afrikas und bis zum Fernen Osten durchgesetzt. Sie griff auf Nord- und Südamerika über, forderte im eigenen Land Frankreich und sein Kolonialreich sowie England und sein Commonwealth heraus. Rußland erschloß sich ihr, ein Absatzmarkt, der mehrere Hundertmillionen von Verbrauchern zählte und sich ständig ausdehnte. Deutschland hatte den höchsten Lebensstandard der Welt, seine Sozialgesetze gehörten zu den fortschrittlichsten, und das erzeugte vielfach Neid.

Diesen riesengroßen Absatzmarkt hatte der Versailler Vertrag auseinandergenommen und ins Lager der Siegermächte übergehen lassen, namentlich der Briten, die sich mit US-Hilfe den Löwenanteil angeeignet hatten. Von vier Kriegsjahren erschöpft, kehrte Deutschland zu einer Friedenswirtschaft mit verminderten Produktionsmöglichkeiten zurück: gehemmt durch den Raub einiger rohstoffreicher Gebiete (Saarland, Ostoberschlesien), eines erheblichen Teils seiner Industrieausrüstung (Demontage der Fabriken, welche die Alliierten sich angeeignet hatten) und Verkehrsanlagen (Eisenbahn, See- und Flußschiffahrt). Deutschland war außerdem um seine Kunden gebracht worden und nicht mehr in der Lage, irgend etwas irgendwohin zu exportieren. Seine nahezu unversehrte Arbeitskraft war durch die Schließung seiner Fabriken (mit Ausnahme jener Werke, die für die Kriegsentschädigungen arbeiteten) zur Arbeitslosigkeit verurteilt worden. Eine astronomische Kriegsschuld[2] erdrückte den Staat und zwang ihn zu Auslandsanleihen, um sie zu tilgen.

Es wird aber nur den Reichen geliehen. In den ersten Jahren fand Deutschland trotz der Bemühungen des US-Handelsministers Hoover, der die Gefahr erkannt hatte, kaum Geldgeber oder zu wenige, um den wirtschaftlichen Zusammenbruch im Jahre 1923 zu vermeiden, als seine Goldreserven erschöpft waren. Die infolge des Rapallo-Vertrags (16. April 1922) zurückgewonnene Kundschaft der Russen (die wegen ihres politischen Systems von dem Versailler Vertrag ferngehalten worden waren) hatte auch nicht zum Ausgleich der Handelsbilanz gereicht.

Nun half die Angst vor dem Bolschewismus den Anglo-Amerikanern zu begreifen, was Frankreich nie verstand: Sie eilten Deutschland zu Hilfe und investierten das zum Wiederaufbau seiner Wirtschaft notwendige Kapital.

Die Amerikaner waren übrigens auch am ehesten in der Lage, das zu tun. Sie waren als die großen Sieger aus dem Krieg hervorgegangen. Ihre Goldreserven hatten sich von

2930 Milliarden Dollar im Jahre 1913 auf 4283 im Jahre 1919 erhöht; der Überschuß ihrer Außenhandelsbilanz war von 691 Millionen auf 4 Milliarden Dollar gestiegen, und ihre Gesamtforderungen an die übrigen Staaten, die sich 1919 auf 8750 Millionen Dollar beliefen, hatten ständig zugenommen. England schuldete ihnen 21, Frankreich 14,5, Italien 8 Millionen als Kriegsentschädigung.[3] Die USA waren reich, sehr reich. Mit diesem vielen Geld konnten sie unter anderem ihre industrielle Ausrüstung weiter ausbauen, zur ersten Wirtschaftsmacht der Welt aufsteigen, im eigenen Land das Kreditwesen, das ihnen 1929 so abträglich wurde, in großem Maßstab entwickeln.

Außerdem konnten sie Geld ans Ausland leihen. Also gewährten sie Deutschland Kredite; zunächst, im Jahre 1924, mit Vorsicht, ab 1928 aber in verstärktem Maße. Aus Angst vor dem Bolschewismus folgten ihnen die Briten auf diesem Weg, aber vorsichtiger und behutsamer.

Im Jahre 1929 mußte Deutschland immer noch auf seine früheren Absatzmärkte verzichten und lebte nahezu ausschließlich mit Hilfe dieser Anleihen, die seit 1924 auf 7 Milliarden Dollar angewachsen waren . . .[4]

Zur selben Zeit hatten die Vereinigten Staaten das während des Krieges angehäufte Riesenvermögen ganz als Inlandsinvestitionen und Auslandsdarlehen angelegt. England, Frankreich und Italien, bei denen Deutschland vom Dawes-Plan zum Young-Plan seine restlichen Kriegsschulden nicht mehr begleichen konnte, konnten wiederum ihre eigenen Zahlungen nicht mehr leisten. Schließlich setzte der Wallstreet-Krach die USA nicht nur außerstande, im Ausland weiter zu investieren, sondern zwang sie zur Rückführung dieser Auslandsinvestitionen, um den Folgen im eigenen Land zu begegnen.

England, das der finanzielle Zusammensturz der Amerikaner zur Aufgabe der Goldwährung im Jahre 1931 veranlaßte, schloß sich dem amerikanischen Vorgehen an. Diese Zurückziehung der Gelder machte Deutschland sehr zu schaffen:

Am 1. Juli 1930 gab es laut offizieller Statistik wieder 1 061 000 Arbeitslose. Und es hatte außerdem nicht den Anschein, als könne sich die Lage so entscheidend verändern, daß die Hochkonjunktur in die USA sowie nach England zurückkehre; das Manna, das ihm bislang zum Überleben verholfen hatte, wurde ihm entzogen; der Schatten einer neuen Pleite lag für lange Zeit, wenn nicht für immer, auf der deutschen Zukunft.

Da entstand zum zweitenmal in Deutschlands politischen Führungskreisen wie in seiner Öffentlichkeit eine Strömung, die sich als unumkehrbar erweisen sollte: die Erkenntnis nämlich, daß man sich möglichst bald vom Versailler Vertrag loslösen müsse, dessen wirtschaftliche Klauseln die jetzige Lage verursacht hätten.

Und in der Tat verschlechterte sich die Lage. Der Wahlausgang vom 14. September 1930 trug auch dazu bei. Am anderen Ende des politischen Spektrums hatten die Kommunisten 1 325 000 Stimmen hinzugewonnen (4 590 000 gegen 3 265 000 am 20. Mai 1928) und zogen in den neuen Reichstag mit 77 Abgeordneten gegen früher 54 ein, die das Gegenstück zu den 107 Hitler-Abgeordneten bildeten. Dagegen hatten die Sozialdemokraten rund 500 000 Stimmen verloren (8 576 000 gegen 9 153 000) und nur noch 143 gegen früher 153 Sitze errungen. Hugenbergs Deutschnationale Partei, die nicht so rechts beheimatet war wie die NSDAP, fiel von 4 382 000 auf 2 458 000 Stimmen zurück und zählte nur noch 41 Mandate gegenüber 71. Nur das katholische Zentrum behauptete seine Position mit 4 127 000 (gegenüber 3 750 000) Stimmen und 68 (gegenüber 62) Abgeordneten. Die übrigen Stimmen entfielen auf zahlreiche Grüppchen — parteilose Demokraten, Konservative, Bauern usw. —, die sich kaum gegen den Einfluß erwehren konnten, den der Nationalsozialismus auf sie ausübte.

Der neue Reichstag zählte 577 Mitglieder.

Den parlamentarischen Spielregeln gemäß mußte die Sozialdemokratische Partei als stärkste Partei die neue Regie-

rung bilden. Sie war es auch im alten Reichstag gewesen und hatte nach den Wahlen vom 20. Mai 1928 die Regierung um ihren Vorsitzenden, den neuen Reichskanzler Hermann Müller, gebildet. Angesichts des Rückzugs der anglo-amerikanischen Gelder und der nachfolgenden Arbeitslosigkeit waren am 29. März 1930 die politischen und wirtschaftlichen Führungsspitzen Deutschlands, die Vertrauten Präsident Hindenburgs, Reichsbankpräsident Schacht sowie die Großindustriellen, zu der Überzeugung gelangt, daß die Krise schlimm werden würde. Sie würde nur mit herkömmlichen Mitteln zu überwinden sein, und nicht mit denen der Sozialdemokratie: Diese war auf den Marxismus versessen, von der kommunistischen Demagogie gebannt und zu aufwendigen Ausgaben für die Arbeiterklasse geneigt, obwohl die damalige Konjunktur eine Sparpolitik verlangte.

Im Reichstag war das Müller-Kabinett einer Behelfskoalition (Hugenbergs Deutschnationaler Partei, katholischem Zentrum und Kommunisten) bei einer Abstimmung am 27. März 1930 unterlegen. Die Deutschnationale und die Kommunistische Partei, eine erstaunliche Vereinigung der Extreme, stimmten bei sämtlichen Abstimmungen grundsätzlich gegen alle Regierungen. Die schwache nationalsozialistische Vertretung und die parteilosen Abgeordneten hatten sich angeschlossen.[5] Der Fraktionsführer des Zentrums, H. Brüning, der die Krise ausgelöst hatte, sollte am 29. 3. 1930 gemäß den parlamentarischen Spielregeln die Nachfolge antreten.

Nach dem Wahlausgang vom 14. September 1930 kam es nicht mehr in Frage, einen Sozialdemokraten mit der Regierungsbildung zu betrauen: Der neue Reichstag nahm zu den Sozialdemokraten von vornherein eine feindlichere Haltung als der bisherige ein; außerdem stand die SPD nicht mehr so hoch in der Gunst der Öffentlichkeit. Die Sozialdemokraten hatten insgeheim (offiziell wäre es eine Selbstverleugnung gewesen) erkennen müssen, daß die bisherige Politik von Reichskanzler Brüning besser an die Erfordernisse der Lage

angepaßt war, und hatten sich am 29. März (zwei Tage nach dem Sturz der Regierung Müller) mit diesem Rückschlag leicht abgefunden: Sie hatten es dem katholischen Zentrum keineswegs übelgenommen, von den Regierungsgeschäften verdrängt worden zu sein, und waren sogar gefügig seiner Mehrheit beigetreten. Gerechtfertigt hatten sie ihre Haltung mit der Billigung nicht etwa seiner Politik, sondern der der Kommunistischen Partei, und mit dem Bestreben, die Bildung einer weiter rechts beheimateten Regierung (Hugenberg) zu verhindern. — Auch im September 1930 sollten sie sich nicht anders verhalten.

Der im September 1930 in seinem Amt bestätigte Kanzler Brüning wollte den Sozialdemokraten nicht zuviele Zugeständnisse machen, um nicht die verschiedenen Nationalen und Konservativen zu verlieren, die Hitler noch nicht endgültig für sich eingenommen hatte, durfte diesen wiederum auch nicht zuviele machen, wenn er jene nicht verlieren wollte. Auf diese Weise hatte er eine, wenn auch schwache Mehrheit im neuen Reichstag gefunden. Die Verlagerung von nur 23 Stimmen reichte allerdings, um in die Minderheit zu geraten. Dafür war die Mehrheit um so verständnisvoller: Als Kanzler Brüning in schwierigen Situationen mehrmals den Artikel 48 der Verfassung anwenden mußte, der den Notstand regelte und den Erlaß von Notverordnungen vorsah, erhob sie Proteste gegen das Verfahren nur in einer Form, die eher einer stillschweigenden Zustimmung gleichkam. Das trat vor allem dann ein, wenn die Sozialdemokraten, die nicht *für* ihn stimmen, ebensowenig *gegen* ihn stimmen konnten, sich der Stimme enthielten.

So erreichte man ohne große Mühe das Jahr 1932 . . .

2. Die Reichspräsidentenwahlen vom 13. März 1932

Das Jahr 1932 wurde vor allem durch die Reichspräsidentenwahlen gekennzeichnet. Die Amtszeit des Reichspräsi-

denten Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg ging zu Ende. Die Entwicklung der Lage wollte es, daß dieses Jahr außerdem durch zwei Reichstagswahlen geprägt wurde, die durch Auflösung des Gremiums notwendig wurden.

Seit 1930 hatte sich die Lage noch verschlechtert. Die Anglo-Amerikaner hatten mit immer mehr Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt und ihre Gelder weiterhin zurückgezogen. Da die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrags unantastbar waren (vor allem wegen Frankreich, dem ein gemeiner Gauner namens Klotz seine Ansichten aufgedrängt hatte), hatte Deutschland nicht den geringsten Absatzmarkt aus der Vorkriegszeit zurückgewonnen. Es konnte nur solche Erzeugnisse ausführen, die ausschließlich in Deutschland hergestellt wurden (Dieselmotoren), deren Qualität konkurrenzlos war (Osramlampen) oder die zu Luxusartikeln zählten (unter anderem Porzellan- und Glaswaren). Das reichte aber nicht aus, um die deutschen Arbeiter und Fabriken zu beschäftigen, vor allem nicht im Bereich der Schwerindustrie. Der russische Markt, den der Vertrag von Rapallo erschlossen hatte, war durch die Möglichkeiten Rußlands sowie durch die bolschewistische Diktatur stark beschränkt und stellte daher nur einen schwachen Beitrag dar. Seine Goldreserven waren wieder erschöpft. Reichskanzler Brüning bat vergeblich, man möge ihm den österreichischen Markt zurückgeben. Die von der Krise gleichermaßen betroffenen Österreicher waren damit einverstanden.

Am 24. März 1931 beschlossen beide Länder nach geheimen Verhandlungen ab September 1930 eine Zollunion zu gründen. Frankreich erhob großes Geschrei, als dies vorzeitig bekannt wurde: Das sei der erste Schritt zur Vereinigung beider Länder, zum *Anschluß*, den beide deutsche Staaten seit 1918 forderten, kurzum zu einem wieder erstarkten Deutschland. Frankreich wollte aber an seiner Seite ein schwaches, ewig schwaches Deutschland haben, um sich für immer vor einem Abenteuer wie dem Ersten Weltkrieg zu schützen. Die französische Regierung zog Deutschland und

Österreich vor den Völkerbund, unter Berufung auf Artikel 48 des Vertrags von St. Germain, der die Unabhängigkeit Österreichs für unveräußerlich erklärte und den mittel- oder unmittelbaren Anschluß an einen anderen Staat ohne seine Zustimmung untersagte.[6] Aus Verlegenheit brachte der Völkerbund die Sache vor den Internationalen Gerichtshof in den Haag; aber noch ehe sich dieser Anfang September 1931 mit 8 gegen 7 Stimmen gegen die Zollunion ausgesprochen hatte, hatten Deutschland und Österreich ihren Plan fallengelassen.[7]

Daraufhin wandte sich der Reichspräsident an die Vereinigten Staaten und setzte sie in Kenntnis, daß Deutschland außerstande war, seine Kriegsschuldzahlungen zu leisten, auch wenn sie durch den Young-Plan erheblich erleichtert worden waren. Präsident Hoover nahm diese Mitteilung ernst und unterbreitete England, Frankreich und den Gläubigern des Reichs offiziell ein eventuell verlängerbares Zahlungsmoratorium zugunsten Deutschlands. Alle erklärten sich damit einverstanden, außer Frankreich, das immer noch an der Theorie des erbärmlichen Klotz festhielt: »Der Boche wird zahlen!« Diesmal setzten sich jedoch die USA und England darüber hinweg: Das Moratorium trat in Kraft, brachte Deutschland aber nicht das benötigte Geld, so daß die Lage sich dort nicht verbesserte.

Die Kohlehalden wurden in Deutschland immer höher. Am 1. Januar 1932 waren offiziell 5 392 248 Arbeitslose[8] registriert. Durch ihren Wahlsieg vom 14. September 1930 ermutigt und durch das wachsende Elend gereizt, versuchten Nationalsozialisten und Kommunisten mit Gewalt die Herrschaft auf der Straße zu bekommen. Die Kommunisten waren sich jedoch nicht der Richtung bewußt, in die sich die Lage entwickelte, vertrauten auf ihre damalige Theorie der Radikalisierung der Massen und glaubten, deren Gunst sicher zu sein. Sie hatten sich daher vorgenommen, jede öffentliche Kundgebung der Nationalsozialisten zu unterbinden, und nicht umgekehrt die Nationalsozialisten, wie heute

gewöhnlich angenommen wird.[9] Zwischen beiden Extremen, auch untereinander, und der Regierungsmehrheit wurde es immer lauter.

In dieser Stimmung fand am 13. März 1932 die erste Reichspräsidentenwahl statt.

Der betagte Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg (86 Jahre alt), der 1925 den Sozialdemokraten Ebert abgelöst hatte, war ein konservativer, monarchistischer Junker aus dem deutschen Osten (Posen). 1925 hatte ihn eine vom Zentrum bis zur äußersten Rechten reichende Koalition gewählt unter dem Zeichen der marxistischen Gefahr, die Sozialdemokraten und Kommunisten darstellten. War das Zentrum damals der Ansicht gewesen, die SPD könnte vor der KPD schützen, so wurden diese von rechts gleich behandelt: die Sozialdemokraten würden das Bett für die Kommunisten machen. Die Sozialdemokraten hatten ihn daraufhin heftig bekämpft und unter anderem dessen beschuldigt, sich nach dem kaiserlichen Regime zu sehnen und ein Stützpfeiler der schlimmsten Reaktion zu sein. Trotzdem hatten sie nicht die Gunst der Kommunisten gewonnen, für die sie nach wie vor die eigentliche Grundsäule der Reaktion, nämlich Verräter an der Arbeiterklasse, Abtrünnige, Sozialfaschisten, waren.

In Wirklichkeit verhielt sich Hindenburg — dieser Konservative und Monarchist, der sich in der Tat nach der alten Regierungsform sehnte und die aus dem Willen des Volkes hervorgegangenen Institutionen nur zwangsläufig angenommen hatte — dann als Reichspräsident sehr korrekt. Er nahm den Sozialdemokraten wegen ihrer schonungslosen Wahlkampagne nicht nur nichts übel, er kam, da die Sozialdemokratische Partei nach seiner Wahl mit der Regierungsbildung betraut worden war, mit ihren einzelnen Reichskanzlern sehr gut zurecht und trennte sich von dem letzten, Hermann Müller, erst, als dieser am 27. März 1930 im Reichstag überstimmt wurde und er, beziehungsweise ein anderer Sozialdemokrat, keine neue Mehrheit finden konnte. Und die Sozialdemokraten hatten das nicht vergessen.

Mittlerweile hatte sich die deutsche Öffentlichkeit den Extremen zugewandt, und die SPD hatte die Gefahr deutlich erkannt, die Nationalsozialismus und Kommunismus für die Demokratie darstellten. Sie war zu der Überzeugung gelangt, daß sie nur durch eine Koalition aller Parteien, die mit den demokratischen Institutionen verbunden waren, gebannt werden könne.

Unter dem Druck der Ereignisse verfielen die Sozialdemokraten auf den Gedanken, daß Hindenburg, der sich während seiner Amtszeit so gut verhalten hatte, Kandidat einer solchen Koalition sein könnte: vorausgesetzt, daß er darin einwilligte, als Bollwerk der demokratischen Institutionen gegen den Nationalsozialismus und den Kommunismus zu wirken, so wie er seit 1925 dem Marxismus-Bolschewismus entgegengewirkt hatte. Er sei erwiesenermaßen ein Ehrenmann: übernahm er eine Verpflichtung, so hielt er sie ein, man könne seinem Wort vertrauen. Und er willigte ein. Der Unglückliche wußte nicht, worauf er sich einließ und daß eines Tages mächtigere Ereignisse ihn zwingen würden, anders zu handeln. Die Sozialdemokraten verbreiteten die Idee seiner Kandidatur mit Hilfe des Reichsbanners »Schwarz-Rot-Gold«.[10] (Diese Organisation hatten sie als Kampfverband der SPD 1924 gegründet, um auf die Öffentlichkeitsbereiche propagandistisch einzuwirken, die sich ihrem Einfluß entzogen.) Die gemäßigten und demokratischen Kreise, das katholische Zentrum hatten an dem Prinzip der Alleinkandidatur Hindenburgs nichts auszusetzen.

Hitler ließ sofort und laut verkünden, daß, da sich die Bemühungen des Reichsbanners offiziell gegen ihn und die Kommunisten richteten, es den Kommunisten frei stehe, dem Reichsbanner beizutreten, dann seien die Maßnahmen vor allem gegen ihn gerichtet. Sie traten ihm nicht bei. Zahlreiche antikommunistische Wähler entdeckten aber dabei die Tugenden des Nationalsozialismus, und wenn es bei dieser Wahl nicht mehr NSDAP-Wähler gab, lag es einzig an dem Ansehen des alten Generalfeldmarschalls.

Die Wahlen vom 13. März erbrachten folgende Ergebnisse:

Hindenburg: 18 651 697 Stimmen, 49,6%
Hitler: 11 339 446 Stimmen, 30,1%
Thälmann: 4 983 341 Stimmen, 13,3%
Düsterberg: 2 447 729 Stimmen, 6,9%
Winter: 111 470 Stimmen, 0,3% [11]

Ein zweiter Wahlgang war erforderlich: Trotz seines Ansehens hatte der Marschall die absolute Mehrheit um 0,41% verpaßt, und das widersprach allen Erwartungen. Bei der Stichwahl am 10. April 1932 wurde er mit 19 359 633 Stimmen (53%) gewählt; mit nunmehr 13 418 051 Stimmen erzielte aber Hitler den größeren Stimmengewinn, das waren in etwa die Stimmen Düsterbergs, der zu Hitlers Gunsten zurückgetreten war. Gegenüber dem ersten Wahlgang verzeichnete Thälmann, der seine Kandidatur aufrechterhalten hatte, eine Einbuße von über einer Million Stimmen (etwa den Anteil, den Hindenburg hinzugewonnen hatte).

Für Hitler war dieser Wahlausgang mehr als ein Erfolg, er war ein Triumph. Gegenüber den Wahlen vom 14. September 1930 hatte er den Stimmenanteil der Nationalsozialistischen Partei verdoppelt. In allen Reichstagsfraktionen wurden die Gemüter erschüttert, vor allem aber in der Fraktion des katholischen Zentrums: der einflußreiche Baron von Papen wie der General Kurt von Schleicher, Abgeordneter und rechte Hand von Verteidigungsminister General Groener, fühlten sich zur NSDAP hingezogen. Die Vorstellung, man würde sich früher oder später mit Hitler abfinden müssen, breitete sich demnach sehr schnell aus.

Von nun an überstürzten sich die Ereignisse. Deutschland hätte mit der Unterstützung seiner früheren Feinde aus dieser tragischen Lage herauskommen können. Diese Hilfe verweigerten sie ihm aber trotz Präsident Hoovers Drängen und Englands Geneigtheit immer noch, weil Frankreich sein Veto eingelegt hatte. Deutschland versuchte trotzdem auszuhalten, indem es sein Schicksal eigenen Notmaßnahmen und

dem sterilen Spiel der Politik überließ. Deutschland hoffte immer noch, Frankreich würde eines Tages begreifen, daß es sich hier nicht nur um das deutsche Schicksal handele, sondern um das der ganzen Alten Welt, und würde deswegen nachgeben.

Frankreich gab aber nicht nach. In Deutschland wurden Intrigen gesponnen, als Frucht geheimer Kontakte zwischen von Papen und von Schleicher einerseits, von Papen, von Schleicher und Hitler andererseits. Strittige Probleme und Spannungen tauchten auf, etwa die Auflösung der SA-Verbände (das waren 400 000 Mann, die bei NSDAP-Kundgebungen in militärischer Art für Ordnung sorgten) oder der staatliche Ankauf von Ländereien pleite gegangener Ostjunker, um das Land dann an Bauern ohne Grund und Boden zu verteilen. All das erzeugte zwischen Reichspräsident und Kanzler Spannungen, die von Papen und von Schleicher so geschickt nährten, daß sie nach dem Rücktritt von Reichswehrminister Groener (13. Mai) auch den Brünings (30. Mai) erwirkten, aber auch die Ernennung von Papens zum Nachfolger Brünings (1. Juni), die Auflösung des Reichstags (4. Juni) und schließlich neue Reichstagswahlen (31. Juli).

Nun setzte der letzte, unbändige Ansturm der Nationalsozialisten auf die Institutionen ein, der in sechs Monaten, auf den Tag genau, Hitler in die Reichskanzlei bringen sollte.

Das war die erste Folge von Frankreichs Starrsinn.

Die zweite Folge war später der Krieg. Denn nichts — nicht einmal der Krieg, als er ausgebrochen war — konnte jemals die französischen Führungsspitzen von der verbrecherischen Dummheit dieses ihres Starrsinns überzeugen, den die Wahl Roosevelts zum US-Präsidenten im November 1932 noch mehr verstärkte.

3. Die Reichstagswahlen vom 31. Juli und 6. November 1932

Bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 konnten die Nationalsozialisten 230 Mandate (statt der bisherigen 107) erringen und mehr als 350 000 zusätzliche Stimmen gegenüber dem zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl auf sich vereinigen (13 779 000 gegen 13 418 000). Die Kommunisten gewannen 12 Sitze hinzu (89 gegen 77) und das katholische Zentrum 7 (75 gegen 68). Dagegen gingen die Sozialdemokraten von 143 auf 133 zurück. Es saßen 608 Abgeordnete im neuen Reichstag.[12] Die übrigen 81 verteilten sich auf die Bayerische Volkspartei, die Deutschnationale Partei sowie die liberal-demokratischen Parteien. Auf Hitler und seine Gegner verteilten sich deren Sympathien in etwa dem gleichen Maß.

Göring wurde zum Reichstagspräsidenten gewählt, mit den Stimmen der Deutschnationalen Partei, die sich der Hoffnung hingab, diese Einhaltung der parlamentarischen Spielregeln würde die Nationalsozialisten besänftigen. Mit ihrem Einzug in die Institutionen markierte die NSDAP jedenfalls einen entscheidenden Punkt: der Wolf im Schafstall.

Da die Kommunisten grundsätzlich gegen alle Regierungen stimmten, war eine gegen Hitler eingestellte Regierung im neuen Reichstag unvorstellbar: die Verbindung der Extreme (230 Nationalsozialisten + 89 Kommunisten) lag weit über der absoluten Mehrheit.

Wiederum war jede von Hitler gebildete Regierung ebensowenig denkbar (230 Nationalsozialisten + rund 30 Sympathisanten = 260 Abgeordnete). Hitler hätte die Zustimmung des katholischen Zentrums (75 Abgeordnete) gebraucht, um über eine Mehrheit von etwa 330 Abgeordneten zu verfügen. Im katholischen Zentrum waren aber die Geister, trotz der Bemühungen von Papens und von Schleichers, noch nicht reif für eine Koalitionszusage.

Alles in allem: ein »handlungsunfähiger« Reichstag.

Die Verkündung des Ausnahmezustands und der Artikel 48 der Verfassung hätten zwar die Bildung eines mit Notverordnungen regierenden Kabinetts ermöglicht. Wie sehr es unter Brüning auch möglich war, diesen Artikel gelegentlich und unter bestimmten Voraussetzungen anzuwenden, ohne die parlamentarischen Institutionen in Frage zu stellen, so durfte er doch nicht ständig in Anwendung gebracht werden. Es hieße sonst die Institutionen vorübergehend außer Kraft zu setzen. Die von den Nationalsozialisten geschürten Straßenunruhen hatten einen solchen Grad erreicht, daß dieses Vorgehen bestimmt zum Bürgerkrieg führen würde, einem Bürgerkrieg, den zu bändigen die Reichswehr ohnehin nicht mehr in der Lage wäre, da sie durch den Rücktritt General Groeners sehr verunsichert und über die Person Schleichers uneinig war.

Wenn der Artikel 48 der Verfassung präsidiale Notverordnungen zuließ, verfügte er aber, daß »der Reichspräsident diese Maßnahmen unverzüglich dem Reichstag zur Kenntnis zu geben« hatte und daß sie »auf Verlangen des Reichstags außer Kraft zu setzen« waren. Niemals würde der neue Reichstag einer präsidialen Verordnung zustimmen.

Kanzler Papen war somit zur Unbeweglichkeit verurteilt.

Angesichts dessen trat Schleicher, der zudem verärgert war, nicht zum Kanzler ernannt worden zu sein, mit Hitler in Verbindung. Dieser hatte am 5. August, also unmittelbar nach den Wahlen, seine Forderungen wissen lassen: die Kanzlerschaft und die gesamte Regierungsgewalt oder gar nichts. Ferner den Posten des preußischen Ministerpräsidenten, das Reichs- und das Preußische Ministerium des Innern, das Landwirtschafts- und das Justizministerium für seine Partei sowie ein Propagandaministerium für Goebbels. Schleicher, der im Fall von Papens Rücktritt nach dem Amt des Reichskanzlers strebte, lehnte natürlich ab. Hitler ließ nicht locker. Er sah nicht, daß er die Reichskanzlei ohne weiteres von innen erobern könnte, wenn er nur darin einwilligte, einem Koalitionskabinett beizutreten, das mit der Zustim-

mung des Reichstags regieren würde. In diesem Fall könnte nämlich zwischen ihm und dem katholischen Zentrum ein Abkommen geschlossen werden. Am 15. August 1932 startete er einen neuen Angriff: Schleicher sagte ihm, daß er im besten Fall den Posten des Vizekanzlers übernehmen könnte, und da Hitler die Achseln zuckte, veranlaßte Schleicher, daß Hindenburg am nächsten Tag Hitler zu sich rief. Der Marschall empfing ihn im Stehen, wiederholte sein Angebot und stellte ihm sogar die Kanzlerschaft in einer Koalitionsregierung, die im Einvernehmen mit dem Reichstag regiert hätte, in Aussicht. Schließlich appellierte er an sein Nationalgefühl. Hitler beharrte auf seinem Standpunkt. Noch am selben Abend veröffentlichte die Präsidialkanzlei ein Kommuniqué, das Goebbels' Propagandaapparat überrumpelte und erstmals nach langer Zeit Hitlers Sache einen empfindlichen Schlag versetzte: Das Kommunique »bedauert, daß Herr Hitler sich nicht in der Lage sehe, entsprechend seinen vor den Reichstagswahlen abgegebenen Erklärungen eine vom Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten berufene Nationalregierung zu unterstützen«.[13]

Das war sehr geschickt für die öffentliche Meinung, blieb aber ohne jede Wirkung auf den Reichstag, in dem nur das Gesetz der Zahl regierte. Von Papen blieb Kanzler, eine neue Auflösung des Reichstags war aber offenbar unvermeidlich.

Sie erfolgte am 12. September 1932 infolge eines von den Kommunisten gestellten Mißtrauensantrags, dem die Nationalsozialisten zustimmten. Durch die Verbindung der Extreme überstimmt, entschloß sich Papen zum Rücktritt im Einverständnis mit Reichspräsident Hindenburg.[14] Diese Abstimmung verpaßte Hitler insofern einen zweiten — besonders harten — Schlag, als nun von seiner Verbindung mit den Kommunisten die Rede war.

Bei den Wahlen vom 6. November 1932 verlor die NSDAP tatsächlich über zwei Millionen Stimmen und 34 Mandate im Reichstag, in dem Hitlers Partei künftig nur noch 196 Abgeordnete statt der bisherigen 230 entsenden konnte. Die Kom-

munisten verzeichneten einen Zuwachs von 700 000 Stimmen und brachten es von 89 auf 100 Sitze. Die Sozialdemokraten, die 700 000 Wähler an die Kommunisten verloren hatten, verfügten nur noch über 121 Sitze (gegenüber 133). Hugenbergs Deutschnationale Partei gewann rund eine Million Stimmen hinzu und ihre Stärke wuchs von 37 auf 52 Reichstagsmandate. Das katholische Zentrum hatte seinerseits nur leichte Einbuße: 70 Sitze gegen 75.

Im Hinblick auf die notwendige Regierungsmehrheit war die politische Landschaft des neuen Reichstags nicht besser als die bisherige: eine Mehrheit war ebenso unauffindbar. Es bestanden weiterhin nur zwei mögliche Gruppierungen. Eine links: sie würde Sozialdemokraten und Kommunisten um das katholische Zentrum, das sich angeschlossen hätte, vereinigen; und eine der äußersten Rechten, die um die NSDAP sowohl die Deutschnationale Partei Hugenbergs wie auch das katholische Zentrum zusammenschließen würde — mit der Einschränkung allerdings, daß im letzteren nur Papen und Schleicher sowie eine kleine ihnen ergebene Minderheit diese Konstellation angenommen hätten. Indem die Kommunisten die erste ablehnten, machten sie die zweite unvermeidlich.

Bei diesen Wahlergebnissen fiel besonders Hitlers Rückgang auf. Léon Blum schloß daraus, daß er »nunmehr von der Macht ausgeschlossen war, ja sogar von der Hoffnung, die Macht jemals zu ergreifen« (*Le Populaire*, 8. November 1932).

Dieser Rückgang erklärte sich durch Hitlers Ablehnung vom 14. August 1932, den Posten des Vizekanzlers oder des Kanzlers ohne die vollen Machtbefugnisse anzunehmen, durch seine Verbindung mit den Kommunisten, um das Papen-Kabinett am 12. September 1932 im Reichstag zu stürzen, und durch einen dritten Fehler, den er am 28. Oktober 1932, also acht Tage vor den Wahlen, beging. An diesem Tag tat sich die NSDAP ein zweites Mal mit den Kommunisten zusammen, die, der Meinung der Gewerkschaften und der

Sozialdemokraten ungeachtet, einen Streik in den Berliner Verkehrsbetrieben ausgelöst hatten.

Hitlers Geldgeber aus der Industrie werteten seine erste Entscheidung so, als habe er durch seine Unnachgiebigkeit Deutschland in eine Sackgasse gebracht, und die beiden anderen, als habe er keinen anderen Ausweg gefunden, als es ins Chaos zu stürzen, zudem im Einverständnis mit den Kommunisten und im selben Stil. Gelder zu Propagandazwecken waren schwerer, in der letzten Woche kaum noch aufzutreiben: das war sozusagen eine Wahlkampagne mit »Nachlaß« — in einer Stimmung, die nicht nur durch den Rückgang der Parteispenden wegen der Hitler-Politik gekennzeichnet war, sondern auch durch immer mehr Bedenken in der Öffentlichkeit.

Hitlers abschlägige Antwort auf das Angebot des Reichspräsidenten vom 14. August 1932 hatte außerdem für viel Unmut innerhalb der eigenen Reihen gesorgt. Entstanden war eine Gegenströmung, die die Auswirkungen der Ablehnung auf die politische Ausrichtung der Partei (Anstiftung zu sozialen Unruhen, Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei), auf ihre Propagandafonds und schließlich auf den Wahlausgang geahnt hatte. Und in dem Maße, wie sich ihre Ahnungen bestätigten, wurde diese Strömung stärker. An ihrer Spitze stand Gregor Strasser, der mit Joseph Goebbels zu den beiden wohl einflußreichsten Männern der Partei nach Hitler zählte. Ein bedeutender Teil des militanten Kaders — von einem Drittel war die Rede[15] — unterstützte Gregor Strasser, und im Reichstag waren es rund sechzig Abgeordnete.

Die Opponenten vertraten die Auffassung, daß es hauptsächlich um die Machtergreifung ging, und selbst wenn man dabei sein Versprechen nicht halten sollte; daß Hitler sich verpflichten konnte, entweder sich an einem Kabinett zu beteiligen oder selbst eines zu bilden, das im Einverständnis mit dem Reichstag regieren würde, und daß man dann immer noch sehen könnte. Dank dem Einfluß, den man im

Lande hatte, würde man, einmal an der Macht, ob mit der ganzen oder nur einem Teil der Regierungsgewalt, ohnehin nach Belieben walten können.

Das war nicht schlecht gedacht. Jedenfalls war eine innerlich zerrissene, vor der Spaltung stehende Partei in den Wahlkampf gegangen. Zu dem Mangel an Tatkraft war ein Mangel an Geld hinzugekommen, und das alles hatte zu dieser von Gregor Strasser und seinen Anhängern so sehr befürchteten Wahlniederlage geführt, die sie aber in ihrer Überzeugung bestärkt hatte.

Mit solch einer zwiespältigen Partei und leeren Kassen, dachten — jeder für sich — der amtierende Kanzler Papen und sein Rivale Schleicher, könne Hitler nach den Wahlen vom 6. November 1932 nicht eine erneute Auflösung des Reichstags riskieren und gegebenenfalls wieder vor die Wähler treten. Bleibt er hartnäckig, so werden die etwa sechzig Abgeordneten, dachten sie, von ihm Abstand nehmen und sich an einer Regierungsmehrheit beteiligen, was die Auflösung ohnehin verhindern wird. Ein Auseinanderbrechen des Nationalsozialismus eröffnete außerdem herrliche Aussichten auf eine von allen Fallen befreite Zukunft, da die abklingende Anziehungskraft, die Hitler auf die öffentliche Meinung ausübte, ihn nicht überleben würde.

Da schaltete sich Msgr. Kaas, der Fraktionsvorsitzende des katholischen Zentrums, ein. Prälat Kaas schätzte die selbstische, intrigante Politik, die Papen und Schleicher hinter den Kulissen trieben, nicht besonders. Angesichts der Wahlergebnisse vom 6. November 1932 dachte er, der Augenblick sei gekommen, diese Politik durch eine Gruppenpolitik (im Hinblick auf »eine Regierung der nationalen Konzentration«) abzulösen.

Schon bei der ersten Sitzung seiner parlamentarischen Gruppe am 10. November gab er eine Übersicht über die politische Landschaft im neuen Reichstag und schloß daraus, wolle man schwere Unruhen vermeiden, so müsse Deutschland dringend zu der Regierungsstabilität zurückfinden, die

es seit Brünings Rücktritt verloren hatte; jede andere Möglichkeit sei durch die Haltung der Kommunisten ausgeschlossen, und nur eine loyale Zusammenarbeit mit dem Nationalsozialismus komme in Frage. Das katholische Zentrum müsse seiner Ansicht nach die Voraussetzungen für diese loyale und nahezu einhellige Zusammenarbeit schaffen; seine Fraktion machte sich diese Auffassung zu eigen.[16]

Daraufhin rief Präsident Hindenburg am 19. November 1932 Hitler wieder zu sich und wiederholte ihm sein Angebot vom 14. August, allem voran die Kanzlerschaft, unter der Voraussetzung, daß er sich nach der Verfassung richte. Wider Erwarten lehnte Hitler erneut ab. Dann bot er ihm den Posten des Vizekanzlers in einem Kabinett Papen an, das, wenn es sein müßte, mit präsidialen Notverordnungen regieren würde. Auch hier lehnte Hitler ab. Man stand, wollte man die Reichstagsauflösung verhindern, vor der Notwendigkeit, die Papen und Schleicher bereits in Betracht gezogen hatten, nämlich Gregor Strasser von Hitler loszulösen. Aber der Stellvertreter Hitlers zögerte, worauf Schleicher Präsident Hindenburg überzeugen konnte, daß Papen aus der Sackgasse schon deshalb nicht herauskomme, weil er das Vertrauen Strassers ebenso wenig habe wie das Hitlers, während er, von Schleicher . . .

Am 2. Dezember 1932 löste er von Papen in der Reichskanzlei ab. Vergeblich versuchte er den alten Marschall zu überzeugen, er könne sich mit der Erklärung des Staatsnotstands durchschlagen.

Am 23. Januar 1933, also 52 Tage nach Übernahme der Kanzlerschaft, war Schleicher an dem gleichen Punkt angelangt wie Papen am 2. Dezember 1932. Hitler hatte plötzlich Angst gehabt, er, Schleicher, könne eine Militärdiktatur einsetzen, hatte endlich seine Haltung gelockert und erkennen lassen, daß er unter bestimmten Bedingungen die Kanzlerschaft anzunehmen bereit sei, ohne die ganze Regierungsgewalt zu fordern; worauf Gregor Strasser ins Glied zurückgetreten war. Die NSDAP stand auf einmal einträchtig wie



Gregor Strasser mit Goebbels Oktober 1931 beim Aufmarsch der SA-Gruppe Nord in Braunschweig

noch nie zuvor um ihren Führer, der sie wieder fest in der Hand hatte. Das Vertrauen der Geldgeber war allmählich zurückgekommen, und das Geld war wieder in die Kassen geflossen.

Hitler hatte einen glücklichen Einfall gehabt.

Denn an diesem 23. Januar 1933 ersuchte Reichskanzler Schleicher Präsident Hindenburg um die Erklärung des staatlichen Notstands, bei einer ganz neuen Auslegung von Artikel 48 der Reichsverfassung: Auflösung des Reichstags und Vollmachten, um Neuwahlen zu verhindern und diese angeblich vorübergehende Kaltstellung des Parlaments zu ermöglichen. Mit der Reichswehr, deren Unterstützung er sicher sei, werde die Operation schnell über die Bühne gehen.

Das hieß aber, von Hindenburg mehr zu verlangen, als er Papen verweigert hatte und Hitler noch verweigerte. Mit dem Unterschied, daß es sich hier um eine Militärdiktatur handelte, und nicht, wie bei Hitler, um eine auf paramilitärische Verbände gestützte. Der Reichspräsident lehnte den Vorschlag als verfassungswidrig ab und bat Schleicher, er möge doch noch einen Versuch starten in Richtung auf eine parlamentarische Regierung, wie er es ihm versprochen habe. Hindenburg zweifelte aber am Erfolg seines Kanzlers und beauftragte daher Papen, die Möglichkeit einer Regierung mit Hitler als Kanzler und Papen als Vizekanzler, bei Einhaltung der Verfassung, zu erkunden; das war gerade die Formel, die Hitler mittlerweile anstrebte.

Nicht daß Hindenburg nun von Hitler ganz überzeugt war, im Gegenteil. Noch einen Tag zuvor hatte er verächtlich von »dem böhmischen Gefreiten« gesprochen. Aber seit sechs Monaten war Deutschland nicht mehr regiert worden, die Wirtschaftslage verschlechterte sich, die Zahl der Arbeitslosen wuchs, und damit die Straßenunruhen zu Gunsten Hitlers, die Lage war explosiv, und man mußte einfach daraus herauskommen. Über den Ausweg hatte er sich endlich der Auffassung Msgr. Kaas', des Fraktionsführers des katholischen Zentrums, angeschlossen. Außerdem war er gegen die

Entwicklung zu nachgiebigeren politischen Positionen nicht gleichgültig gewesen, zumindest dem Anschein nach.

Fünf Tage lang schlug sich Schleicher in einer Atmosphäre herum, in der alles gegen ihn stand: am 28. Januar 1933 erfuhr er, daß das Kabinett Hitler—von Papen so gut wie gebildet war und daß die NSDAP Riesenkundgebungen in ganz Deutschland für den 30. Januar vorbereite. Es war nun ausgeschlossen, daß der Reichspräsident Hitler nicht zum Reichskanzler ernennen würde, und deshalb reichte Schleicher ihm seinen Rücktritt ein.

Alles spielte sich ab, wie Hitler es vorgesehen hatte: am 30. Januar, spätvormittags, war Hitler Reichskanzler, und am selben Abend wurde er am Balkon der Reichskanzlei bejubelt, im Freudentaumel eines ganzen Volkes.[17]

Und hier beginnt das eigentliche Drama.

Von den elf Mitgliedern der Regierung Hitler—von Papen waren nur drei Nationalsozialisten. Daran sieht man, zu welchen Zugeständnissen Hitler mittlerweile bereit gewesen



Hitler am Balkon der Reichskanzlei, 30. Januar 1933. Er grüßt den ihn huldigenden Fackelzug

war. Das Kabinett sollte im Rahmen der Verfassung regieren. Hitler war in der Minderheit: 3 gegen 8. Papen, der dessen *deus ex machina* gewesen war, dachte, er könnte Hitler beherrschen und um so leichter im Zaun halten, als er der Unterstützung Präsident Hindenburgs sicher war. In Wirklichkeit war es Hitler, der dort herrschte. Verfassungsrechtlich erreichte er die Auflösung des Reichstags und Neuwahlen am 5. März 1933, bei denen seine Partei 43,7% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigte und 288 Mandate errang. Sein Partner von Papen (Hugenberg) erzielte seinerseits 8,3% der Stimmen und 52 Sitze. Diese 340 Abgeordneten hatten im neuen Reichstag (646 Sitze) die absolute Mehrheit.

Ein Kabinett Hitler—von Papen, in dem der zweite diesmal in der Minderheit stand, stellte sich am 21. März 1933 dem Reichstag vor. Hitlers Erklärung zur Lage der Nation wurde mit 441 gegen 94 Stimmen (die der anwesenden Sozialdemokraten und einiger Einzelgänger; das katholische Zentrum hatte für Hitler gestimmt) gebilligt. Zwei Tage später, am 23. März, wurde ihm mit dem »Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich« die Generalvollmacht gewährt mit 441 gegen 94 Stimmen (der Sozialdemokraten).

Die Kommunisten waren von dem Reichstag ausgeschlossen worden. Haftbefehle lagen vor. Manche von ihnen waren schon hinter Schloß und Riegel, die übrigen versteckten sich oder flohen ins Ausland. Auch ein Dutzend Sozialdemokraten waren verhaftet worden, oder sie nahmen an den Sitzungen nicht teil, da Haftbefehle gegen sie erlassen worden waren.

Die Hitler-Diktatur stand.

4. Hitler als Reichskanzler

Daß die Politik Hitlers umstritten war und immer noch umstritten ist, ist durchaus natürlich. Es ist zum einen unser

angeborenes Recht, alles in Frage zu stellen, selbst die rationalste Politik, die auf den unbestrittensten moralischen Grundsätzen unserer Auffassung des Humanismus verankert ist; zum anderen war die Hitler-Politik für diesen Humanismus, angesichts der heiligsten und unantastbarsten Menschenrechte, höchst anfechtbar. Es ist nicht überflüssig, daran zu erinnern, daß der Verfasser zu denjenigen zählte die sie bis zur äußersten Grenze — bis zur Deportation — angefochten haben, und daß er von dieser Meinung nicht abgekommen ist, was seine Widersacher bei regelmäßigen Pressekampagnen auch immer behaupten mögen.

Eines ist dagegen unanfechtbar, zumindest in einer Welt, die nahezu allgemein[18] annimmt, daß die Regierung der Gesellschaftsverbände auf der Mehrheitsregel beruht: das ist die Legitimität Hitlers. Mindestens 52% der Wähler hatten ihn in die Reichskanzlei gebracht und waren von vornherein entschlossen, ihm die Generalvollmacht bedingungslos zu erteilen, nur unter der Voraussetzung, daß Papen sein Vizekanzler sein würde.[19]

Zumindest stand seine Wahlkampagne unter diesem Motto, und die Wählerschaft war gewarnt. Im Reichstag drückte sich diese Mehrheit mit 53,13% der Sitze (340 von 646) aus. Die Generalvollmacht erhielt er aber mit mehr als der Zweidrittelmehrheit: Freilich enthielt seine Reichstagsrede vom 23. März 1933, in der er sie forderte, folgende Stelle: »Die Regierung beabsichtigt dabei, von diesem Gesetz nur insoweit Gebrauch zu machen, als es zur Durchführung der lebensnotwendigen Maßnahmen erforderlich ist. Weder die Existenz des Reichstags noch des Reichsrats soll dadurch bedroht sein. Die Stellung und die Rechte des Herrn Reichspräsidenten bleiben unberührt; die innere Übereinstimmung mit seinem Willen herbeizuführen, wird stets die oberste Aufgabe der Regierung sein. Der Bestand der Länder wird nicht beseitigt, die Rechte der Kirchen werden nicht geschmälert, ihre Stellung im Staate nicht geändert. Die Zahl der Fälle, in denen eine innere Notwendigkeit

vorliegt, zu einem solchen Gesetz die Zuflucht zu nehmen, ist an sich eine begrenzte.«

Und an die Adresse des katholischen Zentrums fügte er sogar hinzu, daß »die Reichsregierung, die im Christentum die unerschütterlichen Fundamente der Moral und Sittlichkeit des Volkes sieht, größten Wert auf freundschaftliche Beziehungen zum Heiligen Stuhl legt und sie auszugestalten sucht«.[20]

Man könnte die Meinung vertreten, daß das katholische Zentrum nicht für Hitler gestimmt hätte, wenn seine Erklärung diese Versicherungen nicht enthalten hätte, und man würde höchst wahrscheinlich richtig liegen. Damit Hitler im Reichstag überstimmt und seine Legitimität angefochten wurde, hätte auch Papens parlamentarische Fraktion gegen ihn stimmen müssen, und am 23. März 1933 war eine solche Möglichkeit völlig ausgeschlossen, selbst wenn Hitler diese beteuernde Erklärung nicht abgegeben hätte: Wir dürfen nämlich nicht vergessen, daß am 1. Dezember 1932 Papen mit weniger Garantien den Reichspräsidenten vergeblich um die Generalvollmacht ersucht hatte, daß am 23. Januar auch Schleicher sie, verbunden mit einer Kaltstellung des Reichstags, für sich gefordert hatte, daß beide durch diese Haltung aneinander gebunden waren und daß sie Hitler nicht verweigern konnten, was sie für sich verlangt hatten, selbst wenn sie gewußt hätten, daß Hitler wortbrüchig würde. Von Papen gehörte ohnehin der Regierung an, in deren Namen er sie forderte.

Selbst in der Annahme, daß Hitlers Erklärung besagte Versicherungen nicht enthalten hätte und die parlamentarische Fraktion von Papens sich dem katholischen Zentrum angeschlossen hätte, um ihn im Reichstag zu überstimmen, blieb immer noch der Volkswille, Quelle aller Legitimität in der demokratischen Staatsform. Da es hier nicht zur Reichstagsauflösung kam, wurde nicht auf ihn verwiesen: in der Geschichtsforschung darf man keine Schlüsse aus einem Ereignis ziehen, das ausgeblieben ist, im vorliegenden Fall also

mutmaßen, wie das Volk reagiert hätte. Man kann dennoch annehmen, daß Hitler, zu diesem Zeitpunkt im Aufwind, aus Neuwahlen noch stärker hervorgetreten wäre — unter der Voraussetzung, daß Wahlen noch in geordneten Verhältnissen durchgeführt werden konnten was angesichts der Atmosphäre, in der die Wahlen vom 5. März 1933 stattfanden, allerdings sehr fraglich war.

Am 5. März zählte Deutschland über 6 Millionen Arbeitslose,[21] das heißt mindestens 15% der berufstätigen Bevölkerung. Wenn man bedenkt, daß zeitgenössische Wirtschaftsexperten die 5%-Marke als Schwelle der sozialen Unruhen ansehen, war diese Schwelle weit überschritten. Unruhen hatten übrigens auch die letzte Wahlkampagne gekennzeichnet: am 27. Februar 1933 wurde der Reichstag von einem Geisteskranken oder Psychopathen in Brand gesteckt, und Hitler war geschickt genug, um den Kommunisten dieses Verbrechen anzulasten;[22] die meisten politischen Kundgebungen verwandelten sich in geordnete Feldschlachten: 18 Nationalsozialisten und 51 Nazi-Gegner wurden ermordet.[23]

Daß Neuwahlen zu einer von Hitler hoch gewonnenen Machtprobe auf der Straße geführt hätten, ist demnach keine gewagte Behauptung. Zumal er für die überwältigende Mehrheit der öffentlichen Meinung als ein vom Volk gewählter Reichskanzler erschienen wäre, dem der Reichstag den Posten verweigert hätte. Neuwahlen wären nichts anderes als ein Aufstand gegen die Entscheidung des Reichstags gewesen.

Wir dürfen uns nämlich keine Illusionen machen: waren die Parteimitglieder (10 bis 12% der Bevölkerung wie in allen Ländern) für alle innenpolitischen Fragen empfänglich, die Hitlers beteuernde Erklärung angeschnitten hatte, so war die Öffentlichkeit dagegen völlig gleichgültig. Nur eines beschäftigte sie: die sechs Millionen Arbeitslosen, die sie dem Versailler Vertrag zuschrieb, und ab 1930 stand dieses Thema im Mittelpunkt aller Wahlkampagnen. Für die meisten war Hitler offenbar der einzige, der sie von dieser Last befreien könnte.

Dieser nahezu allgemeinen Ansicht entsprach die Denkhaltung der Großindustriellen. Am 20. Februar 1933 fand im Amtsgebäude des Reichstagspräsidenten (Göring) eine geheime Zusammenkunft statt, an der, außer Göring und Hitler, Reichsbankpräsident Schacht, Krupp von Bohlen, Bosch und Schnitzler (I.G. Farben), Vögler (Vereinigte Stahlwerke), Thyssen und rund zwanzig weitere Magnate aus der Schwerindustrie teilnahmen. Alle zollten Hitler viel Beifall, als er erklärte, er würde unter anderem diesen teuflischen Wahlen, der Demokratie, den Wirtschaftsklauseln des Versailler Vertrags, der Abrüstung ein Ende machen. »Ich reichte ein Tablett und erhielt drei Millionen Reichsmark«, erklärte Hjalmar Schacht in Nürnberg.[24]

Diese Verbindung der Hochfinanz und der öffentlichen Meinung konnte Hitler nur zum Triumph verhelfen. Ohne auf das Heer zurückgreifen zu müssen, dessen Unterstützung General und Altkanzler von Schleicher ihm zugesagt hatte, da dieser ebenfalls auf die Einheit des Reichs, die Wiederherstellung der inneren Ordnung sowie die Rückkehr zu den Grenzen vor 1914 bedacht war.

Hitler hielt bekanntlich sein Versprechen nicht. Innerhalb der drei folgenden Monate wurde Deutschland von einem Netz allmächtiger Kreis- und Gauleitern überzogen. Die Opposition wurde unter anderem durch eine unerbittliche Polizei, die errichteten Konzentrationslager geknebelt. Deutschland befand sich nun in folgender besonderer Lage. An seiner Spitze stand ein Kanzler, der *moralisch* eine Legitimität verloren hatte, die das Volk ihm aber *politisch* (der gesellschaftlich einzig geltende Standpunkt) nicht streitig zu machen gedachte. Deutschland gab der Hitler-Diktatur mehrmals seine Zustimmung: am 1. April 1933, angesichts der ersten Wirtschaftsmaßnahmen gegen die Juden, gab es seitens des Volkes keine Reaktion, wenn, dann der Zustimmung. Ebensowenig am 14. Juli 1933, als die NSDAP zur Einheitspartei erklärt und die anderen Parteien, wenn sie sich nicht schon vorher aufgelöst hatten, verboten oder aufgelöst wur-

den. Am 1. Mai 1933 schlossen sich die bislang opponierenden Gewerkschaften Hitler bei riesigen öffentlichen Kundgebungen an.

Die unbeugsamen Regimegegner versteckten sich aus Angst oder flohen ins Ausland (wo sie als Apostel des Jakobinismus auftraten, sich aber lächerlich machten durch ihr Unvermögen zu verhindern, was in Deutschland geschehen war, oder sie traten dort für den Krieg gegen das neue Regime ein, um ihr Versagen wettzumachen). Einen Abgeordneten Baudin gab es im Deutschland von 1933 nicht; und sollte es einen gegeben haben, erfuhr es niemand. Hitler war wirklich der Ausdruck des Volkswillens, und seine Legitimität wurde somit unbestreitbar. Ohnehin hatten alle Staaten der Welt seine Regierung anerkannt.

Man hat auch gesagt, daß die unter Hitlers Regie durchgeführten Wahlen vom 5. März 1933 nichts anderes als ein Druck der Macht auf die Wählerschaft gewesen seien. Dann muß man aber auch diesen Druck messen. Bei den Reichspräsidentenwahlen vom 13. März 1932, also während Brünings Kanzlerschaft, erzielte die NSDAP 30,1% der abgegebenen Stimmen und 37,3% bzw. 33,1% bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli bzw. 6. November 1932. Durchschnittsquote: 33,5%. Bei den Wahlen vom 5. März 1933 vereinigte seine Partei 43,7% der Stimmen auf sich und wies damit eine Steigerung von 10,2% auf. Könnten wir zu diesen 10,2% all diejenigen zählen, die gern dem Sieg zu Hilfe eilen und nach dem Motto »wo Tauben sind, fliegen Tauben hin« für Hitlers Wahlkandidaten gestimmt haben, ohne daß irgendein Druck auf sie ausgeübt wurde, dürfte die Prozentzahl jener, die dem Druck gefolgt sind, alles in allem sehr gering sein.

Es ist nicht sinnvoll, Hitlers Machtergreifung in Deutschland länger zu kommentieren: man hat alles gesagt, zumindest das Wesentliche, wenn man festgestellt hat, daß er an der Macht mit dem Einverständnis des deutschen Volkes war, das ihm zehn Jahre lang (bis Stalingrad) ein außergewöhnliches Vertrauen entgegenbrachte, was er auch immer tat. Nur

eine Frage bleibt offen: Ist ein Volk in einer Demokratie berechtigt, der Demokratie auf dem demokratischen Weg zu entsagen? Die Antwort ist einfach und deutlich: »Und wenn es mir behagt, geschlagen zu werden?«

Hier taucht eine Zusatzfrage auf: Da ein Volk niemals eine Entscheidung einstimmig trifft, welches Verhältnis muß dann zwischen Mehrheit und Minderheit bestehen? Meines Wissens ist diese Frage prinzipiell und unter Berücksichtigung der Menschenwürde einzig von P. J. Proudhon beantwortet worden, und zwar in *Du principe fédératif*, das eine Art Gesellschaftsvertrag ist, aber anspruchs- und inhaltvoller als der Rousseausche, wenn auch etwas überladener. Was die Regierung der Gesellschaft anlangt, erlegt die Mehrheit praktisch überall der Minderheit ihr Gesetz auf und tut ihr Zwang an. Zwischen den einzelnen Regierungsformen bestehen heute nur noch feine Unterschiede, und sie betreffen nicht das Prinzip der Gewalt, welche die Mehrheit der Minderheit antut, sondern ihren Grad. Es gilt als stillschweigendes Übereinkommen, daß ein bestimmter Grad nicht überschritten werden darf. Dieser Grad ist aber nicht genau definiert, da in keinem Gesetz verankert. So ungenau er auch immer festgelegt war, hatte das Deutschland von 1933 ihn gegenüber allen Regimegegnern (Kommunisten, Sozialdemokraten, Juden usw.) bestimmt weit überschritten.

Es handelt sich aber um ein innenpolitisches Problem, und kein Volk war jemals berechtigt, sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen einzumischen. Zumal ein vergleichbares Phänomen irgendwann im Verlauf der Geschichte anderer Völker, ja sogar als Begleiterscheinung, zu beobachten war: das demokratische Frankreich von 1944 stand jenem Deutschland von 1933 in nichts nach. Und Rußland vor und nach 1944? Und Jugoslawien seitdem? Und China? und Kuba? Auch wenn wir die politische Haltung der meisten Deutschen von damals mißbilligen, müssen wir doch festhalten, daß die Besserwisser gerade diejenigen sind, die allen voran vor ihrer eigenen Tür kehren müßten. Die schlimmste

aller Gewalten, die einem Menschen angetan wird, ist schließlich, ihm keine Arbeit zu geben oder ihn für einen ungebührlichen Lohn arbeiten zu lassen, und diese Gewalt hat Hitler zweifellos keinem Deutschen angetan, was auch zu seinem Erfolg beitrug.

Daß dies in theoretischer Hinsicht nicht ausreicht, um die anderen Gesichtspunkte seiner Innenpolitik gelten zu lassen, ist unbestreitbar. Es fragt sich aber, ob er nicht in der Praxis zu diesen Gesichtspunkten eben durch jene Lage gedrängt wurde, die die Politik der anderen Völker in Deutschland geschaffen hatte. Wahrscheinlich ist es noch zu früh, um diese Frage zu stellen: Die antideutsche Welle, die wegen einer angeblichen Wiedergeburt des Nazismus seit zwanzig Jahren (gesehen von 1967) überall in der Welt schlägt, trägt jedenfalls nicht dazu bei. Wir müssen nur hoffen, daß die künftigen Historiker und Soziologen — vor allem die Soziologen — diese Frage mit Anklang an dem Tag stellen, an dem die Gemüter sich beruhigt haben und Ruhe wieder eingekehrt ist.

Damit ist die durch Hitlers Machtübernahme aufgetretene Frage von den falschen Problemen befreit, die zu Propagandazwecken auf sie aufgepfropft wurden. Es ist nun möglich, das eigentliche Problem zu erörtern, angesichts dessen alle anderen — für den unparteiischen Beobachter — nur noch als Krimskrams erscheinen: den Zweiten Weltkrieg.

Fast dreißig Jahre (betrachtet von 1967) nach den Kriegsereignissen überwiegt weiterhin die Meinung, daß Hitler und das deutsche Volk allein die Schuld an diesem Weltkrieg trügen.[25] Wir leben in einer wahrlich seltenen geistigen Verwirrung: die Verfechter dieser Ansicht merken nicht einmal, daß die Kriegsschuld, wäre sie begründet, dann ganz auf diejenigen zurückfallen würde, die Hitler an die Macht gebracht haben, ich meine diejenigen, deren Politik das deutsche Volk zu dieser extremen Lösung gedrängt hat. Und gleich einem Bumerang würde sie ihnen aufs Gewissen zurückfallen, weil gerade sie diese Politik getrieben oder gefördert haben: Das Huhn ist für sein Ei verantwortlich.

Unsere Untersuchung, die die eigentlichen Urheber des Zweiten Weltkriegs nennen will, mußte zunächst den Aufstieg Hitlers zur Macht Schritt für Schritt verfolgen und ihn mit der Politik in Zusammenhang bringen, die ihm als Stütze diente. Wir glauben auf unwiderlegbare Weise gezeigt zu haben, daß die unter französischer Regie immer wieder bekräftigte Unantastbarkeit der Wirtschaftsklauseln im Versailler Vertrag diese Stütze abgab und daß dieser Vertrag äußerst hart und unbillig war. Es ist offenbar, daß Hitler niemals an die Macht gekommen wäre, wenn Frankreich, England und die USA nach dem Wallstreet-Krach 1929 Deutschland gegenüber die gebotene Solidaritätspolitik betrieben hätten, anstatt sich auf diese Unversöhnlichkeit zu versteifen.

Und als Hitler an der Macht war, kam es letztlich zum Krieg, weil Frankreich, England und die Vereinigten Staaten die Politik fortsetzten, die ihn an die Macht gebracht hatte.

Diese Politik hätte vertretbar sein müssen, wollte man dem deutschen Volk vorhalten, sein Schicksal Hitler anvertraut zu haben, nachdem alle eingeschlagenen Lösungswege sich als Sackgassen herausgestellt hatten, und ihm die Schuld am Zweiten Weltkrieg anlasten.

Sie war es aber nicht, so daß die Schuld nun sie — als Ursache — trifft. Wir haben nachgewiesen, daß sie Hitlers Aufstieg zur Macht verschuldete: Es läßt sich ebensogut nachweisen, daß der Zweite Weltkrieg nicht unvermeidlich war — auch mit Hitler an der Macht.

Das soll im folgenden geschehen, indem die Entwicklung der Lage eingehend untersucht wird.

II. Hitlers Außenpolitik

1. Vom Versailler Vertrag zur allgemeinen Abrüstung

Hitlers Außenpolitik hinsichtlich des Versailler Vertrags ging damals grundsätzlich von denselben Überlegungen aus wie die der Weimarer Republik — die nicht nationalsozialistisch war! — und setzte sie in der Praxis konsequent fort. Es gilt vor allen Dingen, die Grundzüge dieser Politik am 30. Januar 1933 festzuhalten, als Reichspräsident Hindenburg unter dem Druck der Ereignisse, die die Politik der Siegermächte in seinem Land hervorgerufen hatte, Hitler zum Reichskanzler ernannte.

Am 7. Mai 1919 war die deutsche Delegation nach Versailles zur feierlichen Übergabe des Vertrags eigens bestellt[26] worden. Nachdem der Delegationschef, Graf Brockdorff-Rantzau, die Friedensbedingungen zur Kenntnis genommen hatte, war er wie niedergeschmettert. Deutschland wurde von einer echten Panik ergriffen. Gerade hatten die Deutschen die zweifellos sechs düstersten Monate ihrer Geschichte, gelebt. Ende April, also einige Tage zuvor, hatte Kommissionspräsident Hoover[27] dafür gesorgt, daß die seit der Unterzeichnung des Waffenstillstands getroffenen Maßnahmen etwas gelockert wurden: Deutschland durfte 29 Millionen Goldmark ausführen, um Lebensmittel zu kaufen, einige seiner Schuldforderungen in den neutralen Staaten waren freigegeben worden, so daß es unter anderem Konserven in den skandinavischen Ländern und Weizen in Argentinien kaufen konnte.

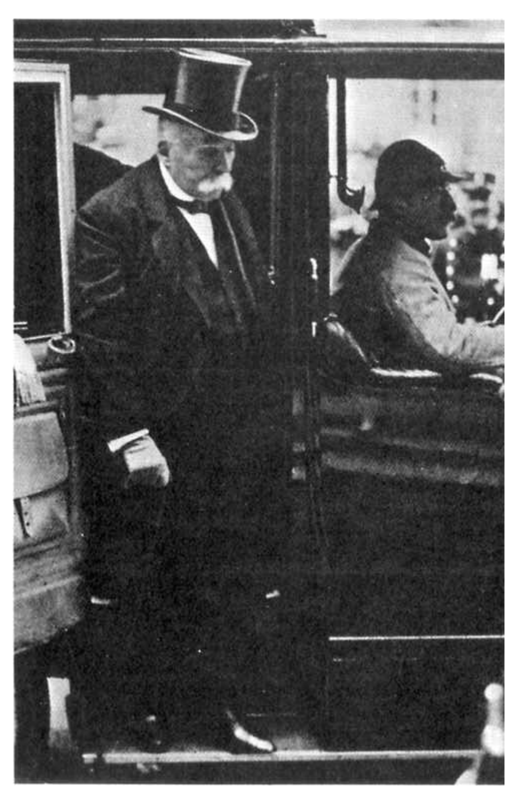
Bis dahin war aber die Handelssperre unnachgiebig gewesen: Deutschland durfte nur unter Aufsicht der Alliierten ein- oder ausführen, die ebenso wachsam wie streng waren.[28]

Ohnehin war diese Sperrmaßnahme überflüssig: Das Embargo, das auf Deutschlands Goldreserven und seinen Schuldforderungen im Ausland lastete, lähmte das Wirtschaftsleben völlig, und da Deutschland nichts auszuführen hatte, konnte es ebensowenig etwas einführen. Schließlich hatten die alliierten Mächte ebenfalls seine Verkehrswege und -mittel in Beschlag genommen und die Lieferung der, in der Waffenstillstandsvereinbarung vorgesehenen, 5000 Loks und 150 000 Eisenbahnwagen gefordert, so daß im Lande selbst Lebensmittel und Rohstoffe nur in nahezu unbedeutendem Maße von den Erzeuger- zu den Verbrauchergebieten befördert werden konnten.

Im Winter 1918—19 hatten die Haushalte überall, mit Ausnahme des Ruhrgebiets, unter den mangelnden Kohlelieferungen gelitten. Alles in allem: vier Millionen Männer, die in keinen Bereich des wirtschaftlichen Lebens eingegliedert werden konnten, der Hunger, die Kälte, ein finsteres Elend; eine Revolution, die im Januar im Blut erstickt werden mußte, die im Mai aber immer noch schwelte, und der Bolschewismus vor der Tür . . .

Für die Deutschen konnte der Friedensvertrag nur hart sein: Die Waffenstillstandsvereinbarung und die ihnen seitdem auferlegten Bedingungen deuteten allzusehr darauf hin. Die Ende April getroffenen Entlastungsmaßnahmen hatten dennoch die Hoffnung aufkommen lassen, daß die vom Friedensvertrag geschaffene Lage, wie schwer auch immer, doch erträglich sein würde. Nun aber wurden die Handelssperre und das Embargo auf Deutschlands Goldreserven und seine ausländischen Schuldforderungen nicht nur nicht aufgehoben[29]; zu dem abzutretenden Eisenbahnmaterial kamen außerdem umfangreiche Lieferungen an Industrie- und Landwirtschaftsmaschinen hinzu, und als Krönung wurden Deutschland alle auswärtigen Märkte (Österreich-Ungarn, Armenien, Afrika und Ferner Osten) weggenommen.

Darüber hinaus sollten die Deutschen als Entschädigung und Reparationen einen Betrag zahlen, der von einer Bot-



Georges Clemenceau, Leiter der Friedenskonferenz, trifft in Versailles ein

schafterkonferenz zwar erst nach Prüfung festgesetzt werden, der aber den sehr harten Bedingungen des Vertrags entsprechen würde[30]. Als geborene Volkswirte und Meister bildhafter Darstellung erkannten die Deutschen sofort, daß ihr Land in eine Art Handelshaus, wohl gelegen in einer der verkehrsreichen Hauptstraßen der Welt, verwandelt war, an deren Toren aber Schildwachen standen, um eventuellen Kunden den Eintritt zu verbieten und sie zum Kauf in England aufzufordern. Alle ihnen entzogenen Märkte hatte nämlich England bekommen, bis auf einige Brosamen, die Frankreich zugestanden worden waren. Ein Land mit fünfundsechzig Millionen Einwohnern war zum Betteln verurteilt in einer Welt voller Ressentiments, die keine großzügigen Almosen geben würde und durch die militärischen Vertragsbestimmungen gedachte, ihm jederzeit ihren Willen aufzwingen zu können. Das Ergebnis waren Arbeitslosigkeit und Elend als Dauerzustand und obendrein die Hörigkeit!

In einem 443seitigen Buch, das heute noch als wertvolle volkswirtschaftliche Abhandlung und als Denkmal des gesunden Menschenverstands gilt, unterbreitete die deutsche Regierung unter Scheidemann Gegenvorschläge. Sie beeindruckten die britische Delegation, namentlich Premierminister Lloyd George, sowie die amerikanische und Präsident Wilsons Sekretär Lansing. Die von Clemenceau geleitete französische Delegation blieb dagegen unnachgiebig; die übrigen richteten sich, wenn auch widerwillig, nach Frankreich aus, und die deutsche Regierung erwirkte nichts.

Schließlich unterzeichnete sie den Vertrag am 28. Juni 1919, protestierte dabei aber leidenschaftlich, daß ihr das Messer an der Kehle sitze und sie nicht anders handeln könne.

Es sei bemerkt, daß der britische Nationalökonom Keynes diesen Vertrag als »eine Herausforderung der Gerechtigkeit und der Vernunft« bezeichnete, als »einen Versuch, Deutschland der Versklavung zuzuführen, als ein Gewebe von jesuitischen Auslegungen zur Bemäntelung von Ausraubungs- und

Unterdrückungsabsichten.«[31] Lloyd Georges selbst, so André François-Poncet[32], schwörte, »der Kaiser werde in einem Käfig durch die Straßen geführt und dann gehängt werden, und man werde Deutschland zur Wiedergutmachung der von ihm verursachten Schäden so auspressen ›bis man die Knochen knacken hört‹.« Die Amerikaner lehnten den Vertrag ihrerseits ab und schlossen am 25. August 1921 einen eigenen, etwas vernünftigeren und humaneren Friedensvertrag mit Deutschland.

Den Versailler Friedensvertrag griffen die Deutschen in der Zwischenkriegszeit nicht etwa mit Bezug auf die allgemeine, systematische Kritik eines Keynes oder Lloyd George, sondern neben den Gebietsabtretungen vor allem auf Grund seiner militärischen Klauseln an, und damit hatten sie meistens Erfolg bei den Engländern, den Amerikanern sowie in weiten Teilen der französischen Öffentlichkeit. Der Vertrag enthielt hierin nämlich eindeutige gegenseitige Verpflichtungen und bot, falls diese eingehalten würden, einen ausgezeichneten Zugang zum Kern des Problems.

Die militärischen Bestimmungen (Landheer, Marine, Luftstreitkräfte) umfassen den ganzen Teil V des Vertragswerks. Sie lassen sich in wenigen Punkten zusammenfassen: Berufsheer von 100 000 Mann für das Heer und 15 000 für die Marine; Zerstörung der Befestigungsanlangen und Kriegsfabriken; Ablieferung aller größeren Kriegsschiffe, U-Boote, fast aller Handelsschiffe; Materiallieferung an die Alliierten. Im Anhang sind Bürgschaften für die Durchführung verzeichnet: Besetzung des linken Rheinufers sowie der Brükkenköpfe Köln, Koblenz, Mainz und Kehl; allmähliche Räumung, je nachdem der Vertrag erfüllt wird; Saarland an den Völkerbund unter Frankreichs Verwaltung für fünfzehn Jahre, anschließend Volksabstimmung im Saargebiet über französische oder deutsche Zugehörigkeit; Pfändung weiterer Gebiete im Falle einer Nichterfüllung. Die gegenseitige Verpflichtung ist dem Teil V vorangestellt und lautet:

»Um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschrän-

kung aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland, die im folgenden niedergelegten Bestimmungen über das Landheer, die Seemacht und die Luftfahrt genau innezuhalten.«

Das war klar: Die deutsche Abrüstung sollte einer allgemeinen Abrüstung vorausgehen. Das war um so klarer, als das der alliierten Antwort (Mantelnote) auf die deutschen Änderungsvorschläge beigelegte Schreiben Clemenceaus vom 16. Juni 1919 diese Verpflichtung erläuterte:

»Die Alliierten und Assoziierten Mächte betonen nachdrücklich, daß ihre Bedingungen bezüglich der deutschen Bewaffnung nicht nur darauf abzielen, Deutschland an einer Wiederaufnahme seiner Politik der militärischen Aggression zu hindern. Sie bilden auch den ersten Schritt zum Abbau und zur allgemeinen Begrenzung der Rüstung, die die bezeichneten Mächte als bestes Mittel, den Krieg zu verhüten, anstreben; dem Völkerbund wird es obliegen, diesen Abbau und diese Begrenzung als erstes zu verwirklichen. Es ist ebenso gerecht wie notwendig, mit der zwangsweisen Rüstungsbegrenzung bei dem Staat zu beginnen, der die Verantwortung für ihr Anwachsen trägt.«

Clemenceau, Leiter der französischen Delegation bei der Friedenskonferenz, sprach das nicht deutlich aus, und man kann diesen Text nur für das nehmen, was er aussagt — das taten die Deutschen übrigens auch. Clemenceaus Haltung während der Verhandlungen berechtigte aber zu der Ansicht, daß er die wirtschaftlichen Vertragsbestimmungen für völlig unverwirklichbar hielt. Daß sie dennoch Deutschland aufgezwungen würden, forderte er von den Engländern und Amerikanern, weil er bei Nichterfüllung einen juristischen Grund haben wollte, nicht nur der Räumung des linken Rheinufers und der Brückenköpfe zu entgehen, sondern auch weitere deutsche Gebiete zu pfänden.

Das ist zumindest, was unter »dem Gewebe von jesuitischen Auslegungen zur Bemäntelung von Ausraubungs- und Unterdrückungsabsichten«, »vom Machthunger und Hege-

moniestreben« zu verstehen ist, die Keynes und Lloyd George Frankreich zuschrieben.

Im Januar 1923 war Deutschland tatsächlich völlig entkräftet; die Parität seiner Währung zum Dollar war von vier zu eins im Oktober 1918 auf eintausendsechzig zu eins gefallen. Da Deutschland nicht mehr zahlen konnte, erteilte Poincaré den französischen Truppen unter General Degoutte den Befehl, am 11. Januar 1923 das Ruhrgebiet zu besetzen und die Bergbauproduktion zu beschlagnahmen. Gegen den Willen der Engländer und zur großen Entrüstung der Amerikaner erfolgte das.

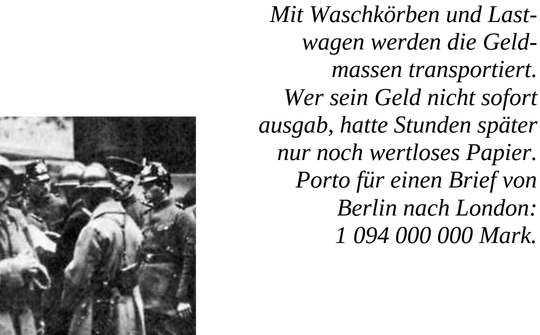
Gemäß der Artikel 203 bis 210 des Versailler Vertrags ließ sich die ernannte Interalliierte Militärkontrollkommission (I. M. K. K.) unter Führung des französischen Generals Nollet am 16. September 1919 in Berlin nieder. Als erstes verteilte sie die 383 Offiziere sowie die 737 Unteroffiziere und Mannschaften, die sie umfaßte, auf ganz Deutschland, um die Durchführung seiner Entwaffnung zu überwachen[33].

Am 16. Februar 1927 berichtete Marschall Foch vor dem Heeresausschuß der französischen Abgeordnetenkammer ausführlich über die Arbeiten dieser Kommission. Er habe sie aufmerksam verfolgt und an Ort und Stelle im Auftrag des Völkerbunds nachgeprüft. Er könne nun versichern, daß mit dem 31. Januar 1927 die Entwaffnung Deutschlands vollendet sei.

Am 28. Februar 1927 verließ die Interalliierte Kontrollkommission Deutschland.

Zwischenzeitlich hatte die Vollversammlung des Völkerbunds am 25. September 1925 beschlossen, eine »Vorbereitende Kommission für die Konferenz über die Beschränkung der nationalen Rüstungen auf ein mit der nationalen Sicherheit und der Erfüllung der sich aus einer gemeinschaftlichen Aktion ergebenden Verpflichtungen vereinbares Mindestmaß« zu gründen. Wie lang sie auch immer war, so lautete ihre Bezeichnung tatsächlich. Ihre Mitglieder waren am folgenden 12. Dezember ernannt worden[34]. Die erste, zum 15.





Inflation 1923:
Mit Waschkörben und Lastwagen werden die Geldmassen transportiert.
Wer sein Geld nicht sofort ausgab, hatte Stunden später nur noch wertloses Papier.
Porto für einen Brief von Berlin nach London:
1 094 000 000 Mark.



6. Oktober 1923, Düsseldorf. Die Schupos werden von der französischen Besatzungstruppe aus der Stadt vertrieben.

Februar 1926 vorgesehene Versammlung konnte erst am 18. Mai 1926 stattfinden.

Und nun begannen die Schwierigkeiten.

2. Frankreich gegen die allgemeine Abrüstung

Nahezu fünf Jahre lang (18. Mai 1926 bis 24. Januar 1931) versuchte die Kommission vergeblich, die ihr gestellte Aufgabe zu bewältigen. Ihr Scheitern ist auf ihre Zusammensetzung und, bezüglich der Rüstungsbegrenzung, auf die besonderen Überlegungen der einzelnen Mitgliedsstaaten zurückzuführen. Die USA urteilten auf Grund des Streits, den sie mit Japan im Pazifik hatten, England ebenso; Japan war von seinen Konflikten mit China besessen, und China von seinen mit Rußland usw. Diese Differenzen konnten aber schlimmstenfalls nur örtlich begrenzte Konflikte hervorrufen, die sich auf dem Verhandlungsweg leicht vermeiden ließen: Offensichtlich konnte ein zweiter Weltkrieg nur aus den europäischen Streitfragen hervorgehen; waren diese von der deutschen Frage beherrscht, mußte letztere in den Mittelpunkt der Diskussion rücken.

Die im Versailler Vertrag verankerte gegenseitige Verpflichtung betraf ohnehin nur die deutsche Frage, und sie hatte außerdem die Gründung der Kommission veranlaßt. In allen Diskussionen und häufig nach langen weltpolitischen Abschweifungen kam man letzten Endes stets auf sie zurück, stieß immer alles auf sie. Es wurde daher ausschließlich über sie und die entsprechenden Stellungnahmen der Kommission debattiert.

Der russische Standpunkt wurde überhaupt nicht beachtet. Als die russische Abordnung in der vierten Sitzungsperiode vom 30. November bis 2. Dezember 1927 erstmals an der Diskussion teilnahm, forderte ihr Delegierter Litwinow unter anderem »die Entlassung sämtlicher Mannschaften der Landheere, der Flotten und der Luftwaffen . . ., die Zerstö-

rung sämtlicher Waffen . . ., die Abschaffung jeder militärischen Ausbildung«.

Selbstverständlich gibt es für eine völlig abgerüstete Welt keine Kriegsgefahr, und auf eine solche Welt muß abgezielt werden. Zur Debatte stand aber die *Begrenzung* der Rüstungen, und nicht ihre *Abschaffung*. Der Vorschlag war einfach zu leicht abzuweisen. Möglicherweise verfolgten die Russen hierbei auch kein anderes Ziel.

Der deutsche Standpunkt war dagegen sehr fest. Benoist-Méchin hat ihn höchst wahrscheinlich am deutlichsten dargelegt. Er faßt die erste Intervention, die Graf Bernstorff im Namen der deutschen Abordnung während der ersten Sitzungsperiode im Mai 1926 machte, wie folgt zusammen:

»Die Alliierten haben dem Reich ein 100 000 Mann-Heer aufgezwungen. Der Friedensvertrag, die Völkerbundssatzung und nunmehr die Schlußakte von Locarno[35] erkennen jedoch übereinstimmend an, daß die deutsche Entwaffnung den Weg zu einer allgemeinen Abrüstung frei machen soll. Zu einer solchen kann man nur auf drei Wegen gelangen: Entweder senken Sie Ihre Rüstungen auf den Deutschland zugebilligten Stand; oder Sie gestatten Deutschland, seine Rüstung auf Ihren Stand anzuheben; oder aber Sie verbinden beides miteinander, senken Ihre eigenen Rüstungen und gestatten uns, die unseren zu verstärken, so daß wir uns in der Mitte treffen.«[36]

Außer Frankreich waren alle europäischen Staaten bereit abzurüsten. Frankreich wollte jedoch in der Lage bleiben, die Durchführung der im Versailler Vertrag enthaltenen wirtschaftlichen Bestimmungen mit Waffengewalt einzufordern. Folglich wollte es, daß Deutschland entwaffnet blieb, und es wollte dabei die Freiheit behalten, nach Lust und Laune zu rüsten. Und Rußland, das sich abwartend verhielt, war (noch) nicht da. Die Rede von Graf Bernstorff galt also nur Frankreich.

Der Leiter der französischen Delegation, Paul-Boncourt, der eine erprobte Deutschfeindlichkeit nie ablegte und

Deutschland bei der ersten besten Gelegenheit zu ertappen gedachte, begriff es richtig. Er war aber überrumpelt, und seine Antwort fiel kläglich aus: »Was Sie von uns fordern«, erwiderte er, »ist nicht mehr und nicht weniger als die Erlaubnis, legal wiederaufzurüsten!«

Die anderen Delegationen mußten, im Besitz der Rede wohl einsehen, daß das nicht stimmte. Die Rede des Leiters der deutschen Abordnung hatte mit solcher Auslegung nämlich nichts gemein und war außerdem von einwandfreier Logik. Joseph Paul-Boncourt erkannte sofort, daß er die Kommission verstimmt hatte; daher ließ er sich weitschweifig über die Notwendigkeit aus, Bündnissysteme, gegenseitige Beistandspakte, schiedsrichterliche Stellen zu schaffen. Die Frage der kollektiven Sicherheit müsse gelöst werden, bevor irgendeine Abrüstungsmaßnahme getroffen werde.

»Das Kapitel der Sicherheit ist abgeschlossen!« erwiderte ihm trocken Lord Robert Cecil, der Leiter der britischen Delegation. »Sie haben den Völkerbundspakt und den Vertrag von Locarno, die Garantie Großbritanniens und Italiens, Vereinbarungen mit Polen und der Tschechoslowakei: Was wollen Sie mehr?«

Paul-Boncourt nörgelte, das sei nur ein Anfang und reiche nicht aus. Man müsse dieses System ausbauen, das die früheren Verträge nur flüchtig entworfen hätten . . .

Die Kommission verfing sich in dieser Spitzfindigkeit.

Der Locarno-Vertrag verfügte (Art. 10 des ihm zugrunde liegenden Rheinpakts), daß er in Kraft treten solle, »sobald Deutschland Mitglied des Völkerbunds geworden ist«. Deutschland mußte diesem also beitreten: Es stellte seinen Beitrittsantrag am 10. Februar 1926, der zunächst abgelehnt wurde. Erst beim zweiten Anlauf stimmte die Vollversammlung am 8. September 1926 zu, und am 10. September desselben Jahres wurde Deutschland im Laufe der VII. Vollversammlung feierlich aufgenommen. Die Aufnahme trug wesentlich zur Beruhigung der internationalen Beziehungen in Europa bei. Zur Fortsetzung dieses Weges eröffnete der fran-

zösische Außenminister Briand Gespräche mit dem amerikanischen Außenminister Kellog, die am 27. August 1928 zum sogenannten Briand-Kellog-Pakt oder Pariser Vertrag führten. Dieser ergänzte den Locarno-Vertrag weitgehend und verurteilte »den Krieg als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle und als Werkzeug nationaler Politik«. Vierzehn Staaten, darunter Deutschland, unterzeichneten ihn noch am selben Tag und fast alle übrigen in der folgenden Zeit.

Aber seit seiner Aufnahme in den Völkerbund wollte Deutschland Vollmitglied sein, das heißt die gleichen Rechte wie die übrigen Mitglieder haben. Es wollte außerdem, daß die für alle geltenden Verbindlichkeiten des Versailler Vertrags, vor allem in Sachen Abrüstung, auch allen auferlegt würden, und nicht nur Deutschland.

Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund verstärkte seinen Standpunkt um ein gewichtiges Argument: In einem demokratischen System wie dem dieser Organisation sollten wenigstens alle Mitglieder grundsätzlich gleichberechtigt sein, sollte es keine zweitrangigen Mitglieder geben; andernfalls besteht keine demokratische Gesellschaft, sondern eine feudale.

Aber jedesmal, wenn die Gleichheit der Rechte zur Debatte stand, tat jeder sein Möglichstes, um der Diskussion auszuweichen. Aus taktischen Gründen nahm Deutschland es nicht tragisch. Die Kontroverse verlor sich in vergebliche Palaver, ob man abrüsten müsse, um die Sicherheit zu gewährleisten, oder ob man zunächst die Sicherheit gewährleisten müsse, um abrüsten zu können: aus der Sackgasse kam man nicht heraus. Frankreich, das mit der These »Sicherheit geht vor« sämtliche Auswege versperrte, machte sich unbeliebt; Deutschland dagegen erfreute sich einer immer größeren Zuneigung vor allem seitens der kleinen Nationen. Nach vier Jahren Diskussionen, die die Sache um kein Jota weitergebracht hatten, erreichte man mit Ach und Krach den November 1930, und die siebte Sitzungsperiode der Kommission wurde eröffnet.

Plötzlich ereignete sich ein Zwischenfall: General von Seeckt, 1920 bis 1926 Oberbefehlshaber der Reichswehr, haute den Knoten durch. In einem Interview gegenüber der *United Press* erklärte er unter anderem: »Wenn die Hoffnung aufgegeben werden muß, alle großen Heere auf den Stand des deutschen Heeres zu verringern, wenn die Antwort der anderen Mächte unbefriedigend bleibt, dann bleibt dem Reich nichts anderes übrig als wiederaufzurüsten, da die anderen nicht abrüsten, auf der Grundlage einer Gleichheit, die der Stärke der Bevölkerung und seiner geographischen Lage entspricht.«

Frankreich tat, als wenn es den Konditionalis übersähe, ergriff die Gelegenheit und erwirkte von der leicht zu überlistenden Kommission eine Entscheidung, die die Unverletzbarkeit des Teiles V des Versailler Vertrags verkündete: daß die deutsche Entwaffnung als endgültiges, ein für allemal feststehendes Ergebnis anzusehen sei, da sie die »Conditio sine qua non« für die Abrüstung der anderen Nationen sei . . . Frankreich sagte aber kein Wort über die Absichten der anderen Nationen hinsichtlich ihrer Abrüstung.

Sofort erhob sich Graf Bernstorff und rief aus, der Teil V des Vertrags sei nicht einfach *eine* Bedingung für *einen* der Unterzeichnerstaaten, sondern enthalte die moralische und die juristische Verpflichtung für *alle anderen.* Es könne nicht zwei verschiedene Ellen und Gewichte geben, die Entschließung sei ja eine einseitige, einschränkende Auslegung, Deutschland wolle die gleichen Rechte wie alle anderen Mitglieder des Völkerbundes genießen. Schließlich werde er sie verantwortlich machen, wenn sie sich nicht seinen Standpunkt zu eigen machten.

An dieser Darlegung war weder moralisch noch juristisch etwas auszusetzen. Der Vorsitzende erwiderte lediglich, daß diese Forderung nicht in den Zuständigkeitsbereich der Kommission gehöre, sondern in den der Konferenz, die sie vorbereiten solle . . .

»Dann ruft meine Regierung«, unterbrach Graf Berns-

torff, »schon jetzt die Konferenz an und wird an den Arbeiten nicht mehr teilnehmen.«

Daraufhin verließ er, von der deutschen Delegation gefolgt, den Sitzungssaal. Das bedeutete das Scheitern. Alle Delegationen sahen ein, daß sie zu weit gegangen waren. Man versuchte, die Sache wieder einzurenken, so gut es ging. Die Kommission unterbreitete den Streitfall dem Völkerbundsrat, der am 24. Januar 1931 nicht etwa Sanktionen gegen Deutschland beschloß, sondern die Abrüstungskonferenz zum 2. Februar 1932 einberief.

Am 2. Februar 1932 waren zweiundsechzig Länder, und nicht mehr sechsundzwanzig, am grünen Tisch versammelt, und diese erhöhte Zahl, die mehr Standpunkte in die Diskussion einbrachte, trug nicht dazu bei, die Dinge zu vereinfachen. Außerdem waren es keine Delegierten mehr, die im Namen ihrer Regierungen ermitteln sollten: Sie waren beauftragt, Entscheidungen zu treffen. Dazu hatte die vorbereitende Abrüstungskommission nichts vorbereitet, und sie standen vor der Leere.

Von vornherein definierte der Vertreter des Reichs, Nadolny, den Zweck der Konferenz: die Gleichberechtigung. Arthur Henderson, der britische Vertreter, war dagegen der Ansicht, es sei besser, Maßnahmen zu einer effektiven Abrüstung zu vereinbaren, als über Grundsatzfragen zu debattieren; und weil man dies bislang versäumt habe, sei man in eine Sackgasse geraten. Er schlug daher vor, die Angriffs- und die Verteidigungswaffen zu definieren, um sodann die erste Waffenart abzuschaffen. Der französische Delegierte André Tardieu, meinte seinerseits, man müsse eher den Aggressor bestimmen, es gelte nämlich, nicht so sehr die Rüstungen zu begrenzen, als vielmehr die Möglichkeiten der Aggression zu beschränken. Waffen werde der Völkerbund ohnehin brauchen, um den — bestimmten — Angreifer zu bestrafen, falls er sich über die Konferenzbeschlüsse hinwegsetze. Man verlor sich wieder in endlose Diskussionen über nebensächliche Fragen.

Angesichts dessen legte der US-Vertreter Gibson am 22. Juni 1932 im Namen Präsident Hoovers einen Plan vor, der seiner Ansicht nach Deutschland Genugtuung leisten und die Konferenz zu positiveren Zielen zurückführen könne:

»1. Bezüglich der Landstreitkräfte: Verminderung um ein Drittel der Stärken, wobei im übrigen jedes Land das Recht auf eine Bereitschaftspolizei erhält, die im Durchschnitt der Stärke angepaßt ist, die Deutschland durch die Friedensverträge zugebilligt wurde. Vollständige Vernichtung der Panzerkampfwagen und der schweren Artillerie;

2. Bezüglich der Seestreitkräfte: Vernichtung eines Drittels der Tonnage und der Zahl der Schlachtschiffe, eines Viertels der Tonnage der Flugzeugträger, der Kreuzer und der Zerstörer, eines Drittels der Tonnage der Unterseeboote;

3. Bezüglich der Luftstreitkräfte: Vernichtung aller Bombenflugzeuge und Verbot aller Luftbombardements.«

Und er hob die Größe der Opfer hervor, zu denen sein Land bereit sei, wenn dieser Plan angenommen würde: die USA würden sich verpflichten, 300 000 Tonnen an Kriegsschiffen, 1000 schwere Artilleriegeschütze, 900 Panzerkampfwagen und 300 Bombenflugzeuge zu vernichten.

Es handelte sich um den ersten seriösen Vorschlag seit sechs Jahren.

Deutschland und die UdSSR begrüßten ihn mit Begeisterung. Italien nahm ihn an, England stellte sein Urteil zurück, stand ihm aber nicht feindlich gegenüber. Dieser Plan wurde einmal mehr von Frankreich torpediert: »Die verführerische Einfachheit dieses Plans«, erklärte A. Tardieu, »trägt der Vielschichtigkeit der Probleme nicht genügend Rechnung. Und vor allem berücksichtigt er nicht die kollektive Sicherheit, auf die Frankreich so großen Wert legt.« Das war ein Gipfelpunkt höflicher Ablehnung.[37]

In Anbetracht von Präsident Hoovers hohem Ansehen konnte man aber nicht umhin, den Vorschlag zu beachten. Dank der Anstrengungen Frankreichs und der Unterstützung Beneschs erhielt er am 22. Juli folgenden Wortlaut:

»1. Es *soll* eine wesentliche Verminderung der Weltrüstungen durchgeführt werden, die in ihrer Gesamtheit durch eine allgemeine Übereinkunft auf die Rüstungen zu Lande, zur See und in der Luft ausgedehnt werden soll;

2. Ein wesentliches Ziel ist die Verringerung der Angriffsmittel.«

Man sprach wieder im Futur und fiel ins allgemeine Gerede zurück, aber auch ins Verfahrensdickicht, da nun eine Kommission ernannt werden mußte, die die Übereinkunft erarbeiten sollte. Die Konferenz befand sich wieder am Anfang. Alle Teilnehmer waren enttäuscht. Mit Besorgnis erwarteten sie die Reaktion Deutschlands: Diesen nichtssagenden Text werde es nur dann annehmen, wenn ihm ein Nachtrag die Gleichberechtigung zuerkenne. Frankreich sträubte sich; niemand stimmte ihm zu, aber niemand sagte auch etwas. Die Resolution wurde angenommen, ohne daß dem deutschen Gesuch Folge gegeben wurde. Daraufhin legte Deutschlands Vertreter Nadolny dem Konferenzrat folgende Erklärung vor:

»Die deutsche Regierung ist bereit, sich an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz zu beteiligen, um mit all ihrer Kraft auf die Verwirklichung eines entscheidenden Schrittes zur allgemeinen Abrüstung hinzuarbeiten, im Sinne des Artikels 8 des Völkerbundsvertrages. Aber die Arbeit der deutschen Regierung ist nur möglich, wenn die endgültige Tätigkeit der Konferenz sich auf der Grundlage einer offenen und klaren Anerkennung der Gleichheit der Rechte unter den Nationen vollzieht.

Die deutsche Regierung sieht sich gezwungen bekanntzugeben, daß sie sich nicht zu einer weiteren Arbeit verpflichten kann, wenn nicht eine befriedigende Lösung dieses für Deutschland entscheidenden Punktes bei der Wiederaufnahme der Arbeiten der Konferenz gefunden wird.«

Achtundvierzig Stunden später hatte die deutsche Delegation Genf verlassen. Es wurde klar, daß man erneut zu weit gegangen war, daß man Deutschland aufs äußerste getrieben

hatte, nur um Frankreichs unehrlichen Absichten nachzugeben. Hinter den Kulissen wurden nun Kunstgriffe angewandt, um die deutsche Delegation zurückzuholen. Am 29. August 1932 gab Reichsaußenminister von Neurath den dringenden Bitten der Engländer, Italiener und Amerikaner, die den deutschen Standpunkt billigten, nach und erklärte sich bereit, den ersten Schritt zu machen. Er richtete folgende Note an die französische Regierung:

»1. Die Entschließungen der Abrüstungskonferenz haben für Deutschland keine Bedeutung, da die Resolution vom 22. Juli die Frage, ob diese Entschließungen sich auch auf das Reich beziehen, völlig außer acht läßt;

2. Die von der Konferenz erarbeitete Abrüstungsvereinbarung muß für Deutschland den Teil V des Friedensvertrags von Versailles, der damit ungültig wird, ersetzen;

3. Deutschland fordert die Gleichheit der militärischen Rechte, das heißt das Recht, selbst die Form der Streitkräfte zu bestimmen, deren er zu seiner Sicherheit bedarf. Wenn anders gehandelt würde, bliebe Deutschland in der Stellung einer Nation zweiter Klasse;

4. Deutschland ist bereit, auf alle Waffen zu verzichten, auf welche die anderen Mächte gleichfalls verzichten.«

Am 11. September 1932 wies Frankreich diese Auffassung zurück. Am 14. September setzte von Neurath Henderson in Kenntnis, Deutschland könne »seinen Platz in der Konferenz so lange nicht wieder einnehmen, wie die Frage der Gleichberechtigung nicht gelöst worden ist«. Am 28. September wurde die 13. Sitzungsperiode des Völkerbunds in Genf eröffnet, in Abwesenheit Deutschlands . . . Auf das dringende Ersuchen Sir John Simons und Baron Aloisis hin willigte Frankreich ein, eine realistischere Haltung einzunehmen: Großbritannien, Italien und Frankreich erklärten in einem gemeinsamen Kommuniqué, daß »einer der Grundsätze für die Abwicklung der Abrüstungskonferenz die Bewilligung der Gleichberechtigung an Deutschland« sei, »daß die Modalitäten der Anwendung einer solchen Gleichheit der

Rechte noch auf der Konferenz besprochen werden müssen«. Deutschland entschloß sich zurückzukommen.

Als aber die Abrüstungskonferenz im März 1933 ihre Arbeiten wiederaufnahm, hatten sich unterdessen zwei Ereignisse zugetragen: Hitler war Reichskanzler geworden, Roosevelt Präsident der Vereinigten Staaten.

3. Hitler schlägt die allgemeine Abrüstung vor

Von Hitlers Machtübernahme wurden die Engländer am stärksten ergriffen: nicht nur wegen seines Programms[38] (rassistisch, antidemokratisch und diktatorisch in der Innenpolitik; expansionistisch — siehe Lebensraum — in der Außenpolitik), sondern auch wegen seiner Methoden und Entschiedenheit, Forderungen zu stellen. Wenn man mit ihm die Dinge so anstehen lasse wie mit der Weimarer Republik, so werde der Krieg, dachten die Briten, früher oder später unvermeidlich ausbrechen. Und sie waren um so mehr davon überzeugt, daß ihm Zugeständnisse gemacht werden mußten, als er im Augenblick nur die Durchführung des Versailler Vertrags in seinen militärischen Klauseln sowie seine Revision in wirtschaftlicher und territorialer Hinsicht forderte, die sie (kraft Art. 19 des Pakts) bis zu einem gewissen Grad für legitim hielten.

Hitler nahm zu Frankreich schon deshalb eine sehr harte Haltung ein[39] ein, weil er es für den Versailler Vertrag und seine Auslegung verantwortlich machte. Seine Haltung zu England war dagegen eine ganz andere: Alle seine bisherigen Reden ließen den Weg frei für eine deutsch-britische Verständigung in Sachen Europa, und keine seiner Forderungen hatte jemals die britischen Interessen beeinträchtigt[40]. Alles trug zu der Ansicht bei, daß er sie nicht antasten werde. Und sollte er sie doch antasten, werde man schon sehen.

In den damaligen Zeitverhältnissen waren die Briten vor allem darauf bedacht, die Voraussetzungen zu einem zweiten

Krieg in Europa, der wie der vorige nur weltweites Ausmaß haben könnte, zu unterbinden.

Während der Sitzungspause waren mehrere Pläne ausgearbeitet worden, darunter ein amerikanischer und ein französischer. Der erste übernahm die einzelnen Anordnungen des Hoover-Plans, nur daß er die Ernennung einer Ständigen Kommission an Stelle der Abrüstungskonferenz vorsah. Diese Kommission sollte innerhalb von drei Jahren die Frage der Gleichheit der Rechte sowie die der Sicherheit klären. Der Plan schob die Probleme auf, und es war ausgeschlossen, daß Deutschland ihn annahm. Da er sich außerdem auf den Hoover-Plan stützte, den die Abrüstungskonferenz bereits abgeschlagen hatte, würden ihn auch die anderen Delegationen kaum annehmen können. Der französische Vorschlag betonte seinerseits eine bislang für zweitrangig erachtete Frage, die Abrüstungskontrolle, und sah hierzu die Ernennung einer Kommission vor; und wenn nach einem — nicht festgesetzten — Zeitraum die Ermittlungen der Kommission Deutschland guten Willen bescheinigten, dann könnte die Frage der Gleichberechtigung wieder geprüft werden. In diesem Fall stand ein Verfahrensdickicht und nicht ein Erfolg in Aussicht.

Angesichts dessen arbeitete der britische Premier MacDonald einen sehr genauen Plan aus und unterbreitete ihn persönlich der Abrüstungskonferenz am 16. März 1933. Der Vorschlag besagte in der Hauptsache: »Deutschland sollte berechtigt werden, seine Reichswehr zu verdoppeln, sie also auf 200 000 Mann zu bringen. Frankreich sollte aufgefordert werden, seinen Mannschaftsbestand auf das gleiche Niveau zu senken. Aber zu den 200 000 Mann der Heimatarmee sollten 200 000 weitere hinzukommen, die zur Verteidigung seiner Kolonien bestimmt waren. Italien würden ebenfalls 200 000 Mann für das Mutterland, dazu 50 000 Mann für seine überseeischen Besitzungen zugestanden. Polen — mit einer um die Hälfte kleineren Bevölkerung als Deutschland — sollte ebenfalls 200 000 Mann unter Waffen halten, die

Tschechoslowakei 100 000 und die Sowjetunion 500 000 Mann. Rechnete man die Mannschaftsstärken aller mit Frankreich verbündeten Länder — Polens, Belgiens und der Kleinen Entente — zusammen, käme man auf eine Gesamtsumme von 1 025 000 Mann, denen 200 000 Soldaten der neuen deutschen Wehrmacht gegenüberstünden. Dieses Mißverhältnis sollte noch verstärkt werden durch die Tatsache, daß Deutschland keine Luftwaffe besitzen dürfte, während Frankreich 500, Polen 200, Belgien 150 und die Kleine Entente (Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien) zusammen 550 Flugzeuge besitzen sollten. Dieser Plan, vervollständigt durch eine Anzahl regionaler gegenseitiger Beistandspakte, könnte innerhalb einer Frist von fünfzehn Jahren in Etappen durchgeführt werden.«[41]

Alle stimmten ohne Vorbehalte zu, außer Italien, das sich zwar dem Vorschlag anschloß, die der Kleinen Entente zugebilligte Zahl an Flugzeugen dennoch zu hoch fand und ein stärkeres Kolonialkontingent haben wollte, und bis auf Frankreich, das, wie unten zu ersehen, streng dagegen war. Alle Teilnehmer fragten sich aber auch, wie Hitler auf diesen Vorschlag reagieren werde: er antwortete am 17. Mai 1933 mit einer Rede, die er vor dem eigens hierfür einberufenen Reichstag hielt.

Am Tag zuvor hatte Präsident Roosevelt, der vor kurzem ins Weiße Haus eingezogen war, eine schwungvolle Botschaft an 44 Staatschefs gerichtet, in der er die Pläne und Hoffnungen der USA in Sachen Abrüstung und Frieden darlegte, die Abschaffung aller Angriffswaffen (Bombenflugzeuge, Panzer, motorisierte Schwerartillerie) forderte und im Fall einer Zustimmung die US-Garantie versprach. (Roosevelt wußte um den Anklang, den der Hoover-Plan in den USA gefunden hatte. Daher hatte er Hoover während der Kampagne zu den Präsidentschaftswahlen über innenpolitische Themen angegriffen, und nicht wegen seiner einhellig gebilligten Außenpolitik.) Hitler ging in seiner Rede ebenso auf die Vorschläge MacDonalds ein wie auf die Friedensbotschaft Roosevelts.

Die angelsächsische Welt jubelte vor Freude. An die Adresse MacDonalds und somit an die der Abrüstungskonferenz erklärte er:

»Die Deutsche Regierung sieht in dem englischen Plan eine mögliche Grundlage für die Lösung dieser Fragen . . . Ferner wird die deutsche Regierung kein Waffenverbot als zu einschneidend ablehnen, wenn es in gleicher Weise auch auf die anderen Staaten Anwendung findet . . .«

Und an die Adresse Präsident Roosevelts:

»Der Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Roosevelt, von dem ich heute nacht Kenntnis erhielt, verpflichtet deshalb die deutsche Regierung zu warmem Danke. Sie ist bereit, dieser Methode zur Behebung der internationalen Krise zuzustimmen. Dieser Vorschlag bedeutet eine große Beruhigung für alle, die an der aufrichtigen Erhaltung des Friedens mitarbeiten wollen. Deutschland ist jederzeit bereit, auf Angriffswaffen zu verzichten, wenn auch die übrige Welt ein Gleiches tut. Deutschland ist auch ohne weiteres bereit, seine gesamte militärische Einrichtung überhaupt aufzulösen und den kleinen Rest der ihm verbliebenen Waffen zu zerstören, wenn die anliegenden Nationen ebenso restlos das gleiche tun würden. Deutschland ist bereit, jedem feierlichen Nichtangriffspakt beizutreten, denn Deutschland denkt nicht an einen Angriff, sondern an seine Sicherheit.«

Das Ganze gespickt mit Formeln über den Krieg, der »heller Wahnsinn« sei, der »zum Zusammenbruch der heutigen Gesellschafts- und Staatenordnung führen« würde. Eine Rede also, deren pazifistische Klänge die verworrene Welt von damals angenehm überraschten. Der Reichstag stimmte mit Zuruf einmütig zu, einschließlich der 81 Sozialdemokraten, die dort noch einen Sitz hatten. In der angelsächsischen Welt erklärte die Londoner *Times*, daß die Forderung des Reichs, mit den übrigen Staaten gleichgestellt zu werden, »unumstößlich« sei. Der der Labour Party nahestehende *Daily Herald* forderte, daß »man Hitler beim Wort nehmen« solle. Der konservativ eingestellte *Spectator* zog den Schluß,

Hitler habe Roosevelt die Hand gereicht, und diese Geste gebe der geplagten Welt neue Hoffnung. In den USA Schwärmten die Zeitungen. Der Sprecher im Weißen Haus erklärte sogar: »Der Präsident war von der Art begeistert, wie Hitler seine Vorschläge annahm.«

Dennoch enthielt die Rede Hitlers eine Drohung:

»Jeder solcher Versuch, jeder Versuch einer Vergewaltigung Deutschlands auf dem Wege einer einfachen Majorisierung gegen den klaren Sinn der Verträge könnte nur durch die Absicht diktiert sein, uns von den Konferenzen zu entfernen. Das deutsche Volk besitzt aber heute Charakter genug, in einem solchen Falle seine Mitarbeit den anderen Nationen nicht aufoktroyieren zu wollen, sondern, wenn auch schweren Herzens, die dann einzig möglichen Konsequenzen zu ziehen. Als dauernd diffamiertes Volk würde es uns auch schwerfallen, noch weiterhin dem Völkerbund anzugehören.«

Sie stand im Konditional, und man hielt sie für selbstverständlich.

Diese Rede wirkte sich günstig aus: sie brachte Mussolini und den französischen Botschafter in Rom, Henry de Jouvenel, auf den Gedanken, einen Vier-Mächte-Pakt (Italien, Frankreich, Großbritannien und Deutschland) zu planen, der durch den Zusammenhalt dieser Staaten »das Vertrauen auf den Frieden bekräftigen« sollte. England sagte ohne weiteres zu. Frankreich war zurückhaltender und sagte nur deshalb zu, weil Mussolini damals Hitler feindlich gesonnen war (der Duce beschuldigte ihn, »ihn ungeschickt nachzuäffen«, und hielt ihm außerdem seine Anschlußpläne für Österreich, Italiens bewachtes Jagdrevier, vor) und weil es eine Zeitlang Mussolini gegen Hitler auszuspielen gedachte. Die Gespräche wurden zielstrebig geführt: bereits am 7. Juni 1933 setzten die im Palazzo Venezia versammelten Botschafter der vier Mächte ihre Unterschrift unter den Vertrag.[42]

Die Idee war gut. Leider hatte sie keine Folgen: der Pakt wurde niemals ratifiziert.

Denn Paul-Boncourt paßte auf: Da er Hitlers unanfechtbare Rede nicht angreifen konnte, kritisierte er den MacDonald-Plan. Dieser biete Frankreich keine ausreichenden Garantien, stelle die Zehntausenden von SA- und SS-Männern, die es neben der Reichswehr gäbe und im Falle einer Mobilmachung eine Masse ausgebildeter Reservisten darstellten, nicht in Rechnung, lasse die Seeabrüstung völlig außer acht und sehe schließlich keine Kontrollmöglichkeit für die Abrüstung vor, was für Frankreich von entscheidender Bedeutung sei.

Um diesen Punkt zu entschärfen, beschloß die Abrüstungskonferenz einen »Redaktionsausschuß« mit der Aufgabe zu betrauen, »die mit der Beachtung der nationalen Souveränität vereinbarten Kontrollmethoden zu ermitteln«. Und wiederum beschloß dieser Ausschuß, dessen Mitglieder sich über nichts einigen konnten, die Frage einem »Unterausschuß von Juristen« zu unterbreiten. Der deutsche Delegierte wurde angesichts dieses ablenkenden Verfahrens ungehalten, und am 5. Juni 1933 machte er darauf aufmerksam, daß man bedauerlicherweise auf Abwege gerate. Er habe nichts gegen eine Kontrolle, die selbstverständlich sei, wenn sie sich auf alle beziehe. Für Deutschland sei nicht die Frage der Kontrolle entscheidend, sondern die Gleichheit der Rechte, in die der MacDonald-Plan einmünde. Wenn diese Gleichheit der Rechte nicht innerhalb eines Jahres wirksam werde, dann werde Deutschland seine volle Handlungsfreiheit in Anspruch nehmen.

Um aus dieser Sackgasse herauszukommen, schlug der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz, A. Henderson, vor, sie bis zum 16. Oktober zu vertagen. Alle Teilnehmer pflichteten ihm bei. Man hoffte damit, einen öffentlichen Skandal, der der Konferenz moralisch den Todesstoß versetzen würde, zu vermeiden und bis dahin, durch Gespräche zwischen den Staatskanzleien, einen Ausweg zu finden.

Dieser Ausweg wurde nicht gefunden: Frankreich bestand unverändert auf seiner Auffassung der vorrangigen Abrü-

stungskontrolle, in der Deutschland wiederum die Möglichkeit erkannte, die Gewährung der Gleichheit der Rechte auf den St. Nimmerleinstag zu verschieben. Auch diesmal wurde dem Drängen Frankreichs nachgegeben, und am 12. Oktober 1933, vier Tage vor dem vorgesehenen Sitzungsbeginn, setzte Sir John Simon, der Leiter der amerikanischen Delegation, seinen deutschen Kollegen Nadolny in Kenntnis von »der Unmöglichkeit, Deutschland eine Aufrüstung zuzugestehen, und der Notwendigkeit, vor die Kontrolle eine Prüfungszeit einzuschalten«. Diese Prüfungszeit wurde übrigens nicht festgesetzt. Über den MacDonald-Plan und die Abrüstung der übrigen Staaten fiel kein Wort.

Zwei Tage später, am 14. Oktober, trat der Konferenzausschuß zusammen, um die Vollversammlung vorzubereiten. Während der Sitzung erhielt Henderson ein Telegramm der deutschen Regierung, die ihm mitteilte, daß sie aus der Abrüstungskonferenz und zugleich aus dem Völkerbund ausscheiden werde.

Noch am selben Abend hielt Hitler eine große Rundfunkrede, um seine Entscheidung zu rechtfertigen. Die wohl wichtigste Stelle lautete:

»Wenn aber weiter der französische Ministerpräsident Daladier die Frage erhebt, wann denn Deutschland Waffen fordere, die doch später beseitigt werden müßten, so liegt hier ein Irrtum vor. Das deutsche Volk und die deutsche Regierung haben überhaupt keine Waffen, sondern die Gleichberechtigung gefordert. Wenn die Welt beschließt, daß sämtliche Waffen bis zum letzten Maschinengewehr beseitigt werden: Wir sind bereit, sofort einer solchen Vereinbarung beizutreten. Wenn die Welt beschließt, daß bestimmte Waffen zu vernichten sind, wir sind bereit, auf sie von vornherein zu verzichten. Wenn aber die Welt bestimmte Waffen jedem Volk billigt, sind wir nicht bereit, uns grundsätzlich als minderberechtigtes Volk davon ausschließen zu lassen.

Wir sind bereit, an allen Konferenzen teilzunehmen, wir sind bereit, alle Vereinbarungen zu unterschreiben — ledig-

lich unter Bedingung gleicher Rechte. Als Privatmann würde ich mich niemals einer Gesellschaft anschließen, die meine Gegenwart nicht wünscht oder die mich als Menschen zweiten Ranges betrachtet. Ich habe niemals jemand gezwungen, mich zu empfangen, und das deutsche Volk hat nicht weniger Stolz als ich. Entweder genießen wir die gleichen Rechte wie alle, oder die Welt wird uns in Zukunft auf keiner Konferenz mehr sehen. Wir werden eine Volksabstimmung veranstalten, damit jeder Deutsche zum Ausdruck bringen kann, ob ich recht habe oder ob er mir widerspricht.«

Die Volksabstimmung fand am 12. November 1933 statt: mit 40 601 577 Stimmen, das waren 95% der Abstimmungs*berechtigten*[43] pflichtete Deutschland dem Führer bei, den es sich erwählt hatte. Man hat behauptet, dieses Wahlergebnis sei erzwungen worden: »Im KZ Dachau stimmten von 2242 Gefangenen 2154 für die Regierung, die sie verhaftet hatte«[44]. Und die waren doch abgehärtet. Ihre Abstimmung war übrigens nichts als die Antwort des Volkes auf die der sozialdemokratischen Abgeordneten, die am 17. Mai Hitlers Rede einmütig zugestimmt hatten — ohne daß irgendein Druck von seiten der Regierung auf sie ausgeübt wurde.

Diese Abstimmung war die eigentliche Inthronisation, die feierliche Einsetzung Hitlers durch das Volk. Noch am 5. März 1933 hatte er nur 43,7% der Stimmen erlangt und war auf die Unterstützung von Hugenbergs Partei angewiesen, um die 52%-Marke zu erreichen; das war schon außerordentlich. Diesmal hatte er aber nahezu das gesamte deutsche Volk hinter sich. Man konnte nicht mehr behaupten, er würde einem ganzen Volk seinen Willen mit Terrormitteln aufzwingen. Er war vielmehr von der Begeisterung eines ganzen Volkes »getragen«.

Die von den Alliierten gegen Deutschland getriebene Politik hatte zu Beginn des Jahres 1934 nur eines erreicht: Nachdem sie Hitler an die Macht gebracht hatte, festigte sie seine Stellung gerade durch die Vorkehrungen, die die Alliierten trafen, um ihn in Schwierigkeiten zu bringen.

4. Deutschlands wirtschaftlicher Wiederaufbau

Dank dem Finanzgenie von Dr. Schacht, dem früheren (1923—30) und neuen (ab 17.3.1933) Reichsbankpräsidenten und Reichswirtschaftsminister (ab Juli 1934), konnte Deutschland mittlerweile wieder in Arbeit gebracht werden. Eine eingehende Darstellung des Schacht-Systems würde die vorliegende Untersuchung zweifellos zu weit führen. Darum sei es nur in Grundzügen vorgestellt.

Wie alle genialen Neuerungen und das Ei des Kolumbus beruhte dieses System auf einer offensichtlich sehr einfachen Idee: Im damaligen Deutschland, dessen Devisenquellen praktisch erschöpft waren, kam es eigentlich nur darauf an, durch eine sinnvolle Nutzung des Kredits möglichst langfristig bares Geld künstlich zu schaffen. Die staatlichen Devisenreserven waren zwar erschöpft, die der Hochfinanz und der Großindustrie dagegen nicht, zumindest nicht in Reichsmark und vielleicht auch nicht in versteckten Devisen. Das Vertrauen war bei der Hochfinanz und der Schwerindustrie wieder eingekehrt. Sie waren nunmehr der geordneten Verhältnisse sicher und vor einem kommunistischen Umsturz durch die neue Regierung geschützt. Hjalmar Schacht konnte daher im Mai 1933 eine Aktiengesellschaft, die »Metallurgische Forschungs-GmbH«, gründen, deren Startkapital von 1 Million RM sofort der Durchführung staatlicher Großprojekte (Autobahnen, Wohnungsprogramm, Ausrüstung der ländlichen Gebiete usw.) zugewiesen wurde, gegen eine der Kapitaleinlage entsprechende Schuldanerkennung: den Mefo-Wechsel. Dieses System trat bereits im Frühjahr 1933 in Kraft, war aber erst im April 1934 ausgereift. Nun willigte die Reichsbank ein, die Mefo-Wechsel unter der Bedingung zu diskontieren, daß Deutschland von den eigenen Ausfuhren lebe; und sie diskontierte sie zunächst auf vier Jahre, um der Industrie freien Spielraum zu geben. Schacht erlaubte demnach der *Mefo-Gesellschaft*, Wechsel auf die Arbeit Deutschlands in den kommenden Jahren zu ziehen.

Die Diskontierung der Mefo-Wechsel setzte gerade bei dieser Laufzeit voraus, daß eine von Gold und Devisen losgelöste Währung in Umlauf gebracht würde, die einen sehr hohen inländischen und, zumindest am Anfang, einen sehr niedrigen internationalen Wert hätte: die Rentenmark. So entstand der zweifache Wirtschaftsbereich, den nach dem Zweiten Weltkrieg nahezu alle Staaten übernahmen. (Die Devisenbewirtschaftung mit ihrem Clearing und Parallelmarkt verfährt nicht anders.) Dieser zweifache Wirtschaftsbereich führte im Inland zu einer Politik der Löhne mit hoher Kaufkraft, aber auch, durch die strengen Einfuhrbeschränkungen bedingt, zur Autarkie und zum Einheitsgericht (keine Butter, aber Kanonen) und letztlich zur Vollbeschäftigung. Am 1. Januar 1934 hatte Deutschland fast vier Millionen Arbeitslosen in die Produktions- und Konsumindustrie wieder eingegliedert. Am 1. Januar 1935 war die Arbeitslosigkeit unbedeutend gering.

Wir möchten aber nicht vorgreifen: der Wohlstand, der auf solch beeindruckende Weise in die Arbeiterfamilien zurückkehrte, die Schwerindustrie und die Hochfinanz, die nun von allen Liquiditätssorgen befreit waren, und der Wirtschaftsapparat, der in wiederhergestellter Ordnung reibungslos lief, stellten im November 1933 allen Deutschen unter Beweis, daß Hitler recht hatte. Und der anläßlich der Volksabstimmung erzielte Erfolg hing wohl mit dieser Entwicklung der Lage zusammen. Sogar die Politik der Einfuhrkontingentierung und des Einheitsgerichts beeinträchtigte in keiner Weise Hitlers Ansehen. Ob aus Furcht oder aus Sympathie, die mitteleuropäischen Staaten, namentlich Ungarn, Österreich, Rumänien und Polen, unterhielten weiterhin normale politische und wirtschaftliche Beziehungen zum Hitlerregime, die Rentenmark wurde dort zu einem ordentlichen Wert angenommen, und da England, die Schweiz und sogar die USA, ganz am Anfang, Verständnis zeigten, konnte dieses Einheitsgericht recht bald ausgiebig werden. Es dauerte übrigens nicht lange, bis die Rentenmark eine starke Währung in

der ganzen Welt wurde, und alles kam wieder in Ordnung. Auf dem Weltmarkt war Deutschland schon der schärfste Konkurrent der USA zu einer Zeit, da deren Wirtschaft Einbuße verzeichnete, und das beunruhigte doch US-Präsident Roosevelt.

5. Präsident Roosevelts Politik

In den USA hatte F. D. Roosevelt den amtierenden Präsidenten Hoover bei den Wahlen im November 1932 besiegt und, dem Brauch gemäß, sein Amt im März 1933 angetreten: am Tag vor jener Reichstagswahl in Deutschland, die den Sieg des Tandems Hitler—von Papen bestätigte. Dies war auch eine der Folgen, und nicht die geringste des Wallstreet-Krachs im Jahre 1929 sowie der nachfolgenden, immer noch nicht ganz überwundenen Wirtschaftskrise für die Zukunft des Friedens. Der Republikaner Hoover gedachte, sie mit klassischen Mitteln, darunter mit der Deflation, zu bekämpfen, und stellte seine Wahlkampagne unter dieses Motto. Als Demokrat baute Roosevelt seine Wahlkampagne auf dem New-Deal-Programm auf, das in vieler Hinsicht an das Programm der französischen Volksfront im Jahre 1936 erinnert: eine Politik der hohen Löhne, um die Warenbestände abzubauen und die Wirtschaft anzukurbeln, kräftige Arbeitslosenunterstützungen bis auf weiteres, eine Politik des Kredits, das Ganze mit einer scharfen, häufig demagogischen Kritik an der Hoover-Administration, deren überholte Ansichten, so Roosevelt, die amerikanische Wirtschaft lähmten und erstickten. Dieses Programm setzte die Inflation und die Abwertung des Dollars voraus; er hütete sich aber, letztere anzukündigen, die im Fall seines Wahlsieges unvermeidlich sein würde. Kaum hatte er die Regierungsgeschäfte übernommen, was bei solch reizvollem Programm nicht ausbleiben konnte, da nahm er diese Abwertung vor. Indem sie die amerikanische Wirtschaft und den Staat von Liquiditätssorgen

befreite, ermöglichte sie die Wiederankurbelung der Geschäfte, den Rückgang der Arbeitslosigkeit und sicherte ihm sein Ansehen auf lange Zeit.

Der demokratische Präsident Roosevelt war auch Freimaurer[45]; demzufolge hatte er zahlreiche enge Beziehungen zur jüdisch-amerikanischen Welt. Seine nähere Umgebung war jüdisch, zumindest die meisten seiner wichtigsten Mitarbeiter. Morgenthau, sein Freund und Finanzminister, war Jude; seine einflußreichsten Berater Baruch und Weizmann ebenso; Cordell Hull vom State Department hatte eine jüdische Frau. Jude war ebenfalls Herbert Freis, auch vom State Department; ferner Lehman, Gouverneur des Staats New York, und La Guardia, Bürgermeister der Stadt; Sol Bloom, Vorsitzender der Auswärtigen Kommission im Repräsentantenhaus; die Repräsentanten Dickstein, Celler usw.; der Gewerkschaftsführer Sidney Hillmann, die Journalisten Lippmann (noch Jahrzehnte nach 1945 wirksam)[46], Lawrence, Meyer, Sulzberger, der Rundfunkkommentator Walter Winchell usw.[47] Sie alle hatten freien Zutritt ins Weiße Haus.

Außerdem, und dies erklärt jenes, umfaßte die seit 1880 ständig wachsende jüdische US-Gemeinde mehr als fünf Millionen Angehörige und verfügte über hundertelf Publikationen, davon fünfundsechzig in englischer, einundvierzig in jiddischer, drei in hebräischer und zwei in deutscher Sprache, die sich wie folgt verteilten: neun Tageszeitungen mit hohen Auflagen, achtundsechzig Wochen-, achtzehn Monats- und sechzehn Zweimonats-, Vierteljahres- und Halbjahresschriften,[48] von den oft mehrheitlichen finanziellen Beteiligungen in der nichtjüdischen Presse ganz zu schweigen. Der Journalist Lippmann zum Beispiel wurde beim *New York Herald Tribune* von den dort tonangebenden jüdischen Bankiers durchgesetzt.

Präsident Roosevelts Zugehörigkeit zur Freimaurerei zeigte zwar, daß er den Juden zugeneigt war, die deren stärkste und dynamischste Fraktion bildeten und alle seine politischen Stellungnahmen bestimmten. Aber selbst wenn er

nicht Freimaurer gewesen wäre, hätte er sich kaum über den Einfluß hinwegsetzen können, den die eigene Presse mit jüdischer finanzieller Beteiligung auf die amerikanische Öffentlichkeit ausübte. Dadurch waren die Juden Wahlträger ersten Ranges. Besagte Presse hatte ohnehin nicht unwesentlich zu Roosevelts Sieg bei der US-Präsidentschaftswahl beigetragen, und man mußte bereits an die künftigen Wahlen denken. Gleich nach seiner Wahl ging Präsident Roosevelt tatsächlich, zunächst stillschweigend, dann offen, auf sämtliche Forderungen der jüdischen Politik ein.

Möglicherweise ist dies auf die Tatsache zurückzuführen, daß er schwerkrank war und seine Krankheit ihn nahezu völlig von seiner Frau abhängig machte. Letztere, die Ribbentrop einmal als »Megäre« bezeichnete[49], war politisch ungebildet, offenbar überspannt und der jüdischen Sache noch mehr verfallen als ihr Mann. Über Roosevelts Krankheit herrscht noch Unklarheit. Wegen seiner Rolle in einem Krieg, dessen Heiligkeit man unbedingt bewahren will, wird darüber geschwiegen. Von Poliomyelitis war die Rede. Laut *Larousse du vingtième siècle* handelte es sich um eine generalisierte Lähmung, die an den Beinen eingesetzt habe. Jedenfalls wurde dieser kräftige Bursche im Alter von 39 Jahren von einem plötzlichen Leiden befallen, das ihn nunmehr an den Rollwagen fesselte und ihn bis zu seinem Tod derart auszehrte, daß er bereits 1939 nur noch ein Schatten seiner selbst war. Angesichts Roosevelts diplomatischer Schnitzer (man denke vor allem an seinen Brief vom 14. April 1939 an Hitler und Mussolini, in dem er sie unverblümt beschuldigte, die einzigen Kriegshetzer in der Welt zu sein) scheute sich Göring nicht zu sagen, es sei »die Folge einer progressiven Paralyse«, und Mussolini, daß dieser Brief »den Beginn einer Geisteskrankheit« an den Tag lege. Die Frage erhebt sich: Hat der *Larousse du vingtième siècle* tatsächlich recht, daß Roosevelt erst an die Macht gekommen war, als die Krankheit seinen Körper bereits zerstört hatte und nun seine geistigen Fähigkeiten befiel?

Das würde manches erklären, vor allem sein Einvernehmen mit Churchill, von dem wir seit der Veröffentlichung der Memoiren seines Leibarztes, Lord Morand, wissen, daß er ebenso schwerkrank war, wenn auch in anderer Form. Ferner wäre der Einfluß verständlich, den seine Frau und seine jüdische Umgebung auf ihn ausübten[50]. Die Geschichte dieses Zeitabschnitts würde zum Kriminalroman, indem das Schicksal der Welt in den Händen zweier dem körperlichen Verfall ausgelieferter Geisteskranker gelegen hätte.

Wir dürfen aber nicht zu sehr vorgreifen.

Das Programm der NSDAP sah vor, daß gleich nach der Machtübernahme die deutschen Juden nur noch als Ausländer angesehen würden, daß sie nicht mehr Rechte als die Ausländer in den anderen Staaten der Welt haben würden und daß sie, wie auch dort, ausgewiesen werden könnten. Die grundsätzlich getroffene Maßnahme, die es auf alle Juden lediglich auf Grund ihrer Rassen- oder Religionszugehörigkeit anlegte, war eine schwere, unbestreitbare Verletzung des Völkerrechts. In den übrigen Ländern wurde sie nur in Einzelfällen und nur wegen Beeinträchtigung der inneren Staatssicherheit ergriffen. Die Deutschen rechtfertigten sie mit dem Umstand, daß die Juden insgesamt Schmarotzer seien, die nahezu ausschließlich von dem Geldgeschäft lebten (zum Nachweis erbrachten sie eine statistische Aufstellung der deutschen Juden nach Berufen), das heißt von der Arbeit der anderen. Sie würden sämtliche Wirtschaftsverflechtungen durcheinanderbringen, was den Staat in seiner Existenz gefährde (zum Nachweis behaupteten sie, die Juden hätten zu eigener Bereicherung bereits zweimal den wirtschaftlichen Zusammenbruch der Weimarer Republik verursacht, allerdings nur das erstemal, im Jahre 1923, Erfolg gehabt). Alles in allem würden alle Anstrengungen der Juden darauf abzielen, Deutschland regelrecht zu schröpfen. Außerdem sei ihre politische Forderung unannehmbar, Deutschland nur als Gastland zu betrachten, in dem sie ebenso leben müßten wie ihre Glaubensgenossen in anderen

Ländern, seit Titus und Hadrian sie aus Palästina verjagt und in der ganzen Welt zerstreut hätten[51]. Unannehmbar sei ihre Forderung, ein Eigenvolk zu bleiben und in diesem Land die *nationale Minderheit* de jure zu bilden, die sie de facto auf unrechtmäßige Weise darstellten, indem sie alle Lücken der geltenden Gesetze ausnützten. Hätten sie dabei Erfolg, so würden sie einen Staat im Staat bilden und die Sicherheit des (per definitionem) *Einheits*staats stark gefährden. Kurz, man fand es durchaus normal, die Juden in Deutschland als Ausländer zu betrachten, da sie sich selbst als solche betrachteten.

Das Weltjudentum nahm diese Doktrin zur Kenntnis, die einen siebzig Millionen Einwohner-Staat dem jüdischen Finanzmarkt entzog. Statt aber einen um so leichteren Kompromiß zu suchen, als Hitler selbst einen solchen anstrebte, entfachten die Juden die Diskussion, indem sie sofort bekannten[52], sie befänden sich im Kriegszustand nicht nur mit der nationalsozialistischen Ideologie, was völlig legitim gewesen wäre und schlimmstenfalls nur eine akademische Diskussion nach sich gezogen hätte, sondern auch mit Deutschland, was eine militärische Intervention bedingte: In allen Ländern, wo sie einigen Einfluß hatten, versuchten sie, die Welt auf diesen Weg zu treiben. Präsident Roosevelt konnte ihnen auf diesem Weg nicht folgen: Das amerikanische Volk war entschieden gegen einen Krieg in Europa, wenn seine Interessen nicht unmittelbar gefährdet würden, was auch zutraf; Roosevelt hätte sonst seine Wiederwahl aufs Spiel gesetzt oder die Wahl desjenigen (oder derjenigen), den seine Partei zu seiner Nachfolge wählen würde. Und wiederum konnte er sich auch nicht gegen sie aussprechen, weil er sonst einen wertvollen Wahlhelfer verloren hätte und weil er ohnehin ihre Auffassung teilte. Also schwieg er. Und während die USA unter Präsident Hoover Friedenspläne auf der Abrüstungskonferenz (Hoover-Plan, Briand-Kellog-Pakt) vorlegten, unterbreiteten sie während der Roosevelt-Ära keine Vorschläge mehr.

6. Die Barthou-Note vom 17. April 1934

In der Haltung Präsident Roosevelts erkannte Frankreich — mit Recht — Berührungspunkte mit der eigenen Auffassung und glaubte, im Falle eines Krieges gegen Deutschland mit der amerikanischen Unterstützung rechnen zu können. Die französische Regierung verschanzte sich daher um so entschlossener hinter ihren Forderungen, tat nichts, was eine Wiederaufnahme der Gespräche, etwa durch die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund begünstigt hätte, arbeitete vielmehr darauf hin, daß Deutschland ferngehalten wurde und sich seine Beziehungen zum Völkerbund verschlimmerten. Offenbar gab Frankreich sich der albernen Hoffnung hin, daß, müßte sich Hitler eines Tages plötzlich zwischen Krieg und Nachgeben entscheiden, er sich fügen würde.

England war pessimistischer — die späteren Ereignisse gaben ihm recht; doch verlor es nicht den Mut.

Außer acht möchten wir den regen diplomatischen Schriftverkehr lassen, der nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund einsetzte und zwischen Deutschland, England Frankreich sowie Italien stattfand (deutsches Memorandum vom 18. Dezember 1933, französische Antwort am 1. Januar 1934; erneut deutsches Memorandum am 19. Januar 1934 usw. usw.): Frankreich und Deutschland schrieben aneinander vorbei. Nur zwei Initiativen seien festgehalten: die britische Note vom 29. Januar 1934, die bis auf wenige Einzelheiten den MacDonald-Plan (siehe oben, S. 66) übernahm, sowie die von Barthou unterzeichnete französische Note, die den Dialog beendete.

Indem sie den inneren Zusammenhang der Sicherheits- und Abrüstungsfragen hervorhob, stellte die britische Note vom 29. Januar 1934 grundsätzlich fest, daß »man nicht gewisse Waffen einigen Staaten erlauben könne, während man sie anderen verbot«. Auf diese Art und Weise war die von Deutschland geforderte Gleichheit der Rechte anerkannt.

Hinsichtlich der deutschen Mannschaftsstärke regte England eine Zahl an, die zwischen den von MacDonald vorgeschlagenen 200 000 Mann und den 300 000 Mann, die Hitler forderte, lag. England, fuhr die Note fort, wünsche, daß die Gleichheit zwischen den Streitkräften Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Polens verwirklicht werde und daß alle diese durch kurze Dienstzeit gekennzeichneten Heere ähnlich aufgebaut würden. Bezüglich der schweren Artillerie und der Panzer schlug es eine allgemeine Beschränkung bestimmter Typen vor. Frist zur Verwirklichung dieses Programms: fünf Jahre, mit Ausnahme der Luftwaffe, für die eine zweijährige Frist vorgesehen war, in der versucht werden sollte, überall die Luftstreitkräfte abzuschaffen. Scheiterte dieser Versuch, so sollte das Reich nach den zwei Jahren berechtigt sein, auch eine Luftflotte aufzubauen.

Um jedes Mißverständnis vorzubeugen, hielt Baldwin, der MacDonald im Amt des Premierministers gefolgt war, es für angebracht, den nüchternen Austausch diplomatischer Noten mit persönlichen Kontakten zu verbinden. Er beauftragte daher den britischen Lordsiegelbewahrer Eden, eine Rundreise durch die Hauptstädte zu machen.

Am 17. Februar 1934 hielt sich Eden in Paris auf, wo ihm Barthou einen ziemlich kühlen Empfang bereitete. Dieser war gegen die Deutschen noch feindlicher gesinnt als sein Vorgänger Paul-Boncourt.[53] Frankreich, so Barthou, sei der Auffassung, man müsse vor jeder Abrüstungsmaßnahme eine Stelle zur Kontrolle dieser eventuellen Abrüstung schaffen — das habe er ihm übrigens bereits am 14. Februar geschrieben —; die vom MacDonald-Programm vorgesehene fünfjährige Frist sei dann, nach Gründung und Einrichtung besagter Stelle, durchaus vernünftig, sie müsse aber eine dreijährige Probezeit zur Folge haben, nach der die Abrüstung erst wirksam und unwiderrufbar sein werde, wenn sich zeigt, daß Deutschland wirklich abgerüstet habe. Das setzte die tatsächliche Abrüstung um acht Jahre zurück; hinzu kam die Bereitstellung des Kontrollorgans, über dessen Aufbau

noch keinerlei Meinungsaustausch stattgefunden hatte. Barthou machte außerdem Vorbehalte hinsichtlich der Gleichheit der Mannschaftsstärken (er berief sich auf die Existenz der SA- und SS-Verbände neben dem eigentlichen deutschen Heer und behauptete, daß sich diese Gleichheit überhaupt auf die Heimatstreitkräfte beschränken müsse, unter Ausschluß der Kolonialtruppen), hinsichtlich der allgemeinen Beschränkung innerhalb der schweren Artillerie auf bestimmte Typen und zuletzt hinsichtlich der totalen Abschaffung der Luftstreitkräfte in allen Ländern.

Am 21. Februar 1934 weilte Eden in Berlin, wo Reichskanzler Hitler ihm erklärte, er nehme den britischen Plan unter der Voraussetzung kleiner Veränderungen an, die beide Gesprächspartner ohnehin für unwesentlich hielten: Wenn beispielsweise die Luftstreitkräfte sich nicht überall abschaffen ließen, könne das Reich nicht zwei Jahre warten, um seine Luftsicherheit herzustellen. Hierüber sei ein Kompromiß durchaus möglich. Als Eden den französischen Standpunkt bezüglich der SA und SS vorgetragen hatte, erklärte Hitler, er sei bereit, diese Verbände abzurüsten, das heißt, ihnen einen nichtmilitärischen Charakter zu verleihen, ja sogar die SA ganz abzuschaffen. Wenn er aber einverstanden sei, daß die Rüstung der anderen Länder auf das Niveau der deutschen erst nach einer Zeitspanne von fünf Jahren herabgesetzt werde, könne er den französischen Standpunkt keinesfalls teilen, der diese Zeitspanne um drei Jahre verlängere und sie mit der alleinigen Kontrolle der deutschen Rüstung koppele. Mit der Kontrolle sei er einverstanden, aber unter der Voraussetzung, daß alle sich ihr *nach* erfolgter Abrüstung unterwürfen, und nicht vorher, wo doch nichts zu kontrollieren sei.

Am 26. Februar 1934 war Eden in Rom, wo der britische Plan ebenfalls in großen Zügen angenommen wurde. Mussolini sagte Eden aber, daß er die Gleichstellung der deutschen, französischen, englischen und polnischen Heere, auch wenn er nichts dagegen habe, für unmöglich halte.

Einmal mehr nur Frankreich . . .

Die Folgerungen aus dem Eden-Bericht, den Baldwin allen Staatskanzleien zukommen ließ, dienten als Diskussionsgrundlage. Im Laufe der Gespräche sah sich die Reichsregierung angesichts der französischen Unnachgiebigkeit zu der Memorandum-Erklärung (13. März 1934) veranlaßt, Deutschland werde »auf keinen Fall mehr an einen Militärstatus, wie ihn der Frieden von Versailles vorschrieb, gefesselt bleiben«. Barthou antwortete am 17. März: »Der Teil V des Friedensvertrags muß unangetastet bleiben, und wir sind entschlossen, ihn aufrechtzuerhalten, möge kommen, was wolle.«

Und man ließ es dabei bewenden bis zum 17. April 1934: In der Zwischenzeit blieben sämtliche Versuche Englands, Barthou umzustimmen oder die Bedingungen für eine Meinungsänderung zu erfahren, erfolglos. Schließlich antwortete Barthou am 17. April 1934 auf die britische Note vom 10. April in zugleich entschiedenem und wütendem Ton, daß »die französische Regierung sich feierlich weigert, einer deutschen Wiederbewaffnung zuzustimmen«, daß »diese alle Verhandlungen unnütz machen würde« und »Frankreich von nun an seine Sicherheit mit eigenen Mitteln gewährleisten wird«.

Das war der endgültige, unwiderrufliche Bruch mit allen Folgen: zum einen die Gewißheit, daß Deutschland niemals in den Völkerbund zurückkehren würde; zum anderen der neue Start zum Rüstungswettlauf, der eindeutig zum Krieg führen würde.

Unabhängig von Jean Viénot, der diese Note als »Abweisung und Knüppelschlag« bezeichnete[54], von Lord Lothian, der sie als »Nein von verhängnisvoller historischer Tragweite« wertete, von Paul Reynaud, der sie dafür verantwortlich machte, daß »Frankreich in der Weltöffentlichkeit die Schuld am Rüstungswettlauf trage«[55], erklärte Lloyd George am 21. April 1934 im Unterhaus, sie rühre davon her, daß »Frankreich sich jahrelang, wenn nicht länger, weigere, seine

Verpflichtung abzurüsten« (Anspielung auf die Präambel von Teil V des Versailler Vertrags) »einzuhalten und daß es auch nach Locarno seine Rüstung von Jahr zu Jahr verstärkte«.

Selbst Léon Blum sollte bedauern, daß Barthou eine solche Initiative ergriff, die Regierung scharf verurteilen, die ihn gewähren ließ, und die Verantwortung Frankreichs betonen. »Glauben Sie«, äußerte er in der Abgeordnetenkammer, »daß Deutschland, ja sogar das Hitler-Deutschland, eine solche Freiheit wiederaufzurüsten gehabt hätte, daß es angesichts der ganzen Welt diese freie, wohl überlegte Initiative hätte ergreifen können, wenn eine gerechte Konvention über eine allgemeine Rüstungsbegrenzung zur gegebenen Zeit unterzeichnet worden wäre?«[56]

Damals hofften alle Völker tatsächlich auf diese »gerechte Konvention über eine allgemeine Rüstungsbegrenzung«, und statt dessen erhielten sie die Barthou-Note, die die Abrüstung verhinderte und dem Krieg Tür und Tor öffnete, indem sie die Wiederaufnahme des Rüstungswettlaufs gestattete.

Die Freunde des schwarzen Humors werden sich damit trösten, daß, mochten auf humanitärer Ebene die Beziehungen zwischen Deutschland und dem Völkerbund bzw. zwischen Deutschland und Frankreich abgebrochen sein, sie zwischen den Rüstungsindustriellen dies- und jenseits des Rheins fortbestanden. Dank dem Segen beider Regierungen kamen Franzosen und Deutsche in diesem Bereich sehr gut miteinander zusammen. Das zeigt die Antwort auf eine Anfrage des Senators Paul Laffont, die im Staatsanzeiger vom 26. März 1938 abgedruckt wurde:

»Die Mengen an Eisenerz (Nr. 204 des Zolltarifs), die von Frankreich nach Deutschland in den Jahren 1934 bis 1937 ausgeführt wurden, sind nachstehend aufgelistet:

1934 .... 17 060 916 Doppelzentner
1935 .... 58 616 111 Doppelzentner
1936 .... 77 931 756 Doppelzentner
1937 .... 71 329 234 Doppelzentner

Damit trösten, schreibt *Le Crapouillot*[57], werden sich »alle beim Feldzug 1939—40 verwundeten französischen Frontkämpfer, wenn sie erfahren, daß die Geschütze, die sie verstümmelten, aus dem Eisenerz gegossen worden waren, das François de Wendel und seine Kollegen aus der Schwerindustrie im Departement Meurthe-et-Moselle aus patriotischen Überlegungen nach Deutschland exportierten«.

Diese Zahlen beweisen nämlich, daß bei einer Annahme des britischen Plans François de Wendel und seine Kollegen weiterhin zum Vegetieren verurteilt gewesen wären: Deutschland war ihr wichtigster Abnehmer, ja sogar ihr einziger im Bereich der von ihnen erzeugten Rohstoffe, die sie wegen der Marktlage und der Ausrüstung der französischen Industrie nicht verarbeiten und nirgendwo anders absetzen konnten.

Frage: Stand Barthou im Sold François de Wendels und der anderen Stahlmagnaten im Departement Meurthe-et-Moselle?[58]

Wie dem auch sei, es hatten sich alle, die irgendeinen Einfluß in der Welt hatten, gegen den Frieden verschworen: die Juden aus ideologischen Gründen — zumindest vertuschten sie mittels einer Ideologie eindeutig materielle Interessen —, Präsident Roosevelt aus Ergebenheit ihnen gegenüber, die Rüstungsindustriellen aus Gewinnsucht, die französischen Politiker aus dem Bedürfnis, ihnen zu gefallen, oder aus beschränktem Nationalismus.

Und Hitler in alledem?

Er verfolgte die Entwicklung mit Aufmerksamkeit, bestimmte seine Haltung von Tag zu Tag, auf Grund der Haltung, die seine Gegner einnahmen.

Träte kein Umschwung ein, so würde man mit diesem Spielchen bestimmt eines Tages vor einem nicht mehr zu vermeidenden Krieg stehen. Was auch geschah.

III. Dem Krieg entgegen

1. Der Rüstungswettlauf

Die Barthou-Note vom 17. April 1934, die das Scheitern der Abrüstungskonferenz besiegelte und jegliche Hoffnung auf Verständigung vereitelte, löste in der Welt eine Welle des Wahnsinns aus. In Sachen Rüstung hatten alle Völker nunmehr freie Hand.

Paradoxerweise ging diese Welle in den Vereinigten Staaten besonders hoch. Bei einer Ansprache, die Roosevelt am 23. Juli 1934 vor der Besatzung des Kreuzers »Houston« hielt, äußerte der US-Präsident, die amerikanische Flotte werde »bis zur äußersten Grenze ihrer Möglichkeiten ausgebaut«, und kündigte »den Bau von 300 000 Tonnen neuer Einheiten« an. Zur gleichen Zeit erklärte der Präsident der Luftfahrtkommission im Kriegsministerium, Newton Baker, Amerika brauche »eine Luftwaffe von mindestens 2320 Flugzeugen«. Solche Erklärungen waren durch die Haltung Japans motiviert, das am 26. März 1933 den Völkerbund verlassen hatte, dann zur Eroberung des von ihm selbst gegründeten Mandschukuo geschritten war und sich nun an der Äußeren Mongolei sowie an China vergriff, wo es die amerikanischen Interessen gefährdete. Beide Männer ließen erkennen, daß auch die Entwicklung der Lage in Europa die amerikanischen Interessen in dieser Gegend gefährden könne.

Am 19. August 1934 kündigte die britische Regierung ihre Absicht an, zweiundvierzig neue Luft-Geschwader aufzubauen.

In Frankreich hielt Marschall Pétain am 22. August 1934 eine Ansprache vor den Reserveoffizieren in Saint-Malo und

warf die Rekrutenfrage auf. Auf diese Frage kam er am 9. September in Meaux zurück, bei einer Gedenkfeier zum Jahrestag der Marneschlacht, und brachte offiziell die Idee von einer zweijährigen Dienstzeit in Umlauf, die seit Mai in allen Militärzeitschriften und Zeitungen zu finden war.

»Der Krieg liegt in der Luft«, rief Mussolini bei der Rede aus, die er am 24. August 1934 vom Balkon des Palazzo Venezia hielt. Das Thema war: »Die Unterordnung allen Lebens der Nation unter die militärischen Notwendigkeiten.« Erst am 11. April 1935 ließ er durch den *Popolo d'Italia* verkünden, daß Italien ein Heer von 600 000 Mann mit den modernsten Waffen zu unterhalten gedenke, daß es »die Entwicklung der Luft- und Seeflotte beschleunigen« werde und die sofortige Kiellegung zweier Schlachtschiffe von 30 000 Tonnen beschlossen habe.

Auch Rußland traf militärische Vorkehrungen, aber nichts sickerte durch. Erst am 1. Januar 1935 ließ Marschall Tuchatschewski auf dem 7. Allrussischen Sowjetkongreß wissen, daß im Jahre 1934 die Stärke der russischen Armee von 600 000 auf 940 000 Mann erhöht wurde.

In Polen führte Marschall Pilsudski seinerseits am 24. September 1934 den allgemeinen Wehrdienst ein, zu dem alle Männer von 17 bis 60 Jahren und sogar Frauen verpflichtet wurden.

Sogar die Schweiz verlängerte am 6. Dezember 1934 die militärische Dienstzeit um einen Monat.

Deutschland hatte nun auch Handlungsfreiheit. Dennoch hat es aus diesem Umstand offenbar keinen übertriebenen Nutzen gezogen. Freilich wußte der Führer, daß der Bruch mit dem Völkerbund unabänderlich war, und die Entwicklung der öffentlichen Meinung in Frankreich (Marschalls Pétains Rede, der Pressechor usw.) zeugte in unbeherrschtem, sprich unzweideutigem Maße davon, daß die Regierung von dem in der Barthou-Note bezogenen Standpunkt nicht weichen werde. Im Jahre 1934 ließ Hitler eine Neugestaltung des deutschen Heeres und die Modernisierung ihrer Rüstung

prüfen und ordnete den Bau von Flugzeugprototypen, Panzern und Marineeinheiten an, traf aber dabei keine aufsehenerregenden Maßnahmen. Es hatte den Anschein, als wollte er seinen Gegnern die Initiative überlassen, und seine Drohreden blieben letztlich nur Reden. Selbst die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Polen für alle Männer von 17 bis 60 Jahren erschütterte ihn nicht sonderlich und veranlaßte ihn auch nicht, den Nichtangriffspakt, den er am 26. Januar 1934 mit Polen unterzeichnet hatte[59], in Frage zu stellen; sie wirkte sich auch nicht auf die militärischen Maßnahmen aus, die er gerade ausarbeiten ließ. Ende 1934 hatte seine Armee immer noch die vom britischen Plan vorgesehene Stärke von 200 000 bis 300 000 Mann. Spektakuläre Maßnahmen sollte er erst im März 1935 ergreifen, und sie wurden erst im Wehrgesetz vom 21. Mai 1935 — das heißt nach den Vorkehrungen aller anderen Staaten, nach denen der USA, Italiens, Polens und sogar Englands[60] — endgültig festgehalten. Dieses Wehrgesetz sollte das Gesetz vom 6. März 1919 über die Vorläufige Reichswehr sowie das vom 23. März 1921 über die Berufsreichswehr ablösen.

In der Zwischenzeit hatten nämlich zwei folgenschwere Ereignisse in Europa stattgefunden: die Volksabstimmung vom 13. Januar 1935 an der Saar, die sich entscheidend auf die Wiedereinführung des zweijährigen Wehrdienstes in Frankreich auswirkte, sowie, im Mai 1935, die Verhandlungen zum französisch-sowjetischen Pakt, der eine Wiederaufnahme jener Politik der Einkreisung Deutschlands bedeutete. Diese von deutscher Seite getroffenen Maßnahmen (Erweiterung der Reichswehr, Wehrgesetz) waren zu rasche, zu genaue, zu vollständige Antworten, als daß man hätte annehmen können, sie seien nicht seit langer Zeit — frühestens seit dem 17. April 1934 — vorgesehen. Andererseits wußte Hitler erst seit diesem 17. April, daß die von der Barthou-Note geschaffene Situation unabänderlich war, daß er sie eines Tages ergreifen müßte, und er könnte dementsprechend Anstalten getroffen haben. Jedenfalls dienten ihm die Verlängerung

der französischen Wehrpflicht auf zwei Jahre und der Auftakt zum französisch-sowjetischen Pakt wenigstens als Alibi.

1. *Die Volksabstimmung an der Saar*. Gegen die Auffassung Clemenceaus — der die sofortige Annektierung des Saargebiets an Frankreich forderte und sich darauf berief, daß »die große Mehrheit der Saarländer französischer Abstammung« sei und die »anderen mit dem Herzen zu Frankreich strebten« — hatte der Versailler Friedensvertrag verfügt, daß das Saargebiet als Völkerbundsmandat fünfzehn Jahre lang unter französischer Verwaltung stehen sollte, wonach die Saarländer entscheiden sollten, ob sie endgültig an Frankreich angegliedert werden oder ins Reich zurückkehren oder gar selbständig bleiben wollten.

Nach Ablauf der fünfzehn Jahre wurde im September 1934 die Volksabstimmung auf den 13. Januar 1935 festgesetzt. Was die öffentliche Meinung im Saarland betraf, zehrte die französische Regierung immer noch von der Vorstellung, die Clemenceau 1919 hatte, und sie hielt an dieser Vorstellung derart fest, daß sie eine intensive antideutsche und seit 1930, vor allem seit 1933, antihitlerische Propaganda entfaltet hatte, bei der nichts ausgelassen worden war: weder die Judenverfolgung, noch die Konzentrationslager, noch die Fesseln, die Hitler der Meinungsfreiheit angelegt hatte, noch der Abscheu, den sein Regime der Weltöffentlichkeit einflößte. Sie hatte nun, dachte sie, die einmalige Gelegenheit, Hitler in Schach zu halten und seinem Ansehen in Deutschland einen Stoß zu versetzen, von dem er sich nicht erholen würde.

Hitler wußte indes um seine Machtstellung und war seiner Sache sicher. Als Hindenburg am 2. August 1934 gestorben war, hatte eine in der Reichskanzlei sofort abgehaltene Ministersitzung folgenden Beschluß gefaßt: »Das Amt des Reichspräsidenten wird mit dem des Reichskanzlers vereinigt. Infolgedessen gehen die bisherigen Befugnisse des Reichspräsidenten auf den Führer und Reichskanzler Hitler über. Er bestimmt seinen Stellvertreter.« An allen öffentli-

chen Reichsgebäuden angeschlagen und dem Volk zur Zustimmung vorgelegt, war der Beschluß am 19. August 1934 mit 38 362 760 Stimmen, das waren 88,9% der Wähler bei 96% Wahlbeteiligung, gebilligt worden: ein Zeichen, daß Hitler immer noch das breite Vertrauen des deutschen Volkes genoß. Außerdem hatte ihm sein Nachrichtendienst Unterlagen zugeleitet, aus denen hervorging, daß im Saargebiet wie in allen Ländern mit deutschsprachigen Minderheiten diese Bevölkerungen ihre Rückkehr in die Heimat forderten.

Hitler war darauf bedacht, daß die Leidenschaften, die die Volksabstimmung bestimmt erzeugen würde und seine Beziehungen zu Frankreich bei Vorverhandlungen nur verschlimmern könnten, nicht entfesselt würden. Unglücklicherweise überreichte er dem französischen Botschafter in Berlin, André François-Poncet, eine Note, die eine gütliche Einigung zwischen beiden Regierungen zur Lösung des Streitfalls vorschlug: Die Saar würde wieder deutsch, aber ein Wirtschaftsvertrag würde der französischen Industrie die Möglichkeit geben, ihre Rohstoffquellen unter denselben Bedingungen wie bisher auszunutzen. Dieser Vorschlag war vernünftig. Er löste in Frankreich eine breite zustimmende Strömung aus, mit Jules Romains an deren Spitze, der sich in einer Reihe von Vorträgen[61] für diesen Lösungsvorschlag einsetzte.

Die französische Regierung lehnte ihn dennoch ab. Sie wertete ihn als Eingeständnis der Ohnmacht Hitlers, der ihn nur deshalb unterbreitet habe, weil er die feindliche Gesinnung des saarländischen Volkes gegen Deutschland und das nationalsozialistische Regime erkannt habe.

Die Volksabstimmung fand statt, und die Ergebnisse wurden in der Nacht zum 14. Januar bekannt: 90,8% der Abstimmenden entschieden sich bei einer Wahlbeteiligung von über 97% für die Rückkehr ins Deutsche Reich, 8,8% stimmten für die Autonomie in Form des Status quo und nur 0,4% für den Anschluß an Frankreich. Es gab so gut wie keine Stimmenthaltungen.

London rechnete mit dem Wahlausgang. Es wäre übertrieben zu behaupten, daß man dort verstimmt war wegen des harten Schlags für Frankreich, das bislang sämtliche Abrüstungspläne zum Scheitern gebracht hatte.

In Paris machte sich Niedergeschlagenheit breit. Die Abstimmung im Saarland, die unter der Kontrolle des Völkerbunds stattfand, also ohne daß Deutschland in den Wahlvorgang oder in die Verkündung der Ergebnisse eingreifen konnte, gab Hitler den gleichen Stimmenanteil wie die in Deutschland abgehaltenen Volksabstimmungen, und man konnte nicht mehr behaupten, ihre Ergebnisse seien gefälscht worden. Der Volksentscheid an der Saar ließ eines deutlich erkennen: Wollte man vermeiden, daß andere deutsche Minderheiten (Sudetenland, Posen, Danzig oder sogar Staaten wie Österreich), die bestimmt in der gleichen Verfassung wie das Volk an der Saar waren, den Anschluß an das Deutsche Reich durchsetzten, so half nur noch Stärke, und man mußte darauf hinarbeiten, stark zu werden.

Am 1. März 1935 wurde die Verwaltung des Saargebietes offiziell den deutschen Behörden zurückgegeben, und Hitler erklärte vor dem Reichstag: »Deutschland verzichtet feierlich auf jeden Anspruch auf Elsaß-Lothringen: nach der Rückkehr der Saar ist die deutsch-französische Grenze endgültig festgelegt.« Am selben Tag veröffentlichte die Zeitschrift *Revue des deux Mondes* einen Artikel Marschall Pétains, der die Rückkehr zum zweijährigen Wehrdienst für notwendig hielt, und Pierre-Etienne Flandin legte der Abgeordnetenkammer einen Gesetzentwurf vor, der die längere Dienstzeit wiedereinführen sollte. Der Gesetzentwurf wurde am 16. März 1935 nach einer leidenschaftlichen Debatte angenommen. Noch am selben Abend — die Abstimmung im französischen Parlament stand angesichts der Entwicklung der Debatte so gut wie fest — überreichte Hitler dem Reichskabinett eine Verordnung, die die allgemeine Wehrpflicht wiedereinführte und ein ins einzelne gehendes Gesetz über ihre Regelung ankündigte. Sie hatte folgenden Wortlaut:

»§ 1 Der Dienst in der Wehrmacht erfolgt auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht;

§ 2 Das deutsche Friedensheer einschließlich der überführten Truppenpolizeien gliedert sich in 12 Korpskommandos und 36 Divisionen;

§ 3 Die ergänzenden Gesetze über die Regelung der allgemeinen Wehrpflicht sind durch den Reichsminister der Reichsregierung alsbald vorzulegen.«

Mit dieser Verordnung hatte Hitler alles zerrissen, was vom Teil V des Versailler Vertrags übriggeblieben war, bemerkt Benoist-Méchin.[62] Und der Deutsche Paul Semmler meint: »An diesem Tage hat der Führer die dem Reich durch den Friedensvertrag von Versailles angelegten Ketten zerrissen und hat dem deutschen Volk seine Ehre und seine Freiheit wiedergegeben.«[63]

Man kann die Ansicht vertreten, daß Hitler diesen Beschluß früher oder später gefaßt hätte, auch wenn Frankreich den zweijährigen Wehrdienst nicht wiedereingeführt hätte. Dem Anschein nach zumindest läßt die zeitliche Folge der Ereignisse eine solche Auffassung kaum zu, und man kann ebensogut behaupten, daß Hitler den für alle Fälle ausgearbeiteten Beschluß zurückgestellt hätte.

2. *Der französisch-sowjetische Bündnispakt.* Barthou hatte seine Note vom 17. April 1934 kaum verfaßt, als er sich anschickte, die Einkreisung Deutschlands durch die Aufnahme Rußlands in den Völkerbund zu erreichen. Ein solches Manöver war nicht leicht. Zum einen, weil Rußland den Völkerbund als »Banditenverein« betrachtete und den Versailler Vertrag als »Diktat des Hasses und der Raubgier«, das es so früh wie möglich zu zerreißen galt. Zum anderen, weil die Sowjetunion mit einigen Mitgliedern des Völkerbundes, wie Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei, ein Zerwürfnis hatte, die ihrer Ansicht nach nur ein Sicherheitskordon oder ein Stacheldraht waren, den der Völkerbund gegen die UdSSR richtete. Und schließlich empfahl sich Barthou nicht für diese Unternehmung: am 29. November 1932 hatten Her-

riot und Dougalewski, der sowjetische Botschafter in Paris, einen Freundschafts- und Beistandpakt zwischen Frankreich und Rußland abgeschlossen, und Barthou hatte sich unter dem Vorwand dagegen ausgesprochen, daß man mit dem Bolschewismus nicht paktiere. Barthous Selbstverleugnung vermochte aber nicht, ihn aufzuhalten.

Am 20. April 1934 machte er sich an die Arbeit. Als erstes begab er sich nach Prag und Warschau, dann sondierte er in Bukarest. Denn es galt zunächst, Prag, Warschau und Bukarest mit Moskau zu versöhnen. In Warschau wurde er von Marschall Pilsudski ziemlich trocken abgewiesen. Dagegen sprachen die Tschechoslowakei durch Benesch und Rumänien durch Titulescu am 9. Juni die *de jure*-Anerkennung der Sowjetrepublik aus.

Dieses Ergebnis mißfiel Stalin keineswegs. Er fühlte sich bedroht sowohl im Westen durch den Wiederaufstieg Deutschlands unter Hitler, der dem Bolschewismus den Krieg erklärt hatte, als auch im Osten durch die Stellung, die Japan im Mandschukuo und in der Mongolei erobert hatte. Er wäre demnach nicht böse, wenn er die ihn bedrohende Gefahr aus Deutschland auf den Westen abwälzen könnte, um seine Kräfte voll im Osten einzusetzen. Barthou wurde zu einem großen Mann. Als er Stalin anregte, seine Aufnahme in den Völkerbund auf dem diplomatischen Weg zu beantragen, ging der Russe natürlich sofort darauf ein.

Um sein Vorhaben zu vertuschen, unternahm Barthou ab 20. Juni 1934 eine zweite Rundreise durch Mitteleuropa und warb für den aussichtslosen Plan eines Ostpakts, der alle mitteleuropäischen Staaten, Deutschland und Rußland zusammenschließen sollte und eine Art Ost-Locarno zur glücklichen Ergänzung des West-Locarno-, sprich des Rheinpakts, wäre. Am 10. September 1934 ließ Deutschland wissen, daß es keinen Vertrag zu unterzeichnen gedenke, der es verpflichten würde, der UdSSR beizustehen und das sowjetische Regime zu verteidigen, wenn dieses angegriffen würde. Aber Barthou glaubte, den Schein gewahrt und den Nachweis er-

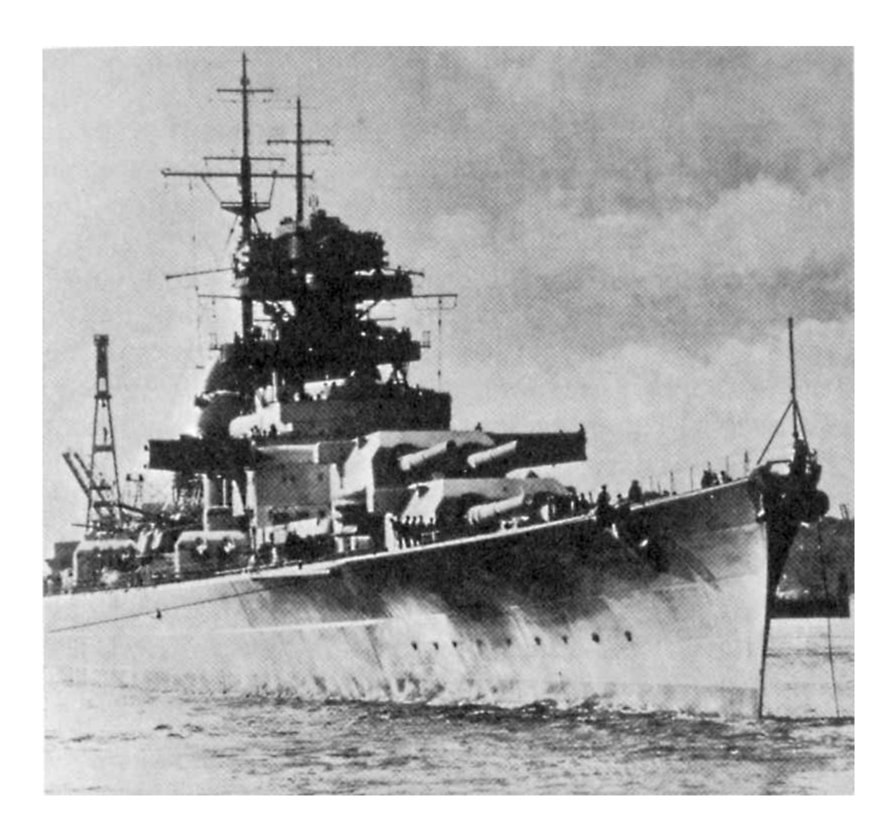
bracht zu haben, daß seine Bemühungen nicht gegen Deutschland gerichtet seien.

Am 18. September 1934 kam der Aufnahmeantrag der UdSSR vor dem Völkerbundsrat zur Diskussion und wurde mit 38 gegen drei Stimmen bei sieben Enthaltungen angenommen. Von nun an betrachteten die Kommunisten in aller Welt den Völkerbund nicht mehr als »Banditenverein«, und der Versailler Friedensvertrag wurde in ihren Augen ein hochschätzbarer Vertrag.

Am 9. Oktober 1934 empfing Barthou König Alexander von Jugoslawien zu einem Staatsbesuch in Marseille und wurde dabei von einem kroatischen Terroristen ermordet, der den König ebensowenig verfehlte. Die von Barthou eingeleiteten Verhandlungen setzte Pierre Laval, sein Nachfolger im Quai d'Orsay, fort. Sie verliefen erfolgreich, wie es sich gehörte, und zum Austausch der Ratifikationsurkunden fuhr er am 14. Mai 1935 nach Moskau. Von dort kam er mit Stalins berühmtem Ausspruch zurück, der die französische Kommunistische Partei in ihrem Kampf gegen die Verteidigungshaushalte entwaffnete und die übrigen KPs ins Lager der antideutschen Kriegshetzer versetzte: »Frankreich soll seine Rüstung an die Bedürfnisse seiner Sicherheit anpassen.«

Am 15. Juni 1935 wurde der französisch-sowjetische Bündnispakt um einen gleichartigen zwischen Rußland und der Tschechoslowakei ergänzt.

Als Antwort verkündete die Reichsregierung am 21. Mai 1935 das in der Verordnung vom 16. März über die Wiedererrichtung der Wehrmacht angekündigte Gesetz. Schwere Bomber vom Typ *Junker 52*, leichte vom Typ *Heinkel 70*, Seeaufklärer *Dornier 22* und Jäger *Arado 65* erschienen in der darauffolgenden Woche am Himmel. Die Schlachtschiffe *Graf Spree, Scharnhorst* und *Bismarck* wurden auf Kiel gelegt sowie fünf Zerstörer und elf weitere U-Boote[64]. Am 1. Oktober 1935 erreichte die Wehrmacht eine Stärke von 650 000 Mann.



Die »Bismarck«: das stärkste Panzerschiff der damaligen Zeit. 29 Knoten, 8 x 380 mm-Geschütze, 12 x 150 mm-Geschütze, 32 Flak-Geschütze; 2 Flugzeuge Arado 196; 2200 Mann, 50 000 t bei voller Ladung

Das waren die Ergebnisse französischer Politik Ende 1935. Danach wurde es noch schlimmer, denn die französische Regierung versteifte sich auf ihren Standpunkt, und sie versteifte sich um so mehr, als sie der Unterstützung der Tschechoslowakei, Rumäniens und Rußlands sicher war, die Einkreisung Deutschlands verwirklicht hatte und nun glaubte, sie würde dieses in der Zange haben und könnte es zum Nachgeben zwingen.

Das war auch der Grund des Vertrauens, das Männer, wie Barthou und Laval — wer hätte das gedacht? — plötzlich in den Bolschewismus setzten.

2. *Englands Annäherung an Deutschland*

Doch England mischte sich nicht in dieses Spiel ein.

Am 19. August 1934 hatte es zwar eine Erweiterung seiner Luftflotte um 42 neue Geschwader angekündigt. Diese Entscheidung war aber nicht etwa durch das Verhalten der Reichsregierung herbeigeführt worden, sondern durch die Tatsache, daß Japans expansionistische Politik die britischen Interessen im Fernen Osten gefährdete und England dort den Vereinigten Staaten nicht freie Hand lassen wollte. Am 23. Juli 1934 hatten die Vereinigten Staaten die Kiellegung von 360 000 Tonnen neuer Seeeinheiten sowie, kurz danach, den Bau von 2320 Flugzeugen bekannt gegeben, und England spürte daher ihre Konkurrenz in diesem Teil der Welt.

Am 1. März 1935 hatte auch Premierminister Baldwin der britischen Regierung einen umfangreichen Aufrüstungsplan in den drei Waffengattungen unterbreitet, für dessen Ausführung er nahezu unbegrenzte Geldmittel erhalten hatte. Dafür war der Grund, daß die italienisch-äthiopischen Beziehungen sich derart verschlechtert hatten, daß zwischen beiden Ländern der Kriegszustand erklärt worden war. Am 6. Februar 1935 hatte Italien ein Armeekorps nach Äthiopien entsandt, und zwei zusätzliche Divisionen am 11. des Monats. In Italien traten immer mehr Männer freiwillig in das Heer ein, und die Generalmobilmachung stand bevor. Die Nilquellen — ein weiterer Völkerbund, sagten die Humoristen —, auf die Ägypten, britisches Schutzgebiet, angewiesen war, waren in Gefahr.

Hitler hatte sich in dieser Frage nicht getäuscht.

England unterhielt zwar ausgezeichnete Beziehungen zu Italien: seine angesehensten Politiker konnten den Duce nicht genug loben. Frankreich übrigens auch, das ihn in die europäische antideutsche Front einzubinden und Mussolini gegen Hitler auszuspielen hoffte: am 4. Januar 1935 hatte Mussolini dem französischen Außenminister Pierre Laval einen festlichen Empfang in Rom bereitet, und am 7. des Mo-

nats war im Palazzo Venezia ein französisch-italienisches Abkommen[65] unterzeichnet worden, das laut der gemeinsamen Abschlußerklärung »eine Ära der engen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern eröffnen sollte«. Allerdings zu Léon Blums großem Verdruß, der in *Le Populaire* vom 6. Januar 1935 schrieb: »Zum ersten Mal ist ein französischer Minister bei dem Mörder Matteottis zu Gast; zum ersten Mal erkennt ein Vertreter der Französischen Republik Italiens Tyrannen als Staatsoberhaupt[66] an.« Mit seiner Ansicht stand er aber allein da; die gesamte französische Presse, *L'Humanité* und *Le Populaire* natürlich ausgenommen, hatte die Initiative Pierre Lavals aufs wärmste begrüßt.

Äthiopien war aber Mitgliedsstaat des Völkerbunds und wurde von einem weiteren Mitgliedsstaat angegriffen[67]. Außer der Drohung, die von Italien auf die Nilquellen fiel, warf dieser Angriff also rechtliche Fragen auf.

Mussolini war seinerzeit sehr empfänglich für die Freundschaftsbezeugungen Englands und Frankreichs. Er hatte Hitler am 14. Juni 1933 empfangen, hatte ihn aber für einen »Verrückten, einen Degenerierten und einen Sexualbesessenen« gehalten.

Er war mit Dollfuß befreundet gewesen und von dessen Tod beim Putsch der österreichischen Nationalisten am 25. Juli 1934 tief erschüttert worden. Außerdem befürwortete er die Unabhängigkeit Österreichs, und die deutschen Anschluß-Pläne riefen eine tiefe Kluft zwischen ihm und Hitler hervor. Am 11. Januar 1935 brachte eine auf französische Initiative einberufene Konferenz England (MacDonald und Sir John Simon), Frankreich (Pierre Laval und Pierre-Etienne Flandin) und Italien (Mussolini) in Stresa zusammen und führte zur sogenannten Stresa-Front: Mussolini nahm mit Begeisterung an dieser Konferenz teil, die durch die Zustimmung Südeuropas die Einkreisung Deutschlands[68] vollenden sollte, und nahm außerdem deren Beschlüsse an[69].

Aber England — und das hatte Frankreich übersehen — war überhaupt nicht geneigt, sich wegen Österreich, Polen

oder der Tschechoslowakei in einen Konflikt mit hineinreißen zu lassen. Es war der Auffassung, Frankreich habe mit der Ablehnung des britischen Abrüstungsplans die Gelegenheit vorübergehen lassen und seine Politik in Mitteleuropa sei abenteuerlich. Ferner glaubte es nicht an die Möglichkeit einer Einkreisung Deutschlands, dessen Vorschläge auf der Abrüstungskonferenz im übrigen durchaus vernünftig gewesen seien. Schließlich hielt es den Nationalsozialismus für eine nicht zu unterdrückende Machtidee und war daher der Ansicht, Frankreich werde in zwei Tagen (am 13. Januar 1935) eine schöne Schlappe im Saarland erleiden. Kurz gesagt, England habe nichts dagegen, daß Deutschland zu seinen Ostgrenzen von 1914 zurückkehrte. Daher nahm es nur zögernd an der Konferenz teil und sprach lediglich ein Lippenbekenntnis zur Stresa-Front aus.

In dieser Stimmung legte Hitler am 21. Mai 1935 sein Gesetz über die Wiedererrichtung der Wehrmacht dem Reichstag vor und erläuterte gleichzeitig ein Programm mit dreizehn Punkten zur Wiederaufnahme der internationalen Verhandlungen in Genf. Die *Times* gab den Standpunkt der britischen Regierung wieder, wenn sie am nächsten Tag schrieb: »Kein unvoreingenommener Kopf kann in Zweifel ziehen, daß die 13 Punkte Hitlers als Grundlage für eine endgültige Regelung unserer Beziehungen zu Deutschland dienen könnten.« Damit der Leser sich eine Meinung bilden kann, seien diese dreizehn Punkte im folgenden aufgeführt.

»1. Die deutsche Reichsregierung lehnt die am 17. April[70] erfolgte Genfer Entscheidung ab. Sie erachtet es als notwendig, zwischen dem Vertrag von Versailles, der aufgebaut ist auf der Unterscheidung der Nationen in Sieger und Besiegte, und dem Völkerbund, der aufgebaut sein muß auf der Gleichwertung und Gleichberechtigung aller seiner Mitglieder, eine klare Trennung herbeizuführen.

2. Die deutsche Reichsregierung hat infolge der Nichterfüllung der Abrüstungsverpflichtungen durch die anderen Staaten sich ihrerseits losgesagt von den Artikeln, die in-

folge der nunmehr einseitigen vertragswidrigen Belastung Deutschlands eine Diskriminierung der deutschen Nation für unbegrenzte Zeit darstellen. Sie erklärt aber hiermit feierlichst . . . daß sie die sonstigen, das Zusammenleben der Nationen betreffenden Artikel einschließlich der territorialen Bestimmungen unbedingt respektieren und die im Wandel der Zeiten unvermeidlichen Revisionen nur auf dem Wege einer friedlichen Verständigung durchführen wird.

3. Die deutsche Reichsregierung hat die Absicht, keinen Vertrag zu unterzeichnen, der ihr unerfüllbar erscheint. Sie wird aber jeden freiwillig unterzeichneten Vertrag, auch wenn seine Abfassung vor ihrem Regierungs- und Machtantritt stattfand, peinlich einhalten.

4. Die deutsche Reichsregierung ist jederzeit bereit, sich an einem System kollektiver Zusammenarbeit zur Sicherung des europäischen Friedens zu beteiligen.

5. Die deutsche Reichsregierung ist der Auffassung, daß der Neuaufbau einer europäischen Zusammenarbeit sich nicht in den Formen einseitig aufoktroyierter Bedingungen vollziehen kann.

6. Die deutsche Reichsregierung ist grundsätzlich bereit, Nichtangriffspakte mit ihren einzelnen Nachbarstaaten abzuschließen.

7. Die deutsche Reichsregierung ist bereit, zur Ergänzung des Locarnopaktes einem Luftabkommen zuzustimmen und in seine Erörterung einzutreten.

8. Die deutsche Reichsregierung hat das Ausmaß des Aufbaues der neuen deutschen Wehrmacht bekanntgegeben. Sie wird davon unter keinen Umständen abgehen . . . Sie ist aber jederzeit bereit, in ihrer Waffenrüstung jene Begrenzungen vorzunehmen, die von den anderen Staaten ebenfalls übernommen werden . . . Die Begrenzung der deutschen Marine liegt mit 35 Prozent der englischen noch 15 Prozent unter dem Gesamttonnagement der französischen Flotte. Da in den verschiedenen Pressekommentaren die Meinung besprochen wurde, daß diese Forderung nur ein Beginn sei und sich

insbesondere mit dem Besitz von Kolonien erhöhen würde, erklärt die deutsche Reichsregierung bindend: Diese Forderung ist für Deutschland eine endgültige und bleibende.

Deutschland hat weder die Absicht noch die Notwendigkeit oder das Vermögen, in irgendeine neue Flottenrivalität einzutreten. Die deutsche Reichsregierung erkennt von sich aus die überragende Lebenswichtigkeit und damit die Berechtigung eines dominierenden Schutzes des Britischen Weltreiches zur See an, genauso wie wir umgekehrt entschlossen sind, alles Notwendige zum Schutze unserer eigenen kontinentalen Existenz und Freiheit zu tun. Die deutsche Reichsregierung hat die aufrichtige Absicht, alles zu veranlassen, um zum britischen Volk und Staat ein Verhältnis zu finden und zu erhalten, das eine Wiederholung des bisher einzigen Kampfes zwischen beiden Nationen für immer verhindern wird.

9. Die deutsche Reichsregierung ist bereit, sich an allen Bestrebungen aktiv zu beteiligen, die zu praktischen Begrenzungen uferloser Rüstungen führen können. Sie sieht den zur Zeit einzig möglichen Weg hierzu in einer Rückkehr zu den Prinzipien des Roten Kreuzes.

10. Die deutsche Reichsregierung ist bereit, jeder Beschränkung zuzustimmen, die zu einer Beseitigung der gerade für den Angriff besonders geeigneten schweren Waffen führt. Diese Waffen umfassen: 1. schwerste Artillerie und 2. schwerste Tanks. Angesichts der ungeheuren Befestigungen der französischen Grenze würde eine solche internationale Beseitigung der schwersten Angriffswaffen Frankreich mindestens automatisch in den Besitz einer geradezu hundertprozentigen Sicherheit bringen.

11. Deutschland erklärt sich bereit, jeder Begrenzung der Kaliberstärke der Artillerie der Schlachtschiffe, Kreuzer und Torpedoboote zuzustimmen. Desgleichen ist die deutsche Reichsregierung bereit, jede internationale Begrenzung der Schiffsgrößen zu akzeptieren. Und endlich ist die deutsche Reichsregierung bereit, der Begrenzung des Tonnengehalts

der U-Boote oder auch ihrer vollkommenen Beseitigung für den Fall einer international gleichen Regelung zuzustimmen.

12. Die deutsche Reichsregierung ist der Auffassung, daß alle Versuche, durch internationale oder mehrstaatliche Vereinbarungen eine wirksame Milderung gewisser Spannungen zwischen den einzelnen Staaten zu erreichen, vergeblich sein müssen, solange nicht durch geeignete Maßnahmen einer Vergiftung der öffentlichen Meinung der Völker durch unverantwortliche Elemente in Wort und Schrift, Film und Theater vorgebeugt wird.

13. Die deutsche Reichsregierung ist jederzeit bereit, einer internationalen Vereinbarung zuzustimmen, die in einer wirksamen Weise alle Versuche einer Einmischung von außen in andere Staaten unterbindet und unmöglich macht. Sie muß jedoch verlangen, daß eine solche Regelung international wirksam wird und allen Staaten zugute kommt . . . es erscheint notwendig, den Begriff ›Einmischung‹ einer genauen Definition zu unterziehen.«

Man kann den Nationalsozialismus noch so scharf verurteilen, ein noch so erbitterter Nazi-Gegner sein, ja sogar Hitler als Ausgeburt der Hölle betrachten, trotzdem kann man sich, wenn man ehrlich ist, jener Einschätzung der *Times*[71] nicht verschließen: Mit Ausnahme von Punkt 12 (staatliche Bevormundung der Meinungsfreiheit in allen Ländern) war dieses Programm sehr korrekt und bot eine ordentliche Grundlage für eine Wiederaufnahme der Gespräche mit Deutschland im Rahmen des Völkerbunds, ferner ermutigende Aussichten für die Erhaltung des Friedens durch die Rüstungsbegrenzung, vielleicht sogar durch eine allgemeine und tatsächliche Abrüstung.

Die französische Regierung weigerte sich aber, Verhandlungen auf dieser Grundlage wiederaufzunehmen. Der französisch-sowjetische Bündnispakt und die Hoffnungen, die sie in Richtung Italien hegte, bestärkten sie in der Auffassung.

Die Briten waren realistischer und entschlossen sich, die ihnen entgegengestreckte Hand zu ergreifen: am 25. Mai

1935 forderten sie die Reichsregierung auf, bilaterale Verhandlungen über die Aufrüstung zur See zu eröffnen. Und bereits am 18. Juli 1935, in einer Rekordzeit also, wurde trotz Frankreichs Warnungen und Protesten ein Vertrag zwischen dem Reich und Großbritannien unterzeichnet, nach dessen Wortlaut die deutsche Wiederbewaffnung zur See offiziell in der Höhe und in der Form anerkannt wurde, wie Hitler sie gefordert hatte.

Auf diesen Erfolg gestützt, versuchte von Ribbentrop, der die deutsche Delegation leitete, auf ein allgemeines Bündnis mit Großbritannien zuzusteuern. Dieses Bündnis, das die territoriale Unversehrtheit Hollands, Belgiens und Frankreichs garantieren sollte, enthielt ein verlockendes Angebot: Das Reich würde England zwölf Divisionen zur Verteidigung seines Kolonialreiches, vor allem in Indien, zur Verfügung stellen. Vergeblich: England wollte nicht darüber hinausgehen und gedachte nicht, Deutschland auf diesem Terrain zu folgen. Um Rüstung zur See handele es sich, und nur um Rüstung zur See.

Trotzdem hatte zum erstenmal eine der Signatarmächte des Versailler Vertrags die deutschen Thesen über die Aufrüstung anerkannt. In Paris löste das Flottenabkommen die heftigsten Reaktionen aus: wie kann man nun Deutschland tadeln, die Bestimmungen des Versailler Vertrags zu verwerfen, wenn England selbst es dabei unterstützt? Die französische Regierung erklärte die britische Entscheidung für »moralisch unzulässig und juristisch unhaltbar«.

Juristisch unhaltbar? Die Narren, die für die damalige französische Politik verantwortlich waren, übersahen — oder taten so, als wenn sie es übersähen —, daß Deutschland die im Teil V des Versailler Vertrags enthaltenen Militärbestimmungen *nur* deshalb übertrat und daß England es dabei *schon* deshalb unterstützte, weil Frankreich selbst dessen Präambel zuwider handelte, spätestens seit dem 16. Februar 1926, als Marschall Foch erkannte, daß Deutschland abgerüstet hatte. Nach dem Wortlaut des Vertrags hätte Frankreich

damals abrüsten müssen. Sie vergaßen auch, daß Frankreich alle Initiativen derjenigen, insbesondere der Engländer und Amerikaner, zurückwies und torpedierte, die die Welt auf den Weg der Abrüstung bringen wollten. Sie vergaßen zuletzt, daß gerade diejenigen, die mit der Einhaltung eines Gesetzes beauftragt sind, dieses Gesetz am ehesten übertreten und daß das Gesetz des Dschungels herrscht, sobald keine Stelle mehr sie zur Einhaltung zwingen kann: dann kann nämlich jeder tun, was er will, und die Stärkeren siegen.

Dieselben Narren hatten ebensowenig vorausbedacht, daß Deutschland recht bald alle seine Rivalen auf die Plätze verweisen würde, wenn sie den Rüstungsbereich dem Gesetz des Faustrechts auslieferten. Zum Beispiel ließ das deutsch-britische Flottenabkommen eine Erhöhung der deutschen Flotte von 108 000 auf 420 000 Tonnen zu. Wenn Frankreich das bestehende Kräfteverhältnis zu Deutschland aufrechterhalten wollte, hätte es seine Flotte von 628 000 auf 940 000 Tonnen steigern müssen. Es war aber nicht in der Lage, eine solche finanzielle Anstrengung zu machen.

Indem die französische Regierung England beschuldigte, »eine juristisch unhaltbare Entscheidung« getroffen zu haben, machte sie sich nur lächerlich. Sie hatte selbst diese Lage geschaffen, und es stand ihr ebenso schlecht an, sich darüber zu beschweren wie dem Reich ein Recht abzuerkennen, das sie sich selbst angemaßt hatte. Außerdem war keine Instanz mehr da, die die Frage hätte entscheiden können; die bestehende, der Völkerbund, hatte sich selbst disqualifiziert, als er außerstande war, ein Gesetz einhalten zu lassen, das die Alliierten — und damit er selbst — in den Versailler Vertrag eingefügt hatten. Die Reichsregierung weigerte sich, vor dem Völkerbundsrat als Angeklagte und zudem als einzige Angeklagte zu erscheinen, und beim damaligen Stand der Dinge konnte keine Macht in der Welt sie dazu zwingen, dort zu erscheinen. England hatte es wohl erkannt. Da es Deutschland nicht daran hindern konnte, eine vernünftig er-

scheinende Entscheidung zu treffen, hatte es wenigstens deren Auswirkungen insofern in Schranken gehalten, als die deutsche Tonnage künftig nur 35% der britischen betragen sollte.

Frankreich durfte nur noch hoffen, daß es eines Tages Deutschland vor eine ihm ergebene Instanz ziehen könnte.

Und Frankreich hoffte es.

3. Der französisch-sowjetische Bündnispakt

Die Entwicklung zum Krieg ließ sich noch aufhalten, wenn das französische Parlament den französisch-sowjetischen Pakt nicht ratifizieren würde. Eine ziemlich unwahrscheinliche Aussicht. Gemeint war allerdings von Frankreich in dem Pakt nicht irgendein Krieg, sondern nur ein solcher, in den Westeuropa nicht verwickelt wäre.

Im Osten lagen die Dinge anders: Zu den Richtlinien der Politik Hitlers gehörte an erster Stelle die Vernichtung der Juden und Freimaurer, aber auch die des Bolschewismus, der seiner Ansicht nach einen jüdisch-freimaurerischen Grund habe, beziehungsweise von den Juden und den Freimaurern in aller Welt unterhalten werde.[72] Um so entschlossener machte er sich jene Politik des Drangs nach Osten zu eigen, die seit dem Deutschritterorden (1128), wenn nicht seit Karl dem Großen, die Aufgabe des deutschen Volkes war.

Man kann sich schwer vorstellen, wie er ohne Krieg diese Doktrin anders in die Tat umsetzen könnte als durch eine Unterstützung der Ukraine, die antibolschewistisch eingestellt war, sich aber passiv verhielt: 1917 hatte Petljura unter Beweis gestellt, daß das ukrainische Volk verbissen an seiner Unabhängigkeit hing und gegen das leninistische Regime feindlich gesinnt war. Hitler meinte daher, er könne es dazu bringen, sich von der Bevormundung Stalins loszulösen und von da an eine Freiheitsbewegung zu gründen, die sich bis zum gleichermaßen unterjochten Weißrußland ausbreiten

und letztlich den Zusammensturz des Bolschewismus herbeiführen würde.

Die weiten osteuropäischen Räume stünden somit für die deutsche Ausbreitung offen. Vor allem *Mein Kampf* dokumentiert vielfach, daß Hitler derartige Hoffnungen hegte: Der bolschewistische Koloß habe tönerne Füße und halte sich nur durch den Polizeiterror und den orientalischen Fatalismus an der Macht. Es konnte aber auch sein, daß die Rechnung nicht aufging und Hitler eines Tages ein Hühnchen mit der Sowjetunion rupfen mußte. Er war demnach um so begieriger, für Frieden im Westen zu sorgen, als er hier keine Ambitionen — er beteuerte es ständig — hatte und im Fall einer Verwicklung im Osten es für notwendig hielt, die Hände frei zu haben, das heißt, nicht an zwei Fronten kämpfen zu müssen.

Dieser Politik, von den Signatarmächten in Locarno, namentlich England und Italien, in die Wege geleitet, stellte sich der französisch-sowjetische Bündnispakt nun als Hindernis entgegen. Mit dem gekoppelten russisch-tschechischen Vertrag führte er nicht nur den Bolschewismus in Mitteleuropa ein, sondern nahm auch Hitler jede Möglichkeit, Europa vor dieser Ideologie anders zu bewahren als durch den Krieg, und das an zwei Fronten. Diesen Pakt nahmen die Russen als Segen und Geschenk des Himmels auf.

Juristisch hatte Deutschland zum französisch-sowjetischen Bündnispakt folgende Stellung bezogen:

»1. Frankreich hat durch die Verpflichtung zum Eingreifen — gegen Deutschland, versteht sich, da weder Polen, noch die baltischen Länder, noch die Tschechoslowakei (die gerade ein Bündnis mit Rußland eingegangen war) es angreifen würden —, selbst wenn der Völkerbundsrat keine Empfehlung gibt oder nicht zu einem einstimmigen Votum[73] kommt, Pflichten gegenüber der Sowjetunion übernommen, die bei weitem die Pflichten überschreiten, die ihm durch den Völkerbundspakt auferlegt sind. Denn Frankreich behält sich auf diese Weise das Recht vor, aus eigener Machtvollkom-

menheit zu entscheiden, wer der Angreifer ist — was nach dem internationalen Recht nicht statthaft ist.

2. Durch den Vertrag von Locarno hat Frankreich sich verpflichtet, keine militärischen Operationen gegen Deutschland zu führen, es sei denn im Falle der rechtmäßigen Verteidigung oder der Notwehr oder im Falle, daß Polen und die Tschechoslowakei vom Deutschen Reich angegriffen werden. Abgesehen von den beiden genannten Fällen hat Frankreich auf jeden Waffengang gegen Deutschland verzichtet, nachdem das Reich ein gleiches Versprechen abgegeben und der Gründung einer entmilitarisierten Zone auf dem linken Rheinufer zugestimmt hatte.

3. Außer den im Locarno-Vertrag[74] festgelegten Umständen führt der französisch-sowjetische Bündnispakt, durch den Willen zweier seiner Mitglieder, also einer winzigen Minderheit, einen dritten Fall in das internationale Recht ein: Wenn sich Deutschland im Streit mit der Sowjetunion befände. In diesem Fall hätte Frankreich nicht nur das *Recht*, sondern auch die *Pflicht*, Deutschland anzugreifen.«

Am 25. Mai 1935 richtete die Reichsregierung daher eine Note an die französische Regierung, die diesen Standpunkt zusammenfaßte: »Jedes Eingreifen Frankreichs aufgrund des französisch-sowjetischen Vertrags steht im Gegensatz zu Artikel 16 des Völkerbundspakts und bedeutet eine Verletzung des Vertrages von Locarno.«

Am 25. Juni 1935 erwiderte Frankreich, daß der französisch-sowjetische Vertrag keine militärische Verpflichtung sei, was lächerlich war und keiner Prüfung standhielt: Artikel 2 des Vertrages sagte nämlich ausdrücklich: »Falls . . . Frankreich oder die Sowjetunion . . . Ziel eines nicht provozierten Angriffs von Seiten eines europäischen Staates werden, verpflichten sich die Sowjetunion und Frankreich, sich unmittelbare Hilfe und Beistand zu leisten.« Daraufhin konsultierte Frankreich die Garantiemächte des Locarno-Vertrags über diese Antwort. Am 5. Juli antwortete England nach langem Ersuchen, daß »die Unterzeichnung des französisch-sowjeti-

schen Vertrags an den von Großbritannien eingegangenen Verpflichtungen nichts« ändere, gab allerdings nicht seine Zustimmung; Italien am 15. und Belgien am 19. Juli 1935 antworteten genauso, als wenn sie sich mit England abgesprochen hätten. Deutschland war um so entschlossener, seinen übrigens juristisch unanfechtbaren Standpunkt zu behaupten. Da die Aussprache über den Pakt bald auf der Tagesordnung des französischen Parlaments stehen würde, teilte es Frankreich durch seinen Geschäftsträger in Paris mit, es werde »die Ratifikation des Sowjetpakts durch das französische Parlament als einen unfreundlichen Akt gegenüber Deutschland betrachten, der mit den Verpflichtungen von Locarno unvereinbar ist«.

Die Debatte über die Ratifikation begann in der französischen Abgeordnetenkammer am 12. Februar 1935. Sie dauerte fünfzehn Tage und lief oft in einer heftigen Atmosphäre ab, die von der Gründung der Volksfront ein Jahr zuvor sowie von den im Mai stattfindenden Wahlen zur Abgeordnetenkammer völlig beherrscht war.

Damals gab es noch eine Rechte und eine Linke, die sich durch genau festgelegte doktrinäre Programme stark gegeneinander abgrenzten. Das Programm der Linken fügte sich ebenso in die Doktrin der Linken ein, wie das Programm der Rechten in die Doktrin der Rechten gehörte — außer allerdings in Sachen Krieg, für den die Stellungnahmen der Linksparteien eigentlich in die Doktrin der Rechten gehörten, und umgekehrt. Seit der Französischen Revolution wurden sämtliche Kriege, in die Frankreich verwickelt war, tatsächlich von Linksregierungen erklärt — gegen die Meinung der Rechtsparteien. Das hierfür wohl bekannteste Beispiel liefert der Deutsch-Französische Krieg von 1870, den Emile Ollivier trotz Thiers' Einwände an Preußen erklärte. Erwähnt sei ebenfalls der Erste Weltkrieg (Ministerpräsident Viviani), ja sogar Frankreichs koloniale Unternehmungen im ausgehenden 19. Jahrhundert, für die Jules Ferry, genannt der »Tonkinese«, besonders eintrat.

Zwischen der Linken, die seit dem Ersten Weltkrieg im Aufwind war, und der Rechten war die Spanne sehr gering. Alle Legislaturperioden mit linker Mehrheit begannen mit Linksregierungen und endeten regelmäßig mit Rechtsregierungen oder Kabinetten der »Nationalunion«, die das Programm der Rechten übernahmen (1924, 1932 . . .) und gewöhnlich nach zweijähriger Machtausübung durch die Linke die Regierung antraten. Im Jahre 1926 — das »Kartell der Linken« hatte gesiegt — war Poincaré Herriot im Amt gefolgt und 1934 Laval erneut Herriot, der die Wahlen zwei Jahre zuvor gewonnen hatte.

Am 23. Januar 1936 trat das Gegenteil ein: Laval, der durch seine Deflationspolitik und seine Stellungnahme zugunsten Mussolinis im Äthiopienkrieg unbeliebt geworden war, mußte zurücktreten und die Regierungsgeschäfte einem Kabinett Sarraut überlassen, einem waschechten radikalsozialistischen Kabinett, das heißt nach der üblichen Redewendung »rothäutig, aber innen weiß, wie die Radieschen«.

Stalin brauchte nun im französischen Parlament eine starke Mehrheit, die den französisch-sowjetischen Bündnispakt unterstützte. Doch waren die Kommunisten dazu nicht zahlreich genug. Das rührte daher, daß sie bei jedem zweiten Wahlgang ihre Kandidaten aufrechterhielten, statt sie zugunsten der aussichtsreichsten Linkspartei zurückzunehmen. Das war die »Klasse-gegen-Klasse«-Taktik, die sich an Jules Guesdes berühmte Formel anlehnte: »Linke oder Rechte, alle über einen Kamm scheren!«

Diese Taktik verhalf den Rechtskandidaten zum Sieg. Die KPF hatte auch deshalb wenig Abgeordnete, weil die Kandidaten der übrigen Linksparteien ebensowenig zurücktraten, wenn die Kommunisten nach dem ersten Wahlgang vorn lagen. Stalin wollte dieser Lage ein Ende setzen und brach mit der Taktik »Klasse gegen Klasse«: Künftig würden die kommunistischen Kandidaten zugunsten der besser plazierten Kandidaten der Linken zurücktreten, wenn diese genauso verführen.

Radikalsozialisten und Sozialisten begrüßten diese Entwicklung. Sie bot nämlich die unverhoffte Gelegenheit, eine sehr breite Linksmehrheit in die Abgeordnetenkammer einzubringen, wenn die Kommunisten sich nun dieser Mehrheit anschlossen. Die Christdemokraten machten auch mit. Der Unternehmung leistete die Deflationspolitik der Kabinette Laval und Sarraut erheblichen Vorschub. Sie mündete in die feierliche Abmachung zur Zusammenarbeit vom 14. Juli 1935, die Radikalsozialisten, Sozialisten, Kommunisten, ferner die Christdemokraten um Champetier de Ribes feierlich abschlossen. Innenpolitisch kam das französisch-sowjetische Bündnis demnach nicht etwa Laval, der es unterzeichnet hatte, zugute, sondern seinen Gegnern.

Die Stellungnahmen der Linken gehorchten einem sehr einfachen Mechanismus: Um den Ausgang der Parlamentswahlen durch einen vorzeitigen Abgang der Kommunisten nicht zu gefährden, hielten Radikalsozialisten, Sozialisten und Christdemokraten ihren Schwur vom 14. Juli und schlossen sich dem von der Kommunistischen Partei bezogenen Standpunkt bezüglich des französisch-sowjetischen Vertrags an. Es war bezeichnend, daß vor allem die Sozialistische Partei ihre Entscheidung nicht auf Grund von Hitlers immer wieder bekräftigten Vorschlägen zur Ab- oder dann zur Wiederaufrüstung festlegte, die alle außenpolitischen Charakter hatten. Sie entschied sich vielmehr aufgrund seiner allgemeinen Politik, insbesondere gegenüber den Juden, die sehr zahl- und einflußreich in dieser Partei waren, aber natürlich auch auf Grund des Antifaschismus, des Antinazismus, des Antirassismus und anderer »metaphysischer Dirnen«, wie Jules Guesde solche Bewegungen einmal nannte.

Bereits 1933, also unmittelbar nach Hitlers Machtergreifung in Deutschland, brachte ein »Aufsichtskomitee der antifaschistischen Intellektuellen«, an dessen Spitze der Kommunist und Sorbonne-Professor Jean Perrin stand, diese Themen in Umlauf und fand Anklang bis in die entschlossensten Friedenskreise. In der Sozialistischen Partei wurde damals

folgende Geschichte hinter vorgehaltener Hand erzählt: Generalsekretär Paul Faure, der die Leitung seiner Zeitung *Le Populaire* Léon Blum überlassen hatte und schon lange nicht mehr dort gewesen war, suchte eines Tages die Redaktion auf, weil er bestimmte Informationen für sein Referat auf dem bevorstehenden Parteitag brauchte. Von den früheren Mitarbeitern war keiner mehr da. Die neuen Redakteure stellten sich vor: Lévy, Meyer, Bloch usw. Plötzlich hörte er aber den Namen Dupont. Da ruft der Generalsekretär trokken aus: »Furchtbar! Diese Christen drängen sich überall ein!«

Es fanden sich dennoch Politiker sowohl links als auch bei den regierungsnahen Gemäßigten, die mit den Entscheidungen ihres Parteivorstands nicht einverstanden waren. Zu ihnen zählte Jacques Doriot, der im Februar 1934 als erster die Bildung einer Volksfront angeregt hatte; er durchschaute letztlich Stalins Spiel in der allgemeinen und in der Außenpolitik und ließ sich lieber aus der Kommunistischen Partei ausschließen. Bei den Sozialisten seien Zoretti, Le Bail genannt, in der Radikalsozialistischen Partei Jean Montigny. Die wenn auch nationalistisch eingestellte Rechte, die seit jeher alles daran gesetzt hatte, jeden Krieg zu vermeiden, sprach sich einmütig gegen den Bündnispakt aus, weil sie sich der aufkommenden Kriegsgefahr bewußt war. Am Rednerpult des Parlaments wurde die Opposition von Männern nahezu aller Parteien vertreten, was einer einsetzenden Zersplitterung gleichkam: Jacques Doriot, Jean Montigny, Pierre Taittinger, Philippe Henriot, Xavier Vallat, Oberkirch, Marcel Héraud usw.

Die Abweichler unter den Sozialisten schwiegen aus Parteidisziplin.

Angesichts dieser Entwicklung glaubte Hitler an die Möglichkeit, die Gemäßigten und Unentschlossenen umzustimmen. Am 21. Februar 1936 unternahm er einen letzten Versuch, Frankreich von der Ratifizierung dieses Bündnispakts abzubringen, und wandte sich unmittelbar an die französi-

sche Öffentlichkeit durch ein Interview, das er Bertrand de Jouvenel für die Zeitung *Paris-Midi* gab.

Hitlers Auslassungen über seine Person und die Gründe, weshalb das deutsche Volk ihm vertraue, unterbrechend, stellte Bertrand de Jouvenel plötzlich zwei Fragen, die die Diskussion ins rechte Licht rückten. Die erste lautete:

»Wenn wir Franzosen auch mit Befriedigung Ihre friedlichen Erklärungen lesen, sind wir trotzdem nicht wenig beunruhigt im Hinblick auf weniger ermutigende Anzeichen. So lassen Sie in *Mein Kampf* kein gutes Haar an Frankreich. Dieses Buch wird aber in ganz Deutschland wie eine politische Bibel betrachtet. Und es wird verbreitet, ohne daß Sie in den jüngsten Ausgaben auch nur die geringste Änderung ihrer Aussagen gegenüber Frankreich gemacht hätten.«[75]

Hitlers Antwort:

»Ich war Gefangener, als ich dieses Buch schrieb. Die französischen Truppen hatten die Ruhr besetzt. Das war der Augenblick der größten Spannungen zwischen unseren beiden Ländern. Ja, wir waren Feinde! Und ich war mit meinem Land gegen das Ihrige. Ebenso wie ich mit meinem Land gegen das Ihrige viereinhalb Jahre lang in den Schützengräbern gestanden habe!

Ich würde mich verachten, wenn ich nicht in erster Linie Deutscher wäre, wenn ein Konflikt kommt . . . Aber heute gibt es keinen Anlaß zu einem Konflikt. Sie möchten, daß ich Änderungen in meinem Buch vornehme, wie ein Schriftsteller, der eine neue Ausgabe seiner Werke vorbereitet? Aber ich bin kein Schriftsteller, ich bin ein Politiker. Meine Berichtigung? Ich bringe sie Tag für Tag in meiner auswärtigen Politik, die gänzlich auf eine Freundschaft mit Frankreich gerichtet ist!

Wenn ich die deutsch-französische Annäherung, wie ich es wünsche, erreicht habe, so wäre das eine Berichtigung, die meiner würdig ist! Meine Berichtigung schreibe ich in das große Buch der Geschichte ein!«

Bertrand de Jouvenel stellte nun seine zweite Frage:

»Sie wünschen die deutsch-französische Annäherung. Wird sie denn nicht durch den französisch-sowjetischen Vertrag gefährdet?«

»Meine persönlichen Bemühungen, eine solche Annäherung zu erreichen, werden weiter andauern. Aber auf dem Gebiet der Tatsachen würde dieser mehr als unheilvolle Vertrag natürlich eine neue Situation schaffen.

Sind Sie eigentlich klar darüber, was Sie tun? Sie lassen in das diplomatische Spiel eine Macht eindringen, die keinen anderen Wunsch hat, als zu ihren Gunsten die großen europäischen Nationen gegeneinander aufzuwiegeln. Man darf nicht übersehen, daß Sowjetrußland eine politische Macht ist, die über eine explosive revolutionäre Idee und gigantische Überzeugungsmittel verfügt. Als Deutscher habe ich die Pflicht, eine solche Lage zu berücksichtigen. Der Bolschewismus hat bei uns keine Aussicht auf Erfolg. Aber es gibt andere große Nationen, die gegen den bolschewistischen Virus weniger immun sind als wir.

Sie sollten über meine Bündnisangebote ernsthaft nachdenken. Niemals hat ein Mann an der Spitze Deutschlands Ihnen solche Vorschläge unterbreitet und bekräftigt. Und von wem stammen diese Angebote? Von einem pazifistischen Scharlatan, der über die internationalen Beziehungen im Bilde ist? O nein, sondern von dem größten Nationalisten, den Deutschland jemals an seiner Spitze gehabt hat! Ich bringe Ihnen, was kein anderer vorher Ihnen hätte bringen können: ein Bündnis, das von 90% des deutschen Volkes gebilligt wird, von den 90%, die hinter mir stehen. Ich bitte Sie, noch folgendes zu beachten. Es gibt im Leben der Völker einmalige Gelegenheiten. Heute könnte Frankreich, wenn es wollte, für immer mit der deutschen Gefahr Schluß machen, die Ihre Kinder von Generation zu Generation fürchten lernen. Sie könnten die fürchterliche Hypothek beseitigen, die auf der Geschichte Frankreichs ruht. Diese Chance ist Ihnen gegeben! Ergreifen Sie sie nicht, so denken Sie daran, welche schwere Verantwortung Sie damit Ihren

Kindern gegenüber auf sich nehmen. Sie haben vor sich ein Deutschland, in dem neun Zehntel aller Menschen volles Vertrauen zu ihrem Führer haben, und dieser Führer sagt zu Ihnen: Laßt uns Freunde sein!«[76]

Diese Erklärung war sehr geschickt und in Anbetracht der bisherigen Außenpolitik Hitlers offenbar ehrlich. Sie war jedenfalls geeignet, das Parlament zu einer anderen Entscheidung zu bewegen. Von dieser Erklärung erhielt aber niemand vor der Abstimmung Kenntnis, die am 27. Februar stattfand. Zuvor, am 21. und 25. Februar, hatte Herriot in zwei gleichartigen Reden alle ideologischen Gründe vorgetragen, die für eine Ratifikation sprachen — ungeachtet der bisher bekannten Vorschläge Hitlers. Der Vertrag wurde mit 353 gegen 164 Stimmen ratifiziert. Am nächsten Morgen, dem 28. Februar, erschien das Interview im *Paris-Midi*, zur großen Überraschung der Franzosen und zum großen Verdruß Hitlers, da nun der Eindruck aufkam, als hätte er angesichts der Abstimmung nachgegeben. In seiner *Histoire de la seconde Guerre mondiale* behauptet Galtier-Boissière, die Regierung habe die Leitung des *Paris-Midi* gedrängt, sie möge die Veröffentlichung des Interviews bis nach der Abstimmung zurückhalten. Das ist wohl möglich, aber nicht sicher. Ging das Manöver nicht von der Regierung aus, so ist die Initiative auf jeden Fall der Leitung des *Paris-Midi* zuzuschreiben. Wie dem auch sei, der strategische Apparat war für den Fall eines Krieges mit Deutschland bereitgestellt: der gleiche Apparat übrigens, den die russisch-französische Militärkonvention von 1891—92 und der zwei Jahre später zwischen Frankreich und Rußland geschlossene Bund im Hinblick auf einen deutsch-französischen Krieg bereitgestellt hatten, der ohne die Weisheit eines Joseph Caillaux schon 1907 oder spätestens 1911 ausgebrochen wäre und schließlich erst 1914 ausbrach. Das war zumindest besorgniserregend.

Hitlers Antwort kam am 7. März 1936 mit der Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit auf dem linken Rheinufer. Diese stellte zweifellos eine Verletzung des Versailler

Vertrags (Teil V) und des Locarno-Pakts dar, war aber lediglich die Antwort auf die vorherige Verletzung beider Verträge durch Frankreich.

Es wird heute allgemein angenommen, daß ein Eingreifen der alliierten Mächte Hitler gezwungen hätte, die Truppen zurückzunehmen, die auf seinen Befehl die Garnisonen der entmilitarisierten Zone bezogen hatten; daß von Neurath und die deutschen Generale eine solche Intervention befürchtet und heftigen Widerstand geleistet hatten; daß Hitler sie selbst befürchtet habe und gegebenenfalls den Rückzug seiner Truppen in Erwägung gezogen habe. Diese Meinung stützt sich einzig auf das Zeugnis Paul Schmidts in seinem Buch *Statist auf diplomatischer Bühne*. Paul Schmidt zählt indes zu den unglaubwürdigsten Zeugen: dieser überzeugte Nationalsozialist war zwölf Jahre lang der ergebene Dolmetscher Hitlers und war in vielen Dingen auf Nachsicht angewiesen. Um Gnade vor den Siegern zu finden, erzählte er nach 1945 alles Mögliche. Zum Beispiel folgendes:

»Hitler«, schreibt er, »hat eines Tages in meiner Gegenwart erklärt, daß die 24 Stunden, die dem Einmarsch der deutschen Truppen in das Rheinland folgten, die erregendsten seines Lebens gewesen seien. ›Wenn die Franzosen in Deutschland einmarschiert wären[77], wie ich es während der ersten 24 Stunden für möglich gehalten hatte‹, setzte er hinzu, ›hätte ich mich zu meiner eigenen Schande zurückziehen müssen!‹«[78]

Wenn die deutschen Generale und von Neurath ihm tatsächlich ihre Befürchtungen eröffneten, erfolgte dies allerdings nicht in Form eines ausdrücklichen Widerspruchs. Und es stimmt nicht, daß Hitler ein Eingreifen Frankreichs für möglich gehalten habe. Durch die englische Note vom 5. und die italienische vom 15. Juli[79] wußte Hitler, daß beide Mächte nicht eingreifen würden, daß Frankreich Deutschland allein gegenüberstehen würde und nichts ausrichten könnte. Und tatsächlich erhielt Frankreich, als es soweit war, nur von Polen, Jugoslawien, Rumänien und der Tschechoslo-

wakei die Zusage, daß sie ihm beistehen würden, vorausgesetzt allerdings, daß Frankreich die Sache in die Hand nehme und England sowie Italien nachfolgten.

England, wo der französisch-sowjetische Pakt Mißfallen in der Öffentlichkeit wie auch im Parlament und in der Regierung erregt hatte, antwortete am 7. März 1936 durch Lord Halifax, daß »Kanzler Hitler eine Reihe von Vorschlägen gemacht hat, von denen mindestens einige durchaus annehmbar sind«. Und am selben Tag erklärte Sir Anthony Eden gegenüber Außenminister Flandin, er habe »Auftrag von der britischen Regierung, die französische Regierung zu ersuchen, gegenüber Deutschland nichts zu unternehmen, was eine Kriegsgefahr hervorrufen könnte«. Am 12. März 1936 teilte Finanzminister und künftiger Premier Chamberlain demselben Flandin mit, »daß die britische Öffentlichkeit das Kabinett nicht unterstützen würde, wenn es sich zu Sanktionen verpflichtete«, und er fügte hinzu, daß die für den 14. März einberufene Sitzung des Völkerbundsrats entscheiden werde. Auf dieser mehrtägigen Sitzung, die in London stattfand, erklärte Eden am 18. März 1936: »Es ist offensichtlich, daß der Einmarsch der deutschen Truppen in das Rheinland eine Verletzung des Versailler Friedensvertrags darstellt. Dennoch stellt diese Aktion keine Bedrohung des Friedens dar und erfordert nicht den unmittelbaren Gegenvorschlag, der in gewissen Fällen im Locarno-Pakt vorgesehen ist. Zweifellos schwächt die Wiederbesetzung des Rheinlandes die Macht Frankreichs; aber sie schwächt in keiner Weise seine Sicherheit.«

Das war eine klare Ablehnung.

Italien schloß sich dieser Haltung an und fügte hinzu, daß es im Völkerbundsrat kaum die Rolle des Richters spielen könne, wenn es sich bereits in der Lage eines Angeklagten befinde.

Deutschland, das um die Stärke seiner Position wußte, war der Ansicht, daß ihm die Tribüne des Völkerbunds als »ausgezeichnetes Werbeschild« dienen könne. Und da

Deutschland aufgefordert worden war, vor dem Rat zu erscheinen, entsandte Hitler seinen Beauftragten von Ribbentrop, der am 19. März eintraf und folgende Erklärung ablegte:

»Der deutsche Reichskanzler hat der Welt eine ganze Reihe von Friedensangeboten gemacht. Man hat nicht ein einziges davon aufgegriffen:

Das Angebot zur absoluten Abrüstung; es wurde abgelehnt.

Das Angebot eines allgemeinen, gleichen 200 000 Mann-Heeres; es wurde abgelehnt.

Das Angebot eines 300 000 Mann-Heeres; es wurde abgelehnt.

Das Angebot eines Luftpaktes; es wurde abgelehnt.

Das Angebot zu einer großzügigen Befriedung Europas in seiner Rede vom 21. Mai 1935; es wurde einfach übergangen, ausgenommen jener Vorschlag, der dann später dem deutsch-englischen Flottenvertrag zugrunde gelegt wurde.

Wieder und wieder hat der deutsche Reichskanzler seine Angebote zur Erhaltung des Friedens unterbreitet, und — ich darf es hier sagen — er und ganz Deutschland hatten gehofft, daß der russisch-französische Vertrag nicht ratifiziert würde. Als diese Ratifizierung vor kurzem dennoch von der französischen Kammer vorgenommen wurde, hat der deutsche Reichskanzler im Bewußtsein der ihm obliegenden schweren Verantwortung für das Schicksal und die Sicherheit des ihm anvertrauten Volkes die einzig mögliche Folgerung aus diesem Vorgehen Frankreichs gezogen: Er hat die volle Souveränität des Reiches über das gesamte Reichsgebiet wieder hergestellt, maßgebend für diesen Entschluß der deutschen Regierung war die Berücksichtigung der Tatsache, daß

1. der Rheinpakt von Locarno durch das einseitige Vorgehen Frankreichs dem Buchstaben und dem geschichtlichen Sinne nach entwertet und damit aufgehoben wurde, und daß

2. im Hinblick auf die neue französisch-russische Militärallianz Deutschland ohne weiteren Verzug die primitivsten

Rechte einer Nation zur Sicherung ihres eigenen Territoriums wieder herstellen mußte.

Die deutsche Regierung muß daher den Vorwurf, den Vertrag von Locarno einseitig verletzt zu haben, als unrecht und billig zurückweisen. Es war ihr gar nicht mehr möglich, einen Vertrag zu verletzen, der de facto durch die Handlungsweise des anderen Partners als erloschen zu betrachten war.

Der Inhalt und die Tragweite der deutschen Vorschläge bedürfen keines Kommentars. Sie sind so weitgespannt und umfassend, daß wohl jeder Staatsmann, dem das Wohl Europas am Herzen liegt, nur wünschen kann, sie bald verwirklicht zu sehen.

Möge angesichts dessen der Rat über die Empfindungen des Augenblicks hinweg die Tragweite der geschichtlichen Entscheidung erkennen, die in seine Hand gelegt ist und die mithelfen soll, dem friedlosen Europa den Weg in eine bessere Zukunft offenzuhalten.«[80]

Moralisch wie rechtlich war diese Erklärung unwiderlegbar.

Es fand keine Debatte statt: Alle Mitglieder des Rates waren verlegen. In ihrem Namen nahm der Vorsitzende Bruce von Ribbentrops Erklärung lediglich zur Kenntnis und hob die Sitzung auf. Nach Wiedereröffnung begnügte sich der nun in Abwesenheit des deutschen Beauftragten versammelte Rat damit, ohne vorherige Erörterung und weiteren Kommentar zu erklären, daß »Deutschland den Artikel 43 des Versailler Friedensvertrags verletzt« habe. Von einem militärischen Eingreifen war ebensowenig die Rede wie von Repressalien und Sanktionen irgendwelcher Art.

Vor Schluß der Sitzung hielt Bruce eine kurze Ansprache, in der er unter anderem feststellte: »Kanzler Hitler hat seinen Willen zur Zusammenarbeit erneuert; das ist uns heute morgen durch seinen persönlichen Vertreter versichert worden. Ich bin unter diesen Bedingungen überzeugt, daß eine Lösung gefunden werden wird.«

Für Hitler war das eine lobende Anerkennung.

Zehn Tage später, am 29. März 1936, stimmte bei einer Reichstagswahl das deutsche Volk »dem Werk, das der Führer und Reichskanzler im Laufe der letzten drei Jahre vollbracht hat«, zu, indem es die Liste der NSDAP, die es allein nur gab, mit 44 411 911 Ja-Stimmen wählte; das waren 99 Prozent aller Stimmberechtigten, die stärkste Mehrheit, die Hitler jemals erhalten hatte.

Er hatte in allen Bereichen gewonnen, aber die Würfel waren gefallen. Und das milderte einigermaßen das unsägliche Mißgeschick der französischen Regierung, die trotz der gegen Italien beschlossenen Sanktionen infolge des äthiopischen Kriegs nach wie vor an die Möglichkeit glaubte, die Stresa-Front wieder zum Leben zu erwecken und somit die Einkreisung Deutschlands zu vollenden.

IV. Die Judenfrage

1. Hitler und die Juden

Die von den Reichsbehörden getroffenen Maßnahmen gegen Juden erregten die Weltöffentlichkeit. In den Ländern, wo nur noch vom Zusammensturz des Hitler-Regimes geträumt wurde, riefen sie letztlich ebenso durch ihre Darstellung in der Presse wie durch ihren tatsächlichen Inhalt eine Psychose hervor, welche die nun vor ernsthaften Protesten geschützten politischen Führungskreise instand setzten, den Kriegsapparat gegen Deutschland bereitzustellen. In allen Ländern, die gegen das Hitler-Regime feindlich gesinnt waren, waren die politischen Führungskreise nämlich zu dem Schluß gekommen, das sei überhaupt das letzte Mittel, diesen Zusammensturz herbeizuführen. Die in Deutschland durchgeführten Volksbefragungen und Wahlen stellten die Begeisterung und das unzerstörbare Vertrauen des deutschen Volkes in Hitler unter Beweis.

Es sei von vornherein gesagt, daß Hitlers Judenpolitik, selbst von allem sinnentstellenden Übertreibungen befreit, eine unbestreitbare Verletzung des Völkerrechts, »mehr ein Vergehen denn ein Verbrechen« war. Man muß aber gleichzeitig erkennen, daß die Forderung der Juden, in Deutschland — wie übrigens in allen anderen Ländern, die sie lediglich als »Gastländer« betrachteten — eine nationale Minderheit sein zu wollen, ebensowenig haltbar war. Das hieß für sie selbst, zuzugeben, daß sie in Deutschland Fremde waren, und sich das Recht abzusprechen zu protestieren, wenn Hitler sie tatsächlich als Fremde behandelte. Den anderen Staaten in aller Welt stand es frei, auf diese Forderung der Juden

einzugehen: Das war eine innenpolitische Frage, die Hitler nichts anging. Die Juden Deutschlands sollten sich dort niederlassen, sagte er: das Dritte Reich war ein nationaler Staat und hatte keinen Platz für diese nationale Minderheit.

Aber die anderen Staaten wollten die Juden nicht. Hätten sie sie gewollt, so wäre die Politik Hitlers freilich eine Verletzung des Völkerrechts geblieben; sie wäre es aber nur prinzipiell geblieben und hätte nicht in der Praxis diesen grausamen Zug angenommen. Die Sache hätte durch eine Bevölkerungsumsiedlung und einen Gütertransfer geregelt werden können, wie so oft schon in der Geschichte.[81] Und eben das schlug Hitler vor.

Leider, und so paradox es scheinen mag, konnte Hitler auf dieser Grundlage nur mit der *Jüdischen Agentur* eine Vereinbarung treffen: die Juden nannten dieses Abkommen »Haavarah« und die Deutschen Haavara oder »Chaïm-Arlossarofs Transfer Abkommen«. Es wurde am 7. August 1933 in Berlin unterzeichnet und sah die Auswanderung deutscher Juden nach Palästina, gemäß der Balfour-Erklärung vom 2. November 1917, vor. Und doch schränkten die Briten deren Umfang ein, um den Arabern, die keine Juden wollten, nicht zu mißfallen: Nur die Juden, die über 1000 Pfund Sterling[82] besaßen, die »Kapitalisten« also, konnten ungehindert nach Palästina auswandern. Die anderen, die »Werktägigen«, brauchten eine Arbeitsbescheinigung, wurden aber nur in einer Größenordnung von 1500 pro Monat zugelassen. Es gab 540 000 Juden in Deutschland. Es würde also 360 Monate oder 30 Jahre gedauert haben, bis sie alle in Palästina waren . . .

Bei 1000 Pfund Sterling pro Juden belief sich der Transfer der deutschen Juden auf 540 Millionen Pfund Sterling (das waren damals rund drei Milliarden Dollar oder 15 Milliarden Reichsmark), die Deutschland nur ausführen konnte, wenn ihm Verrechnungsabkommen auf mehrere Jahre gewährt würden. Und England hatte nicht gestattet, daß das »Chaïm-Arlossarofs Transfer Abkommen« solche Vereinbarungen vor-

sah. Ohnehin hätte kein Land der Welt auf einmal eine solche Summe ausführen können, die außerdem das von H. Schacht auf drei Milliarden Reichsmark geschätzte Vermögen der deutschen Juden weit übertraf.

Zwischen Juden und Nationalsozialisten, zwischen dieser winzigen Minderheit (nicht einmal 1 Prozent) und nahezu der Gesamtheit des deutschen Volkes, die von der Zunft der Nationen zum Zusammenleben verurteilt waren, konnte sich die Lage nur noch zuspitzen. Und wer erkannte, wie sehr sich die politische Diskussion verschärft hatte, der konnte auf alles gefaßt sein.

Hitlers Standpunkt ist bekannt: Er beschuldigte die Juden, die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg insofern veranlaßt zu haben, als sie selbst der entscheidende Grund für den Einzug der USA in den Krieg gewesen seien. Wenn auch zutreffend, war diese Ansicht doch ziemlich oberflächlich: Für die Alliierten hatten die Juden andererseits die bolschewistische Revolution und die Kehrtwendung Rußlands angestiftet. Er erhob noch weitere Beschuldigungen gegen sie.

Sie seien die Hauptnutznießer des Versailler Vertrags gewesen und zu beträchtlichen Reichtümern auf den Ruinen Deutschlands gekommen; sie hätten, zur weiteren Bereicherung, den Wirtschafts- und Finanzkrach 1923 hervorgerufen und eine Neuauflage in den Jahren 1930—33 angestrebt; sie würden auf die Zersetzung des Nationalgeistes hinarbeiten; sie seien Schmarotzer, die von der Arbeit der anderen, hauptsächlich vom Handel lebten, wenn nicht ausschließlich vom Geldgeschäft.[83]

Schließlich brachte er anhand ihrer Schriften den Nachweis, sie würden in der ganzen Welt einen Krieg gegen Deutschland vorbereiten, um dieses zu vernichten.

Physisch seien sie Entartete, die sich die Würde eines »von Gott auserwählten Volkes« anmaßten. Ihre Gemeinden seien die Sammelstelle aller Krankheiten. Die Eheschließung innerhalb der Blutsverwandtschaft habe ihr Blut verdorben,

und wie bei allen Entarteten würden Laster und moralische Verkommenheit sie beherrschen. Man müsse sie außerstande setzen, die deutsche Moral zu zerstören und das deutsche Blut zu verderben durch eheliche Verbindungen, die nur schädlich sein können. Hitlers Rassendoktrin lagen solche Überlegungen zugrunde, und er hatte sie in gedrängter Form in das am 24. Februar 1920 von ihm verkündete Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei hineinfließen lassen:

»Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse[84] ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.« (Artikel 4)

»Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast[85] in Deutschland leben können und muß unter Fremdengesetzgebung stehen.« (Artikel 5)

Die Juden entgegneten, Hitler sei unter anderem ein Paranoiker, ein gefährlicher Irrer, ein Degenerierter, ein Sexualbesessener. Von seinem Regierungsantritt an fanden Franzosen, Briten, Amerikaner jeden Morgen in ihrer Tageszeitung die ausführlichsten und grauenvollsten Berichte über die Nötigungen, die das nationalsozialistische Regime an Juden ausgeübt habe. Diese häufig mit Fotos illustrierten Berichte stammten meistens aus jüdischen Zeitungen. Erhärtet wurden sie durch die Zeugnisse der zahlreichen Juden, Sozialdemokraten und Kommunisten, die heimlich oder wie auch immer aus Deutschland geflohen waren. Sie gründeten sich zwar auf Wahrheit, waren aber maßlos aufgebauscht. In dieser revolutionären Zeit, da alle Instinkte losgelöst waren, ging die Ausnahme in fast allen Fällen eher aus einer Massenreaktion denn aus einer Regierungsinitiative hervor, wurde sie jedoch in der Presse stets als durchgehende Regel dargeboten. Zum Beispiel: der Jude, der unter dem Gespött der Menge und mit dem umgehängten Schild »Ich bin ein Jude« durch die Straßen geführt wurde. Am 28. März 1933 hatte die Parteileitung der NSDAP das Boykottieren aller jüdischen

Geschäfte für den 1. April angeordnet,[86] und bei dieser Gelegenheit trug sich die Szene sicherlich zu. Alle Zeitungen veröffentlichten das Foto mit der Legende: »Rassistische Szene in Deutschland«. Und sie gaben es regelmäßig wieder, mit etwas veränderter Legende: »Noch eine rassistische Szene in Deutschland«. Die öffentliche Meinung schloß daraus, daß sämtliche deutschen Juden dauernd in allen Straßen aller deutschen Städte herumgeführt würden. Nur Unbefangene merkten, daß es sich stets um denselben Juden, um dieselbe Volksmenge handelte, und daher dürfte sich die Szene nicht allzu oft abgespielt haben.

Wie dem auch sei, Hitler mußte gleich nach der Machtübernahme sein Rassenprogramm in Anwendung bringen.[87] Zu den ersten getroffenen Maßnahmen gehörten das Verbot für Juden, bestimmte Berufe (Richter, Beamte) auszuüben, der Numerus clausus in anderen (Rechtsanwälte, Freiberufe, Studenten) und das Boykott der jüdischen Geschäfte (»Kauft nicht bei Juden!«). Hitler dachte, er könnte auf diese Weise 80 bis 90% von ihnen zur Arbeitslosigkeit verurteilen und sie zwingen, sich auf die manuellen Berufe zu beschränken oder heimlich auszuwandern, da die Zunft der Nationen ihnen diese Möglichkeit offen verwehrte. Auf sein Genie vertrauend, wußte er mit Sicherheit, daß sie die zweite Lösung der ersten vorziehen und Mittel und Wege finden würden, sie in die Tat umzusetzen. Und jener Dienststelle, die in Anwendung des »Chaïm-Arlossarofs Transfer Abkommens«[88] in Berlin gegründet worden war, erteilte er den Befehl, diese heimliche Auswanderung zu erleichtern oder zu ermöglichen. So konnten 330 000 Juden statt 108 000 Deutschland zwischen 1933 und 1939 verlassen[89], während England ihre Auswanderung nach Palästina auf monatlich 1500 (das waren 18 000 im Jahr) eingeschränkt hatte.

Erst 1935 unternahm Hitler einen neuen Vorstoß im seinem Kampf gegen die Juden.

2. Die Rassengesetze von September 1935

Im September 1935 fand der Reichsparteitag der NSDAP wie jedes Jahr in Nürnberg statt. Seitdem Hitler an der Macht war, nahm diese Veranstaltung einen überwältigenden Charakter an, zumal der Reichstag während dieser Zeit auch dort tagte und vor Ort die Gesetze verabschiedete, die sich aus den Diskussionen auf dem Parteitag ergaben. Ein Hauptthema des Kongresses war dieses Jahr die deutsche Staatsangehörigkeit, das heißt die Rasse, das heißt auch das »Blut«. Der Reichstag verabschiedete drei Gesetze, die sich aus den Parteibeschlüssen hierüber ergaben. Der eine Beschluß war harmlos: er betraf die Reichsfarben und die Hakenkreuzflagge, das nationale Emblem. Die beiden anderen wurden dagegen folgenschwer. Sie betrafen die Durchführung der Artikel 4 und 5 [90] des am 24. Februar 1920 in München verkündeten Parteiprogramms der NSDAP und ihre Erhebung zu Reichsbürgergesetzen.

Das erste Gesetz ist das Staatsangehörigkeitsgesetz. Es hat folgenden Wortlaut:

»§ 1, 1. Staatsangehöriger ist, wer dem Schutzverband des Deutschen Reichs angehört und ihm dafür besonders verpflichtet ist.

2. Die Staatsangehörigkeit wird nach den Vorschriften des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes erworben.

§ 2, 1. Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem deutschen Volk und Reich zu dienen.

2. Das Reichsbürgerrecht wird durch Verleihung des Reichsbürgerbriefes erworben.

3. Der Reichsbürger ist der alleinige Träger der vollen politischen Rechte nach Maßgabe der Gesetze.«[91]

So wurden die Juden auf dem legalen Weg von den »vollen politischen Rechten« ausgeschlossen.

Das zweite »Gesetz zum Schütze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre« lautete folgendermaßen:

»Durchdrungen von der Erkenntnis, daß die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des deutschen Volkes ist, und beseelt von dem unbeugsamen Willen, die deutsche Nation für alle Zukunft zu sichern, hat der Reichstag einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird.

§ 1, 1. Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten. Trotzdem geschlossene Ehen sind nichtig, auch wenn sie zur Umgehung dieses Gesetzes im Ausland geschlossen sind.

2. Die Nichtigkeitsklage kann nur der Staatsanwalt erheben.

§ 2. Außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist verboten.

§ 3. Juden dürfen weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren in ihrem Haushalt nicht beschäftigen.

§ 4, 1. Juden ist das Hissen der Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsfarben verboten.

2. Dagegen ist ihnen das Zeigen der jüdischen Farben gestattet. Die Ausübung dieser Befugnis steht unter staatlichem Schutz.

§ 5, 1. Wer dem Verbot des § 1 zuwiderhandelt, wird mit Zuchthaus bestraft.

2. Der Mann, der dem Verbot des § 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis oder mit Zuchthaus bestraft.

3. Wer den Bestimmungen der §§ 3 oder 4 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder einer dieser Strafen bestraft.«[92]

In Konzentrationslagern waren bis dahin nur solche Juden interniert, die bei irgendeiner oppositionellen Tätigkeit oder einer anderen Straftat (vor allem Schwarzmarktvergehen) auf frischer Tat ertappt oder gar einfach verdächtigt wurden

— die Denunziationen strömten in die Polizeireviere. Nunmehr wurden auch diejenigen interniert, die bei der Verletzung dieses neuen Gesetzes auf frischer Tat ertappt oder einfach verdächtigt wurden — und die Anzeigen ergossen sich erst richtig. Und während ein Nichtjude unter Umständen nachweisen konnte, daß er zu Unrecht bezichtigt oder verdächtigt worden war, war dies für einen Juden nahezu unmöglich.

In allen jüdischen Gemeinden der Welt, die in diesem Gesetz die bevorstehende Rückkehr zu den mittelalterlichen Gettos sahen, machte sich ein einziger Aufschrei der Entrüstung breit. Infolge seiner Durchführung füllte sich die Großpresse Frankreichs, Englands und der USA mit den erschütterndsten und sadistischsten Bildern. Sie wurden aber nicht mehr allein Hitler und dem Nationalsozialismus vorgehalten, sondern nun auch dem deutschen Volk, das sie offenbar billigte und Deutschland als ein Land von Scheusalen hervortreten ließ.

Die psychologisch-hetzende Vorbereitung auf den Krieg gegen Deutschland hatte einen neuen Vorstoß gemacht.

3. Die Konferenz von Evian

Ihren Höhepunkt erreichte die jüdische Frage in Deutschland zweifellos 1938, in dem Jahr also, da der Anschluß Österreichs und des Sudetenlandes ohnehin für viele Wirren sorgten.

Eine Zeit lang gab es dennoch einen Hoffnungsschimmer.

Seit seinem Einzug ins Weiße Haus hatte Präsident Roosevelt nur zweimal in die europäischen Angelegenheiten eingegriffen: Zunächst um die vom Völkerbund beschlossene Sanktionspolitik gegen Italien (Äthiopienkrieg) zu unterstützen; dann, am 5. Oktober 1937 in Chicago, mit seiner sogenannten »Quarantäne-Rede«, weil er »die Absonderung von zehn Prozent der Weltbevölkerung (Deutschland, Italien und

Japan)« befürwortete, »die im Begriff sind, jede internationale Ordnung und jede Gerechtigkeit zu zerstören, und zwar durch die restlichen neunzig Prozent, die mit dem Frieden, der Sicherheit und der Freiheit verbunden sind«.

Im Juli 1938 regte er, bestimmt von der Hoffnung auf Wiedergutmachung geleitet, »eine Internationale Konferenz zur Erörterung der politischen und wirtschaftlichen Fragen, die durch die Vertreibung der Juden aus dem Großdeutschen Reich aufgetreten sind«, an.

1937 hatte die französische Presse plötzlich entdeckt, daß die Insel Madagaskar eine unterentwickelte, ja nahezu brachliegende Kolonie war. Von der Regierung ermutigt, war sie dafür eingetreten, daß Kolonisten sie kultivierten. Die Franzosen waren indes wenig geneigt, sich dort anzusiedeln. Angesichts dessen fragte Oberst Beck, Polens Ministerpräsident und Außenminister, seinen französischen Kollegen Delbos bei dessen offiziellem Besuch in Warschau im Dezember 1937 rundheraus, »ob er einverstanden wäre, daß alle polnischen Juden auf die Insel Madagaskar auswanderten«. Yvon Delbos antwortete lediglich mit einem Lächeln. Die davon unterrichtete deutsche Diplomatie, die in dieser Richtung Hoffnungen hegte, ließ sich das nicht zweimal sagen. Diesen Plan machte sie sich aber eigentlich erst nach Frankreichs vernichtender Niederlage im Juni 1940 zu eigen. Während seiner kurzen Regierungszeit (Dezember 1940—Februar 1941) ließ ihn Pierre-Etienne Flandin durch seine ablehnende Haltung scheitern. Bis zum 7. Dezember 1941 (das heißt bis zum Eintritt der USA in den Krieg, der das Projekt undurchführbar machte) ließ sich die deutsche Diplomatie jedoch nicht davon abbringen, daß diese Ablehnung nicht endgültig und unumkehrbar war.

Präsident Roosevelts Initiative gab der Sache neuen Auftrieb. Die Konferenz in Evian fand vom 6. bis 15. Juli 1938 statt. Es ging darum zu ermitteln, wie das »Chaïm-Arlossarofs Transfer Abkommen« hinsichtlich einer Überführung des Vermögens deutscher Juden auf andere Nationen und,

wenn überhaupt, auf welche ausgedehnt werden könne. Deutschland entsandte nur einen Beobachter, da es in Anbetracht der schroffen, wirklichkeitsfremden Einstellung Großbritanniens von der Konferenz nichts erwartete.

In Abwesenheit eines offiziellen Vertreters wurde der deutsche Standpunkt nicht vorgetragen. Dieser ist aber bekannt: Ausweisung aller deutschen Juden und Übertragung ihrer pauschal geschätzten Güter — Deutschland sprach von drei Milliarden Reichsmark als Diskussionsgrundlage — an eine internationale Organisation, die die Gelder den betroffenen Staaten zuteilen würde, vorausgesetzt, daß Verrechnungsabkommen abgeschlossen würden, die die Zahlung in den Bereich des Warenaustauschs zwischen Deutschland und diesen Ländern übertragen und sich auf mehrere Jahre erstrecken würden.[93]

England legte seine Vorstellung dar: 1000 Pfund Sterling pro ausgewiesenen Juden, zahlbar auf der Stelle; kein Verrechnungsabkommen. Das war wahnsinnig: bei 6000 Dollar oder 27 bis 28 000 Reichsmark pro Juden belief sich die Gesamtforderung auf 15 bis 18 Milliarden Reichsmark: das entsprach dem deutschen Jahresetat!

Die USA wollten es nicht zum Bruch kommen lassen. Auf ihr Ansuchen beauftragte die Konferenz den Amerikaner Rublee, mit Deutschland zu verhandeln.

Dann wurde nicht mehr davon gesprochen, außer einmal: Am 27. Dezember 1938 nahmen Schacht und Rublee, mit Hitlers Zustimmung, die Gespräche wieder auf, aber England torpedierte unnachgiebig die Unternehmung für immer.

4. Die Reichskristallnacht

Auch wenn ein Kompromiß möglich gewesen wäre, ließ ein Ereignis, das sich am 7. November 1938 in Paris abspielte, ohnehin alles endgültig scheitern: der Mord an dem Sekretär der deutschen Botschaft, Ernst vom Rath, der am 9. Novem-

ber an den Folgen des Attentats starb, durch den jungen polnischen Juden Herschel Grynszpan, dessen Eltern in Deutschland lebten.

Über diesen Mord wurde viel geschrieben, sogar, daß es sich um eine bloße Sittenaffäre gehandelt habe. Der gegenwärtigen, noch vorherrschenden Auffassung zufolge habe Grynszpan allein und aus eigenem Antrieb gehandelt. Beim jetzigen Stand der Dokumentation kann sie durch nichts entkräftet werden. Ich glaube das aber kaum: Es wurde auch behauptet, daß Gavrilo Princip und seine beiden Komplizen, die am 28. Juni 1914 den österreichischen Thronfolger in Sarajewo ermordeten, allein und auf eigene Faust gehandelt hätten, und man glaubte es lange Zeit. Heute wissen wir aber, daß unter anderen die serbische Regierung in diese Sache verwickelt war. Ähnliches trifft auf die meisten politischen Morde zu: Sie sind nahezu immer verabredet, und politische Gruppierungen, Staaten oder Parteien, denen es an einer Verschärfung der Dinge liegt, lenken die Hand des Mörders. Die These von einer bloßen Sittenaffäre (1938) wird jedenfalls dadurch entkräftet, daß nach dem Geständnis des Mörders nicht etwa der Legationsrat gemeint war, sondern der Botschafter selbst.

Warum aber vergifteten die polnischen Juden die Lage, und nicht etwa die Deutschen? Und warum Grynszpan?

Zahlreiche polnische Juden lebten in Deutschland, im Eichmann-Prozeß ist von 56 500 die Rede gewesen[94]. Sie lebten dort mit polnischem Paß. Das traf auch auf Grynszpans Vater zu; er selbst lebte bei einem Onkel in Frankreich, in schweren Verhältnissen übrigens, da er keine Arbeitsbescheinigung besaß. Im April 1938 beschloß der polnische Außenminister Beck, allen Auslandsjuden die polnische Staatsangehörigkeit zu entziehen und ihren Paß nicht zu verlängern.[95] Sofort kündigte Deutschland an, daß es keine polnischen Juden mit abgelaufenem Paß auf seinem Staatsgebiet dulden werde. Ihre Lage war deshalb nicht unbedingt tragisch geworden. Vor Hitlers Rassengesetzen waren sie durch ihren

Paß geschützt gewesen, sofern dieser gültig war; alle konnten Deutschland auf dem legalen Weg verlassen und in ein anderes Land als Polen ziehen, und die meisten hatten sich für diese Lösung entschieden. Im Sommer 1938, unmittelbar nach Oberst Becks Entscheidung, war Frankreich der Schauplatz einer richtigen Invasion polnischer Juden. Im Oktober 1938 wurden 1200 Juden, die trotz abgelaufenen Passes unbedingt in Deutschland bleiben wollten, von den deutschen Behörden verhaftet und Ende des Monats an die polnische Grenze gebracht: Eingekeilt zwischen Deutschland, das sie nicht mehr wollte, und Polen, das sich weigerte, sie wiederaufzunehmen, erlitten diese Unglücklichen ein tragisches Schicksal in der Kälte und sogar im Schnee. Viele kamen allein während der mehrtägigen deutsch-polnischen Unterhandlungen um. Gelöst wurde das Problem schließlich durch ihre Internierung in ein Konzentrationslager. Unter ihnen waren Grynszpans Vater und Familie . . .

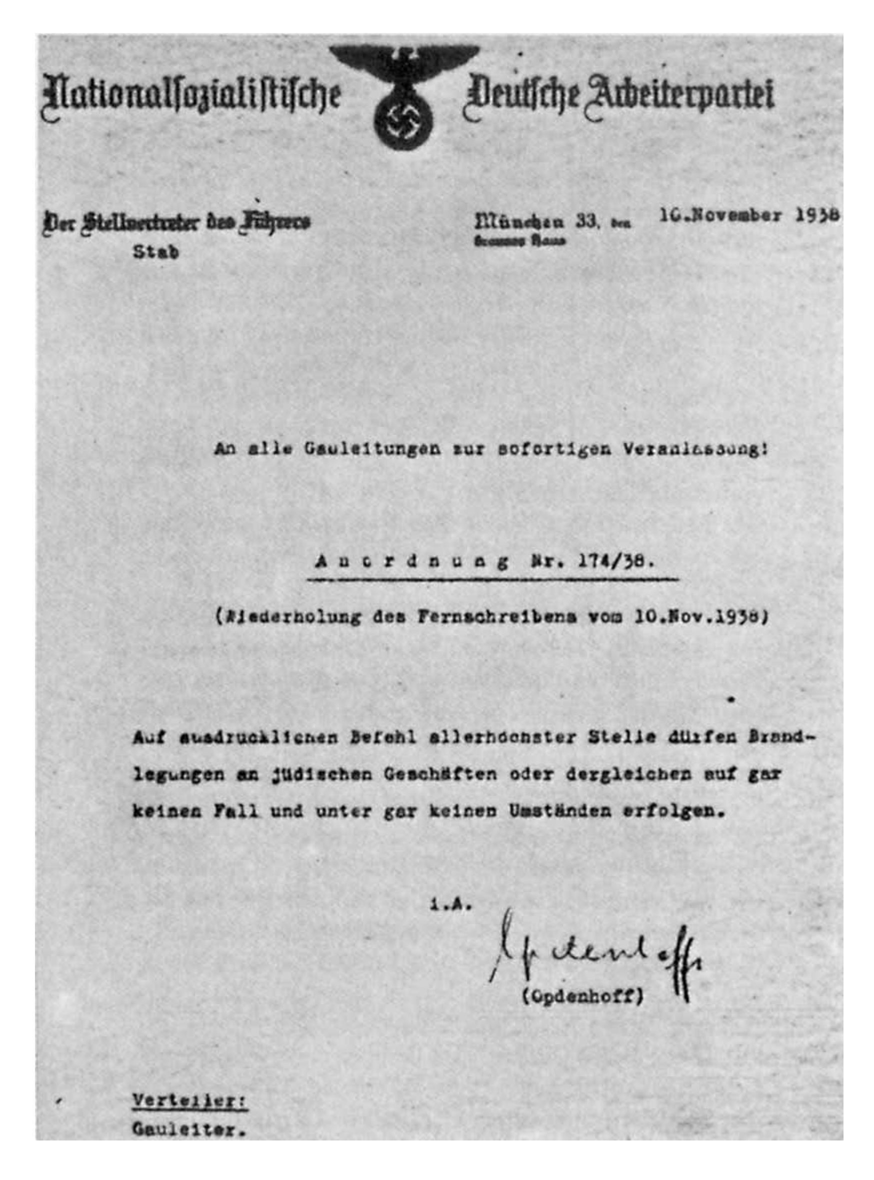
Der Mord an dem 3. Sekretär der deutschen Botschaft in Paris hatte schreckliche Folgen: Ganz Deutschland wurde von einem Sturm äußerster Empörung gegen die Juden, von einem unbändigen Bedürfnis nach Repressalien hingerissen. Eigenmächtig organisierten die NSDAP-Verantwortlichen der einzelnen Gaue Vergeltungsschläge, sobald die Nachricht vom Mord sich dort verbreitete, nämlich am Morgen des 8. November. Die Vorbereitung des Gegenschlags nahm den 8. und 9. November in Anspruch. Die Aktion begann am Abend des 9. »Der Umfang der Zerstörungen läßt sich bisher ziffernmäßig noch nicht belegen. Die in den Berichten aufgeführten Ziffern: 815 zerstörte Geschäfte,[96] 29 in Brand gesteckte oder sonst zerstörte Warenhäuser, 171 in Brand gesetzte oder zerstörte Wohnhäuser, geben, soweit es sich nicht um Brandlegungen handelt, nur einen Teil der wirklich vorliegenden Zerstörungen wieder . . . An Synagogen wurden 191 in Brand gesteckt, weitere 76 vollständig demoliert. Ferner wurden 11 Gemeindehäuser, Friedhofskapellen und dergleichen in Brand gesetzt und weitere 3 völlig zerstört. Fest-

genommen wurden rund 20 000 Juden, ferner 7 Arier und 3 Ausländer. Letztere wurden zur eigenen Sicherheit in Haft genommen. An Todesfällen wurden 36, an Schwerverletzten ebenfalls 36 gemeldet. Die Getöteten, bzw. Verletzten sind Juden.«[97]

Die Machtträger des Dritten Reichs haben immer wieder beteuert, an der Organisation dieser Kundgebungen und an der Wendung, die sie nahmen, nicht beteiligt gewesen zu sein. Wir müssen zugeben, daß sie, dem Anschein nach wenigstens, recht haben.[98] Historisch haben sich die Dinge folgendermaßen zugetragen:

Am 9. November 1938 hielten sich die Gauleiter und Regierungsmitglieder wie alljährlich in München auf, um den Jahrestag des Putsches von 1923 zu begehen. Am späten Abend wurde Goebbels telefonisch unterrichtet, daß schlimme antijüdische Kundgebungen in den Gauen Hessen, Magdeburg sowie in nahezu ganz Deutschland im Gange seien. Nach einer kurzen Besprechung zwischen den höchsten, sämtlich überraschten Würdenträgern der Partei und dem Führer sandte Heydrich um 1 Uhr 20 ein Fernschreiben an alle Polizeistellen Deutschlands:[99] er ließ allen Polizeikommissaren die Weisung ergehen, mit den regionalen Parteidienststellen in Verbindung zu treten, damit die Juden nicht belästigt, ihre Geschäfte oder Wohnungen nicht geplündert würden, damit überhaupt Ordnung wiederkehre. Julius Streicher, Leiter des *Stürmers* und wohl einer der schärfsten Judengegner in Deutschland, erfuhr von den Kundgebungen erst beim Aufstehen. Er hatte nämlich München verlassen müssen, bevor Goebbels davon unterrichtet wurde. In Anbetracht der Zuspitzung wurden anschließend 174 Nationalsozialisten (Parteikader, Polizisten, Kommissare usw.) wegen Ausschreitungen verhaftet, vor Gericht gestellt und in Konzentrationslager geschickt.[100]

Am 12. November 1938 rief Göring auf Hitlers Anweisung die Vertreter der Ministerien, die mit der Judenfrage zu tun hatten, zu einer Besprechung zusammen, um die Angelegen-



Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Der Stellvertreter des Führers
Stab

München 33, den 10.November 1938
Braunes Haus

An alle Gauleitungen zur sofortigen Veranlassung!

Anordnung Nr. 174/38.

(Wiederholung des Fernschreibens vom 10.Nov.1938)

Auf ausdrücklichen Befehl allerhöchster Stelle dürfen Brandlegungen an jüdischen Geschäften oder dergleichen auf gar keinen Fall und unter gar keinen Umständen erfolgen.

i.A.

(Opdenhoff)

Verteiler:
Gauleiter.

Quelle: Bundesarchiv Koblenz AZ: NS 6/231

heit zu bereinigen: u. a. Goebbels (Propaganda), Heydrich (Polizei und Sicherheit), Frick (Innen), Funk (Wirtschaft), Schwerin-Krosigk (Finanz). Gleich zu Beginn der Sitzung sagte er ihnen folgendes:

»Meine Herren, diese Demonstrationen habe ich satt. Sie schädigen nicht den Juden, sondern schließlich mich, der ich die Wirtschaft als letzte Instanz zusammenzufassen habe. Wenn heute ein jüdisches Geschäft zertrümmert wird, wenn Waren auf die Straße geschmissen werden, dann ersetzt die Versicherung dem Juden den Schaden — er hat ihn gar nicht —, und zweitens sind Konsumgüter, Volksgüter zerstört worden. Wenn in Zukunft schon Demonstrationen, die unter Umständen notwendig sein mögen, stattfinden, dann bitte ich nun endgültig, sie so zu lenken, daß man sich nicht in das eigene Fleisch schneidet. Denn es ist irrsinnig, ein jüdisches Warenhaus auszuräumen und anzuzünden, und dann trägt eine deutsche Versicherungsgesellschaft den Schaden, und die Waren, die ich dringend brauche — ganze Abteilungen Kleider und was weiß ich alles —, werden verbrannt und fehlen mir hinten und vorn. Da kann ich gleich die Rohstoffe anzünden, wenn sie hereinkommen.«[101]

Aus materiellen (Göring) oder aus moralischen Gründen beklagten alle Anwesenden nicht die Kundgebungen an sich, sondern die Wendung, die sie genommen hatten — alle außer Goebbels, der sie entschuldigte.

Am 21. November 1945 legte der Amerikaner Justice Jackson die Sache im Nürnberger Prozeß allerdings folgendermaßen vor:

»Der Feldzug gegen die Juden in Deutschland steigerte sich zu besonderer Heftigkeit nach der Ermordung des deutschen Legationssekretärs vom Rath in Paris. Heydrich, der Chef der Geheimen Polizei, gab über den Fernschreiber an alle Dienststellen der Gestapo und des SD Anweisung ›spontane‹ Demonstrationen, die für die Nächte des 9. und 10. November 1938 zu erwarten seien, so zu handhaben, daß die Zerstörung jüdischen Eigentums begünstigt und nur deutscher Besitz geschützt werde.«[102]

Diese Auffassung wiegt immer noch vor.

Alles in allem legte sich die Konferenz grundsätzlich auf die drei Verordnungen fest, die Göring erlassen sollte. Mit

der ersten wurden die Juden zu einer Geldstrafe in Höhe von einer Milliarde Reichsmark verurteilt.[103] Die zweite bezweckte ihre Ausschließung aus dem deutschen Wirtschaftsleben.[104] Die letzte verfügte, daß die Versicherungsgesellschaften den Ersatz für die den Juden in der Reichskristallnacht zugefügten Schäden nicht den Betroffenen, sondern dem Staat auszuzahlen hatten.[105]

Der Mord an dem Botschaftsrat in Paris hatte demnach ähnliche Wirkungen ausgelöst wie später jene seltsamen Widerstandskämpfer während der deutschen Besetzung in Frankreich. Wenn diese meistens aus persönlicher Rachsucht eine Apotheke oder eine Kneipe in die Luft sprengten oder einen deutschen Soldaten in einer dunklen, menschenleeren Straße ermordeten unter dem Vorwand, sie würden Deutschland und den Nationalsozialismus bekämpfen, bewirkten sie eigentlich nur, daß der Besatzungsstatus verschärft und Hunderte von Geiseln verhaftet wurden. Nach dem 7. November 1938 wurde das Leben der deutschen Juden, das internationale Verhandlungen auf der Grundlage vernünftiger Lösungsvorschläge zweifellos gerettet hätten, noch mehr erschwert durch ihren Ausschluß aus dem Wirtschaftsleben des Landes, durch die Konzentrationslager, die Enteignung und die Beschlagnahme ihrer Güter.

Verbunden mit den Greuelbildern der Kristallnacht, die die Weltpresse füllten, steigerten diese Maßnahmen die Erregung aufs höchste. Am 15. November 1938 schrieb der deutsche Botschafter in Washington, Dieckhoff, an Staatssekretär von Weizsäcker:

»Ich habe Ihnen berichtet, wie die spontanen und legalen Maßnahmen, die in Deutschland nach dem Mord am Legationssekretär vom Rath getroffen wurden, hier auf die öffentliche Meinung gewirkt haben. Es überrascht daher nicht, daß die Presse uns noch feindlicher (wenn das überhaupt möglich ist) gesinnt ist als bisher. Bedauernswert ist aber, daß die gemäßigten und verantwortlichen Kreise uns gegenüber ebenfalls eine feindliche Haltung einnehmen; sogar die

leidenschaftlichsten Antisemiten möchten von solchen Methoden Abstand nehmen.«[106]

Da Präsident Roosevelt seinen Botschafter in Berlin abberufen hatte, antwortete die deutsche Regierung am nächsten Tag darauf mit der Abberufung Dieckhoffs. Zwischen den USA und Deutschland waren alle Brücken abgebrochen: eine Wiederaufnahme der Beziehungen sollte nicht erfolgen. Und als erstes stand die Konferenz von Evian nicht mehr zur Debatte.

Frankreich freute sich über die Haltung Roosevelts.

In England behielt man dagegen einen kühlen Kopf, bei allem Schmerzgeheul der jüdischen Presse. Die antideutsche Kampagne, die nach den Repressalien der Kristallnacht zu neuer Kraft gefunden hatte, brachte die Regierung nicht aus der Fassung. Churchills vorhergehende Erklärung vom 26. September 1938 hatte ebensowenig Erfolg: angesichts der jüngsten Krise in der Tschechoslowakei hatte er sich im Unterhaus laut für ein »offensives und defensives Großbündnis zwischen Frankreich, England und Rußland«[107] und damit gegen Chamberlains Verständigungspolitik ausgesprochen. Das galt ebenfalls für Clement Attlee, der am selben Tag im Namen der Labour Party auch die Absicht bekundete, »eine englisch-französisch-russische Einheitsfront« zu bilden. Trotzdem war diese Kristallnacht nervenaufreibend.

Das waren die Folgen des Mordes an dem Legationsrat durch den jungen Juden Grynszpan. Sie kamen den von jüdischer Seite verfolgten Zielen zu sehr entgegen, als daß die These von einer konzertierten Aktion mit Grynszpan als ausführendem Werkzeug ganz ausgeschlossen werden könnte, auch wenn der gegenwärtige Stand der Dokumentation eine solche These nicht erhärten kann.

Es sei schließlich betont, daß sich diese Ereignisse zu einer Zeit abspielten, als das soeben abgeschlossene Münchener Abkommen (29. September 1938) Europa wieder auf den Weg der Entspannung gebracht hatte und zu allen Hoffnungen berechtigte.



Schlüsselgestalten (v.l.n.r.) zur Vorgeschichte des Krieges. Italiens Botschafter Bernardo Attolico, Staatssekretär Ernst von Weizsäcker, Frankreichs Botschafter André François-Poncet und der britische Botschafter Nevile Henderson

Zweiter Teil

Zwischen Krieg und Frieden

»Präsident Roosevelt und die Juden
in aller Welt übten Druck auf mich aus,
damit ich von jeglicher Verständigung
mit Hilter absehe.«

Neville Chamberlain, 15. Januar 1952
in *New Chronicle*

Einleitung: das Jahr 1938

Das Jahr 1938 wurde von zwei Ereignissen geprägt, die das Gleichgewicht des europäischen Kontinents stark veränderten: dem Anschluß Österreichs im Frühjahr und der Wiedereingliederung des Sudetenlandes ins Deutsche Reich im Herbst. Sie schlossen eine Entwicklung der internationalen Lage ab, die von weiteren, mit der deutschen Wirklichkeit, wenn überhaupt, nur mittelbar zusammenhängenden Ereignissen gekennzeichnet worden war; dennoch waren sie den deutschen Vorstellungen entgegengekommen: der Austritt Japans aus dem Völkerbund (27. März 1933) und der sich daraus ergebende Antikominternpakt zwischen Japan und Deutschland (25. November 1936); die Völkerbundssanktionen gegen Italien (11. Oktober 1935), die Annäherung zwischen Italien und Deutschland (24.—25. Oktober 1936), die durch die Völkerbundsmaßnahmen herbeigeführt war, dann der Beitritt Italiens zum Antikominternpakt (6. November 1937); die Machtübernahme der Volksfront in Frankreich (3. Mai 1936); und schließlich der noch andauernde spanische Bürgerkrieg (18. Juli 1936—28. März 1939).

Merkwürdigerweise begann die Lage in Europa sich ernsthaft durch Unstimmigkeiten zu verschlechtern, die im Pazifik sowie in China zwischen Amerikanern und Japanern auftauchten. Eigentlich reichten diese Unstimmigkeiten weit zurück. 1914 war Japan auf seiten der Alliierten in den Krieg eingetreten, gegen das Versprechen Frankreichs und Englands, daß »ihm alle deutschen Besitzungen nördlich des Äquators zugestanden würden, vorausgesetzt, daß es sich ihrer bemächtige«. Japan erklärte Deutschland den Krieg, eroberte nacheinander sämtliche deutschen Besitzungen im

Fernen Osten, vertrieb die deutsche Flotte aus dem Pazifik und zwang sie zur Flucht in den Atlantik, wo sie versenkt wurde, lieferte den Alliierten die Schiffe, die das australische und neuseeländische Truppenkontingent nach Ägypten sowie in die Dardanellen bringen sollten. Kurzum, sein Beitrag zum Sieg der Alliierten war erheblich — so erheblich, daß es als Gründungsmitglied des Völkerbunds angesehen wurde und neben Großbritannien, Frankreich und Italien eine der Vier Mächte war, die einen ständigen Sitz im Rat hatten.

Japan jagte Deutschland so schnell aus dem Pazifik und China hinaus, daß es bereits im Mai 1915 soweit war. Die USA, die bis dahin China als ihr Expansionsgebiet betrachteten, sahen nun ungern die Stellung, die Japan dort erobert hatte; zumal die Schnelligkeit, mit der es das vollbrachte, bewies, daß es künftig ein gefürchteter Konkurrent sein würde. Von den Versprechungen Frankreichs und Englands unterrichtet, erklärten die USA, sie würden niemals zulassen, daß sie eingehalten werden. Auf der Friedenskonferenz (1919) ließ Wilson nicht locker: Deutschlands insulare Besitzungen wurden zwar Japan zugeteilt, aber unter Völkerbundsmandat; die festländische ehemalige deutsche Kolonie (Shantung) ging an China, während andere — vorher nichtdeutsche — Häfen oder Inseln (Hongkong, Shanghai . . .) unter englischer, amerikanischer oder anglo-amerikanischer Aufsicht blieben. Dieser Wortbruch war der Beginn einer langen Feindschaft, die noch heute in Erinnerung ist.

Da die chinesische Republik in die Anarchie — es gab nämlich zwei Regierungen, je eine in Peking und in Nanking — versank, meuterten am 18. September 1931 120 000 chinesische Soldaten im Raum Mukden (Mandschurei) und gaben das Land der Plünderung preis, um den nicht mehr gezahlten Sold auszugleichen. Japan griff unter dem Vorwand ein, daß die mit dem Schutz der Eisenbahnstrecken beauftragten japanischen Verbände belästigt worden seien, stellte zur großen Freude der einheimischen Bevölkerung die Ordnung wieder her, eroberte die ganze Mandschurei, und die Angele-

genheit wurde am 18. Februar 1932 beendet mit der Proklamation einer unabhängigen, allerdings unter japanischem Einfluß stehenden Mandschurei (Mandschukuo). Der Völkerbund befaßte sich aber mit dem Zwischenfall, erklärte am 25. Februar 1933, mit 42 Stimmen gegen 1, Japan zum Aggressor und forderte es auf, »den von ihm ungebührend besetzten Teil chinesischen Gebiets baldmöglichst zu räumen«. Am 27. März 1933 erklärte Japan seinen offiziellen Austritt aus dem Völkerbund. Sodann drang es in China weiter vor, eroberte die Provinz Dschehol, die Mandschukuo einverleibt wurde. Am 29. Dezember 1933 kündigte es das Pazifik-Flottenabkommen auf und ordnete die Kiellegung von 650 000 Tonnen neuer Kriegsschiffe an.

Präsident Roosevelt sah rot: Er wurde aber noch wütender, als Japan den Antikominternpakt mit Deutschland am 25. November 1936 unterzeichnete: Japans Austritt aus dem Völkerbund brachte zwangsläufig eine Annäherung an Deutschland mit sich; Japan rechtfertigte seine China-Politik mit den erstaunlichen Fortschritten, die der Bolschewismus dort machte. Präsident Roosevelt hatte es gewittert: In einer Botschaft an den Kongreß hatte er am 3. Januar 1936 Japan, Deutschland und Italien in gleichem Maße getadelt, sie seien »zum Säbelgesetz und zu der phantastischen Vorstellung zurückgekehrt, sie allein hätten eine Mission zu erfüllen«.[108] Da die Japaner mittlerweile die Kontrolle über 2 Millionen Quadratkilometer chinesischen Bodens und 200 Millionen Chinesen hatten, drohte Roosevelt am 5. Oktober 1937 allen dreien mit wirtschaftlichen Repressalien: die »Quarantäne«.[109]

Daß er Japan drohte, war verständlich: Japan war der unmittelbare Konkurrent der USA und gefährdete ihre wirtschaftlichen Interessen in China. Ebenso begreiflich war die gegen Deutschland ausgesprochene Drohung: Deutschland hatte die US-Interessen niemals und nirgendwo in Gefahr gebracht, aber die Freimaurerei, der Roosevelt bekanntlich angehörte, und seine jüdische Umgebung nährten seine anti-

deutsche Einstellung. Dagegen hatte Italien im Januar 1936 noch keine Annäherung an Deutschland angedeutet, gefährdete in keiner Weise die amerikanischen Interessen und hatte es nicht einmal den USA übelgenommen, die gegen Italien erlassene Völkerbundsmaßnahme begrüßt zu haben. Warum das?

Die Botschaft des US-Präsidenten vom 3. Januar 1936 an den Kongreß und seine Quarantäne-Rede vom 5. Oktober 1937 überzeugten Frankreich, daß im Fall eines Konflikts mit Deutschland die USA, wo Roosevelt ja einen großen Einfluß ausübte, ihre Kräfte und riesigen Ressourcen in die Waagschale werfen würden. Obwohl oder vielmehr weil die französische Regierung eine Volksfrontregierung war, die auf die Kommunisten angewiesen war und bei Roosevelt in Gunst stand, verschärfte Frankreich seine Haltung zu Deutschland, und von nun an verschlechterte sich die Lage in Europa erheblich.

Ihre Haltung verschärfte die französische Regierung aber nicht nur gegenüber Deutschland, sondern auch gegenüber Italien. Im Mittelpunkt ihrer Politik stand der Kampf gegen den Faschismus. Gleich nach dem Regierungsantritt der Volksfront wandten sich die französisch-italienischen Beziehungen zum Schlechten. Im Mai 1936 hielt sich der französische Journalist Bertrand de Jouvenel in Rom auf, und weil sein Vater, Henry de Jouvenel, Botschafter in Rom war und gute Beziehungen zu Mussolini unterhielt, wurde er im Palazzo Venezia empfangen:

»Was soll ich einem französischen Journalisten sagen?« fragte ihn Mussolini. »Sie sind im Begriff, sich eine Regierung zu geben, deren Hauptziel der Kampf gegen den Faschismus ist? Nun gut, kämpfen Sie!«

»Unsere neuen leitenden Männer«, bemerkte de Jouvenel, »werden das begreifen, wenn sie an der Regierung sind. Ich zweifle nicht daran, daß sie ihre parteiischen Vorurteile zurückstellen werden. Wenn aber unsere neue Regierung die französisch-italienische Annäherung wünscht — werden Sie diese Möglichkeit ausschlagen?«

»Nein«, antwortete der Duce, »ich liebe Ihr Land. Und ich verspreche als Gegenleistung eine ganz greifbare Möglichkeit. Sie haben aus Überheblichkeit oder aus Schwäche die Wiederbesetzung des Rheinlandes geschehen lassen. Die Deutschen werden es befestigen. Sie können in Mitteleuropa nicht mehr allein eingreifen. Aber durch meine Frankreich versprochene Zusammenarbeit kann ich Ihnen die Möglichkeit geben — die einzige Möglichkeit, die Sie jemals wieder haben werden —, um dort einzugreifen. Wenn Sie mit Unterstützung der italienischen Armee durch Piémont marschieren, können Sie die Verteidigung der Tschechoslowakei verstärken, und das ist die einzige Chance, die Ihnen bleibt. Mit Ihnen werde ich die Tschechoslowakei verteidigen, und mit mir werden Sie Österreich verteidigen! . . .«

Dieser Vorschlag war so bedeutend, daß Bertrand de Jouvenel den Botschafter in Rom, de Chambrun, und den französischen Regierungschef Léon Blum in Kenntnis setzte. Der Ministerpräsident ließ durch den stellvertretenden Generalsekretär im Quai d'Orsay Massigli antworten:

»Die Wahlversprechen, die Blum gegenüber den Sozialisten von Narbonne abgegeben hat, erlauben ihm ohne Zweifel nicht, diese Vorschläge in Erwägung zu ziehen.«[110]

Es ist nichts weiter darauf erfolgt: Als Antwort auf Mussolinis Entgegenkommen überhäufte die Pariser Presse den Duce mit solchen Beschimpfungen, daß die in Frankreich gegen ihn entfesselte Kampagne nie so heftig war.

Auf den Vorschlag Englands und der Commonwealth-Staaten (insbesondere Kanadas und Australiens) beschloß der Völkerbund zwar eine Aufhebung der gegen Italien verhängten Sanktionen (4. Juli 1936), aber weder England noch die Vereinigten hatten bis dahin die italienische Eroberung Äthiopiens anerkannt (England sollte es am 16. April 1938 tun, als Mussolini bereits ins andere Langer übergewechselt war, die USA dagegen nie), und Frankreich wies sie zurück.

Nun wandte sich Italien Deutschland zu, das ihm in der Äthiopien-Affäre als — fast — einziger Staat zu Hilfe geeilt

war: Am 24. Oktober 1936 fuhr der italienische Außenminister Graf Ciano nach Berchtesgaden zu Hitler; am 23. April 1937 kam Göring nach Rom; am 25. September 1937 reiste Mussolini wiederum nach Deutschland, wo er einen triumphalen Empfang erlebte und neben dem Führer vor riesigen Volksmassen, in München und Berlin, sprach. Sechs Wochen später, am 6. November 1937, trat Italien dem Antikominternpakt bei. Die Achse Berlin-Tokio wurde zur Berlin—Rom—Tokio-Achse, dem Grundelement von Hitlers damaliger Außenpolitik.

Was das vierte Ereignis, den Spanischen Bürgerkrieg, betrifft, nahmen Italiener und Deutsche an der Seite von Francos Truppen teil, zunächst getrennt, dann, nach der Unterzeichnung des Antikominternpakts durch Italien, mit vereinten Kräften: weil es sich um ein Vorgehen Francos gegen die Volksfrontregierung in Madrid und ihre Exzesse handelte; weil Rußland und sogar Léon Blums Volksfrontregierung, unter der Hand, die rotspanische Regierung unter anderem mit den berühmten internationalen Brigaden, mit Waffen und Flugzeugen unterstützt hatten; und weil Francos Vorgehen, wie übrigens das japanische in China, zum Kampf gegen die Ausbreitung des Bolschewismus in der Welt gehörte.

Die strategische Bedeutung dieses deutsch-italienischen Eingreifens entging niemandem. Gelang es ihnen, Franco an die Macht zu bringen, so hätten sie eine zweite Front gebildet, die im Fall eines Konflikts Frankreich im Rücken, an der südlichen Grenze, angreifen konnte. Die Macht Italiens im Mittelmeerraum wäre verstärkt, die Englands geschwächt, ja gar vernichtet, wenn Spanien es irgendwie aus Gibraltar vertriebe. So weit kam es aber nicht. Durch die deutsch-italienische Unterstützung an die Macht gebracht, zeigte sich Franco viel zurückhaltender und weniger dankbar, als seine Wohltäter es sich erhofften. Das wußten sie aber am Anfang nicht. Sie erfuhren es zu ihrer großen Enttäuschung erst 1940, zu einer Zeit, als Franco bereits seit März 1939 an der Macht war. Das war ohnehin eine Karte, die zu spielen war.

Und sie spielten sie aus; mit Erfolg, zugegeben, welche Enttäuschung sie ihnen in der Folge auch eingebracht haben mag.

Das war die Lage in Europa und in der Welt zu Beginn des Jahres 1938, als sich die Anschluß-Frage stellte.

In das Spiel Präsident Roosevelts und der französischen Regierung hatte sich England allerdings nicht eingeschaltet.

England tat es erst im September 1938, als die Wiedereingliederung des Sudetenlandes ins Deutsche Reich zur Debatte stand, was das Münchner Abkommen ermöglichte und den Krieg um ein Jahr aufschob.

Sehen wir nun aber, wie sich die Dinge im einzelnen zugetragen haben.

V. Der Anschluß

1. Die Sendung des deutschen Landes Österreich

Als der Erste Weltkrieg ausbrach, war die österreichisch-ungarische Monarchie eine Doppelmonarchie, die gemäß dem Grundgesetz vom 21. September 1867 zwei von der Leitha, einem rechten Nebenfluß der Donau, getrennte Staaten umfaßte: das Kaiserreich Österreich (Hauptstadt Wien) und das Königreich Ungarn (Hauptstadt Budapest). Ersteres bestand aus 17 Königreichen bzw. Fürstentümern (Kronländer), an deren Spitze sich ein Vertreter des Kaisers befand und die weitgehend selbständig waren: Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark, Kärnten, Krain, Küstenland (Istrien, und Triest), Dalmatien, Tirol, Vorarlberg, Salzburg, Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien und Bukowina. Ungarn war in 63 Komitate und 25 freie Reichsstädte gegliedert. Komitate und Reichsstädte bildeten *Munizipien*, die jeweils von einem *Foïspan* (Präfekt) geleitet waren. Beide Staaten waren voneinander unabhängig mit Ausnahme der gemeinsamen Angelegenheiten: Außenpolitik, Kriegswesen und Finanzen. Ein Parlament saß in Wien (Abgeordnetenhaus und Herrenhaus), ein anderes in Budapest (Abgeordnetenhaus und Magnatentafel). In Ungarn hatte Kroatien—Slawonien 1868 seine Unabhängigkeit, bis auf die gemeinsamen Angelegenheiten, erlangt: es gab einen Landtag in Agram (Zagreb), 40 Abgeordnete im ungarischen Parlament. Seit 1908 gehörten Bosnien und Herzegowina, die bis dahin zugunsten des Sultans von einem österreichisch-ungarischen *Kondominium* (den gemeinsamen Ministern) verwaltet worden waren, zur Doppelmonarchie und wiesen eine ähnliche Regierungsform wie Kroatien—Slawonien auf, mit dem Un-

terschied, daß trotz Landtag und Landesregierung ein Militärgouverneur die oberste Gewalt im Namen des österreichischen Kaisers ausübte.

Dieses Staatenpuzzle spiegelte ein Mosaik von Nationalitäten und ethnischen Gruppen wider. Das ausschließlich deutsche Österreich beherrschte das Ganze; dagegen gehörten zu Ungarn unter anderen die Kroaten, Sorben (Serben), Slawonier, Slowaken, Madjaren, die sich — wie auch die Nichtdeutschen im österreichischen Teil — mit der österreichischen Vorherrschaft nur schwer abfinden konnten und die Unabhängigkeit anstrebten, insbesondere die Tschechen, die Slowaken und die Südslawen (Serben, Kroaten und Slowenen). Für den Zusammenhalt der Monarchie sorgte lediglich die nach der Revolution von 1848 erfolgte Eintracht zwischen den Deutschen und den Madjaren. Diese Eintracht bestand allerdings nur zwischen den Führungsschichten der beiden ethnischen Gruppen. Auf Volksebene war der durch die österreichische (deutsche) Vorherrschaft verursachte Unmut dagegen ein Dauerzustand.

Solche Vorherrschaft gründete in dem Umstand, daß Österreich im Laufe der Jahrhunderte durch Kriege und Verträge diese Völker zu diesem sonderbaren Staat zusammengeschlossen und somit eine ihm vor langer Zeit erteilte Aufgabe erfüllt hatte, an der es festhielt: Karl der Große, der im Norden bis zur Weichsel die Slawen im Zaum hielt, hatte hier nämlich um 800 eine Mark (Ostmark, später Österreich) errichtet, um den Slawen und Avaren den Einfall längst der Donau zu versperren.

Österreich hatte sie nicht nur zurückgehalten, sondern sie — dann auch die Türken nach deren Vorstoß — seitdem wieder nach Osten zurückgedrängt. Die tapfere Erfüllung dieser Aufgabe gegenüber den Ostvölkern hatte mit zur Gründung des Heiligen Römischen Reichs deutscher Nation geführt, das weitgehend auf die Gemeinschaft der germanischen Völker gewirkt hatte und zu deren Seele geworden war. Man kann ohne weiteres behaupten, daß Österreich das Wunder

jener europäischen Einheit zuwege gebracht hatte, die leider auseinandergenommen wurde von der Politik Franz' I. von Frankreich, von der Reformation, Heinrich IV., Richelieu, Ludwig XIV., den Preußenkönigen und schließlich von dem englisch-französischen Konflikt, der vornehmlich mit den Napoleonischen Kriegen zu Tage trat. Trotzdem hatte Österreich diese Sendung weiterhin zugunsten der germanischen Völker erfüllt, deren Gemeinschaft anzugehören es überzeugt war. Die Zersetzung Europas durch das Erstarken der Nationalismen im Westen hatte Österreich betrübt, und es wurde zum Österreich-Ungarn, nachdem Bismarck es von dem Vorsitz des Deutschen Bundes und dann sogar aus diesem (Königgrätz, 1866) verdrangt hatte.

Und doch hatte es sich weiterhin als Mitglied dieses Bundes betrachtet. Nach Königgrätz hatte Bismarck gegen den Willen seiner Umgebung, ja sogar des Preußenkönigs selbst, davon abgesehen, es einfach zu annektieren. Er wußte, daß er hiermit die Abspaltung der Madjaren und der Slawen verursachen würde, die Österreich unter seine Oberhoheit genommen hatte und die von einer preußischen Schutzherrschaft nichts wissen wollten. Preußen wäre dann mit ihnen unmittelbar aneinandergeraten, und Bismarck befürchtete das.

Nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870—71 und der Gründung des Deutschen Kaiserreichs in Versailles (18. Januar 1871), mit dem Preußenkönig als Kaiser, hatte Bismarck sich bemuht, durch das Dreikaisertreffen und -abkommen (9. September 1872, 22. Oktober 1873), Beziehungen mit Österreich wiederaufzunehmen. Er erkannte es als deutschen Staat samt der Sendung an, die ihm seit Karl dem Großen zugewiesen war und mit der betraut zu sein es sich stets fühlte. Dieses Bündnis währte und wurde bis 1914 immer enger: die österreichische Außenpolitik war nicht nur darauf bedacht, die bestehenden Zugänge zur Adria zu bewahren, sie hatte sich auch als Ziel gesetzt, solche zum Schwarzen Meer und zum östlichen Mittelmeer zu bekommen.

Die Niederlage der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg spaltete Österreich-Ungarn in die einzelnen Nationalitäten, die es zusammensetzten: die Tschechen und die Slowaken, die Madjaren (Ungarn) und die Südslawen gründeten der Reihe nach einen unabhängigen Staat. Die Alliierten förderten und unterstützten übrigens diese Entwicklung. Österreich blieb allein mit sich selbst und der Überzeugung, daß es nur noch ein deutscher, von den anderen deutschen Gebieten getrennter Staat sei: in der Öffentlichkeit trat nun aber eine starke Strömung zugunsten seiner Wiedereingliederung in die Gemeinschaft des deutschen Volkes hervor, das heißt zugunsten seines Anschlusses an Deutschland; eine um so stärkere Strömung, als Österreich das Gefühl hatte, daß es wirtschaftlich nicht lebensfähig war, da allein, unabhängig, von Deutschland abgesondert und nunmehr der Ressourcen beraubt, die die bisher unter seiner Führung zusammengeschlossenen Völker eingebracht hatten. So erwuchs der Anschlußgedanke, und die Sozialisten waren von vornherein seine eifrigsten Verfechter. Das Volk stimmte ihm nahezu einhellig zu.

Am 21. Oktober 1918 versammelten sich dann die rund 200 deutschstämmigen Abgeordneten des österreichischen Reichsrates und stellten die Auflösung von Österreich-Ungarn fest. Am 30. Oktober richteten sie eine Provisorische Nationalversammlung ein. Am 10. November sprach sich die Sozialistische Partei für die Ausrufung der Republik aus. Am 11. November dankte Kaiser Karl als Kaiser von Österreich ab, wollte aber König von Ungarn bleiben. Am 12. November wurde die Republik ausgerufen und ein Gesetz von der deutsch-österreichischen Nationalversammlung beschlossen, in dem es hieß: »Deutsch-Österreich ist eine demokratische Republik. Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volk eingesetzt. Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik.«[111]

Am nächsten Tag, dem 13. November, erklärte der damalige sozialdemokratische Staatskanzler Dr. Karl Renner vor der Versammlung:

»Unser großes Volk ist in Not und Unglück; das Volk, dessen Stolz es immer war, das Volk der Dichter und Denker zu heißen, unser deutsches Volk des Humanismus . . . ist im Unglück tief gebeugt! Aber gerade in dieser Stunde, da es so leicht und bequem und vielleicht auch so verführerisch wäre, seine Rechnung abgesondert zu stellen und vielleicht von der List der Feinde Vorteile zu erhaschen, in dieser Stunde soll unser Volk in allen Gauen wissen: wir sind ein Stamm und eine Schicksalsgemeinschaft.«[112]

Am 22. November 1918 nahm die Provisorische Nationalversammlung ein Gesetz über die Grenzen Deutsch-Österreichs an, erklärte die Zugehörigkeit Deutsch-Österreichs zum Deutschen Reich und bekräftigte ihre Meinung wie folgt:

»Der Deutsch-Österreichische Staat beansprucht die Gebietsgewalt über das ganze deutsche Siedlungsgebiet, insbesondere auch in den Sudetenländern. Jeder Annexion von Gebieten, die von deutschen Bauern, Arbeitern und Bürgern bewohnt werden, durch andere Nationen wird sich der deutsch-österreichische Staat widersetzen.«[113]

Wahlen fanden am 16. Februar 1919 statt; sie bestätigten den Sieg der Sozialistischen Partei. Am 4. März 1919 kam die neue Nationalversammlung zwar zusammen; von den 255 vorgesehenen Sitzen wurden aber nur 157 belegt: die Ententemächte hatten die Wahlen in den Gebieten (unter anderem im Sudetenland), die sie dem neuen Österreich entziehen wollten, nicht anerkannt. Ferner wurde der einmütige Wunsch dieser 157 Abgeordneten nicht erfüllt: durch ihren Ältesten hatten sie den Anschluß an das Deutsche Reich gefordert. Artikel 88 des Vertrags von St. Germain (10. 9. 1919) erklärte die Unabhängigkeit Österreichs für unveräußerlich und untersagte ihm, sich ohne die Einwilligung des Völkerbunds mit einem anderen Staat mittelbar oder unmittelbar zu vereinigen — übrigens gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das in den 14 Punkten von Präsident Wilson enthalten war. Und zur großen Entrüstung des sozialistischen

Staatskanzlers Karl Renner, der gegen diese Entscheidung zündende Worte aussprach und . . . sich fügte.[114]

Artikel 61 der Weimarer Verfassung (11. August 1919) sah die Aufnahme von Vertretern Österreichs in den Reichsrat vor, wenn das Land an das Deutsche Reich angeschlossen würde. Am 22. September 1919 wurde den Deutschen mitgeteilt, diese Verfügung widerspreche dem Artikel 88 des Vertrags von St. Germain; dagegen wandten sie ein, seine Durchführung komme ohne die Einwilligung des Völkerbunds nicht in Frage, und dieser werde nicht versäumen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu achten, das zu seinen Grundsätzen gehöre. Man mußte sich mit dieser Erklärung abfinden: die Weimarer Verfassung wurde nicht geändert; allerdings durch ein Protokoll vom 22. September 1919 wurde dieser Absatz des Art. 61 außer Kraft gesetzt.

In Österreich waren nicht nur die Sozialisten für den Anschluß einig, sondern alle Parteien: Männer wie die künftigen Kanzler Dollfuß[115] und Schuschnigg erhoben ihn zum Dogma bis 1933, also bis zu Hitlers Machtübernahme in Deutschland. Die Christlichsozialen, die zu dessen Wortführern zählten, forderten ihn ständig. Reichsaußenminister Julius Curtius (der Nachfolger Stresemanns) und Österreichs Vizekanzler Johannes Schober versuchten 1931[116], zwischen beiden Ländern eine Wirtschafts- und Zollunion zu gründen, die, wie die Zielvorstellungen dieser Politiker auch sein mochten, bestimmt zum Anschluß geführt hätte; der Völkerbund, der sich nicht täuschen ließ, griff ein, um das Vorhaben zu vereiteln. Als die Führungsspitzen der österreichischen sozialdemokratischen und christlichsozialen Parteien sich, nach Hitlers Machtübernahme in Deutschland, gegen den Anschluß aussprachen, den sie bis dahin unterstützt hatten, war dessen Gedanke in der Öffentlichkeit so verankert, daß diese ihnen nicht folgte. Damals hatten die nationalsozialistischen Gruppierungen in Österreich, die seit 1926 als Reichsgau der NSDAP bestanden, größeren Erfolg, und mit dem Anschluß als Programm breiteten sie sich immer mehr aus.

Derart, daß die deutschen Truppen am 12. März 1938 mit umgehängtem Gewehr einmarschieren konnten. Die Panzer waren mit Grün geschmückt, die Flugzeuge flogen in geringer Höhe und warfen nicht etwa Bomben auf die Menge ab, sondern Flugblätter. Am 13. und 14. März 1938 konnten die deutschen Einheiten ihre Fahrt von Salzburg aus in Richtung Wien fortsetzen, unter den Jubelrufen von Tausenden, die sich auf beiden Straßenseiten zusammengedrängten. Frauen und junge Mädchen warfen ihnen Blumen oder Kußhände zu. Und wenn Hitler vorbeifuhr, geriet die Menge in einen Taumel der Begeisterung.

Derart, daß das am 10. April 1938 zur Abstimmung aufgeforderte österreichische Volk sich — mit noch größerer Mehrheit als das übrige Deutschland, das am selben Tag abstimmte — mit 4 273 884 Stimmen für und 9852 gegen den Ausschluß aussprach. Von 4 300 177 Wahlberechtigten hatten 4 284 795 gestimmt; die Ja-Stimmen machten somit 99,70% der abgegebenen Stimmen aus.

2. Österreich und der Nationalsozialismus

Wir müssen nun die Ereignisse, die zum Anschluß führten, im Zusammenhang betrachten und zwei Dinge vorwegnehmen. Unvermeidlich wurde der Anschluß nicht nur durch die Geisteshaltung der österreichischen Bevölkerung, sondern auch durch die seit 1931 in Österreich anhaltende Wirtschaftskrise (auch eine Folge des Wallstreet-Krachs). Mitentscheidend war ferner eine günstige internationale Lage, die sich hauptsächlich aus der politischen Entwicklung in Italien ergab.

In der Praxis hatte sich Österreich als wirtschaftlich nicht lebensfähiger Staat herausgestellt: 1933 belief sich sein Haushaltsdefizit auf 5 Milliarden Kronen, und es zählte fast 1 Million Arbeitsloser (rund 25% der berufstätigen Bevölkerung). Gewiß, die Krise war noch nie so schlimm gewesen;



Der Anschluß: Wiener erwarten vor der Neuen Hofburg Hitler, März 1938

seit der Unterzeichnung des Vertrags von St. Germain (10. 9. 1919) hatten aber anhaltendes Haushaltsdefizit und dauernde Arbeitslosigkeit die dortige Wirtschaftslage ständig gekennzeichnet. Den Sozialdemokraten, die 1919 sämtliche

Machtstellen an sich gebracht hatten, war es nicht gelungen, diese Lage zu meistern, ebensowenig den Christlichsozialen, die ihnen an der Macht gefolgt waren und zunächst mit ihrer Unterstützung rechnen konnten. Dann aber erfolgte der Bruch zwischen beiden Parteien. Schließlich kam ein tatkräftiger Christlichsozialer, Engelbert Dollfuß, an die Macht (20. Mai 1932) und glaubte, mit autoritären Mitteln aus dieser verzwickten Lage herauszukommen: er schaltete den Nationalrat aus (7. März 1933) und schaffte Wahlen bis auf weiteres ab. Das war die Diktatur — eine noch vollkommenere als im Hitler-Deutschland, da hier Wahlen auch nach Hitlers Regierungsantritt durchgeführt wurden und Hitler nie eine wichtige Entscheidung traf, ohne sie vom deutschen Volk bestätigen zu lassen.

Die Lage in Österreich verbesserte sich nicht etwa, sie wurde schlimmer. Und während sie noch schlimmer wurde, konnte die Arbeiterklasse die großartigen Erfolge wahrnehmen, die Hitler im Reich in seinem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit errungen hatte, und den Wohlstand, der in die deutschen Familien zurückgekehrt war. Die österreichischen Arbeiter blickten neiderfüllt auf den deutschen Arbeitnehmer. Es fanden sich nun genügend gute Geister, die ihnen erklärten, alle ihre Nöte rührten davon her, daß Österreich von Deutschland getrennt sei, und die österreichischen Arbeiter würden sich bei einem Anschluß zwangsläufig des gleichen Wohlstands erfreuen wie die deutschen. Und der Nationalsozialismus, seine Diktatur, seine Verstöße gegen die Freiheit, seine Rassenpolitik? Das seien lauter Erfindungen — um eine erneute Bildung der gesamten deutschen Gemeinschaft zu verhindern. Außerdem waren Hitlers Verstöße gegen die Freiheit geringer als die Dollfuß', den die österreichischen Sozialisten und die Demokraten in aller Welt im selben Maße geißelten wie Hitler. Und was die Juden betraf, so standen sie bei den Christsozialen Österreichs nicht im Geruch der Heiligkeit. Einer von diesen, Karl Lueger, der (ab 1897) Bürgermeister von Wien gewesen war und sich die Sympathie

von ganz Österreich erworben hatte, hatte einst den Kampf gegen die Juden an die Spitze seines Programms gesetzt. Nun zählte vor allem, daß Hitler und der Nationalsozialismus den Wohlstand wieder nach Deutschland zurückgeholt hatten. Im übrigen waren die Saarländer nicht so dumm gewesen: Trotz der Anti-Hitler-Propaganda hatten sie sich am 13. Januar 1935 mit 90,8% der abgegebenen Stimmen für die Rückgliederung des Saarlands an das Deutsche Reich ausgesprochen.

Solche Argumente waren nicht ohne Schlagkraft. Auf die öffentliche Meinung wirkten sie allerdings nicht so unmittelbar, wie die österreichischen Nationalsozialisten es annahmen. Im Glauben, sie könnten die Macht an sich reißen, führten sie am 25. Juli 1934 einen Putsch aus, der unglücklicherweise mit der — von den Urhebern nicht vorgesehenen — Tötung Dollfuß’ endete. Die Sache war offensichtlich schlecht vorbereitet gewesen: die Öffentlichkeit war den Putschisten nicht günstig gesonnen. Sie wurden verhaftet und zum großen Teil gehängt. Kurt Schuschnigg, ein weiterer Christlichsozialer, aber Anhänger von Salazar, folgte Dollfuß im Kanzleramt. Das Parlament wurde in seine Funktion nicht wiedereingesetzt, Wahlen wurden nicht in Betracht gezogen. Gleich nach seinem Regierungsantritt war Schuschnigg derselben — in Österreich heimlichen, im Lager der Demokraten erklärten — Feindschaft ausgesetzt wie Dollfuß. Ferner war Schuschnigg viel ungeschickter als dieser.

In Österreich war die Lage nicht reif für eine Machtergreifung durch die Nationalsozialisten; sie war es ebensowenig auf internationaler Ebene. Am 17. April 1934 hatten Österreich, Italien und Ungarn die Römischen Protokolle unterzeichnet, mit denen sie vereinbart hatten, »eine gemeinsame Politik zu treiben und die zu treffenden Entscheidungen zu beraten, jedesmal wenn eine der drei Regierungen es für nötig halten würde«. Außerdem war Mussolini mit Dollfuß befreundet; beide Familien verkehrten miteinander, und Frau Dollfuß und ihre Kinder hielten sich gerade bei Mussolini in

Riccione auf, als sie von Dollfuß' Ermordung erfuhren: der Duce schickte sofort fünf Divisionen zum Brenner, die für alle Fälle bereitgestellt wurden, insbesondere in Österreich einzudringen, wenn deutsche Truppe einfielen.

Hitler gelang es trotzdem, sein von »einer Handvoll Exaltierter« gefährdetes Ansehen bei Mussolini wiederherzustellen. Sich unter dem Hagel duckend, beorderte er von Papen nach Wien, und die »Handvoll Exaltierter« wurde nicht nur verleugnet, sondern auch bestraft. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien wurden dadurch nicht getrübt, und die Sanktionspolitik des Völkerbunds gegen Italien schloß beide bekanntlich ein Jahr später enger zusammen. Es ist nicht überflüssig, die einzelnen Etappen dieser Annäherung in Erinnerung zu bringen: 25. Oktober 1936 (Graf Ciano in Berchtesgaden), 23. April 1937 (Göring in Rom), 25.—28. September 1937 (Mussolini in München und Berlin), 6. November (Unterzeichnung des Antikominternpakts). Auf die Dauer sollte diese deutsch-italienische Annäherung zwangsläufig Mussolini Österreich entfremden. Anläßlich seines Rom-Besuchs im April 1937 hatte ihn Göring andeutungsweise über die Anschluß-Frage befragt, und Mussolini hatte lediglich mit einer ausweichenden Geste geantwortet.

Schuschniggs Ungeschick beschleunigte, im selben Maße wie die Unterzeichnung des Antikominternpakts und die daraus erfolgte Achse Berlin—Rom, Mussolinis Wendung zugunsten des Anschlusses. Trotz seiner Ermahnungen hatte Schuschnigg beispielsweise niemals einen annehmbaren Modus vivendi mit Berlin angestrebt. Am 11. Juli 1936 hatte er mit von Papen ein deutsch-österreichisches Abkommen unterzeichnet, kraft dessen »die österreichische Bundesregierung ihre Politik im allgemeinen, wie insbesondere gegenüber dem Deutschen Reiche, stets auf jener grundsätzlichen Linie halten wird, die der Tatsache, daß Österreich sich als deutscher Staat bekennt, entspricht . . .«[117] Im Anhang folgte die Versprechung, »mit dem Zwecke, eine wirkliche Befriedung

zu fördern, Vertreter der bisherigen sogenannten ›National-opposition in Österreich‹ zur Mitwirkung an der politischen Verantwortung heranzuziehen«. Schuschnigg wandte sich nicht an diese Vertreter der nationalen Opposition. Vielmehr noch, er erklärte in einer am 29. November in Klagenfurt gehaltenen Rede, daß die Vaterländische Front (in deren Namen er regierte) drei Feinde habe: den Kommunismus, den Defaitismus und den Nationalsozialismus. Er müsse demnach feststellen, »daß die österreichischen Nationalsozialisten der Regierung als geschworene Feinde gegenüberstehen«.

Mussolini begriff einfach nicht, daß man so ungeschickt sein konnte. Fast überall, in Linz, Graz, Salzburg, kam es zu Zwischenfällen zwischen Anhängern der Vaterländischen Front Schuschniggs und Nationalsozialisten, später zwischen diesen und den Behörden: sie erzeugten Spannungen zwischen der deutschen und der österreichischen Regierung.

Sein folgenschwerstes Mißgeschick beging Schuschnigg aber kurz nach einer Aussprache, die er mit Hitler am 12. Februar 1938 in Berchtesgaden hatte.

An diesem Tag wollte Hitler mit Österreich und der Politik seiner Regierung, die er als fortwährende Demütigung des Deutschen Reichs empfand, zweifellos ein Ende machen. Er wußte, daß Mussolini wenig von Schuschnigg hielt und daß die Beziehungen zwischen beiden Männern ziemlich kühl waren. Er war ferner dessen sicher, daß England nicht in den Streit eingreifen würde, da es bezüglich des Hoheitsrechts Österreichs international niemals Verpflichtungen eingehen wollte, und die führenden Politiker der britischen Regierung: MacDonald, Sir John Simon, Eden, Chamberlain, Halifax und andere waren überzeugt, daß Österreich zum Deutschen Reich zurückkehren müsse. Schließlich waren die Beziehungen zwischen Deutschland und England ausgezeichnet, vor allem seit der Unterzeichnung des deutsch-englischen Flottenabkommens am 18. Juni 1935. Wenn England nicht eingriffe, würde Frankreich auch nicht eingreifen,

ebensowenig die Tschechoslowakei. Hitlers Beziehungen zu Polen waren die besten. Er konnte sich alles erlauben.

Gewiß, Hitler hätte Österreich lieber mit anderen Methoden einverleibt: die Öffentlichkeit mit Massenkundgebungen zu gewinnen, die Mehrheit der Parlamentssitze zu erringen, einen Kanzler an die Macht zu bringen, der kraft des Selbstbestimmungsrechts der Völker die Vereinigung von Österreich und Deutschland verkünden würde, so daß die ausländischen Mächte sich ihr nicht widersetzen und die Demokratien nicht dieses zusätzliche Argument beim Feldzug geltend machen könnten, den sie gegen ihn führten. Es wäre ihm zweifelsohne gelungen; in Österreich fanden aber keine Wahlen statt. Und die Zwischenfälle, die sich dort im Laufe des Jahres 1937—38 ereignet hatten, ließen ihm keine Zeit mehr.

Zu einem offiziellen Besuch in Österreich eingeladen, war Konstantin von Neurath dort am 22. Februar eingetroffen. Die österreichischen Nationalsozialisten hatten beschlossen, ihre Macht unter Beweis zu stellen: Vom Bahnhof aus fuhr sein Wagen durch menschenerfüllte Straßen; Tausende und Abertausende zwangen ihn, nur im Schrittempo weiterzufahren unter den Jubelrufen der Menge, die im Chor skandierte: »Heil Hitler! Heil Deutschland! Heil Hitler! Anschluß!« Der Ordnungsdienst war völlig überrannt. Gedemütigt beschloß Schuschnigg, dem Reichsaußenminister zu zeigen, daß es in Wien nicht nur »Nazis« gebe, und mobilisiert die Vaterländische Front für den nächsten Tag. Die Straßen waren nun ebenso schwarz von Menschen, aber diesmal erreichte der Wagen den Bahnhof unter dem Brüllen der Menschenmenge: »Heil Schuschnigg! Heil Österreich! Nieder mit Hitler!«

Ein weiteres Beispiel: Unter dem Druck der öffentlichen Meinung fand sich Schuschnigg letztlich darein, Nationale, insbesondere Seyß-Inquart, der seit Juni 1937 Staatsrat war, in sein Kabinett aufzunehmen (18. Februar 1938); das hinderte ihn aber nicht, die Nationalsozialisten weiterhin zu ver-

folgen, ihre Geschäftszimmer zu durchsuchen, manche zu verhaften und so weiter. Zwischen Nationalsozialisten und Mitgliedern der Vaterländischen Front mehrten sich die Zwischenfälle. Die Nationalsozialisten verwahrten sich dagegen, und seitdem Seyß-Inquart Minister war, war die Presse für ihre Proteste empfänglich. Die Stimmung verschlimmerte sich zusehends.

Am 1. Mai 1937 durften die in Österreich lebenden Reichsdeutschen die Fahne ihres Landes hinaushängen: in einem kleinen Dorf der Steiermark befahl ein Polizist, die deutsche Nationalflagge herunterzureißen. Für Hitler bedeutete dies in der Tat eine noch größere Schmach als die Art und Weise, wie von Neurath im Februar in Wien »heimgeleuchtet« worden war.

Im Juli 1937 gingen in der kleinen Stadt Wels die Gewehre der Polizei »ganz von allein« los bei einem Zusammenstoß mit ehemaligen Frontkämpfern, die »Deutschland, Deutschland über alles« ausriefen.

»Eine schamlose Angelegenheit!« äußerte Hitler gegenüber von Papen.[118]

Von Neurath seinerseits:

»Glaubt Herr Schuschnigg wirklich, daß er fortfahren kann, rücksichtslose Maßnahmen gegen den Nationalsozialismus zu ergreifen und gleichzeitig einen gemeinsamen Kurs mit dem Reich zu verfolgen?«[119]

Am 12. Februar 1938 war Hitlers Geduld am Ende. Die Lage hatte sich verschlechtert, die Zwischenfälle hatten überhandgenommen, ohne daß Schuschnigg das geringste Anzeichen einer geänderten Haltung erkennen ließ. Es kam zu einer heftigen Unterredung in Berchtesgaden: Hitler stellte Schuschnigg ein regelrechtes Ultimatum hinsichtlich der Zusammensetzung eines ihm ergebenen Regierungskabinetts.

Für ein demokratisches Land, wo die Regierung die öffentliche Meinung widerspiegelt, war das unannehmbar. Österreich war aber kein demokratisches Land: Schuschnigg

hatte dort Dollfuß an der Macht abgelöst, der sie mit einem Putsch ergriffen hatte, und das Volk war niemals befragt worden. Die österreichischen Nationalsozialisten behaupteten, daß der Bundeskanzler nicht mehr als 18% der Wählerschaft hinter sich habe und daß er sich nicht nur durch die Apathie des österreichischen Volkes an der Macht halte, sondern weil sie, die Nationalsozialisten, nicht die radikale Politik trieben, die ihn aus der Regierungsgeschäften verdrängen würde: sie möchten Hitler aber keine Schwierigkeiten auf internationaler Ebene bereiten. Es trifft wahrscheinlich zu: In dieser Angelegenheit haben die österreichischen Nationalsozialisten Hitler anscheinend freie Hand gelassen.

Wie dem auch sei, Schuschnigg hatte nachgegeben: Am 15. bis 18. Februar 1938 waren die im deutsch-österreichischen Abkommen vom 12. vorgesehenen Maßnahmen getroffen worden. Aber am 5. März erhob Hitler eine neue Forderung: das Finanzministerium, das er nicht beansprucht hatte, solle den Nationalen zufallen. Nun blieb nichts mehr übrig, womit Österreich, oder zumindest Schuschnigg, seine Unabhängigkeit behaupten konnte. Das bedeutete praktisch den Anschluß. Das ging zu weit: Am 9. März beschloß Schuschnigg plötzlich, daß die Frage der Unabhängigkeit Österreichs Gegenstand einer Volksabstimmung sein solle, die am 13. März stattfinden würde. Drei Tage, um eine Volksbefragung in einem Land zustande zu bringen, in dem es nicht einmal Wahllisten gab! Außerdem sahen die Durchführungsbestimmungen vor:

»1. In den Abstimmungslokalen dürfen sich außer den Mitgliedern der Abstimmungskommission, die der Vaterländischen Front angehören müssen, keine weiteren Personen aufhalten, damit der Abstimmungsvorgang nicht gestört werden kann.

2. Da Wahllisten nicht geführt werden, gelten als Abstimmungsdokumente die Mitgliedskarte der Vaterländischen Front, die Mitgliedskarte des Bauernbundes, das österreichische Gewerbebuch und das Gewerkschaftsbuch oder Erken-



Kanzler Schuschnigg. Am 9. März 1938 gibt er eine Volksabstimmung bekannt.



In Wien verbrennen Österreicher das Symbol des Schuschnigg-Regimes



12. März 1938: der Führer auf der Straße nach Linz



Der Dollfuß-Platz (seit 1934) in Wien wird am 14. März zum Adolf-Hitler-Platz

nungskarten, Heimatscheine oder Meldezettel, jedenfalls nur Dokumente, die die Identität nachweisen. Wer der Abstimmungskommission persönlich bekannt ist, kann auch ohne Dokument zur Abstimmung zugelassen werden. Dort, wo der Landeshauptmann es anordnet, kann eine Liste derjenigen Personen, die die Abstimmung vollzogen haben, angefertigt werden.

3. Der offizielle Abstimmungszettel ist ein Zettel in der Größe 5 mal 8 Zentimeter, der auf der einen Seite mit dem Worte ›Ja‹ bedruckt ist. Wer mit ›Nein‹ stimmen will, muß sich einen Zettel in genau der gleichen Größe mitbringen und mit dem Worte ›Nein‹ beschreiben.

Die Abstimmung wird öffentlich durchgeführt, doch ist die Benutzung eines Briefumschlags auf Wunsch erlaubt.«[120]

Unter solchen Bedingungen, die dem Betrug Tür und Tor öffneten, konnte die Volksabstimmung nur für Schuschnigg günstig ausfallen: Man mußte nicht bei Sinnen sein, um anzunehmen, daß Hitler sich damit einverstanden erklären würde. Tatsächlich forderte er Schuschnigg auf, diese Volksbefragung abzusetzen und sie durch eine andere zu ersetzen, die nach dem Modell der Saar-Abstimmung durchgeführt und deren Vorbereitung allerdings längere Fristen erfordern würde. Die österreichischen Nationalsozialisten schlugen den 10. April 1938 vor.

Schuschnigg lehnte ab und wandte sich an Mussolini. Dieser riet, von dem Projekt Volksabstimmung abzusehen. Schuschnigg lehnte erneut ab. Darauf erklärte der Duce: »Man kann kaum dümmer sein. Unter diesen Umständen interessiert mich Österreich nicht mehr . . .«

Die Folgen kennen wir.[121]

3. Skrupellose Polemiker

Im Verlauf der beißenden, übrigens noch anhaltenden Kontroverse, die Rolf Hochhuths Stück *Der Stellvertreter* hervorrief, wurde den österreichischen Kardinälen und Bischöfen — auch von seiten des Evangelischen und verkappten Kommunisten Hochhuth — eine öffentliche Erklärung zugunsten des Anschlusses aufs heftigste vorgehalten. Man sah in ihr das geheime Einverständnis zwischen der katholischen Kirche und dem Nationalsozialismus und schrieb sie dem späteren Papst Pius XII. zu. Der Hauptinhalt dieser Erklärung vom 18. März 1938 sei im folgenden wiedergegeben:

»Aus innerster Überzeugung und mit freiem Willen erklären wir unterzeichneten Bischöfe der österreichischen Kirchenprovinz anläßlich der großen geschichtlichen Geschehnisse in Deutsch-Österreich:

Wir erkennen freudig an, daß die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozial-Politik für das deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes Hervorragendes geleistet hat und leistet. Wir sind auch der Überzeugung, daß durch das Wirken der nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden gottlosen Bolschewismus abgewehrt wurde.

Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen und werden auch die Gläubigen in diesem Sinne ermahnen.

Am Tage der Volksabstimmung ist es für uns Bischöfe selbstverständliche nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten auch von allen gläubigen Christen, daß sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind.[122]

Wien, am 18. März 1938

gez.: Th. Innitzer, Kardinal-Erzbischof von Wien; Adam Hefter, Fürst-Bischof von Klagenfurt; Ferd. Pawlikowski, Fürst-Bischof von Sankt-Pölten; Michael Menelauer, Bi-

schof von Sacckau-Graz, S. Waitz, Fürst-Erzbischof von Salzburg; Johannes Maria Gföllner, Bischof von Linz.«

Wie man über die Erklärung auch denken mag, man kann sie jedenfalls nicht Papst Pius XII. oder gar dem Vatikan zuschreiben. Der damalige Papst hieß nicht Pius XII., sondern Pius XI., und dieser verwarf sie, nicht wegen ihres Inhalts im ganzen, sondern weil sie dem Nationalsozialismus vertraute, »die Gefahr des alles zerstörenden gottlosen Bolschewismus« von uns abzuwehren. Die Politik des Vatikans ging nämlich davon aus, daß der Nationalsozialismus prinzipiell ebenso zu mißbilligen sei wie der Bolschewismus (siehe hierfür die Enzykliken *Mit brennender Sorge* und *Divini Redemptoris*). Schließlich wurde Papst Pius' XI. Ablehnung dem Kardinal-Bischof Th. Innitzer, Primas von Österreich und Initiator der Erklärung, übermittelt, und zwar durch im gleichen Wortlaut verfaßten Brief von Kardinal Pacelli, dem damaligen Staatssekretär im Vatikan und künftigen Papst Pius XII.

Meistens wird aber verschwiegen, daß der Erklärung der katholischen Bischöfe Österreichs ein Aufruf der evangelischen Bischöfe vorausgegangen war, in dem es hieß:

»Die Evangelische Kirche Deutsch-Österreichs steht voll Freude einmütig und entschlossen zu der geschichtlichen Stunde, die das deutsche Volk Österreichs in die Lebens- und Schicksalsgemeinschaft des Deutschen Reiches zurückführt.

Wir glauben, daß diese Stunde von Gott gesegnet ist.

Nach Jahren des Kampfes bekennen wir uns erneut zum treuesten Dienst an unserem Volk und zu der Deutschen Evangelischen Kirche als der Mutterkirche der deutschen Reformation, von der uns nichts mehr scheiden wird.[123]

Wien, am 12. März 1938

Die Superintendenten des Konsistoriums (gez.): Beyer, Eder, Heinzelmann, Zwernemann.«

Von einer Verbindung der evangelischen Kirche Österreichs mit dem Nationalsozialismus war niemals die Rede, und vor allem nicht bei Rolf Hochhuth.

Selbst die Sozialdemokraten stimmten dem Anschluß zu, durch ihren Führer Dr. Karl Renner, der am 3. April 1938 folgende Erklärung im *Neuen Wiener Tageblatt* abgab:

»Als Sozialdemokrat und somit als Verfechter des Selbstbestimmungsrechts der Nationen, als erster Kanzler der Republik Deutsch-Österreich und als gewesener Präsident ihrer Friedensdelegation zu Saint-Germain werde ich mit ›Ja‹ stimmen.«[124]

Dr. Karl Renner wurde ebensowenig der Zusammenarbeit mit dem Nationalsozialismus bezichtigt. Mehr noch: Diese Erklärung hinderte ihn nicht daran, ab 27. April 1945 als provisorischer Bundeskanzler zu regieren und am 20. Dezember 1945 zum Präsidenten der Zweiten Österreichischen Republik gewählt zu werden.

Keiner dieser Männer war übrigens zu tadeln: Nicht etwa für den Nationalsozialismus sprachen sie sich aus (die meisten stellten es später unter Beweis), sondern für den Anschluß, der, wenn auch vom Nationalsozialismus vorgeschlagen, ein demokratischer, gerechter und vernünftiger Gedanke war.

Da die Abstimmungsfrage die Führungskräfte aller Parteien auf sich vereinigte, konnte der Volksentscheid Hitler nur den Erfolg bringen, den er ihm verschaffte.

Wie Hitler es vorausgesehen hatte, blieben die Reaktionen auf internationaler Ebene aus. Am 10. März 1938 hatte Schuschnigg seinen Botschafter in London, Baron von Franckenstein, damit beauftragt, der Downing Street die Zusage eines bewaffneten Eingreifens abzuringen. Das einzige, was dieser erreichte, war eine höfliche, aber klare Abweisung. In Paris gab es keine Regierung: Am 10. März war das Kabinett Chautemps zurückgetreten. Mit der Erledigung der laufenden Geschäfte beauftragt, bat der zurückgetretene Ministerpräsident immerhin Außenminister Yvon Delbos, Kontakt mit Rom und London aufzunehmen, um die notwendigen militärischen Maßnahmen zu besprechen, falls Hitler in Österreich einfallen würde. In Rom wurde er abgewiesen; in

London erfuhr er, daß England Schuschnigg geraten habe nachzugeben.

Frankreich und England warteten nicht einmal die Ergebnisse der Volksbefragung ab, um die Einverleibung Österreichs in das Deutsche Reich *de facto* anzuerkennen: Sie taten es in gemeinsamem Einverständnis bereits am 2. April, also acht Tage vorher.

Ironie des Schicksals: Französischer Ministerpräsident war damals Léon Blum!

So mächtig waren noch in Frankreich die öffentliche Meinung und ihr Wille zum Frieden.[125]

VI. Die Sudetengebiete

1. Ein Mosaik von Minderheiten

Im Jahre 1938 bildete die Tschechoslowakei einen Staat in Mitteleuropa, der sich auf 121 891 km^2 erstreckte und 13 836 000 Einwohner zählte. Nach der Volkszählung des Jahres 1921 setzte sich die Bevölkerung wie folgt zusammen: 6 727 038 Tschechen, 3 122 390 Deutsche, 2 010 295 Slowaken, 734 935 Ungarn oder Madjaren, 459 346 Ruthenen, 180 322 Juden, 75 656 Polen und 238 727 sonstige Fremdstämmige. Die Tschechen bildeten nicht die Mehrheit. Ebensowenig territoriale Einheit wie natürliche Grenzen: im Westen das böhmische Viereck, das die Mährische Höhe von der Slowakei trennte; im Osten die wurstförmig gestreckte Slowakei, die von einem Teil der Ukraine, Ruthenien, verlängert wurde. »Dies Land«, äußerte einmal Mussolini, »hat das widerliche Aussehen eines Darms.«

Bei einer Länge von rund 650 km war sie nämlich nur an wenigen Stellen breiter als 80 bis 120 km. Die Alliierten, die 1919 die Zerstückelung von Österreich-Ungarn betrieben, schlossen diese bislang zu Österreich-Ungarn gehörenden Gebiete und Bevölkerungen zu einem Staat zusammen und legten seinen Status in den Verträgen von Versailles (Art. 27 und 81 bis 86), von Saint-Germain (Art. 27 und 53 bis 58) und von Trianon (Art. 27 und 48 bis 52) fest. Alle diese Verträge betonten, daß der neue Staat ein Bundesstaat sei, innerhalb dessen jede Minderheit ihre innere Autonomie genießen solle.

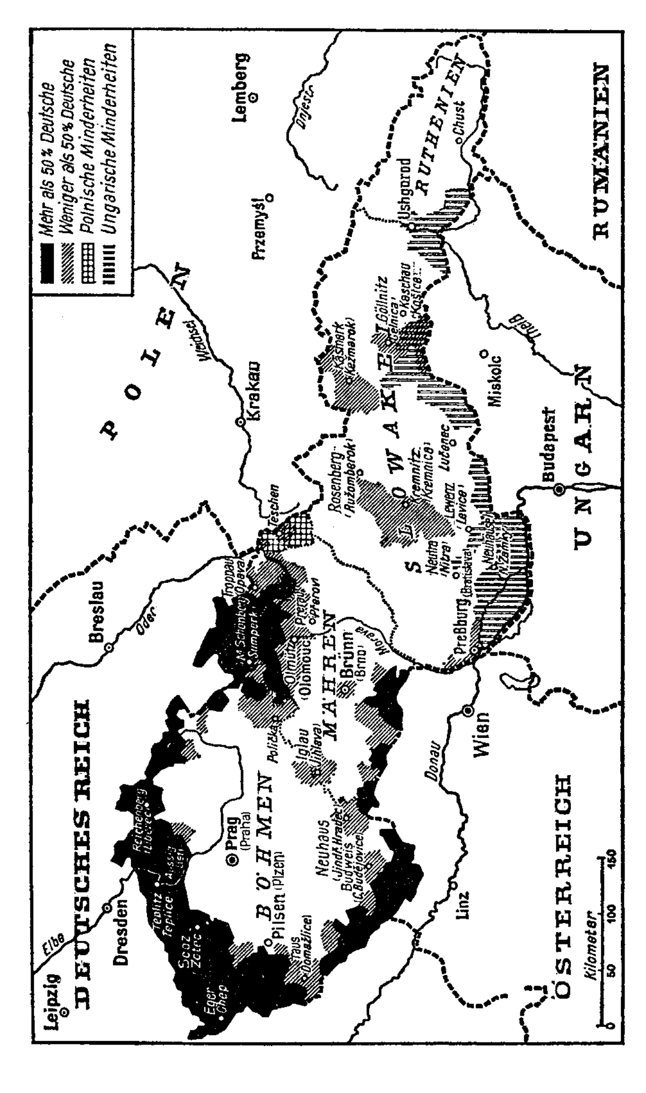
Mit diesem Beschluß erklärten sich lediglich die Tschechen und die Slowaken einverstanden. Nicht, daß sie zusammen-

gehört hätten. Der einzige Berührungspunkt war ihre feindliche Gesinnung gegen den österreichisch-ungarischen Staat. Die ersten, die zu Österreich gehörten, hatten unter den Vergünstigungen gelitten, die die deutschen Österreicher in Böhmen genossen; diese bekämpften die tschechische Kultur und Tradition mit der Unterstützung der Wiener Behörden und verdeutschten allmählich das Land. Die zweiten, die ihrerseits dem Königreich Ungarn angehörten, hatten unter der dort waltenden Madjarisierung gelitten. Und diese hatte zu einer beträchtlichen Auswanderung, insbesondere nach Frankreich, nach Rußland und in die Vereinigten Staaten geführt.

Als der Krieg 1914 ausbrach, hatten sich Tschechen und Slowaken, vor allem die Emigranten, für die Alliierten ausgesprochen; nicht, weil deren Sache ihnen gerecht vorkam, sondern, weil sie sich vom Krieg die völlige Zerschlagung Österreich-Ungarns sowie ihre Unabhängigkeit erhofften. Trotz geringer Zusammengehörigkeit waren die Emigranten beider Volksgruppen am 30. Mai 1918 in Pittsburgh (USA) zusammengekommen und hatten einen Vertrag unterschrieben. Dieser sah die Gründung eines tschechoslowakischen Staats vor, in dem die Slowaken ihre eigene Verwaltung, ihr eigenes Parlament, ihre eigene Sprache und ihre eigene Magistratsbehörde haben sollten. Unter diesen Bedingungen schlossen sich die Slowaken den Tschechen an und nahmen später die Verträge von Versailles, Saint-Germain und Trianon nur deshalb an, weil diese Bedingungen dort enthalten waren.

Von den übrigen Nationalitäten, die den Tschechen und Slowaken im tschechoslowakischen Staat zugeordnet wurden, war in Pittsburgh keine Rede gewesen: man sprach zwar von Böhmen, Mähren, Ruthenien, ohne allerdings ihre Umrisse näher zu bestimmen . . .

Die Sache hatten die Tschechen nicht ohne feste und ehrgeizige Gedanken hinsichtlich der Grenzen des neuen Staates in die Hand genommen, vor allem drei von ihnen, die



Die Tschechoslowakische Republik (1919—1938)

Emigranten, Freimaurer, fanatisch deutsch-österreichfeindlich und nicht weniger russenfreundlich, besonders nach der russischen Revolution von 1917, waren: Masaryk, Benesch und Stefanik. Letzterer, ein Astronom aus Meudon, hatte sogar die französische Staatsangehörigkeit angenommen und war Oberleutnant in der französischen Armee während des Krieges.

Ihr Hauptquartier befand sich in Paris; die beiden ersten reisten aber häufig in die Schweiz, nach England, Italien (nach seinem Eintritt in den Krieg) und in die Vereinigten Staaten, wo sie ab 1917 enge Beziehungen zu Präsident Wilson unterhielten. Die Alliierten, die an der Schaffung einer fünften Kolonne in Österreich-Ungarn interessiert waren, förderten ihre Umtriebe. In Frankreich wurde ein tschechoslowakischer Nationalrat gegründet, der Verzweigungen in den Vereinigten Staaten hatte und letztlich am 30. Juni 1918 durch einen Brief des französischen Außenministers Pichon anerkannt wurde »als Verwalter sämtlicher Interessen der Nation, als Grundlage der künftigen tschechoslowakischen Regierung«. Außerdem versprach dieser Brief, daß »die französische Regierung sich dafür einsetzen wird, die Hoffnungen des tschechoslowakischen Volkes auf Unabhängigkeit in seinen historischen Grenzen zu erfüllen«. England (13. August 1918), Italien und die Vereinigten Staaten (3. September 1918) richteten sich an dieser Erklärung aus.

»Die historischen Grenzen des tschechoslowakischen Volkes« war eine Formel, die nichts Historisches an sich hatte. Es hatte niemals ein tschechoslowakisches Volk oder einen tschechoslowakischen Staat gegeben. Diese Formel war um so klarer in den Köpfen der Herren Masaryk, Benesch und Stefanik: sie umfaßte Böhmen, Deutsche inbegriffen, und alles, was sie von dem Österreichisch-Ungarischen Kaiserreich würden abtrennen können. Im übrigen versprachen sie den Slowaken die innere Autonomie und akzeptierten eine entsprechende Aufnahme in die Verträge, nur um ihre Einwilligung in den neuen Staat zu bekommen, den unter ihre dik-

tatorische Vorherrschaft zu bringen sie wohl entschlossen waren. Und sie bezogen die Deutschen schon deshalb ein, weil die von diesen besiedelten Gebiete stark industrialisiert waren und die Tschechen andernfalls auf ein von der Ausrüstung her zurückgebliebenes Agrarland angewiesen gewesen wären; und weil sie bei etwaigen Unternehmungen des Deutschen Reichs durch die Höhen des Böhmerwalds und des Erzgebirges, die sie dann zu verschanzen beabsichtigten, geschützt wären.

Mit dem Segen der Alliierten gründeten die Pariser Tschechen eine provisorische tschechoslowakische Regierung am 3. September 1918. Am 16. Oktober verkündete Kaiser Karl I. in einem Manifest, daß Österreich ein Bundesstaat werde.[126] Am 18. September 1918 übernahm ein sogenannter tschechoslowakischer Ausschuß die Macht in Prag. Am 9. November erhob er sich zum Nationalrat, nachdem er sich durch Zuberufung erweitert hatte. Am 14. verkündete er die Absetzung des Habsburgerhauses sowie die Unabhängigkeit der Tschechei und der Slowakei. Dann schickte er die Tschechen auf die Eroberung Deutsch-Böhmens — der Verordnung Kaiser Karls vom 21. Mai 1918 zum Trotz —, der Slowakei, Ungarns und Polens, das eben seine Unabhängigkeit proklamiert hatte. Sie drangen sogar in Ruthenien ein. Richtung Polen und Ungarn wurden sie von alliierten Militärmissionen gestoppt, in Ruthenien von der damals die Ukraine besetzenden Roten Armee.

Als die Pariser Friedenskonferenz am 18. Januar 1919 begann, war die Autorität der Tschechen de facto im gesamten Gebiet anerkannt, das sie erobert hatten. Auf dieser Konferenz wurde der neue tschechoslowakische Staat ohnehin durch Tschechen vertreten.

Die Slowaken sagten nichts, auch wenn sie an der in Aussicht gestellten föderativen Staatsform zu zweifeln begannen. Das galt jedoch nicht für die anderen Nationalitäten: die Ruthenen wollten der Ukraine angegliedert werden (sie empfanden sich übrigens nicht als Ruthenen, sondern als

Ukrainer); da aber die Ukraine von der Roten Armee besetzt war, gingen sie nur widerwillig darauf ein, dem tschechoslowakischen Staat einverleibt zu werden — gegen das Versprechen der inneren Autonomie und in der Hoffnung auf bessere Zeiten; die Polen wollten zwar Polen angeschlossen werden, sie waren aber zu wenig, um ihre Forderung geltend zu machen, und man setzte sich über sie hinweg; die Ungarn ihrerseits wollten von den anderen Ungarn nicht getrennt werden, und obwohl ihre Zahl bei 800 000 lag, wurde dieser Wunsch ebenfalls übergangen.

Die Deutschen leisteten zweifellos den hartnäckigsten Widerstand, denn sie wollten mit aller Entschiedenheit dem Schicksal Österreichs folgen und mit ihm in das Deutsche Reich zurückkehren. Außerdem empfanden sie die alliierten Bemühungen als beleidigend, sie einem unter tschechischer Bevormundung stehenden Staat einzuverleiben, zumal die Kultur und Zivilisation der Tschechen um Jahrhunderte zurückstanden: eine vergleichbare Beleidigung widerfuhr in den sechziger Jahren den Weißen Rhodesiens, die das Weltgewissen angeblich aus Demokratie und Antirassismus unter die Vormundschaft der Neger stellte.

Und schließlich konnten sie die Tschechen — seit der Unterzeichnung des Waffenstillstands, die diesen Blankovollmacht gab — im Einsatz beobachten.

Zur wirksameren Abwehr gegen die Einverleibung schlossen sich diese Deutschen, die am Rande Böhmens Deutschböhmen, Südmähren, den Böhmerwaldgau und das Gebiet der Sudeten besiedelten, unter der selbst und einmütig gewählten Sammelbezeichnung »Sudetendeutsche« zusammen.

Auf der Friedenskonferenz trat der sozialistische österreichische Bundeskanzler Karl Renner, der den Anschluß Österreichs an Deutschland befürwortete, ebenfalls als Wortführer des Sudetenlandes auf. Er berief sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das, hinsichtlich der Neugestaltung Europas, der wichtigste Grundsatz in Wilsons »14 Punk-

ten« war und überhaupt der alliierten Doktrin zugrunde lag. Man antwortete ihm, daß dieser Punkt sich nicht auf die Besiegten beziehe. Am 16. Februar 1919 sollten allgemeine Wahlen in Österreich stattfinden: Die Alliierten untersagten sie im Sudetenland.

Bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrags von Saint-Germain sollte Staatskanzler Karl Renner dafür kämpfen, daß der alliierten Doktrin gemäß das Sudetenland einem Volksentscheid unterworfen werde. Vergebens: Den Herren Masaryk und Benesch waren Versprechungen gemacht worden, und man scheute nicht die Verletzung des eigenen Gesetzes.

Die 3 122 390 Deutschen wurden der Tschechoslowakei einverleibt. Keine Bevölkerungsumsiedlung wurde vorgesehen: diese 3 122 390 Deutsche waren nunmehr der tschechischen Verfolgung ausgeliefert. Die Tschechen ließen sich nicht entgehen, ihnen die Macht reichlich zu vergelten, die das österreichisch-ungarische Kaiserreich auf sie ausgeübt hatte, als sie zu ihm gehörten.

Die anderen Nationalitäten wurden dem tschechoslowakischen Staat auf die gleiche Weise einverleibt — mit Gewalt und ohne weitere Befragung. Für England sei immerhin folgendes erwähnt: Lloyd George empörte sich gegen Clemenceau, der mit der Unterstützung Präsident Wilsons, bestimmt aus freimaurerischer Solidarität[127] mit Masaryk und Benesch, den Ton angab, stimmte letztlich aber doch zu.[128]

Gegen die Macht hilft kein Widerstand: Alle schickten sich darein, zu Tode betrübt, aber mit empörtem Herzen.

Wenn auch in geringerem Maßstab, war die Tschechoslowakei nichts als ein anderes Österreich-Ungarn, das irgendwann, mit oder ohne Krieg, zur gleichen Zersplitterung bestimmt war.

Am 15. Juni 1919 richtete Staatskanzler Karl Renner einen langen Brief an den Präsidenten der Friedenskonferenz Georges Clemenceau, der folgende prophetische Warnung enthielt:

»Die alliierten und assoziierten Mächte sind bezüglich der Bevölkerung der genannten Gebiete und aller Deutsch-Österreicher im Begriffe, ein klar zutage liegendes Unrecht zu begehen, sowie das tschechoslowakische Volk zu einer abenteuerlichen und äußerst gefährlichen Politik zu verleiten . . . Die Mächte würden auf diese Weise im Zentrum Europas einen Herd des Bürgerkriegs schaffen, dessen Glut für die ganze Welt und ihren sozialen Aufschwung noch gefährlicher werden könnte, als es die ständigen Gärungen auf dem Balkan waren . . .«

1938 gärte die Tschechoslowakei seit bald zwanzig Jahren; nun war sie aber zu einem Herd des Weltkrieges, und nicht des Burgerkriegs geworden.

2. Hitler und die tschechoslowakische Frage

Aus dem Vorstehenden hat der Leser bestimmt schon gefolgert, daß die Tschechoslowakei seit zwanzig Jahren nur deshalb unter Druck stand, weil die als größte Volksgruppe, aber nicht in der Mehrheit vorhandenen Tschechen sich dort, von den Gesetzen der Demokratie geschützt, wie in einem eroberten Land benommen hatten. Unter Bruch ihrer Versprechungen und unter Verletzung der Friedensverträge von Versailles, Saint-Germain und Trianon, in die sie eingewilligt hatten, hatten sie keinen die Rechte der einzelnen Nationalitäten anerkennenden Bundesstaat gegründet, sondern einen einheitlichen, stark zentralisierten Staat, dessen Getriebe sich in ihren Händen befand: tschechisch war nicht nur die Verwaltung, sondern auch die Polizei, die Gendarmerie, die Heereskader und so weiter.

Originell war diese Staatsform nur insofern, als ein Minister für slowakische Angelegenheiten in der Regierung saß: das war die tschechische Art, ihnen die innere Autonomie zuzuerkennen. Die Slowaken, eine sanft-gutmütige, naiv-einfältige Volksgruppe, gaben sich lange Zeit damit zufrieden.

Im Jahre 1938 hatten die Tschechen im Schutz dieses Ministeriums so viele Erpressungen verübt, daß beide Volksgruppen vor dem Bruch standen.

Die anderen Nationalitäten kannte die Verfassung nicht, und da sie diesen Umstand schlechter vertrugen als die Slowaken, wurden sie einer strengeren Überwachung unterzogen und viel mehr schikaniert. Sah der Staatshaushalt einen Posten für die Förderung des Schulwesens vor? Das war für die tschechischen Schulen. Arbeitslosengeld? Nur für die Tschechen. Gegen die Regierung zu stimmen, war eine Heldentat: Man verlor dabei seine Arbeit . . . Auf sich selbst gestellt, ohne Hoffnung auf irgendwelche Hilfe von außen, duckten die Minderheiten sich unter dem Hagel. Unter diesen Bevölkerungen gab es sogar Strömungen, die sich für eine Zusammenarbeit mit den Tschechen aussprachen, um diese zu besänftigen.

Im Fall der Sudetendeutschen (dem wohl bekanntesten, da er Ursprung der Tragödie war) gab es vor 1935 nie mehr als 30%, die sich für Konrad Henleins Sudetendeutsche Partei aussprachen, die den systematischen Widerstand empfahl. Alles änderte sich, als Hitler im Januar 1933 an die Macht in Deutschland kam und sämtliche Nationalitäten in der Tschechoslowakei auf den Gedanken brachte, daß eine Hilfe doch von außen kommen könnte: Die Remilitarisierung des Rheinlandes hatte seine Stärke unter Beweis gestellt, und der Anschluß hatte gezeigt, daß er seine Stärke zur Befreiung der Völker anwandte, die ebenso wie sie vom Versailler Vertrag unterdrückt wurden. Unter den Sudetendeutschen gewann die grundsätzliche Opposition ständig an Boden: 50% im Jahre 1935, 66% 1936 und 83% 1938. Bei den Wahlen vom 19. Mai 1935 errang die SdP die höchste Stimmenzahl aller Parteien im Lande und im Juli 1936 errang die Henlein-Partei vierundvierzig Abgeordnetensitze: die stärkste parlamentarische Gruppe im ganzen Prager Parlament. Trotz Polizeidruck. Sie hatten sogar einen Teil der tschechischen Wählerschaft für sich gewonnen.

Im Parlament war die zweitstärkste Fraktion die Agrarpartei mit vorwiegend slowakischer Beteiligung, deren Generalsekretär, der Slowake Hodscha, die interne Autonomie innerhalb eines Bundesstaates, wenn auch heimlich, befürwortete. Milan Hodscha wurde zum Ministerpräsidenten ernannt. Drei Sudetendeutsche gehörten dieser Regierung ebenfalls an: F. Spina, Vorsitzender vom Bund der Landwirte, R. Mayr-Harting, ein Christsozialer, und der Sozialdemokrat L. Czech.

Die Lage zog sich noch etwas hinaus, aber im Jahre 1938, während der Krise, war der Bruch zwischen Tschechen und Slowaken vollzogen. Die Politik der Annäherung mit Moskau, der die Slowaken und alle anderen Nationalitäten grundsätzlich entgegentraten, hatte bei den Tschechen an Boden gewonnen: Durch das russisch-tschechische Abkommen vom 16. Mai 1935 eingeleitet, war diese Politik das Werk der internationalen Freimaurerei, deren Wortführer in der Tschechoslowakei Benesch war. Aber nicht alle Tschechen waren Kommunisten oder Freimaurer. Hitlers Erfolge hatten gleichzeitig viele von ihnen davon überzeugt, daß eine Verständigung mit ihm ihre Unabhängigkeit eher schützen würde als ein offener, frontaler Kampf, daß eine verständnisvollere Politik gegenüber den Minderheiten geboten war. Diese sonderten sich ab, so daß Staatspräsident E. Benesch nunmehr in der Minderheit war.[129] Er ließ sich trotzdem nicht erweichen.

Und Hitler?

Am 11. März 1938, am Tag vor dem Einzug der deutschen Truppen in Österreich, versicherte Göring V. Mastny, Beneschs Botschafter in Berlin, daß »die Tschechoslowakei nicht den geringsten Grund zur Beunruhigung (zu) haben« brauche. Am 13. März auf den Hradschin bestellt, wiederholte E. Eisenlohr, der deutsche Gesandte in Prag, diese Äußerung gegenüber Benesch.

Doch im März 1939 stellte Hitler selbst die Weltöffentlichkeit mit dem Eingriff der deutschen Truppen in die Tsche-

choslowakei vor eine erneute Frage, und man schloß daraus, daß Hitler seine Verpflichtungen nicht einhielt. Einmal mehr, fügte man gern hinzu: Man hätte aber schwerlich ein anderes Beispiel heranziehen können, wo das der übernommenen Verpflichtung widersprechende Verhalten Hitlers nicht durch Vertragsbruch eines seiner Gegner hervorgerufen worden wäre.

Was den vorliegenden Fall betrifft, so forderten am 11. März 1938 die Sudetendeutschen immer noch die interne Autonomie innerhalb des tschechoslowakischen Staats, und auch wenn Hitler diese Forderung offen unterstützte, hatte er keinen Grund zum Eingreifen. Ende August 1938 forderten Teile der Sudetendeutschen nicht mehr die Selbstverwaltung, sondern die Angliederung an das Reich, und sie baten ihn um Unterstützung. Zum anderen hatte ein Zwischenfall am 20. Mai die deutsch-tschechischen Beziehungen weiterhin vergiftet: Benesch ließ die Nachricht verbreiten, Hitler habe gegen die Tschechoslowakei mobilisiert, was ihn wiederum zur Mobilmachung bewogen habe. Nun aber hatte Hitler nicht mobilisiert; alle ausländischen Gesandtschaften, unter anderem A. François-Poncet und der französische Militärattaché in Berlin, Hauptmann Stehlin,[130] bestätigten es nach eingehender Überprüfung. Das war lediglich ein Gerücht, das Benesch in die Welt gesetzt hatte, um einen Vorwand zu haben, und Hitler hielt dieses Geschehnis für eine Provokation.

Aus der Tatsache, daß Hitler am 21. April 1938 Keitel befohlen hatte, einen Plan zum militärischen Eingreifen in die Tschechoslowakei auszuarbeiten, schloß man ebenfalls, daß er sich, unter allen Umständen noch vor dem Herbst, zum Einfall in die Tschechoslowakei anschicke, da man mit Bestimmtheit wisse, er werde den Krieg auslösen. Diesen Krieg wünsche er herbei, so sagte man, und der beste Beweis sei, daß er sich auf ihn vorbereite. Und ein allgemeiner Krieg setzte eben die Zerschlagung dieser in seiner Flanke steckenden Bastion voraus, die die rumänischen Erdölfelder, die Ge-

treidefelder der Ukraine und die riesigen Ebenen Osteuropas verriegelte.

Zur Untermauerung dieser These wurde jene Militärkonferenz herangezogen, die Hitler vor seinen Generalen am 5. November 1937 in der Berliner Reichskanzlei hielt und die uns durch die sogenannte Hoßbach-Niederschrift überliefert wurde, nach dem Namen von Hitlers Adjutanten, der diese Besprechung aufzeichnete.[131]

Daß Hitler am 21. April 1938 Keitel beauftragte, einen Plan zum militärischen Eingreifen in der Tschechei auszuarbeiten, und dieses Eingreifen bis spätestens zum 1. Oktober erwartete, beweist keineswegs, daß er den Krieg herbeiwünschte und ihn noch vor diesem Datum auslösen könnte. Er gedachte vielmehr, und alle seine Reden bezeugen es, die Tschechei-Frage ähnlich wie die Remilitarisierung des Rheinlandes und den Anschluß zu lösen, das heißt ohne Krieg. Aber er mußte — das ist überhaupt die Doktrin aller Staaten — stark sein, um seine Gegner davon abzubringen, ihm den Krieg zu machen. Und wenn die Sudetendeutschen, wie wohl anzunehmen, es schafften, die These von der Angliederung an das Deutsche Reich vor dem 1. Oktober geltend zu machen, mußte er von seiten seiner Gegner ebenfalls Reaktionen erwarten, die ihn zu einem militärischen Eingreifen zwingen würden, mußte er bereit sein. Er suchte aber keineswegs, wie behauptet wurde, die Dinge zu überstürzen; einen Beweis dafür liefert jene Äußerung, die er gegenüber Jodl unmittelbar nach dem Anschluß machte, und die der General in seinem Tagebuch folgendermaßen festhielt:

»Führer äußert nach Einverleibung Österreichs, daß ihm die Bereinigung der tschechischen Frage nicht eilt.«[132]

Daß Hitler auf die rumänischen Erdölfelder, die Getreidefelder der Ukraine, die riesigen Ebenen des Osten abzielte, steht außer Zweifel, und *Mein Kampf* bestreitet es nicht. Daß er dachte, er müsse Krieg führen, ist ebenso gewiß. Aber alles, was wir von ihm wissen, läßt erkennen, daß er niemals dachte, er müßte wegen der Tschechoslowakei Krieg

führen. Indem er sich auf die Erklärungen von Chamberlain, Eden und Halifax und anderen stützte, war er sicher, daß England, und dadurch auch Frankreich, nicht eingreifen würde, ebensowenig wegen Danzig und des polnischen Korridors (er stand sehr gut mit Oberst J. Beck), auch nicht wegen der rumänischen Ölfelder (die er durch Verhandlungen zu bekommen meinte, indem er Rumänien gegen England, das sie besaß, antreiben würde), oder wegen Memel (Litauen hatte nämlich seine Politik auf die polnische ausgerichtet). Für Hitler kam der Krieg demnach erst für den Tag in Frage, an dem er eine gemeinsame Grenze zu Rußland haben und mit diesem unmittelbar konfrontiert sein würde. Und doch hoffte er noch, Polen von Rußland (durch Pflege und Förderung seiner wohlbekannten Feindlichkeit gegen den Bolschewismus) trennen sowie den Zusammensturz Rußlands von außen hervorrufen zu können, und nur beim Fehlschlagen dieses Planes zum Krieg schreiten zu müssen.

Die erwähnte Hoßbach-Niederschrift, die zur Bekräftigung der These, Hitler habe den Krieg um jeden Preis gewollt, benutzt wird, ist übrigens eine höchst wahrscheinlich bestellte Belastungsurkunde von zweifelhaftem Beweiswert. Ihr Verfasser selbst konnte für ihre Echtheit nicht bürgen: er hatte Aufzeichnungen handschriftlich angefertigt. Was in Nürnberg vorgelegt wurde, ist aber nicht der Originaltext, der nach wie vor als verschollen gilt, sondern eine nicht unterschriebene Schreibmaschinenabschrift, die nicht von ihm stammte. In Nürnberg sagte er aus, daß er »nicht mehr mit Sicherheit sagen könne, ob es sich bei der Photokopie um eine genaue, wörtliche Wiedergabe meiner Niederschrift handele«.[133] Über Hitlers Absichten hinsichtlich des Krieges schreibt der belgische Historiker de Launay:

»Hitler war schwer zu durchschauen, nicht immer konsequent und gegen Ratschläge von außen nicht ganz gefeit. War er am 5. November 1937 tatsächlich entschlossen, das Risiko eines Krieges einzugehen, nur um seine phantastischen Vorstellungen zu verwirklichen, die mit den eigentli-

chen politischen wie militärischen Voraussetzungen und Möglichkeiten unvereinbar waren? Die Antwort auf diese Frage wird Historiker und Psychologen noch lange Zeit beschäftigen.«[134]

Wir möchten hinzufügen, daß, auch wenn dieses Dokument Hitlers entschiedenen Willen zum Krieg bereits am 5. November 1937 unbestreitbar begründete, er jedenfalls nicht zu dem Krieg gezwungen wurde, an den er dachte. Das Dokument besagt nämlich ausdrücklich, daß er 1943 als Zeitraum für einen solchen Krieg in Betracht zog. Außerdem stellt das Dokument diesen Krieg, nicht weniger ausdrücklich, als »eventuell« hin und schreibt Hitler die Hoffnung zu, die deutsche Frage noch politisch lösen zu können.

Es hat schließlich den Anschein, als hätte jene Konferenz vom 5. November 1937 nichts anderes bezweckt, als Druck auf Fritsch auszuüben — zur Beschleunigung der Wiederaufrüstung. Diese Meinung teilten Göring, Raeder, Blomberg und Fritsch selbst. Zur Begründung: die Hoßbach-Niederschrift (die der Führer nicht einmal durchzulesen bereit war!) war zu keiner Zeit ein Grunddokument in den Unterlagen des deutschen Generalstabs (wo sie niemals aufgenommen wurde), und die deutschen Generale arbeiteten keinen einzigen Plan aufgrund ihres Inhalts aus. Jacques de Launay schließt seine Untersuchung mit den Worten: »Nur die Nürnberger Richter haben sie ernstgenommen.«[135] Das ist kein Lob für diese Richter.

Jacques de Launays These, der sich heutzutage alle seriösen und objektiven Historiker anschließen, herrscht allerdings nicht in der öffentlichen Meinung vor: Neben seriösen und objektiven Historikern gibt es auch solche, die gesteuert sind. Das sind die meisten, und sie finden ein geneigtes Ohr bei der Regierung und der Presse aller Länder der Welt. Wir haben das einer ganzen Literatur zu verdanken, die unter anderem den deutschen Widerstand gegen die Politik Hitlers, seine Großtaten, die Verschwörung der Generale ins Licht setzte und maßlos übertrieb. Sie stützt sich auf die Aussagen

zweifelhafter Männer, wie der deutschen Polizisten Gisevius[136] und Schellenberg[137] oder des Dolmetschers Paul Schmidt, der wegen seiner langjährigen Ergebenheit für Hitler auf Nachsicht angewiesen war,[138] oder solcher, deren Pläne Hitler vereitelt hatte, etwa seines Finanzministers Schacht[139] und General Halders, der als Generalstabschef der OKW die Geschichte[140] des Führers erzählte, usw.

Daß jene akademischen Versager, die im Zug des alliierten Sieges die Presse überschwemmten, die nachträglich als *pro domo*-Plädoyers verfaßten Zeugnisse dieser Leute gegen bares Geld annahmen, mag noch angehen: Schließlich schreiben diese Bedürftigen für die Leute, die sie bezahlen. Daß aber die Geschichtsschreiber sie nicht durch das Sieb der Geschichte rührten, ist unfaßbar.

Ach! diese deutschen Widerstandskämpfer! . . . Es schickt sich beispielsweise zu behaupten, Hitler sei auf harten Widerstand seitens seiner Gegner gestoßen, als die tschechoslowakische Frage und damit die Frage nach einem eventuellen militärischen Eingriff sich stellten. Es stimmt zwar, daß sich eine stattliche Anzahl von Generalen gegen Hitler auflehnte; das geschah aber erst am 20. Juli 1944, nach Stalingrad und dem Ärger, den Hitlers erste folgenschwere taktische Fehler bei ihnen hervorriefen: Jener Angriff in Richtung Moskau und die anschließende Abweichung in Richtung Stalingrad, mitten im Krieg, ließen jeden Zusammenhang vermissen. Aus der Sicht der Generale mußte man sich von vornherein für Moskau oder für Stalingrad entscheiden, und viele unter ihnen waren der Auffassung, daß Stalingrad und der Kaukasus insofern Moskau vorzuziehen seien, als das Unternehmen Rußland von seinem lebenswichtigen Zentrum, dem Kaukasus, abgeschnitten hätte, während es, auf Moskau ausgerichtet, nur eine ausschließlich politische Wirkung erreichen konnte.

Nachdem Hitler, durch Änderung des Operationsziels mitten im Kampf, den Angriff auf Moskau hatte scheitern lassen entschied er sich für Stalingrad. Es war aber zu spät: Die

von den Amerikanern unterstützte russische Armee hatte sich wieder aufgerappelt. Das Debakel am 2. Februar 1943 (Kapitulation von Stalingrad) traf die Gesamtheit der Generale, die an Hitlers Fähigkeiten zu zweifeln begannen und nunmehr wünschten, daß künftig Fachleute mit der Führung der Operationen betraut würden. Die Verschwörung vom 20. Juli 1944 ist nur damit zu erklären, daß sie erfolglos geblieben waren. Hinzu kam der Überdruß an einem schon fünf Jahre dauernden Krieg, dessen Ausgang kaum vorauszusehen war, wenn Hitler an der Spitze der Nation bliebe, und weitere taktische Fehler, die er in der Folge beging. Heute wissen wir aber, daß sich 1938 nur ein einziger Gegner unter den Generalen befand: General Beck, Chef des Generalstabs. Auf Becks Wunsch fand am 4. August 1938 in Berlin eine Besprechung aller Armeeführer und Korpskommandeure statt — in Abwesenheit des Führers. Von einem seiner Adjutanten, General Adam, abgesehen, sprach sich Beck als einziger gegen Hitlers Pläne bezüglich der Tschechoslowakei aus.[141]

Beck war der Auffassung, daß die Unterstützung der Sudetendeutschen nicht bis zum militärischen Eingreifen gehen solle, da diese einen allgemeinen Krieg hervorrufen werde. Diese Auffassung hatte er bereits 1936 aus demselben Grund im Fall der Wiederbesetzung des Rheinlandes vertreten, und erst vor einigen Monate im Hinblick auf den Anschluß Österreichs. Bedenkt man die offiziellen Erklärungen Englands, an dessen Politik sich Frankreich — Äußerungen mehrerer französischen Minister in der Öffentlichkeit belegen es — ausrichten mußte, so läßt sich die Stellungnahme eines so erfahrenen Mannes wie General Beck nur mit Hintergedanken erklären, und wir sind hierbei auf Vermutungen angewiesen.

Auf folgende zum Beispiel: General Beck war mit Hjalmar Schacht eng befreundet. Schacht war Freimaurer. Als Präsident Roosevelt am 2. Januar 1936 Japan, Italien und Deutschland mit dem Bannfluch belegte, richteten sich alle Freimaurer der Welt nach ihm aus. Von nun an — Zufall? — setzte der Streit zwischen Schacht und Hitler ein. Präsident

Roosevelt war gegen die Wiederbesetzung des Rheinlands und berief sich auf die Einhaltung der Verträge; Schacht war es auch mit dem Hinweis auf die nötige Vorsicht, und Beck folgte. Präsident Roosevelts feindliche Einstellung gegen Hitler verschärfte sich, die von Schacht ebenfalls. Jener hielt am 5. Oktober 1937 seine berühmte Quarantäne-Rede in Chicago; dieser informierte Hitler, daß er aller Wahrscheinlichkeit nach die Mefo-Effekte nicht verlängern könnte, was Deutschland um seine Liquidität gebracht hätte. Und Schacht legte sein Ministeramt nieder. Im Februar—März 1938 war er gegen den Anschluß — ebenso wie Präsident Roosevelt, der sich hierüber allerdings nicht mehr öffentlich äußerte, da N. Chamberlain ihn darum gebeten hatte (siehe unten, S. 184), sich nicht mehr in die europäischen Angelegenheiten einzumischen. Das hinderte ihn aber nicht, es im Freundeskreis laut zu tun. Wenn auch nicht mehr amtierender Minister (nominell bis 1943), war Schacht bestrebt — und seine Memoiren bestätigen es —, Unruhe in den Militärkreisen zu stiften, auch zum Zeitpunkt der tschechoslowakischen Affäre. General Beck lief mit; er folgte immer noch Schacht, als jene Verschwörung stattfand. Es hat den Anschein, als sei der Freimaurer Schacht bei allen diesen Affären das Trojanische Pferd des Freimaurers Roosevelt in Deutschland gewesen. Kein Dokument zeugt von einer Verbindung zwischen beiden Männern; die Umstände stimmen aber zu sehr miteinander überein, als daß diese Auffassung von vornherein abgewiesen werden könnte. Es ist, wie gesagt, lediglich eine Vermutung, und sie gilt nur, was sie wert ist.

Das sind die Voraussetzungen, unter denen Hitler die tschechoslowakische Frage anging. Da Beck es nicht geschafft hatte, die Generale gegen Hitler umzustimmen, legte er sein Amt mit der Hoffnung nieder, daß man ihn nachahmen würde. General Halder, der nach dem Krieg soviele Dinge über Hitler schrieb, damals aber mit ihm übereinstimmte, erklärte sich damit einverstanden, Beck abzulösen. General Adam wurde kaltgestellt, und das war alles.

3. Chamberlains Kampf für den Frieden

Die internationale Lage entwickelte sich für Hitler ebenso günstig, wie er es vorhergesehen hatte: England hielt an seinem Standpunkt fest, nicht in der Tschechoslowakei einzugreifen, und zur Überraschung aller richtete sich Präsident Roosevelt nach England aus. Seine Haltung läßt sich heute erklären.

Am 11. Januar 1938, die Anschluß- und Sudetenfrage war bereits akut, hatte er Chamberlain davon unterrichtet, daß er die Einberufung einer internationalen Konferenz plane, »um die großen Linien eines gemeinsamen Vorgehens zugunsten des Friedens festzulegen«. Chamberlain betrachtete Roosevelt als impulsiven Wirrkopf, den man aus den europäischen Angelegenheiten heraushalten müsse; er fürchtete nämlich, ihm eine Tribüne zu stellen, von der aus er seine Anschuldigungen vom 2. Januar 1936 und vom 5. Oktober 1937 fortsetzen könnte. Außerdem war er der Ansicht, daß die europäischen Angelegenheiten Sache der Europäer seien, und befürwortete eine Viererkonferenz: mit England, Italien, Frankreich und Deutschland. Seine Antwort vom 14. Januar 1938 hatte folgenden Wortlaut:

»Vermutlich werden die Regierungen Italiens und Deutschlands, von denen wir Zugeständnisse erwarten, nur unter der Bedingung zustimmen, daß die behandelten Fragen begrenzt und konkret sind und sich nicht in allzu fernen[142] Problemen verlieren, die der Präsident in ihrer Gesamtheit geregelt wissen möchte.

Es wäre nach meiner Ansicht bedauerlich, wenn ein Vorgehen, dem der Präsident einen ähnlichen Charakter wie dem unseren geben will, die Fortschritte behindern würde, die wir mühsam im Laufe der letzten Monate errungen haben. Deshalb frage ich mich, ob es für den Präsidenten nicht klüger wäre, sich jeder Geste zu enthalten, bis wir die weiteren Fortschritte in der Behandlung der uns berührenden Probleme ermessen können.«[143]

Präsident Roosevelt ging am 17. Januar auf diesen Brief ein:

»In Anbetracht der Meinungen und Überlegungen des Premierministers verzichte ich gern auf einen neuen Vorschlag, bis die Regierung seiner Majestät überblicken kann, welche Fortschritte in den bevorstehenden Verhandlungen zu erzielen sind. Es wäre wünschenswert, mich über die Entwicklung der direkten Verhandlungen mit Deutschland und Italien auf dem laufenden zu halten.«[144]

Und er ließ es sich nicht zweimal sagen. So wurde 1938 Roosevelts Kreuzzug gegen die Diktaturen vorübergehend abgebrochen: In der Anschluß- und Sudetenfrage stimmte er seine Haltung (siehe seine Mitteilung vom 9. September 1938 sowie die beiden Botschaften, die er am 28. September 1938 an Hitler und Mussolini richtete) auf den von Chamberlain bezogenen Standpunkt ab. Die Unterstützung des britischen Premiers brauchte er nämlich im pazifischen Raum gegen Japan.

Englands Haltung bedarf einer Erklärung. Unmittelbar nach Unterzeichnung des Versailler Vertrags erkannte England, daß die Frage der mitteleuropäischen Minderheiten schlecht gelöst worden sei; es sei überhaupt ein schwerer Fehler gewesen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das immerhin Bestandteil seiner und Präsident Wilsons Doktrin war, nicht auf Österreich, die Tschechoslowakei, den polnischen Korridor, Memel, Danzig und andere angewandt zu haben. Früher oder später müßten diese deutschen Minderheiten zu Recht, ob Hitler oder nicht Hitler, an Deutschland zurückfallen; das würde zweifellos zum Frieden beitragen. 1925 hatte England in Locarno keine Verpflichtungen bezüglich der in Versailles geschaffenen Kunststaaten eingehen wollen. Seitdem machte es sich aber Gedanken über den Bolschewismus und billigte nicht Frankreichs osteuropäische Politik, vor allem den französisch-sowjetischen Bündnispakt. Seit 1935 redete es wiederholt auf Präsident Benesch ein, er solle sich gegenüber Hitler mäßigen, und erklärte,

daß es ihm im Fall eines Konflikts nicht beistehen werde. Seitdem stand es sehr gut mit Deutschland, mit dem es den Flottenvertrag vom 18. Juni 1935 unterzeichnet hatte, und weder der Anschluß noch die in der Sudetenfrage von Deutschland bezogene Stellung hatten diese freundlichen Beziehungen gestört. Am 17. Juli 1938 hatte Halifax Hauptmann Wiedemann, einem Gesandten Hitlers, noch beteuert:

»Sagen Sie Ihrem Führer, daß ich noch vor meinem Tode die Verwirklichung des Zieles aller meiner Arbeit erleben möchte: Zu sehen, wie der Reichskanzler vom König von England empfangen wird und wie er auf dem Balkon des Buckingham-Palastes begeistert von den Londonern begrüßt wird.«[145]

In dieser Stimmung gab Chamberlain am 26. Juli 1938 die Entsendung einer Untersuchungs- und Vermittlungskommission nach Prag bekannt, die Lord Runciman leiten sollte: die rund 350 000 Sudetendeutschen standen kurz vor dem Aufruhr, ihre drei Vertreter in der Hodscha-Regierung waren zurückgetreten, Auseinandersetzungen auf den Straßen mehrten sich, die Verhaftung Konrad Henleins stand bevor und Hitler hatte angekündigt, daß er auf Wunsch der Sudetendeutschen Partei[146] ohnehin spätestens am 1. Oktober militärisch intervenieren werde. Am 10. September ließ Beneschs Starrsinn die Mission scheitern. Lord Runciman empfahl den Anschluß des Sudetenlandes an das Reich. Dem von der Möglichkeit eines Krieges besessenen Chamberlain blieb nichts anderes übrig, als gemeinsam mit Hitler eine vernünftige Lösung anzustreben, die er befürworten könnte und danach Benesch, mochte dieser damit einverstanden sein oder nicht, auferlegen würde, unabhängig davon, ob Frankreich und Rußland, die durch den französisch-sowjetischen Pakt verbunden waren, ihre Zustimmung gaben. (Es sei hierzu bemerkt, daß Frankreich am 25. Januar 1924 ein Bündnis mit der Tschechoslowakei geschlossen hatte, das am 16. Oktober 1925 bekräftigt wurde; das galt auch für Rußland mit dem tschechisch-sowjetischen Beistandspakt vom 16. Mai 1935.)

So kam in Chamberlain der Gedanke auf, Hitler persönlich aufzusuchen, was zu den Unterredungen von Berchtesgaden (16. September) und Godesberg (22.—23. September 1938) führte.

Chamberlain wußte um den Widerstand gegen seine Politik seitens Churchills, der sich nach der Politik der französischen Kriegshetzer Reynaud und Mandel ausgerichtet hatte, und seitens der Labour Party, die sich dem von der Sozialistischen Partei Frankreichs eingeschlagenen Kurs[147] angeschlossen hatte. Er wollte nicht, daß sein Unternehmen bekannt werde und eine Polemik hervorrufe, die es vereitelt hätte. Daher bereitete er dieses Unternehmen in der Stille seines Kabinetts vor, allein mit Lord Halifax, der es sofort gutgeheißen hatte. Seine anderen Minister setzte er erst in Kenntnis, als Hitler das erste Treffen (15. September) zusagte. Sowie sie von seinem Vorhaben unterrichtet wurden, gratulierten sie alle Chamberlain.

Man muß diese Zeit erlebt und Chamberlains Bemühungen schrittweise verfolgt haben, wenn man ermessen will, wie er trotz allseitig auftretender Hindernisse sein Unternehmen doch erfolgreich führte: zu jenen Münchener Verträgen (29.—30. September 1938) nämlich, die seit Kriegsende so verschrien wurden, die aber, man muß es einsehen, wieder für gerechte Verhältnisse in Mitteleuropa sorgten, indem sie Deutschland Gebiete und Bevölkerungen zurückerstatteten, von dem sie niemals hätten getrennt werden dürfen. Ohne Nachteile, da sie den Viermächte-Pakt neu belebten, der den Frieden in Europa für Jahrhunderte gesichert hätte, wenn man diesen Weg fortgesetzt hätte.

Am 15. September, in Berchtesgaden, war Chamberlain mit Hitler, nicht ohne Mühe, über die Sudetengebiete einig geworden, die an das Deutsche Reich zurückfallen sollten, sowie über die Räumungsfristen für die tschechische Verwaltung, Armee und Polizei. Das war aber nur eine persönliche Übereinkunft, die dem englischen Ministerkabinett vorgelegt werden und, wenn möglich, die Zustimmung der franzö-

sischen Regierung finden mußte. Daher vereinbarten die beiden Männer, sich erneut am 23. September zu treffen.

Kaum hatte er sich, nach London zurückgekehrt, von den Reisestrapazen erholt, als er eine Entschließung auf seinem Schreibtisch vorfand, die der jüdische Weltkongreß am 18. September 1938 angenommen hatte. Sie lautete:

»Es ist unsere Pflicht, Sie von der zunehmenden Sorge zu unterrichten, die Millionen Juden angesichts der deutschen Bemühungen, weitere, von Juden[148] besiedelte Gebiete zu erwerben, haben.

Die Juden der ganzen Welt haben die unmenschliche Behandlung nicht vergessen, die den Juden des Saarlands und Österreichs zuteil wurde.[149]

Die Exekutive des jüdischen Weltkongresses bittet daher, auf keine Regelungen einzugehen, die die Rechte der Juden nicht uneingeschränkt sicherstellen.«

Später sollte er zugeben, daß während dieser ganzen Zeit »die Juden starken Druck auf mich ausübten, um mich von jeder Abmachung mit dem Führer abzubringen«.[150]

Am 16. September 1938 hatte das britische Ministerkabinett die Abmachung Chamberlain—Hitler einstimmig gebilligt: allerdings mußte die Zustimmung der französischen Regierung noch erwirkt werden. Georges Bonnet war von vornherein gewonnen. Am 15. September, noch bevor Chamberlain zurückgekehrt war, hatte er in London mitgeteilt, daß die französische Regierung alle Vorschläge Chamberlains bezüglich der Tschechoslowakei unterstützen werde, die Hitler annehmen würde. Und er hatte seinen Gesandten in Prag, L. de Lacroix, darum gebeten, Benesch mitzuteilen, es werde »der französischen Regierung im Fall eines Krieges gegen Deutschland nicht leicht sein, die ganze Öffentlichkeit hinter sich zu bringen, wenn Frankreich nicht angegriffen wird und auch nicht die Gewißheit hat, daß sich Großbritannien an seine Seite stellt«.[151] Daladier war zurückhaltender: Er mußte nämlich bedenken, daß Mitglieder seiner Regierung, etwa Chautemps, Queuille de Monzie, Pomaret, Marchan-

deau, zwar genauso wie Bonnet für eine Verständigung waren, daß aber die Minister Reynaud, Mandel, Campinchi, Jean Zay, de Chappedelaine und Champetier de Ribes ihr feindlich gegenüberstanden und es überall ausposaunten.

Schließlich erklärten sich Daladier und Bonnet, die am 18. September 1938 nach London bestellt worden waren, mit dem Chamberlain-Hitler-Plan unter zwei Bedingungen einverstanden.[152] Die neue Grenze sollte durch eine internationale Kommission unter tschechischer Beteiligung festgelegt und von England gegen jeden neuen Angriff garantiert werden. Dann reisten sie nach Paris zurück. Am 19. September sprach sich der französische Ministerrat für diese Lösung aus. Es war allerdings eine nur scheinbare Einmütigkeit: Die einen stimmten dem nunmehr französisch-englischen Plan nur deshalb zu, weil sie ihn für das einzige Mittel hielten, den Frieden zu retten; die anderen, weil sie überzeugt waren, daß Prag nicht darauf eingehen werde. Sie taten übrigens alles, damit Prag nicht darauf einging: der Plan, mit der französischen und der britischen Unterschrift versehen, war dem Gesandten der Tschechoslowakei in Paris Osusky bereits am Nachmittag übergeben worden; Churchill, der gegen die Politik Chamberlains tobte, raste am 20. September nach Paris, um Mandel und Reynaud zu warnen; und von seinem Zureden ermutigt, rief Mandel Benesch in Prag an und trug ihm folgendes vor:

»Sie stehen an der Spitze eines freien und unabhängigen Volkes. Weder Paris noch London haben das Recht, Ihnen Ihre Haltung zu diktieren. Wenn Ihr Gebiet verletzt wird, sollten Sie keine Sekunde zögern, den Befehl an Ihre Armee zu geben, die Heimat zu verteidigen. Wenn Sie es tun, retten Sie Europa vor dem Hitlerismus, denn ich kann Ihnen sagen, wenn Sie in der Notwehr den ersten Schuß abgeben, wird der Widerhall in der Welt gewaltig sein. Die Kanonen Frankreichs, Großbritanniens und auch Sowjetrußlands werden wie von selbst zu schießen beginnen! Die ganze Welt wird ihnen folgen, und Deutschland wird innerhalb von sechs Mo-

naten ohne Mussolini und innerhalb von drei Monaten mit Mussolini geschlagen.«[153]

G. Mandel hieß eigentlich Jéroboam Rothschild, wenn auch mit den Rothschilds nicht verwandt, und war Minister. Adel verpflichtet: In dem Amt, das er bekleidete, mußte sein Verhalten in einer Linie stehen mit der Bittschrift des jüdischen Weltrats an Chamberlain. Alle Glaubensgenossen Mandels teilten seine Auffassung, oder fast alle. Meines Wissens soll es in Frankreich eine einzige Ausnahme von Rang gegeben haben: Emmanuel Berl. Ihm gebührt unsere Anerkennung.

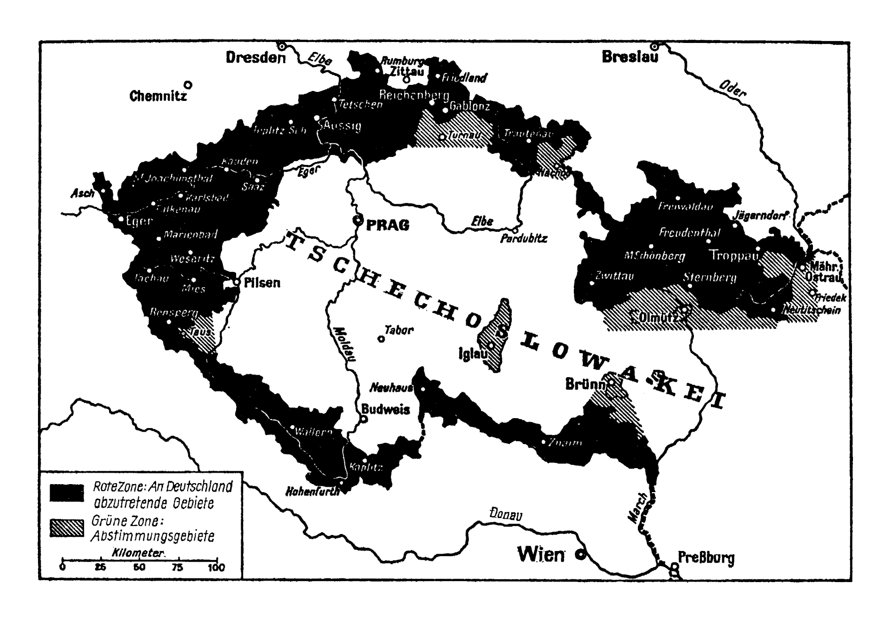
Dann traten die Schwierigkeiten auf, die Benesch Chamberlain in den Weg legte: Am 21. September hat er den französisch-englischen Plan zwar angenommen, aber am 23., 22.30 Uhr, verkündete er die allgemeine Mobilmachung in der Tschechoslowakei . . . Offensichtlich hat er den Rat Mandels befolgt und geglaubt, daß »beim ersten Schuß, den er abgeben würde, der Widerhall in der Welt gewaltig sein werde und daß die Kanonen Frankreichs, Großbritanniens und auch Sowjetrußlands wie von selbst zu schießen beginnen würden«. Tatsächlich, Frankreich mobilisierte sofort 600 000 Mann. Benesch jubelte. Er setzte auf eine Strömung innerhalb der Öffentlichkeit, die eine Ablösung von Daladier—Bonnet durch eine neue Regierungsmannschaft Mandel—Reynaud erzwingen sollte, in England den Rücktritt Chamberlains zugunsten Churchills. In der Nacht zum 22. September eröffnete einer seiner Minister telefonisch diesen Wunsch dem französischen Journalisten Rosenfeld, einem Freund und Mitarbeiter des regierenden Léon Blum: er antwortete ihm, man dürfe nicht »mit einem so raschen Umschwung Frankreichs und seiner Regierung rechnen«[154], aber anscheinend hat er ihm nicht geglaubt.

Mussolini mobilisierte seine Kriegsmarine und zog mehrere Divisionen in den Alpen, nach Frankreich gerichtet, zusammen. Belgien, Polen und Ungarn trafen militärische Vorkehrungen. Europa war in Waffen: Wenn Hitler hart blieb,

werde es Krieg geben. Einziger dunkler Punkt war: Trotz des französisch-sowjetischen Bündnispakts und des sowjetisch-tschechischen Abkommens hat sich Rußland nicht gerührt, unter dem übrigens begründeten Vorwand, es könne schon deshalb keine Hilfe leisten, weil Polen und Rumänien den russischen Truppen den Durchmarsch durch ihre Gebiete verboten hätten. Hinzu kam, daß Polen (wegen Teschen) und Ungarn (wegen Ruthenien) eigentlich gegen die Tschechoslowakei militärische Vorkehrungen getroffen hatten.

E. Benesch nahm sich aber der Polen und der Ungarn an. Er war außerdem sicher, daß Mussolini militärische Vorkehrungen nur pro forma getroffen habe und daß er nicht eingreifen werde. Die Absage Rußlands mochte ihn betrüben, doch nicht übermäßig: Frankreich und England würden schon mit vereinten Kräften Deutschland niederkämpfen, zumal er als Freimaurer um die Abtrünnigkeit Schachts und Becks wußte, ja sogar wähnte, die deutsche Öffentlichkeit und das Heer seien zum erstenmal uneins. Er glaubte nämlich immer noch an ein Eingreifen Frankreichs und Englands: Frankreich hatte bereits mobilisiert, England werde sich, von Frankreich mitgerissen, ebenfalls dazu entschließen. Mandel hatte recht. Getäuscht hatte er sich lediglich über Rußland, das, vor die vollendete Tatsache gestellt, bestimmt auch mitgerissen werde, und wenn es nur wegen der stillen Wünsche wäre, die es in bezug auf Polen hegte. Daher bestärkte sich Benesch in seinem Standpunkt.

Als Chamberlain von der allgemeinen Mobilmachung in der Tschechoslowakei erfuhr, hielt er sich in Godesberg, bei Hitler, auf. Die Unterredung war sehr heikel. Von vornherein hatte er Hitler mitgeteilt, daß der britisch-französische Plan eine neue Grenzziehung durch eine internationale Kommission mit tschechischer Beteiligung vorsehe; außerdem müßten die Signatarmächte diese Grenze garantieren. Schließlich müßten Fristen für die Räumung der tschechischen Verwaltung, Polizei, Armee, ja gar Bevölkerung aus den Sudetengebieten festgesetzt werden. Der Führer hatte



Karte zum deutschen Memorandum von Bad Godesberg (23. September 1938)

sich sofort dagegen gesträubt: Von einer internationalen Kommission, der die Tschechoslowakei zwecks neuer Grenzziehung angehören würde, wollte er nichts wissen; er wolle durchaus mit Briten, Franzosen oder Italienern verhandeln, aber nicht mit den Tschechen und den Russen. Diese neue Grenze gedenke er erst zu garantieren, wenn die Tschechoslowakei ihre Differenzen mit Polen und Ungarn beigelegt habe. Schließlich seien die Räumungsfristen zu lang. Sofort müßten die Sudetengebiete deutsch werden, da Benesch den französisch-englischen Plan angenommen habe, andernfalls werde Benesch Mittel und Wege finden, während der Frist alles in Frage zu stellen, und für Deutschland wie ebenso für das Sudetenland würden Mittel und Wege gefunden werden, ein weiteres Mal hereingelegt zu werden.[155] Chamberlain geriet daraufhin in Harnisch, die Verhandlungen standen unmittelbar vor dem Abbruch. Die Sitzung wurde geschlossen, doch verabredete man sich auf den nächsten Tag.

Am nächsten Tag fand sich Chamberlain nicht ein. Unterdessen hatte er nachgedacht und stellte Bedingungen für die

Wiederaufnahme der Unterredung. Schließlich schien sich die Lage zum Guten zu wenden, und die beiden Männer trafen wieder zusammen. Hitler zauberte einen Plan hervor über die innerhalb von 48 Stunden abzutretenden Gebiete sowie über eine andere, am 15. September nicht vorgesehene Zone, in der eine Volksabstimmung stattfinden solle. Hitlers Plan klang wie ein Ultimatum; das bedeutete einen erneuten Bruch, als plötzlich die Nachricht von der allgemeinen Mobilmachung in der Tschechoslowakei eintraf. Beide Männer schauten sich versteinert an: Zweifellos war der Krieg nun unvermeidlich. Totenstille. Hitler ging mit sich selbst zu Rate. Nach einer scheinbar nicht enden wollenden Zeitspanne sagte Hitler auf einmal: »Meine Zusage, daß ich während der Verhandlungen nicht gegen die Tschechoslowakei vorgehen werde, halte ich trotz dieser unerhörten Provokation selbstverständlich aufrecht, zum mindesten solange Sie, Herr Chamberlain, sich noch auf deutschem Boden befinden.«[156]

Die Atmosphäre entspannte sich; die Unterredung wurde fortgesetzt, Hitler erklärte sich bereit, über die Räumungsfristen zu sprechen. Daraufhin sagte er: »Ihnen zuliebe, Herr Chamberlain, will ich in der Zeitfrage eine Konzession machen. Sie sind einer der wenigen Männer, denen gegenüber ich das jemals getan habe. Der 1. Oktober soll mir als Räumungstermin noch recht sein.«[157] Dann nahm er noch einige Änderungsvorschläge bezüglich der Form an, wodurch sein Plan schon eher die Bezeichnung »Memorandum« beanspruchen konnte, bestand allerdings auf einer Volksabstimmung in den Gebieten, mit deren fristgemäßer Räumung er nicht rechnete. Zuletzt erklärte sich Chamberlain bereit, diese Denkschrift der tschechischen Regierung zu übermitteln, wollte sich jedoch auf deren Inhalt noch nicht festlegen.

Die beiden Männer nahmen nun voneinander Abschied. Hoch erfreut zeigte sich Hitler sehr gesprächig. Als er den englischen Premier hinausbegleitete, äußerte er sich beruhigend über das Ausbleiben von Reibungspunkten in den

deutsch-britischen Beziehungen, über Deutschlands unwiderrufbaren Entschluß, den außereuropäischen Interessen Englands nicht im Wege zu stehen, sowie über die Gefahrlosigkeit, ihm in Mittel- und Osteuropa freie Hand zu lassen.

Chamberlain antwortete nicht: offenbar machte ihn sein Versprechen besorgt, Hitlers Memorandum der tschechischen Regierung zu übermitteln, wahrscheinlich aber noch mehr der Empfang, den ihm Benesch — der eben mobilisiert hatte! — sowie die französische und britische Regierung bereiten würden.

4. Das Münchener Abkommen

Die letzte Phase der Verhandlung war voller Dramatik. Benesch, dem das deutsche Memorandum am Nachmittag des 24. September übergeben wurde, beauftragte seinen Gesandten in London, Jan Masaryk (Sohn des ersten, inzwischen verstorbenen Präsidenten der tschechischen Republik), Lord Halifax seine ablehnende Antwort zu überreichen. Er begründete sie mit folgenden Überlegungen: »Den englisch-französischen Plan haben wir nur durch äußersten Druck und Zwang (gemeint sind England und Frankreich) angenommen . . . Das deutsche Memorandum ist in Wirklichkeit ein Ultimatum . . . Meine Regierung ist bestürzt über seinen Inhalt, es geht weit über den englisch-französischen Plan hinaus . . .«

Er schloß mit den Worten:

»Meine Regierung wünscht durch mich in aller Feierlichkeit zu erklären, daß Herrn Hitlers Forderungen in ihrer gegenwärtigen Form absolut und bedingungslos unannehmbar für meine Regierung sind. Diesen und neuen grausamen Forderungen gegenüber fühlt sich meine Regierung verpflichtet, äußersten Widerstand zu leisten, und wir werden das tun, so wahr uns Gott helfe. Die Nation von St. Wenzeslaus, Johann Hus und Thomas Masaryk will keine Nation von Sklaven

sein. Wir verlassen uns auf die beiden großen westlichen Demokratien, deren Wünschen wir sehr gegen unser eigenes Urteil gefolgt sind, daß sie uns in diesen Schicksalsstunden beistehen.«[158]

Im Besitz dieser Antwort, die ihm Lord Halifax sofort hatte zukommen lassen, bat Chamberlain die Herren Daladier und Bonnet zu einer weiteren Unterredung nach London und rief den Ministerrat zusammen, um diesen auf dem laufenden zu halten: die Mitglieder seines Kabinetts waren über den Inhalt des deutschen Memorandums bestürzt und beschlossen einstimmig, es nicht zu verbürgen.

Churchill und die Mitglieder der Labour Party, die von diesem Text Kenntnis genommen und darin unter anderem gelesen hatten, Benesch habe den englisch-französischen Plan nur durch Druck von seiten der beiden Mächte angenommen, waren in Hitze geraten: wie konnte man das wagen! Es war skandalös! Am 26. September begab sich Churchill in die Downing Street, um Protest zu erheben und sich leidenschaftlich für sein Projekt einer »großen Allianz« (Frankreich, England, Rußland) einzusetzen; was die Labour Party anbetrifft, faßte ihr Exekutivbüro am selben Tag eine ähnlich quertreibende Entschließung.

Am 25. September, um 15 Uhr, unterrichtete Daladier seinen im Elysée-Palast versammelten Ministerrat von diesem Memorandum und der Einladung Chamberlains. Alle waren ebenfalls darüber einig, es nicht zu verbürgen — bis auf Georges Bonnet (einige Punkte seien zwar unannehmbar, über andere könnte jedoch verhandelt werden) und A. de Monzie, der von Daladier wissen wollte, welche Antwort er den Engländern geben würde, wenn diese ihn »nach der Haltung Frankreichs im Fall eines deutschen Angriffs auf die Tschechoslowakei fragten«. Daladier sagte ihm: »Ich bin bereit, alle möglichen Zugeständnisse zu machen; aber bei einer nicht-provozierten Aggression müssen wir unsere Verpflichtungen erfüllen. Ich bleibe ihnen treu.« Darauf erwiderte er: »Wir sind einige, die sich mit dem Krieg nicht abfin-

den wollen.«[159] Der Ministerrat war, wie am 19. September geteilter Meinung.[160]

Um 17.30 Uhr flogen Daladier und Bonnet nach London, wo sie gegen 21 Uhr in der Downing Street eintrafen; dort wurden sie von Chamberlain, Lord Halifax, Sir John Simon, Sir Samuel Hoare, Sir Horace Wilson, Sir Robert Vansittart und Sir Alexander Cadogan empfangen.

Die Unterredung wurde von Überlegungen beherrscht, die eine echte Gewissensfrage stellten. Franzosen und Engländer konnten Benesch nicht empfehlen, das deutsche Memorandum anzunehmen, weil sie mit dem Umfang der abzutretenden Gebiete und der Zone, in der eine Volksabstimmung stattfinden sollte, nicht einverstanden waren. Da die Volksabstimmung zugunsten der Deutschen ausfallen werde, und Polen sowie Ungarn ebenfalls eine forderten, wäre ein völliges Auseinanderbrechen des tschechischen Staats und somit seine Wegradierung von der Europakarte die Folge. Und schließlich verfügten sie nicht über die militärischen Mittel, um Hitler zum Weichen zu bringen oder ihn niederzukämpfen, falls er auf seinem Standpunkt beharrte. Sie konn-



26. September 1938: Daladier und Bonnet verlassen die Downing Street

ten Benesch auch nicht zu einer Ablehnung raten, da sie ihn nicht unterstützen konnten, ohne sich selbst in ein kriegerisches Abenteuer zu stürzen, bei dem sie von vornherein als Verlierer gelten würden. Zumindest waren die Engländer dieser Ansicht.

Die Franzosen waren hierüber geteilter Meinung. Daladier glaubte, daß man mit Englands Unterstützung Hitler schlagen könne, wenn er hartnäckig bleibe. Georges Bonnet war dagegen skeptischer. Er wußte um die mangelnde Vorbereitung des französischen Heeres sowie um den englischen Beitrag, sollte Frankreich der Tschechoslowakei zu Hilfe eilen: Zwei nichtmotorisierte Divisionen und hundertfünfzig Flugzeuge in den ersten sechs Kriegsmonaten.[161]

Eine dritte Lösung gab es: nämlich die Verhandlungen fortzusetzen, damit Hitler seine Forderungen herabschraube und Benesch eine nachgiebigere Haltung einnehme. Offensichtlich hatte Daladier die nur geringe Hilfe nicht beachtet, die England Frankreich leisten könnte, wenn sich dieses hinter Benesch ins Abenteuer stürzte. Chamberlain wies ihn darauf hin. Dann steuerte er das Gespräch so, daß Daladier wiederum die mangelhafte Vorbereitung des französischen Heeres und dadurch sein Bemühen um eine Fortsetzung der Verhandlungen unterstützte: »Ich habe höchst alarmierende Nachrichten erhalten über den Stand der französischen Luftrüstung und über das Unvermögen Ihrer Industrie, die in den ersten Kriegstagen verlorenen Flugzeuge schnell zu ersetzen. Wenn sich ein Bombenregen sofort über Paris ergießt, auf die Flugplätze, die Bahnhöfe, die Eisenbahnknotenpunkte — wird Frankreich dann in der Lage sein, sich zu verteidigen und einen Gegenangriff zu starten?«[162]

Der hinzugezogene General Gamelin ging auf Chamberlains Frage ein und machte folgendes geltend: Die Stärke der französischen Infanterie; die deutschen Schwächen: Mangel an militärischen Führern, Mangel an Rohstoffen, Nichtvollendung der Siegfriedlinie; die Unfähigkeit Italiens, Deutschland im Krieg beizustehen; die Macht der tschechischen Ar-

mee, die im Norden und im Süden Mährens »standhalten« könne, und so weiter.[163]

Chamberlain war nicht überzeugt. Schließlich regte er ein Mittel an, das seines Erachtens die Verhandlungen wieder in Gang bringen könnte: Sir Horace Wilson werde nach Berlin mit dem Auftrag fliegen, Hitler eine Botschaft zu überbringen, in der er ihm mitteile, daß die Regierung sein Memorandum abgelehnt habe, und ihn gleichzeitig dränge, weiter zu verhandeln und nicht Gewalt anzuwenden. Lehne er ab, so solle Sir Horace Wilson ihm folgende Erklärung abgeben: »Die französische Regierung hat uns davon in Kenntnis gesetzt, daß sie im Falle eines deutschen Angriffs gegen die Tschechoslowakei ihre Verpflichtungen genau erfüllen wird. Wenn Frankreich in Ausführung seiner vertraglichen Verpflichtungen in einen Krieg mit Deutschland gerät, wird das Vereinigte Königreich sich verpflichtet fühlen, ihm Hilfe zu leisten.«[164]

Die Franzosen verließen London und erreichten Paris am Nachmittag des 26. September 1938. Sie standen dem Ausgang des Verfahrens, dem sie soeben zugestimmt hatten, sehr skeptisch gegenüber. »Ich fürchte, der Krieg ist jetzt nicht mehr zu vermeiden . . .«, erklärte Georges Bonnet den am Quai d'Orsay wartenden Journalisten.[165]

Sir Horace Wilson traf am Abend in Berlin ein. Sir Ivone Kirkpatrick und Sir Nevile Henderson begleiteten ihn. Sie wurden in der Reichskanzlei in Gegenwart Ribbentrops empfangen. Hitler war zornig, im höchsten Grade verärgert über die tschechische Mobilmachung, die nach seinem Nachrichtendienst auf vollen Touren lief. Dieser bezog sich auf eine Erklärung, die der tschechische Außenminister, Krofta, am 24. September vor einer Gruppe ausländischer Diplomaten abgegeben hatte, sowie eine am selben Tag eingetroffene Information aus Polen.

Kroftas Erklärung lautete wie folgt: »Nachdem unsere Mobilmachung angelaufen ist, sind weitere Zugeständnisse von unserer Seite nicht mehr möglich. Wir haben das gefähr-

liche Stadium hinter uns gebracht, die militärische Lage ist gut. Wir hatten gestern einen ersten Angriff der Luftwaffe erwartet, der die Zusammenziehung unserer Truppen verhindern sollte. Er hat nicht stattgefunden. Man muß diese Zurückhaltung in Berlin als ein Zeichen der Schwäche auslegen. Wenn unsere Mobilmachung morgen und übermorgen normal verläuft, werden 40 tschechische Divisionen 80 deutschen Divisionen gegenüberstehen.«[166]

Die aus Polen erhaltene Information hatte folgenden Inhalt: der Präsident der Polnischen Republik, I. Moscicki, habe ein persönliches Schreiben Beneschs erhalten, das »eine Regelung der Grenzstreitigkeiten« vorschlage und mit der Hoffnung auf eine »aktivere Zusammenarbeit der beiden Länder«[167] ende. Hitler vermutete, daß der Kreml, der den Durchmarsch seiner Truppen durch Polen erreichen möchte, Benesch diese Initiative nahelegte.

»Es hat überhaupt keinen Zweck mehr, noch weiter zu verhandeln!« brüllte er, als Paul Schmidt den Brief Chamberlains übersetzt hatte. Dann verfluchte er unter anderen Benesch, die Tschechen, Moskau usw. Paul Schmidt berichtet, daß er ihn noch nie in einem solchen Zustand erlebt habe. Zum Schluß rief dieser aus: »Am 1. Oktober werde ich die Tschechen so weit haben, wie ich sie haben will!«

Daraufhin bat Sir Horace Wilson ihn leise — er soll eine dünne Stimme haben —, die tschechischen Unterhändler doch zu empfangen.

Während niemand mit einem solchen Ausgang rechnete, schrie Hitler plötzlich: »Nun gut also! Ich werde sie empfangen. Aber unter zwei Bedingungen. Die tschechische Regierung muß mein Memorandum annehmen, und sie muß mir am 1. Oktober die abzutretenden Gebiete übergeben. Ich erwarte die Antwort der Tschechen bis zum 28. September, 14 Uhr.«[168]

Chamberlain hatte einen Punkt markiert: jetzt müßten sich die Tschechen einfinden. Er wollte darauf hinarbeiten. Wer weiß? So entgegengesetzt die Standpunkte auch sein

mochten, könnten die Verhandlungen wiederaufgenommen werden.

Am selben Abend (26. September 1938), im Sportpalast, hielt Hitler eine gegen die Tschechen hetzende Rede, die dennoch warmherzige Worte an die Adresse Chamberlains enthielt. Der britische Premier erhaschte die Gelegenheit im Flug: Spät in der Nacht hielt er im Londoner Rundfunk eine versöhnliche Ansprache, die dem deutschen Reichskanzler ebenso Höflichkeit bezeigte und ihm versicherte, daß die »Vereinigung der Sudetendeutschen mit dem Reich ohne Blutvergießen« erfolgen könne. Dann beauftragte er Sir Horace Wilson, der sich noch in Berlin aufhielt, Hitler am nächsten Morgen, dem 27. September, aufzusuchen und ihm mitzuteilen, England sei bereit, »die Erfüllung der Prager Versprechen zu garantieren, unter der Bedingung, daß Deutschland nicht zu den Waffen greift.« Das war psychologisch hervorragend gedacht, aber leider! . . .

Am 27. September, kurz vor Mittag, wurde Sir Horace Wilson von Hitler empfangen: sehr schlecht. Aus einer Flut von Beschimpfungen und Drohungen, die schrecklicher als am Vortag waren, konnte er lediglich entnehmen, daß es nur noch eine Alternative gab: entweder nehme Prag seinen Vorschlag an, oder es lehne ihn ab. Im ersten Fall erwartet er die tschechische Antwort am nächsten Tag, vor vierzehn Uhr; im zweiten werde er an der Spitze der deutschen Wehrmacht in das Sudetenland einrücken.

»Unter diesen Umständen«, sagte Sir Horace Wilson, »habe ich mich noch eines weiteren Auftrages des Premierministers zu entledigen.«

Und er las ihm den Text vor, über den die französischen und britischen Minister einen Tag zuvor in London einig geworden waren. »Wenn Frankreich bei der Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen aktiv in Feindseligkeiten gegen Deutschland verwickelt werden sollte, so würde sich das Vereinigte Königreich für verpflichtet halten, Frankreich Hilfe zu leisten.«

Ohne Wirkung. Hitler nahm diese Mitteilung mit beißendem Spott zur Kenntnis und sagte, er sei auf alle Eventualitäten vorbereitet, die Haltung Englands und Frankreichs sei ihm gleichgültig und der Gedanke, daß »wir uns eben alle miteinander in der nächsten Woche im Kriege befinden« werden, erschrecke ihn kaum.

Vergebliche Mühe. Benesch blieb ebenso unbeugsam wie Hitler. Am Abend hielt Chamberlain erneut eine Ansprache im britischen Rundfunk. Es war eine Aufforderung sowohl an die Tschechen als auch an die Franzosen. Den ersten sagte er, man könne keinen Krieg erwägen »in einem fernen Land zwischen Völkern, von denen wir kaum etwas wissen«. Den zweiten: »Wie sehr auch immer unsere Sympathien auf der Seite einer kleinen Nation sein mögen, die sich einem mächtigen Nachbarn gegenübersieht, so steht doch außer Frage, das britische Weltreich unter allen Umständen in einen Krieg für diese kleine Nation zu verwickeln.«

In Prag war man bestürzt. Benesch änderte aber nicht deshalb seine Haltung: er glaubte nach wie vor an die Versicherungen, die Mandel ihm gegeben hatte. Auf Georges Bonnets Hinweis, Frankreich befinde sich in einem Zustande der Unterlegenheit, habe der französische Kolonialminister geantwortet: »Ich weiß es, aber die Demokratien bereiten die Kriege erst nach deren Erklärung vor. Daher müssen wir zuerst den Krieg erklären.«[169] Erst der Krieg, dann könne man immer noch sehen . . .

In Paris atmeten Daladier und Bonnet auf: sie würden die Haltung Englands vorschieben können. Das Lager um Reynaud-Mandel war nicht weniger bestürzt als die Regierung in Prag. In England breitete sich Empörung bei Churchill und der Labour Party aus.

Von Berlin aus dankte der Führer Chamberlain für seine Bemühungen zur Rettung des Friedens. Er könne diese Bemühungen fortsetzen, er selbst aber glaube nicht mehr daran und könne auch nichts mehr dafür tun. In New York glaubte Roosevelt, der Zeitpunkt sei günstig für seinen neuen Auf-

tritt auf der Weltbühne, um »eine internationale Konferenz aller am Streitfall interessierten Staaten einzuberufen«[170] — aller am Streitfall, und nicht am Problem interessierten Staaten: das hieße, daß Rußland . . .

Schon in der Nacht zum 26. September 1938, nach Hitlers Ansprache im Sportpalast, schickte Roosevelt dem Reichskanzler ein Telegramm, in dem er ihn um Mäßigung bat und die Verantwortung hervorhob, die er auf sich lud. Hitler nahm es ihm übel und antwortete ihm trocken, er müsse »seine Vorhaltungen nicht an ihn, sondern an Prag richten«. In der Nacht zum 28. ging der US-Präsident erneut, diesmal etwas geschickter, zum Angriff über: »Sollten Sie einer friedlichen Lösung zustimmen, werden Hunderte Millionen in der ganzen Welt Ihre Tat als einen hervorragenden historischen Dienst gegenüber der gesamten Menschheit anerkennen.«[171]

»Diese Mahnung«, erklärte Georges Bonnet,[172] »ist in der ganzen Welt mit Begeisterung und Dankbarkeit aufgenommen worden.«

Die Kriegstreiber schätzten sich glücklich darüber; sie waren der Ansicht, Hitler werde Roosevelt nicht nachgeben, und es wäre endlich soweit: der US-Präsident werde im Fall eines Krieges auf dem Plan erscheinen.

In Wirklichkeit gab Hitler nicht Roosevelt nach, sondern Mussolini. Dieser stach nämlich den US-Präsidenten aus und hielt ihn von den europäischen Angelegenheiten ein weiteres Mal fern, in die einzugreifen Roosevelt sich seit Januar 1938 leidenschaftlich bemüht hatte.

Während der Nacht vom 27. auf den 28. September entwikkelten das Foreign Office und der Quai d’Orsay fieberhafte Tätigkeit in Richtung Rom. Mussolini schien ihnen nämlich der einzige zu sein, der Einfluß auf den Führer ausüben könne. Roosevelt sandte dem Duce einen Telegramm, in dem er ihn untertänigst bat, alle Mittel zum Zustandekommen einer Konferenz aufzubieten. Alle südamerikanischen Staaten taten dasselbe. Am Morgen des 28. September — da





Das Treffen Hitler-Chamberlain (links Reichsaußenminister von Ribbentrop). Der britische Premier glaubt, durch Nachgeben in der Sudetenfrage Hitler von weiteren territorialen Forderungen abhalten zu können.

München, 29. 9. 1938 im »Führerbau« am Königsplatz: Der französische Ministerpräsident Daladier begrüßt Mussolini: dahinter Hitler und Dolmetscher Dr. Paul Schmidt

die ganze Welt mit Entsetzen zusah, wie der Zeiger auf die verhängnisvollen 14 Uhr unaufhaltsam zuging — beauftragte der Duce seinen Botschafter in Berlin zu einem Gespräch mit dem Führer. Er solle ihm mitteilen, daß, »was Sie auch beschließen mögen, das faschistische Italien hinter Ihnen« steht, ihn bitten, »den Beginn der Operationen um 24 Stunden zu verschieben«, und seine Vermittlung anbieten.

Im selben Augenblick traf Sir Nevile Henderson mit einer weiteren Botschaft Chamberlains ein. »Die meisten deutschen Forderungen«, lautete die Botschaft, »können ohne Krieg und unverzüglich erfüllt werden . . . Ich bin bereit, selbst sofort nach Berlin zu kommen, um mit Ihnen und Vertretern der tschechischen Regierung sowie mit Vertretern Frankreichs und Italiens alle Fragen bezüglich der Abtretung zu bereden.«

Hitler hatte den Vorschlag Mussolinis bereits angenommen. »Sagen Sie Herrn Chamberlain, daß ich auf Wunsch meines großen italienischen Bundesgenossen die deutsche Mobilmachung um 24 Stunden verschoben habe. Ich muß mich jetzt mit ihm in Verbindung setzen.«

Die Partie war gewonnen: einige Stunden später wurden Daladier und Chamberlain eingeladen, mit Hitler und dem Duce in München zu konferieren.

So kam es zum Münchener Abkommen.

Ein letztes Wort

Wir haben von der Anschluß- und Sudetenaffäre so aufwendig berichtet — was man uns möglicherweise vorhalten könnte — um Neville Chamberlain die ihm gebührende Ehre zu bezeigen. Dieser Konservative stellte eine lobenswerte Hartnäckigkeit in den Dienst zweier fortschrittlicher (im wörtlichen Sinne) Ideen: des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der Verteidigung des Friedens. Wenn auch alt und schon krank, legte er außerdem eine erstaunliche sowohl geistige als auch körperliche Kraft an den Tag. Damit wollten wir auch sein Verhalten dem zahlreicher sogenannter Fortschrittler gegenüberstellen, die sich so schmählich mit den eigenen Grundsätzen und der eigenen Doktrin in Widerspruch setzten; wir denken unter anderem an die französischen Sozialisten und die Mitglieder der englischen Labour Party, von den Kommunisten ganz zu schweigen, bei denen alles nur Taktik und Scheindoktrin ist.

Am 18. September 1919 hatte sich Jean Longuet in der französischen Abgeordnetenkammer gegen die Ratifizierung des Versailler Vertrags ausgesprochen, und zwar im Namen der einmütigen sozialistischen Fraktion. Seine Rede war hervorragend aufgebaut. Er berief sich unter anderem auf Ernest Renan:

»Eine Nation ist ein großer Zusammenhalt, gebildet von dem Bewußtsein, Opfer gebracht zu haben, und der Bereitschaft, noch weitere zu bringen. Dieser Zusammenhalt setzt eine Vergangenheit voraus; er äußert sich aber in der Gegenwart durch eine unantastbare Tatsache: den Willen, den deutlich ausgesprochenen Wunsch, das gemeinsame Leben fortzusetzen. Die Existenz einer Nation ist ein tägliches Plebis-

zit, so wie die Existenz des Menschen eine ständige Lebensbehauptung ist. Ja, ich weiß es, das ist weniger metaphysisch als das Recht von Gottes Gnaden, weniger brutal als das sogenannte historische Recht. In diesem Zusammenhang ist eine Nation ebensowenig wie ein König berechtigt, einer Provinz zu sagen: ›Du gehörst mir, ich nehme Dich!‹ Eine Provinz sind für uns in erster Linie die Einwohner. Wenn in dieser Angelegenheit jemand befragt werden darf, dann der Einwohner. Eine Nation ist eigentlich nie daran interessiert, ein Land wider Willen festzuhalten. Der Wunsch der Völker ist letztlich das einzige vertretbare Kriterium, ein Prüfstein, den wiedereinzuführen es gilt.«[173]

Daraus ersieht man, daß Renan lange vor Präsident Wilson das Selbstbestimmungsrecht der Völker erfunden hatte, auch wenn er es nicht beim Wort nannte.

Jean Longuet übertrug ins Literarische eine Entschließung, die der Vorstand der Sozialistischen Partei am 13. und 14. Juli desselben Jahres gefaßt hatte. Sie lautete:

»Dieser Vertrag kann in keiner Weise die Zustimmung der Sozialistischen Partei erhalten: er ging aus dem wohl skandalösesten Mißbrauch der Geheimdiplomatie hervor, verletzt offen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, knechtet ganze Nationen, erzeugt neue Kriegsgefahren und zieht Gewaltmaßnahmen gegen sämtliche Befreiungsbewegungen nach sich, nicht nur in Rußland, sondern auch in allen Ländern des früheren Habsburgischen Reichs, in Ungarn, im gesamten Orient und in Deutschland.«

Diese Resolution hatte der Vorstand aus Liebe zur Gerechtigkeit, zur Demokratie und zum Frieden gefaßt. Das war nämlich Sozialismus.

Im Jahre 1938, auf dem Parteitag in Royan, ließ Léon Blum in der außenpolitischen Resolution festhalten, daß »der Sozialismus die nationale Unabhängigkeit sowie die aller mit französischer Unterschrift geschützten Nationen zu wahren wüßte«. Es sei daran erinnert, daß diese Unterschrift unter einen Vertrag gesetzt worden war, von dem die Soziali-

stische Partei und er selber 1919 mit Recht sagten, er könne in keiner Weise »die Zustimmung der Sozialistischen Partei erhalten«. Der Durchschnittsmensch wird sich, falls er beide Stellungnahmen gegeneinanderhält, bestimmt fragen, warum 1919 soviel Aufhebens um die Sache gemacht wurde. Unseres Erachtens kann man daraus den geistigen Zusammenbruch ersehen, dem die Sozialistische Partei zum Opfer fiel, und daß Léon Blums Hauptinteressen den Grundsätzen und der Lehre des Sozialismus völlig fremd waren.

Und wenn wir hinzufügen, daß sie ihn durch die immer wieder bekräftigten Stellungnahmen des Weltjudentums eingeflößt wurden, sind wir von der Wahrheit bestimmt nicht allzu entfernt. Der Zusammenbruch war zu auffallend, die Selbstverleugnung zu grob, als daß es hätte anders sein können. Diese politische Einstellung vertrat er übrigens erst seit 1933, seit Hitlers Machtergreifung in Deutschland. Nach der Abstimmung auf dem Parteitag in Royan durfte er sie im Namen der Sozialistischen Partei verfechten.

Dem Verfasser und Sozialisten fällt es besonders schwer, erkennen zu müssen, daß 1938, in der Anschluß- und Sudetenfrage, der Konservative Chamberlain und der Rassist Hitler die Grundpositionen des Sozialismus in Sachen Europa-Politik verfochten.

Das gleiche trifft auf die Kommunistische Partei zu. Auf dem 5. Weltkongreß der Kommunistischen Internationalen in Moskau (1924) enthielt die allgemeinpolitische Resolution folgende Stelle: »Der Kongreß stellt fest, daß es keine tschechoslowakische Nation gibt; der tschechoslowakische Staat umfaßt außer der tschechischen Volksgruppe Slowaken, Ungarn, ukrainische Ruthenen und Polen. Der Kongreß hält es für notwendig, daß die tschechoslowakische KP in bezug auf diese Minderheiten das Selbstbestimmungsrecht der Völker anwendet, einschließlich das Recht, sich zu trennen.«[174]

Noch am 14. November 1933, Hitler war bereits an der Macht, erklärte Gabriel Péri vor der französischen Abgeordnetenkammer (hinsichtlich einer Sympathiekundgebung, die

die französische Regierung an die tschechoslowakische zu richten gedachte): »Die kommunistische Fraktion schließt sich nicht dem Votum an, das von Ihnen verlangt wird. Unsere Sympathie gilt ganz den arbeitenden Klassen in der Tschechoslowakei, den slowakischen, deutschen, jüdischen, ungarischen, ukrainischen Nationalminderheiten, die von der Prager Zentralgewalt unterdrückt werden.«[175]

Es lag Gabriel Péri natürlich fern, eine Sympathiekundgebung an die von Moskau gleichermaßen unterdrückten russischen Minderheiten zu richten, ebensowenig der Kommunistischen Internationalen, ihnen das Selbstbestimmungsrecht der Völker zuzuerkennen, das sie für die Minderheiten in der Tschechoslowakei forderte, aber das war immer schon etwas . . .

Am 17. März 1938 erklärte Litwinow, sowjetischer Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, gegenüber den zugelassenen Korrespondenten der ausländischen Presse: »Seit vier Jahren ist die Sowjetunion jetzt schon zur Aufrechterhaltung des Friedens im Rahmen der kollektiven Sicherheit bemüht. In diesen vier Jahren hat sie unaufhörlich auf die Gefahren hingewiesen, die eine passive Haltung gegenüber den Aggressoren in sich birgt. Der Fall Österreich beweist, daß unsere Warnungen nicht gehört worden sind. Wann wird man sich endlich entschließen, den Diktatoren Schach zu bieten? Verhandlungen mit Hitler führen zu nichts, denn sein Hunger ist unersättlich. Gestern war es Österreich, morgen wird es die Tschechoslowakei sein. Diese ständigen Aggressionen werden zum Ausbruch eines neuen Weltkrieges führen. Die Sowjetunion ist bereit, ihrerseits mit den anderen Mächten zu beraten, sei es im Rahmen des Völkerbundes, sei es außerhalb desselben, um alle nur denkbaren Maßnahmen zur Sicherung des Friedens zu erörtern.«[176]

Jeder Kommentar ist überflüssig! Es ist nur allzu offenkundig, daß es sich hier nicht um Grundsätze oder eine Doktrin handelt, sondern um eine zu diesen in Widerspruch stehende Politik, die lediglich darauf abzielt, jegliche Verständi-

gung zwischen dem Reich und den westlichen Demokratien zu verhindern. Sonst könnte sich das Reich gegen die Sowjetunion wenden, und Japan, das die Sowjetunion an ihrer Ostgrenze bedroht, würde sie bei der Abrechnung dazu verurteilen, gleich an zwei Fronten zu kämpfen. Der selbst unaufgeklärte Geist weiß wohl, daß es hierbei nicht um die »Bekämpfung der Diktaturen« geht, sondern um das Selbstbestimmungsrecht der Völker, um Krieg oder Frieden. Im Fall Österreich wurde die Diktatur vielmehr von dem Völkerbund ausgeübt, bei den Sudetengebieten von den Tschechen.

Zum Schluß seien drei Äußerungen Churchills in Beziehung gebracht, die der Debatte eine clowneske Wendung gäben, wenn sie nicht auf so tragische Weise geendet hätte:

1. »Eines Tages sagte mir Präsident Roosevelt, daß er die Öffentlichkeit um Anregungen ersuche, wie der Krieg benannt werden solle. Ich erwiderte sofort: ›Der unnötige Krieg‹. Niemals hätte sich ein Krieg leichter verhindern lassen als dieser, der eben alles vernichtet hat, was von der Welt nach dem vorangegangenen Kampf noch übriggeblieben war.«[177]

2. »Die zweite große Tragödie war die vollständige Zertrümmerung des Österreichisch-Ungarischen Reiches durch die Verträge von St. Germain und Trianon. Jahrhundertelang hatte dieser letzte lebende Überrest des Heiligen Römischen Reiches einer großen Zahl von Völkern, zum Vorteil von Handel und Sicherheit, ein gemeinsames Leben ermöglicht, und keines dieser Völker besaß in unserer Zeit die Kraft oder Lebensenergie, um sich allein gegen den Druck eines wiederauflebenden Deutschland oder Rußland zu behaupten . . . Es gibt keine einzige Völkerschaft oder Provinz des Habsburgischen Reiches, der das Erlangen der Unabhängigkeit nicht die Qualen gebracht hätte, wie sie von den alten Dichtern und Theologen für die Verdammten der Hölle vorgesehen sind. Die edle Hauptstadt Wien, die Heimstätte so großer, langverteidigter Kultur und Tradition, der Knotenpunkt so vieler Straßen, Wasserwege und Bahnlinien, blieb elend und

hungernd liegen wie ein mächtiges Kaufhaus in einem verarmten Viertel, dessen Bewohner zum größten Teil fortgezogen sind.«[178]

3. »Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrags waren so bösartig und töricht, daß sie offensichtlich jede Wirkung verloren . . . Niemand in führender Stellung besaß den Geist, die Überlegenheit oder die Unabhängigkeit von der öffentlichen Verblendung, um den wahlberechtigten Mitbürgern diese grundlegenden, brutalen Tatsachen auseinanderzusetzen . . . Die siegreichen Alliierten versicherten nach wie vor, daß sie Deutschland ausquetschen würden, ›bis die Kerne krachen‹. Das alles übte auf das Gedeihen der Welt und auf die Stimmung des deutschen Volkes gewaltigen Einfluß aus.«[179]

Nein, es fand sich niemand in führender Stellung, nicht einmal Herr Churchill!

Im Grunde genommen: Churchill durch sich selbst abgeurteilt und zu den Dummköpfen in die Schar der allgemeinen Dämlichkeit abgeschoben.

Heute gibt es keine einzige nichtdeutsche Nation, keine einzige nichtdeutsche Provinz des früheren Habsburgischen Reiches, der die Pax sovietica unter dem Deckmantel der Unabhängigkeit, »nicht die Qualen gebracht hätte, wie sie von den alten Dichtern und Theologen für die Verdammten der Hölle vorgesehen sind«.

Es erübrigt sich nicht hinzufügen, daß man (Roosevelt, Churchill und Co.) bei diesen Qualen, die für die Verdammten der Hölle vorgesehen waren, 50 Millionen Menschen hat umkommen lassen, um dieses Ergebnis zu erzielen.

Und daß sich in unserer Welt immer noch nicht jemand in führender Stellung gefunden hat, »der den Geist, die Überlegenheit oder die Unabhängigkeit von der öffentlichen Verblendung besaß, um den wahlberechtigten Mitbürgern diese grundlegenden, brutalen Tatsachen auseinanderzusetzen«.

Dritter Teil

Dem Krieg entgegen

»Ich weiß es, aber die Demokraten
bereiten die Kriege erst nach deren
Erklärung vor. Daher müssen wir
zunächst den Krieg erklären.«

Georges Mandel,
französischer Kolonialminister

VII. Die Teilung der Tschechoslowakei

1. Am Tag nach München

Bei ihrer Rückkehr aus München wurden Chamberlain und Daladier, jeweils in London und Paris, von Hunderttausenden jubelnder Menschen empfangen, die ihnen ihre Dankbarkeit zuriefen. In Rom brandete die der Italiener um Mussolini empor. Vor seinem Rückflug hatte die Münchener Bevölkerung Chamberlain gefeiert, in dem sie zu Recht den Schmied des wiedererlangten Friedens erkannt hatte. Ganz Europa jubelte. Die Öffentlichkeit glaubte, alle Vorbedingungen seien nun gegeben zur Wiederauflebung jenes Viermächteabkommens (Frankreich, Deutschland, England und Italien), das Mussolini im Juni 1933 angeregt hatte. Chamberlain hatte einen deutsch-englischen Nichtangriffspakt aus München mitgebracht; er forderte Frankreich auf, ebenso zu verfahren, und Frankreich nahm das an.[180] Er hatte im April 1938 Frieden mit Italien geschlossen (Anerkennung des italienischen Königs als Kaiser von Äthiopien), und Frankreich könne das gleiche tun. Leider befanden sich Frankreichs Parlament und Generalstab nicht in derselben Verfassung wie in England. In Deutschland und Italien waren indes beide Diktatoren auf der Hut. Der Viermächte-Pakt sollte nicht wiederaufleben.

In Frankreich trat der Ministerrat unter dem Vorsitz Albert Lebruns gleich nach Daladiers Rückkehr zusammen und sprach diesem einstimmig seine Glückwünsche aus, in die Außenminister Bonnet eingeschlossen wurde. Am 4. Oktober billigte die Abgeordnetenkammer das Münchener Abkommen mit 535 gegen 75 Stimmen: 73 Kommunisten und

zwei Hysteriker, Jean Boulay, sozialistischer Abgeordneter des Departements Côte d'Or, und Henri de Kérilis. Das Lager um Mandel/Reynaud bzw. Léon Blum hatte, wenn auch enttäuscht, es für politisch unangemessen gehalten, die Öffentlichkeit vor den Kopf zu stoßen. Die Kommunisten hatten nicht solche Sorgen: sie wußten, daß sie sich bei jeder Gelegenheit ohne weiteres nach Moskau ausrichten konnten, und deshalb hatten sie einmütig dagegen gestimmt. Manche ihrer Anhänger, etwa die Professoren Joliot-Curie und Langevin, die Künstler Picasso und Chagall, schickten als Protest ihre Auszeichnungen zurück oder legten mit Krach ihr Amt nieder. Die kommunistische Zeitung *L'Humanité* setzte alle Hebel in Bewegung. Ihr folgen die Zeitungen *L'Esprit* des verkappten Kommunisten und Katholiken Emmanuel Mounier, *Ordre* von Emile Buré, *Temps présent* von Gabriel Marcel sowie einige weitere Autoren, die ebenso geringen Einfluß auf die öffentliche Meinung ausübten. In diesem Lager traf man nicht ohne Verwunderung den Schriftsteller Henry de Montherlant, der in einem Interview vom »Abflauen der nationalen Energie« sprach . . . Diese Stimmen gingen allerdings im allgemeinen Jubel unter.

In England sah es schlimmer aus. Am 5. Oktober passierte Chamberlain im Unterhaus ein Mißgeschick, das sich folgenschwer auf Hitlers spätere Haltung auswirken sollte: er verband die Billigung des Münchener Abkommens mit der Annahme eines umfangreichen Rüstungsprogramms, das den Bau von 3000 Flugzeugen noch vor Jahresende und von 8000 weiteren im Laufe des Jahres 1939, eine Erhöhung der Militärkredite von 400 auf 800 Millionen Pfund Sterling, die Verstärkung der Feuerkraft der Flotte, sechs reguläre Divisionen, darunter zwei Panzer-, und dreizehn Territorialdivisionen, vorsah.

Dieses Programm wurde einstimmig angenommen. Als es jedoch darum ging, Stellung zum Münchener Abkommen zu nehmen, ergriff Churchill das Wort, sprach von der »Niederlage erster Ordnung, die Frankreich und England erlitten ha-

ben, von der Straße, die vom Donautal zum Schwarzen Meer und zur Türkei führt«, von der Notwendigkeit, »die Nazimacht durch ein Bündnis niederzuschlagen, das unter anderem Frankreich, England, Rußland, die Vereinigten Staaten einschließen würde«. Als er wieder Platz nahm, erhielt er langhaltenden Beifall von der Labour Party (137 Abgeordneten) und einigen Persönlichkeiten des Zentrums und der Rechten. Bei der Abstimmung wurden die Münchener Verträge mit 369 gegen 150 Stimmen gebilligt: 137 Labour-Abgeordnete und 13 aus verschiedenen Fraktionen. Zu ihnen gehörten natürlich Churchill, Eden sowie der Erste Lord der Admiralität, Duff Cooper, der übrigens zurücktrat.

Was sich im Unterhaus zugetragen hatte, machte Hitler aufmerksam. Am 9. Oktober 1938 hielt er in Saarbrücken eine Rede, in der er es wie folgt zur Kenntnis nahm: »Die Staatsmänner, die uns gegenüberstehen, wollen — das müssen wir ihnen glauben — den Frieden. Allein sie regieren in Ländern, deren innere Konstruktion es möglich macht, daß sie jederzeit abgelöst werden können, um anderen Platz zu machen, die den Frieden nicht so sehr im Auge haben. Und diese anderen sind da! Es braucht nur in England statt Chamberlain Herr Duff Cooper oder Herr Eden oder Herr Churchill zur Macht zu kommen, so wissen wir genau, daß es das Ziel dieser Männer wäre, sofort einen neuen Weltkrieg zu beginnen. Sie machen gar kein Hehl, sie sprechen das offen aus.«

Der im Unterhaus einstimmig angenommene Rüstungsplan Chamberlains war ihm nicht ganz geheuer: war es ein einfaches Manöver, um seine Opposition zu erweichen, oder etwa eine Maßnahme, die ein gewisses Mißtrauen gegen Deutschland offenbaren würde? Bei den drei Gesprächen, die er in München mit Chamberlain führte, glaubte er vor allem in der abschließenden, den deutsch-britischen Nichtangriffspakt besiegelnden Unterredung verstanden zu haben, daß England ihm freie Hand im Osten, auf dem Festland, lassen würde, vorausgesetzt, daß er ihm im Westen die Seeherrschaft überließe: Würde Chamberlain vorsorgen, um zur ge-

gebenen Zeit seine Ostpolitik durchkreuzen zu können? Das waren die offenen Fragen.

Was sich ferner in der neuen Tschechoslowakei abspielte, beunruhigte ihn aufs höchste. In München hatte er Zugeständnisse gemacht: er hatte unter anderem auf eine Volksabstimmung in den unentschiedenen Gebieten verzichtet; er habe damit vermeiden wollen, daß die anderen Minderheiten, vom Beispiel ermutigt, ebenfalls eine Abstimmung forderten und daß die Tschechoslowakei nicht völlig auseinandergenommen werde. Demnach hatte er weniger bekommen als ursprünglich verlangt, und etwa 300 000 Deutsche waren unter tschechischem Joch geblieben. Allerdings kamen mit den Sudetendeutschen rund 200 000 Tschechen unter deutsche Herrschaft. Daraus erwuchsen Zusammenstöße zwischen Tschechen und Deutschen in den betreffenden Gebieten. Und Hitler war der Ansicht, daß diese Lage nicht länger dauern dürfe, da sie die Zusammenstöße auf das Reich und die neue Tschechoslowakei übertragen könne.

Präsident Benesch erklärte zwar seinen Rücktritt und zog sich auf sein böhmisches Gut zurück; die Regierungsgeschäfte übernahm aber General Sirovy, der eine provisorische Regierung bildete, bis das Land sich neue Einrichtungen gab. Für General Sirovy hatte Hitler nicht viel übrig: dieses willenlose Werkzeug Beneschs baute nämlich die gesamte Politik des tschechischen Heeres auf dem tschechisch-sowjetischen Pakt auf, zu dem er wesentlich beigetragen hatte, sowie auf dem französisch-sowjetischen Bündnispakt. Außerdem mehrten sich — laut Reichsnachrichtendienst — die Informationen, wonach die Rüstungsfabriken Böhmens (unter anderem die Pilsener Skodawerke) weiterhin auf vollen Touren arbeiten würden, keine Maßnahme zwecks Demobilisierung verkündet worden sei, die Armee sich auf der Grundlage ihrer früheren Stärke reorganisiere, die neue Tschechoslowakei, nach den Worten Hitlers, höchst wahrscheinlich »ein auf Deutschland gerichteter Flugzeugträger« bleiben werde.[181]

Da aber Churchill am 16. Oktober sich erneut im Rundfunk gegen die Münchener Verträge ausgesprochen hatte, dachte Hitler sich, daß die Lage in England sich nur verschlechtern könne; der sanfte Chamberlain von den Regierungsgeschäften werde verdrängt werden, England und General Sirovy würden sich verständigen. Man müsse also Maßnahmen erwägen: am 21. Oktober entschied er sich für Maßnahmen »zur Verstärkung der Sicherung der Grenzen des Reiches«. »Es muß möglich sein, die Rest-Tschechei jederzeit zerschlagen zu können, wenn sie etwa eine deutschfeindliche Politik betreiben würde.« Das waren zwar nur Vorbeugungsmaßnahmen für alle Fälle, die durch das Verhalten seiner Gegner begründet waren. Im Westen bekanntgeworden, riefen sie aber Bestürzung hervor: Was war aus den Versprechungen geworden, die er Chamberlain in Berchtesgaden, Godesberg und München wiederholte?: die Sudeten »sind die letzte territoriale Forderung, die ich in Europa zu stellen habe« und »wir wollen gar keine Tschechen!« Es wurde zu schnell übersehen, daß diese Maßnahmen durch die englische Aufrüstung und die Haltung von General Sirovy bedingt wurden, und nicht umgekehrt.

Daraufhin machte Hitler einen ersten schweren Fehler. Im Münchener Abkommen war vorgesehen, daß die Regierungschefs der vier Mächte zusammentreten sollten, »wenn das Problem der ungarischen und der polnischen Minderheit in der Tschechoslowakei nicht innerhalb von drei Monaten durch eine Vereinbarung unter den betreffenden Regierungen geregelt wird«.[182]

Teschen war zu Polen zurückgekommen, aber die polnische Regierung war ehrgeiziger. Um die ruthenischen Ukrainer, die bei den polnischen Ukrainern einen ständigen Unruheherd nährten, zu bändigen, forderte sie deren Anschluß an Polen, und nicht an die Tschechoslowakei, wie im Münchener Abkommen vorgesehen, sowie eine gemeinsame Grenze zu Ungarn. Die Frage blieb also offen. Was Ungarn und die Tschechoslowakei betraf, konnten sich die Vertreter beider

Regierungen am 7. Oktober nicht einigen, und alles sprach dafür, daß sie die Frage in den nächsten drei Monaten nicht würden lösen können, da sie von ihrem Standpunkt offenbar nicht abrücken wollten.

Nun wurde Hitler mit Mussolini, der weiterhin eine Rolle in Mitteleuropa spielen wollte, über die Gründung einer deutsch-italienischen Schiedskommission einig, die den Streitfall, ohne London und Paris zu konsultieren, schlichten sollte.

Die Kommission trat am 2. November in Wien zusammen und gab Ungarn einen langen Gebietsstreifen zurück, der sich von Ost nach West erstreckte und in dem rund 750 000 Ungarn (Magyaren) lebten. Paris und London, die nicht zu Rate gezogen wurden, faßten diesen Schiedsspruch, unabhängig von seinem durchaus vernünftigen Inhalt, als ausgesprochene Verletzung der Münchener Verträge auf und protestierten heftig.

Fünf Tage später wurde der dritte Sekretär der Deutschen Botschaft in Paris, Ernst vom Rath, in der rue de Lille ermordet. Der Täter war ein junger Jude namens Grynszpan. Dann erfolgte in Deutschland die Nacht der Repressalien gegen die Juden zum 10. November.[183] Der Wiener Schiedsspruch erhielt eine neue Beleuchtung: in Frankreich, England und den Vereinigten Staaten war die Entrüstung allgemein, und die beiden Angelegenheiten, auf dieselbe Stufe gestellt, wurden gleichermaßen mißbilligt. Niemandem fiel ein, daß der Zornausbruch, der ganz Deutschland erschütterte, und die Repressalien durch den Mord hervorgerufen wurden: nicht einmal ein Vorwurf an die Adresse des Mörders, die Umstände wurden kaum untersucht, es fehlte nicht viel, daß man ihn beglückwünschte.

Der Sachverhalt wurde in der Presse so dargelegt, daß nach kurzer Zeit die Öffentlichkeit überzeugt war, der Jude Grynszpan habe vom Rath ermordet, um seine Glaubensbrüder für die Mißhandlungen zu rächen, die ihnen die Nazis in der Nacht zum 10. November zufügten!

Moralisch war die Front der Demokratien gegen Deutschland wiederhergestellt An ihre Spitze setzte sich Präsident Roosevelt, überglücklich, sich endlich wieder in die europäischen Angelegenheiten einmischen zu können, ohne daß Chamberlain, der ihn ferngehalten hatte, protestieren konnte, wenn er die Öffentlichkeit nicht vor den Kopf stoßen wollte: Am 14. November bekräftigte er öffentlich seine Entscheidung, den US-Botschafter in Berlin abzuberufen und den Bau von 10 000 Flugzeugen zu erwägen, mit dem, was sich soeben in Deutschland zugetragen hatte . . .

Leidenschaftlich sprach er sich dafür aus, daß die Amerikaner alle deutschen Waren boykottierten, und wirkte auf England ein, damit es seine Verständigungspolitik mit Deutschland aufgebe. Er bat sogar den Kongreß, das 1936 auf seine Empfehlung hin verabschiedete Neutralitätsgesetz abzuändern und seine »Cash-and-Carry-Klausel durch ein Pacht-und-Leih-System« abzulösen. Der Kongreß folgte ihm nicht. Und England wich dem Druck offenbar nicht. Im Februar 1939 hatte es immer noch nicht nachgegeben.

Präsident Roosevelt ließ sich deshalb nicht entmutigen. Im September 1939 fanden die Deutschen im Warschauer Außenministerium unter anderen Dokumenten einen Brief des polnischen Botschafters in Paris, J. Lukasiewicz. Am 7. Februar 1939 schrieb er, der US-Botschafter Bullitt habe ihm gegenüber die Haltung Englands bedauert und gleich hinzugefügt: »Die Vereinigten Staaten verfügen England gegenüber über verschiedene und ungeheuer bedeutsame Zwangsmittel. Allein die Drohung ihrer Anwendung dürfte genügen, England von einer Kompromißpolitik auf Kosten Frankreichs zurückzuhalten.«[184] Hatte Präsident Roosevelt es noch nicht getan, so war er demnach wohl entschlossen, diese Mittel anzuwenden.

Dieser Text steht im selben Zusammenhang wie jener Brief, den Graf Potocki, polnischer Botschafter in Washington, am 12. Januar 1939 an Oberst Beck richtete: »Die antisemitischen Ausschreitungen, die kürzlich in Deutschland

stattgefunden haben, haben hier zu einer antideutschen Stimmungsmache von seltener Heftigkeit geführt. An ihr haben sich verschiedene jüdische Intellektuelle und Finanzleute beteiligt, wie Bernard Baruch, der Bundesrichter Frankfurter, Finanzminister Morgenthau und andere, die mit Roosevelt freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Dieser Personenkreis, der die höchsten Stellungen in der amerikanischen Regierung bekleidet, ist unlösbar mit der Jüdischen Internationale verbunden.«[185]

Nunmehr hatte Europa den Weg des Krieges unumkehrbar eingeschlagen. Der Mord eines jungen Juden an einem deutschen Botschaftssekretär in Paris hatte eine Kettenreaktion ausgelöst und zu diesem Ergebnis geführt.

Im März 1939 sollte Hitler bei der wieder auflodernden Tschechoslowakei-Affäre einen zweiten, angesichts des politischen Klimas noch schwereren Fehler begehen, der die Unternehmung begünstigen sollte.

2. Die Tschechen verletzen die Münchener Verträge

Der Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938 hatte Ungarn den von Magyaren bewohnten südlichen Teil der Slowakei zurückgegeben. Somit umfaßte die Tschechoslowakei nach dem Münchener Abkommen noch drei große Volksgruppen: die Tschechen (die laut Statistik 6 727 038 Angehörige zählten), die Slowaken (2 010 295) und die Ruthenen (459 346).

Es war vereinbart worden, daß der neue Staat föderativ sein und daß jede dieser drei Volksgruppen über die interne Autonomie verfügen sollte. Die Tschechen, die sich in der Mehrzahl befanden, zeigten keinen besonderen Eifer, die Münchener Klauseln einzuhalten. General Sirovy hatte das Heer fest in der Hand und war zudem Innenminister. Die Slowakei und Ruthenien standen unter tschechischer Verwaltung und Polizei.

Am 6. Oktober bildeten sich provisorische Landtage im slowakischen Preßburg und in Uzgorod (im Zuge des Wieners Schiedsspruchs nach Chust verlegt) für Ruthenien. Aus diesen Landtagen gingen provisorische Regierungen hervor, an deren Spitze Msgr. Tiso in der Slowakei und Msgr. Woloschin in Ruthenien gestellt wurden.

Die Tschechen nahmen das übel und verhielten sich, als wenn diese Einrichtungen nicht bestünden. Ermutigt wurden sie dabei von Benesch, der am 22. Oktober 1938 auf Bitten der neuen Regierung nach London emigrierte und mit General Sirovy in Verbindung blieb, und von C. Gottwald, dem Führer der tschechischen KP., der seinerseits Zuflucht in Moskau fand. Flugblätter, in denen es hieß: »Haltet aus! Der Tag, an dem die französischen, englischen und russischen Heere Euch erlösen, rückt näher!«, wurden in den Kasernen, in der Polizei und in der Verwaltung verteilt.

Schließlich kamen Msgr. Tiso und Msgr. Woloschin auf den Einfall, den tschechischen Behörden Widerstand zu leisten, indem sie sich auf den Volkswillen stützten. Sie veranstalteten Wahlen, die am 2. Februar 1939 in Ruthenien und am 23. Februar in der Slowakei abgehalten wurden, wobei jeweils 92,4% und 98% der Wähler sich für die Autonomie und die jeweiligen Führer aussprachen. Somit hatte das Volk Tiso und Woloschin Vollmacht erteilt.

Die Prager Regierung war zunächst überrascht. Am 10. März 1939 setzte sie Msgr. Tiso ab und bildete eine neue slowakische Regierung, gegen die die gesamte Bevölkerung sich auflehnte. Nach Ruthenien beorderte sie gar das Militär . . .

Es entstand ein großes Durcheinander im ganzen Land, ja sogar bei den Tschechen im Böhmisch-Mährischen, wo etwa 350 000 Deutsche im Zuge des Münchener Abkommens nicht in das Vaterland hatten eingegliedert werden können, entweder weil ihr Anteil an der Bevölkerung zu niedrig war oder weil die geographische Lage dieser Gebiete es nicht zuließ. Seit sechs Monaten waren sie höchst diskriminierenden und

kränkenden Maßnahmen seitens der Tschechen ausgesetzt: Entlassung aus den Fabriken, Streichung der Arbeitslosenunterstützung, polizeiliche Überwachung. Sie meinten, der Augenblick sei gekommen, wo sie das Haupt wieder erheben könnten, und es kam zu unzähligen Zusammenstößen.

In der Nacht zum 14. März, gegen 1.30 Uhr, begab sich Msgr. Woloschin in Begleitung seiner Kabinettsmitglieder zum deutschen Konsul nach Chust und übergab ihm folgende Erklärung: »Im Namen der Regierung der Karpato-Ukraine (= Ruthenien) bitte ich zur Kenntnis zu nehmen die Erklärung unserer Selbständigkeit unter dem Schutz des Deutschen Reichs. (gez.) Premierminister Dr. Woloschin.«

Am 14. März, 10 Uhr, beauftragte das Parlament in Preßburg Msgr. Tiso, der am Vortag in Berlin gewesen war, folgendes Telegramm an Göring zu schicken:

»Ich bitte Sie, folgendes dem Führer und Reichskanzler zur Kenntnis zu bringen:

In starkem Vertrauen auf Sie, den Führer und Reichskanzler des Großdeutschen Reichs, unterstellt sich der slowakische Staat Ihrem Schutz. Der slowakische Staat bittet Sie, diesen Schutz zu übernehmen. (gez.) Tiso.«

Hitler antwortete umgehend, daß er annehme.

Die Prager Regierung war nicht mehr Herr der Lage. Staatspräsident Hacha, der nicht mehr wußte, wo ihm der Kopf stand, bat um eine Unterredung mit Hitler. Dieser erklärte sich bereit, diese Unterredung am selben Abend zu führen. Präsident Hacha traf in Begleitung seines Außenministers, F. Chvalkowsky, gegen 23 Uhr in Berlin ein und wurde am 15. März gegen 1 Uhr nachts in der Reichskanzlei empfangen. Hier mußte er erfahren, daß der Führer den Einmarsch der deutschen Armee in die Tschechoslowakei gerade für diesen 15. März, um 6 Uhr morgens, beschlossen habe und daß die Wehrmacht dann sofort in Richtung Prag vorstoßen werde. Er hoffte, dieser Vorstoß werde ohne Zwischenfälle verlaufen und die tschechische Armee keinen Widerstand leisten, sonst . . .

Präsident Hacha und sein Minister Chvalkowsky waren wie vor den Kopf geschlagen. Sie begriffen nicht, oder taten, als würden sie nicht begreifen, daß gerade ihre Politik Hitler zu dieser Entscheidung brachte und daß er sie auf Wunsch der Slowaken und der Ruthenen schon deshalb traf, weil beide die Münchener Verträge verletzt hatten. André François-Poncet, der keiner Zuneigung für das nationalsozialistische Regime verdächtigt werden kann, hat die Schuld ein für allemal festgelegt: »Innerhalb des tschechoslowakischen Staates hatten die von Monsignore Tiso geführten Slowaken die Autonomie erhalten. Aber die Tschechen weigerten sich, das Land als selbständigen Bundesstaat anzuerkennen. Prag forderte die Absetzung der slowakischen Minister wegen ihrer separatistischen Politik. Hitler ergriff, um seine Absichten zu verwirklichen, für die Slowaken Partei. Am 13. März 1939[186] eilte Monsignore Tiso nach Berlin und rief den Schutz des Führers an.«[187]

Es steht fest, daß die Münchener Verträge in erster Linie von den Tschechen verletzt wurden, und nicht von Hitler. Trotzdem machte Hitler seinen zweiten folgenschweren Fehler.

Das Münchner Abkommen war bekanntlich mit einem deutsch-britischen (30. September 1938) und einem deutsch-französischen (6. Dezember 1938) Pakt gekoppelt. In beiden hieß es: »Beide Regierungen sind entschlossen, vorbehaltlich ihrer besonderen Beziehungen zu dritten Mächten, in allen ihre beiden Ländern angehenden Fragen in Fühlung miteinander zu bleiben und in eine Beratung einzutreten, wenn die künftige Entwicklung dieser Fragen zu internationalen Schwierigkeiten führen sollte.« Wenn überhaupt eine Frage zu internationalen Schwierigkeiten führen konnte, dann wohl diese: Hitler war also verpflichtet, Frankreich und England zu konsultieren.

Als Hitler merkte, daß die Verletzung der Münchener Verträge von Benesch aus London sowie von Gottwald aus Moskau ferngesteuert wurde, hätte er den Fall sofort Frankreich und England vorlegen müssen. Und als sich Slowaken und

Ruthenen unter seinen Schutz begaben, hätte er sie sofort darauf aufmerksam machen müssen, daß sie sich unter den Schutz der Münchener Garantiemächte zu stellen hätten, und nicht nur unter seinen. Wir wissen nicht, was daraus geworden wäre: eine Konferenz der Münchener Vier Mächte, bei der Polen und Ungarn, die an Ruthenien interessiert waren, zugezogen worden wären? Auf jeden Fall hätten die westlichen Mächte diese Lage kaum in die Länge ziehen, hätten sich über die Beschwerden Hitlers, der Slowaken und Ruthenen schwerlich hinwegsetzen können, ohne sich in der Weltöffentlichkeit bloßzustellen. Hitler hätte den Eindruck erweckt, als würde er seinen Verpflichtungen nachkommen und bestrebt sein, den Vier-Mächte-Pakt zu konsolidieren, seinen Fehler beim Wiener Abkommen (2. November 1938) wiedergutzumachen — Und wer weiß? Es wäre ihm möglicherweise gelungen, die Stimmung umzukippen, die der Mord Grynszpans und die in Deutschland nachfolgenden Repressalien geschaffen hatten.

Statt dessen handelte er allein und löste die Frage eigenmächtig und auf seine Weise: die deutschen Truppen rückten in die Tschechoslowakei am 15. März, 6 Uhr morgens, ein, besetzten Prag und das übrige Land noch im Verlauf des Tages; die Slowakei wurde zu einem unabhängigen Staat erhoben unter dem Schutz des Deutschen Reichs; Ruthenien kam an Ungarn, das es sofort besetzte (die Polen hatten dieses Gebiet zwar nicht erhalten, aber so doch die geforderte gemeinsame Grenze zu Ungarn); Präsident Hacha und Chvalkowsky waren vorher zu der Erklärung gezwungen worden, sie hätten selber diese Lösung befürwortet und das »Schicksal des tschechischen Volkes und Landes vertrauensvoll in die Hände des Führers des Deutschen Reichs« gelegt; Böhmen und Mähren bekamen einen in Prag residierenden Statthalter (K. von Neurath), und die deutsche Wehrmacht rückte nicht mehr ab.

In England, Frankreich und den Vereinigten Staaten war die Presse ein einziger Aufschrei der Entrüstung: jene Re-



Prag, Burg Hradschin. April 1939: Feierliche Übergabe des Reichsprotektorats an Freiherr von Neurath

pressalien in der Nacht zum 10. November, ausgelöst durch die Tat Grynszpans, wurden mit der Auslöschung der Tschechoslowakei durch Hitler in Zusammenhang gebracht und loderten auf der politischen Bühne wieder auf. In der wiedergeschaffenen feindlichen Stimmung gegen Deutschland bekamen in Frankreich das Tandem Reynaud/Mandel und Léon Blum neuen Auftrieb, in England Churchill/Eden, Duff Cooper und die Labour Party, in den Vereinigten Staaten die jüdischen Vertrauten Roosevelts und der Präsident selbst.

Zunächst begnügte sich der gute alte Chamberlain folgende Erklärung im Unterhaus abzugeben:

»Unserer Ansicht nach hat sich die Lage von Grund auf geändert, seit der slowakische Landtag die Unabhängigkeit der Slowakei erklärt hat. Diese Erklärung hatte die Wirkung, daß der Staat, dessen Grenzen wir zu garantieren beabsichtigen, von innen her zerbrach und so ein Ende fand, und demgemäß hat die Sachlage, die wir schon immer als nur vorübergehend ansahen, nun aufgehört zu bestehen, und Seiner Regierung kann sich infolgedessen nicht mehr länger an diese Verpflichtung gebunden halten . . . Ich bedaure das, was geschehen ist, zutiefst, doch ist das kein Grund dafür, von dem Wege, dem wir bis jetzt gefolgt sind, abzuweichen . . . Wir hoffen, dessen eingedenk zu sein, daß die Wünsche aller Völker der Erde sich auch jetzt noch auf die Friedenshoffnungen richten.«[188]

Was sich in Europa gerade abgespielt hatte, hatte in Chamberlains Mehrheit viel Staub aufgewirbelt. Selbst Lord Halifax, seine treueste und sicherste Stütze in dem Kampf, den er im September 1938 geliefert hatte, wechselte das Lager. Er unterrichtete den Premier, daß seine Erklärung einen außerordentlich schlechten Eindruck im Unterhaus gemacht habe und daß er sich nach der allgemeinen Mißbilligung richten müsse, wolle er nicht den Sturz der Regierung herbeiführen. Von Lord Halifax stark beeindruckt, hielt er am 17. März in Birmingham eine Rede ganz anderen Inhalts: »Kann irgend

jemand außerhalb Deutschlands die Idee ernst nehmen, daß die Tschechoslowakei eine Gefahr für dieses große Land bildete? . . . Deutschland hat der Welt unter seinem jetzigen Regime eine Serie von unangenehmen Überraschungen bereitet: das Rheinland, der Anschluß Österreichs, die Lostrennung des Sudetengebietes — alle diese Dinge erregten und empörten die öffentliche Meinung der ganzen Welt. Jedoch, soviel wir auch einwenden mögen gegen die Methoden, die in jedem einzelnen dieser Fälle angewandt wurden, etwas ließ sich doch sagen zugunsten der Notwendigkeit einer Änderung der vorhandenen Lage. Aber die Dinge, die sich diese Woche unter voller Mißachtung der von der Deutschen Regierung selbst aufgestellten Grundsätze ereignet haben, scheinen einer anderen Kategorie anzugehören, und sie müssen uns allen die Frage nahelegen: ›Ist dies das Ende eines alten Abenteuers, oder ist es der Anfang eines neuen?‹ ›Ist dies der letzte Angriff auf einen kleinen Staat, oder sollen ihm noch weitere folgen?‹ ›Ist dies sogar ein Schritt in Richtung auf den Versuch, die Welt durch Gewalt zu beherrschen?‹ . . . Ich fühle mich verpflichtet zu wiederholen, daß ich zwar nicht bereit bin, unser Land durch neue, nicht spezifizierte und unter nicht voraussehbaren Bedingungen funktionierende Verpflichtungen zu binden, daß aber kein größerer Fehler begangen werden könnte als der, zu glauben, unsere Nation habe, weil sie den Krieg für eine sinnlose und grausame Sache hält, so sehr ihr Mark verloren, daß sie nicht bis zur Erschöpfung ihrer Kraft einer solcher Herausforderung entgegentreten werde, sollte sie jemals erfolgen. Für diese Erklärung habe ich, davon bin ich überzeugt, nicht nur die Unterstützung, die Sympathie und das Vertrauen meiner Mitbürger und Mitbürgerinnen, sondern ich werde auch die Zustimmung des gesamten Britischen Weltreiches und aller anderen Nationen haben, die zwar den Frieden hochschätzen, aber die Freiheit noch höher.«[189]

Das war das Totengeläute für Englands Verständigungspolitik.

Aus Paris richtete Georges Bonnet an den neuen französischen Botschafter in Berlin (François-Poncet war nach dem Münchener Abkommen nach Rom beordert worden), R. Coulondre, folgende Note mit der Bitte, sie dem Auswärtigen Amt weiterzuleiten: »Die Regierung der Französischen Republik ist der Ansicht, daß das Vorgehen der Reichsregierung gegen die Tschecho-Slowakei eine klare Verletzung des Geistes und des Buchstabens der am 29. September 1938 in München unterzeichneten Verträge bedeutet.

Die Umstände, unter denen das Abkommen vom 15. März den Leitern der Tschecho-Slowakischen Republik aufgezwungen wurde, vermögen in den Augen der Regierung der Französischen Republik dem in dem Abkommen verzeichneten Tatbestand keine Rechtskraft zu verleihen.

Der französische Botschafter beehrt sich daher, Seine Exzellenz, den Herrn Reichsaußenminister davon in Kenntnis zu setzen, daß unter diesen Umständen die Regierung der Französischen Republik die Rechtmäßigkeit der neuen, durch das Vorgehen des Reiches in der Tschecho-Slowakei geschaffenen Lage nicht anerkennen kann.«[190]

Dann, ohne auch nur eine Minute zu verlieren, bestellte er den Botschafter der UdSSR, Suritz, und teilte ihm mit, es sei jetzt »ein günstiger Augenblick gegeben, daß Paris und Moskau sich miteinander abstimmen und sich bereitfinden, gemeinsam jedem neuen Aggressionsversuch Hitlers entgegenzutreten«.[191] Denn G. Bonnet, der wahrhaftig wenig Sympathie für den Bolschewismus empfand, fühlte sich dazu gezwungen, ihn zu Hilfe zu rufen . . . Daran sieht man, wie verwirrt die damaligen Politiker, auch die scharfsinnigsten, waren.

Aus London erteilte Lord Halifax dem britischen Botschafter in Berlin, Sir Nevile Henderson, die gleichen Anweisungen.

Im Weißen Haus veröffentlichte das State Department bereits am 16. März folgendes Kommuniqué:

»Die Regierung der Vereinigten Staaten, die sich auf die Grundsätze der menschlichen Freiheit und der Demokratie

gründet und sich ihnen geweiht hat, kann nicht umhin, öffentlich auszusprechen, daß unser Land all die Geschehnisse verdammt, die zu der zeitweiligen Auslöschung der Freiheiten eines freien und unabhängigen Volkes geführt haben, mit dem das Volk der Vereinigten Staaten seit der Gründung der Tschechoslowakischen Republik besonders enge und freundschaftliche Beziehungen unterhalten hat . . . Es ist offenkundig, daß solche Handlungen zügelloser Gesetzlosigkeit und willkürlicher Gewalt den Weltfrieden und selbst das Gefüge der modernen Zivilisation bedrohen.«[192]

Der deutsche Geschäftsführer in Washington, der am selben Tag das State Department von der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren unterrichtet hatte, erhielt am 20. März folgende Antwort aus der Feder Cordell Hulls:

»Die Regierung der Vereinigten Staaten hat zur Kenntnis genommen, daß die erwähnten Länder (Böhmen und Mähren) nunmehr unter der De-facto-Verwaltung der deutschen Behörden stehen. Die Regierung der Vereinigten Staaten erkennt nicht an, daß irgendeine legale Grundlage für den bezeichneten Status besteht.«[193]

Natürlich wies die Reichsregierung diese Argumentation als unbegründet zurück.

Der Kriegsmechanismus stellte sich auf psychologischer Ebene allmählich ein, indem er sich an das unglückliche Los der deutschen Juden (die nach dem Vorschlag Hitlers[194] übrigens ohne weiteres in die demokratischen Staaten hätten ausreisen können) knüpfte. Eingestellt war dieser Kriegsmechanismus nunmehr ebenfalls auf diplomatischer Ebene.

Am 18. März 1939 erklärte Cordell Hull dem belgischen Sonderbeauftragten in Washington, Prinz de Ligne: »Wenn an Ihren Grenzen ein Krieg ausbricht, können Sie gewiß sein, daß wir dann eingreifen werden! Ich kann Ihnen jetzt noch nicht sagen, ob das nach drei Tagen, drei Wochen oder drei Monaten sein wird, aber wir werden marschieren!«[195]

Es fehlte nur noch ein Vorwand. Da stellte sich die polnische Frage.

3. Die polnische Kehrtwendung

Bis dahin kamen Deutsche und Polen sehr gut miteinander aus. Zwischen ihnen bestand seit dem 26. Januar 1934 ein Verständigungsabkommen, das bestens lief, und ihre Beziehungen konnten nicht freundlicher sein. Wir erfahren es durch André François-Poncet:

»Oberst Beck stand mit Göring auf vertrautem Fuß, und dieser folgte jedes Jahr einer Einladung zur Jagd in den polnischen Wäldern. Bei diesen freundschaftlichen Zusammenkünften sprach man natürlich auch über die Danziger Frage und den polnischen Korridor, also über Probleme, die eines Tages im Interesse der guten Beziehungen der beiden Länder gelöst werden mußten. Oberst Beck gab zu verstehen, Polen werde sich nicht weigern, Danzig an das Reich zurückzugeben, wenn es dort wirtschaftliche Vorrechte beibehielte. Auch würde sich Polen mit einer exterritorialen Autobahn und Eisenbahnlinie, also einer direkten Verbindung zwischen West- und Ostpreußen einverstanden erklären.«[196]

Am 20. September 1938 trug der polnische Botschafter in Berlin, J. Lipski, Hitler dieselben Überlegungen vor und fragte ihn sicherheitshalber, ob er immer noch nichts dagegen habe, daß Polen sich die Sudetenkrise zunutze mache und das Teschengebiet wiedererlange. Und am 24. wiederholte er sie gegenüber Ribbentrop. Das war alles, was Hitler damals forderte. Und da er davon ausging, daß der Oberst seine Meinung nicht ändern würde, war er aufrichtig, als er gegenüber Chamberlain äußerte, die Sudeten seien die letzte territoriale Forderung, die er Europa zu stellen habe.

Seine Einstellung zu Polen war im übrigen bekannt: es wäre seines Erachtens unsinnig, Polen dem Deutschen Reich einverleiben zu wollen; Polen müsse als Pufferstaat zwischen Deutschland und Sowjetrußland fortbestehen; es sei kein künstlicher Staat; seine Widerstandskraft habe drei Teilungen im Laufe der Geschichte verkraftet; die Danzig- und Korri-

dorfrage müsse zwar irgendwann eine Lösung finden, dies könne aber auf dem gütlichen Weg erfolgen. In bezug auf letzteren Punkt hoffte er, Polen einen Teil der unter bolschewistischer Herrschaft stehenden Ukraine geben zu können, gegen eine bilaterale Übereinkunft, die seine wirtschaftliche Entwicklung in keiner Weise gefährden würde. Alle diese Überlegungen hatte er in *Mein Kampf* festgehalten und Carl Burckhardt, dem Hochkommissar des Völkerbundes in Danzig, wiederholt.[197]

Beide Seiten stimmten somit überein.



Hermann Göring und der polnische Außenminister Beck

Als aber von Ribbentrop am 21. März Lipski 1939 vorschlug, diplomatische Gespräche zur offiziellen Bestätigung dieser Übereinkunft einzuleiten, fuhr der Botschafter nach Warschau und kehrte am 26. mit einer negativen Antwort zurück. Außerdem unterrichtete von Moltke, deutscher Botschafter in Warschau bereits am 24. März Berlin, daß beunruhigende Gerüchte hinsichtlich der deutschen Absichten auf Polen umgingen, und unterstrich dadurch die ganze Be-

deutung dieser negativen Antwort: Am nächsten Tag, dem 25., meldete Admiral Canaris die Mobilmachung von drei Reservistenjahrgängen sowie die Zusammenziehung polnischer Truppenteile um Danzig.

Was war nun geschehen?

Hier stehen wir vor einer der dunkelsten Machenschaften der Geschichte. Die rumänische Regierung hatte ihren Gesandten in London, V. Tilea, damit beauftragt, mit England über eine Anleihe in Höhe von zehn Millionen Pfund Sterling zu verhandeln. Er war aber ein überspannter Kopf und wußte nicht recht, wie er sich anstellen sollte. In Bukarest fanden gerade zur selben Zeit Verhandlungen zwischen Deutschland und Rumänien statt. Nun nutzte er die allgemeine Verwirrung, die der deutsche Einmarsch in die Tschechoslowakei hervorrief, und sprach am 16. März in der Downing Street vor. Obwohl er keinen Auftrag seitens seiner Regierung habe, möchte er das Foreign Office in Kenntnis setzen, die deutsche Delegation habe der rumänischen solch übertriebene Forderungen gestellt, daß sie nichts anderes als ein Ultimatum seien. Er fragte daher, ob im Fall einer deutschen Aggression England bereit wäre, Rumänien eine Anleihe in Höhe von zehn Millionen Pfund Sterling zu gewähren, damit sein Land Kriegsmaterial anderswo als in Deutschland kaufen könne.

Das war idiotisch: Deutschland und Rumänien hatten nicht nur keine gemeinsame Grenze, es lagen gar über 400 km zwischen beiden.

Trotzdem nahm Lord Halifax die Sache ernst: Er wußte, daß die City, die eine Mehrheitsbeteiligung an den rumänischen Ölfeldern besaß, für alles empfänglich war, was sich Richtung Bukarest abspielte, und daß er bei einem solchen Thema die britische Öffentlichkeit leicht in Bewegung setzen könnte.

Er wollte aber sicher gehen, und am 17. März bat er V. Tilea, ihm zu bestätigen, was er einen Tag zuvor gesagt hatte: Tilea bestätigte.

Am nächsten Tag, dem 18. März, erschien die Meldung in der *Times* und dem *Daily Telegraph*. Man hat behauptet, Sir Robert Vansittart habe sie ihren diplomatischen Redakteuren, MacDonald und Gordon Lennox, zum Abdruck weitergeleitet, in der Hoffnung, Öl ins Feuer zu gießen. Das mag möglich sein; Lord Halifax kann es aber ebensogut gewesen sein. Auf jeden Fall wurde sie ihnen von jemandem zugeschoben.

In Bukarest, wo die Meldung großes Aufsehen erregte, gab Außenminister Gafencu ein offizielles Dementi heraus:

»Die deutsch-rumänischen Verhandlungen verlaufen weiterhin normal. Die Meldungen über ein deutsches Ultimatum entbehren jeglicher Grundlage. Die bezüglichen Behauptungen sind einfach lächerlich.«[198]

Sir Reginald Hoare, der britische Botschafter in Bukarest, dementierte ebenfalls.[199] Der Gesandte der Vereinigten Staaten in Bukarest, Günther, telegraphierte Cordell Hull: »Herr Gafencu ist wütend. Er hat Herrn Tilea einen strengen Verweis erteilt und würde ihn gern aus London abberufen, wenn er nicht befürchtete, Lord Halifax zu verärgern.«[200] In Paris ließ Georges Bonnet den rumänischen Gesandten Tatarescu kommen und erfuhr, daß »die deutsch-rumänischen Besprechungen zu einem Handelsabkommen geführt haben, das bald unterzeichnet werden soll«, und daß es zu keiner Zeit ein Ultimatum gegeben habe, höchstens einen kleinen Zwischenfall am Anfang.[201]

Diese Flut von Dementis wurde der Presse nicht mitgeteilt: Die Londoner Abendzeitungen, die französischen und amerikanischen Zeitungen meldeten am nächsten Morgen, daß der Einmarsch der deutschen Truppen in Rumänien bevorstehe. Sie meldeten sogar auf Grund eines Drahtberichts des französischen Gesandten in Bukarest, Thierry, an Georges Bonnet, daß »Rumänien, das jeden Augenblick mit einem Einmarsch der Wehrmacht rechne, in der Mobilmachung begriffen sei«.[202] Da keiner sich in Geographie auskannte, glaubte jeder dran: der Leser der *Times*, des *Daily*

Telegraph, des *New York Herald Tribune* und von *Paris-Soir* ebenso wie die am besten unterrichteten Politiker. Georges Bonnet schrieb nachträglich, daß er »erst 1944 von Gafencu die Versicherung erhielt, es habe in Bukarest kein deutsches Ultimatum gegeben«. Trotzdem ist es schwer zu glauben, daß er als Außenminister Gafencus amtliches Dementi vom 18. März 1939 nicht zur Kenntnis genommen habe.[203]

Noch am selben Abend suchte der Brite Sir Erich Phipps den französischen Ministerpräsidenten Daladier im Abgeordnetenhaus auf und bat ihn um eine dringende Aussprache: wir wissen nicht, worüber sich die beiden Männer unterhalten haben, aber Daladier rief seine Minister auf der Stelle zusammen und unterrichtete sie, daß »Großbritannien sich entschlossen hat, die Grenzen Rumäniens zu garantieren«, und legte ihnen die Gründe dar, die zu dieser Entscheidung geführt haben: »An dem Tag, an dem Deutschland Herr über das rumänische Petroleum ist, könnte es mit ganz Europa Krieg führen, denn es könnte dann ohne Zweifel jahrelang durchhalten.«[204] Der Ministerrat beschloß, sich nach der englischen Haltung auszurichten. Das war aus der Luft gegriffen: Großbritannien hat niemals die rumänischen Grenzen garantiert, Rumänien hat es auch niemals darum gebeten; außerdem traf der englische Ministerrat, der die Frage erörterte, erst am nächsten Tag, dem 19. März, zusammen.

Bei dieser Sitzung stellte Lord Halifax die »Pleite der Verständigungspolitik« fest, die »in Prag zu Grabe getragen wurde«, erklärte, es dürfe »nicht zu einem polnischen München kommen« (obwohl noch nichts dafür sprach, daß Polen gefährdet sei), man müsse nun »Verpflichtungen in Osteuropa übernehmen und die Grenzen Polens und Rumäniens garantieren, selbst wenn man sich Churchills Projekt einer ›Großen Allianz‹ zum Vorbild nähme«. Der Ministerrat pflichtete diesem Standpunkt bei.

Auf der Stelle richtete Lord Halifax eine Note an die Regierungen in Paris, Warschau und Moskau — allerdings nicht in Bukarest: er wußte um seinen Schwindel und ahnte die

Antwort, die ihm die rumänische Regierung darauf geben würde — und forderte sie auf, »sich über die Maßnahmen zu beraten, die im Falle einer neuen Aktion gegen die Unabhängigkeit eines osteuropäischen Staates getroffen werden müßten«.[205] Am Tag zuvor hatte Litwinow in Moskau eine Rede gehalten, in der er »eine europäische Konferenz zu dem Zweck, Hitler Einhalt zu gebieten, vorgeschlagen (hatte), diesmal unter Teilnahme Frankreichs, Englands, Polens, Rußlands, Rumäniens und der Türkei«.[206]

Am folgenden Tag, dem 20. März, erklärte Lord Halifax im Oberhaus: »Seiner Majestät Regierung hat nicht verfehlt, die Folgerungen aus den Ereignissen zu ziehen. Sie ist entschlossen, allen ehrgeizigen Weltherrschaftsbestrebungen den Weg zu verlegen, und hat mit mehreren Regierungen Konsultationen aufgenommen und ihnen vorgeschlagen, einen Pakt abzuschließen, in dem sie sich zu einem gemeinsamen Widerstand gegen jede neue Bedrohung eines europäischen Landes verpflichten.«[207]

Am 21. März 1939 trafen der französische Staatschef, Albert Lebrun, und sein Außenminister, Georges Bonnet, zu einem offiziellen Besuch in London ein: Lord Halifax unterbreitete ihnen seinen Plan, und Georges Bonnet, der dem sowjetischen Botschafter in Paris, Suritz, bereits am 16. einen ähnlichen vorgelegt hatte, konnte nur zustimmen. Bemerkenswert ist, daß alle darüber einig waren, die UdSSR wieder an den europäischen Angelegenheiten zu beteiligen, von denen sie in München ferngehalten worden war.

In Polen war man allerdings anderer Auffassung. Nach Empfang von Lord Halifax' Note rief Oberst Beck seinen Ministerrat zusammen, und alle erklärten einmütig, sie hätten nichts dagegen, daß man Gespräche mit England führe zum Abschluß eines — mit dem französisch-polnischen aus dem Jahr 1921 vergleichbaren — Paktes; zum selben Zweck Gespräche mit Sowjetrußland zu führen sei aber nicht denkbar, schon wegen der damals gespannten Beziehungen zwischen beiden Ländern, und weil dies den Zorn der Deut-

schen hervorrufen würde, die als Repressalie einen ganz anderen Ton bei den bevorstehenden Gesprächen über Danzig und den Korridor anschlagen könnten. Anläßlich einer Zusammenkunft am 5. Januar 1939 in Berchtesgaden habe Hitler Beck gesagt, man müsse auf eine baldige Lösung des Problems bedacht sein, und der Gedanke daran erschreckte den Oberst.

Daher kam ihm die britische Garantie recht gelegen, und er erkannte sofort die Vorteile, die er daraus ziehen könnte: den Gesprächen zu entgehen. Am 24. März gab er deshalb seinem Botschafter in London, Raczynski, folgenden Auftrag:

»Ich bitte Sie, Lord Halifax zu fragen, ob nicht die englische Regierung angesichts der Schwierigkeiten, der unvermeidlichen Komplikationen und des Zeitverlustes, der mit einer multilateralen Verhandlung verbunden wäre, und andererseits angesichts des raschen Ablaufs der Ereignisse . . . die Möglichkeit ins Auge fassen könnte, mit uns unverzüglich ein zweiseitiges Abkommen zu schließen.«[208]

Lord Halifax fürchtete, er könne dadurch Rußland verstimmen; gedrängt von Chamberlain, der sich um eine Annäherung an Rußland keineswegs bemühte, ging er schließlich doch auf Becks Anliegen ein.

Und der polnische Gesandte in Berlin, Lipski, der sich seit dem 21. März in Warschau aufhielt, konnte am 26. in die Reichshauptstadt mit einer negativen Antwort zurückkehren . . .

So ist die Kehrtwendung von Oberst Beck zu erklären. Gerade die Zeit, um Unterschriften auszutauschen.

Am 31. März erklärte Chamberlain im Unterhaus:

»Ich habe dem Haus jetzt mitzuteilen, daß im Falle einer Aktion, welche die polnische Unabhängigkeit klar bedrohen und gegen welche die polnische Regierung entsprechend den Widerstand mit ihrer nationalen Wehrmacht als unerläßlich ansehen würde, Seiner Majestät Regierung sich während dieser Zeit verpflichtet fühlen würde, sofort der polnischen Re-

gierung alle in ihrer Macht liegende Unterstützung zu gewähren.«[209]

Am 6. April 1939 war Beck in London, und das Abkommen wurde bekanntgegeben.

Hitler leitete trotzdem, wenn auch ohne große Illusionen, noch einige Schritte in Richtung Oberst Beck ein. Er mußte aber erkennen, daß er seine Zeit verlor, und hielt am 28. April vor dem Reichstag eine Ansprache, in der er sowohl das deutsch-polnische Verständigungsabkommen vom 26. Januar 1934 als auch den deutsch-englischen Flottenvertrag vom 18. Juni 1935 aufkündigte.

In derselben Ansprache ging er auf eine der ungeschicktesten Interventionen ein, die Roosevelt am 15. April bei ihm und Mussolini gemacht hatte und die er dem US-Präsidenten sehr übelgenommen hatte.

Was hatte Präsident Roosevelt Hitler und Mussolini also geschrieben?

Die Zurückweisung der britischen und französischen Proteste gegen die Zerteilung der Tschechoslowakei hatte zunächst Roosevelts Zorn entfesselt. Als Mussolini am 7. April in Albanien eindrang und König Viktor Emanuel die Krone Albaniens überreichte, konnte Roosevelt sich nicht mehr beherrschen.

Albanien war ein armes Land — ein Land von Schäfern, das keinerlei wirtschaftliche Bedeutung hatte. Es bildete aber eine strategische Drehscheibe, von wo aus man Jugoslawien, Bulgarien und Griechenland seinen Willen aufnötigen konnte. Wer Albanien beherrschte, beherrschte auch die Balkanländer. König Achmed Zogu I., der dessen Schicksal lenkte, war eine Art Gangster, der laut linksorientierter Zeitungen »sich bis zum Thron hinauf drängte durch eine sinnvolle Dosierung von Korruption, Intrigen und Morden«. Als er vom Einmarsch der italienischen Truppen hörte, floh er sofort nach Griechenland, in Begleitung seiner Frau, Königin Geraldine. Die Eindringlinge empfing die albanische Bevölkerung mit offenen Armen; sie verdankte ihnen ja ihre Stra-

ßen, ihre wenigen Eisenbahnstrecken und seltene Industrien. Der Abgang des Königs wurde von seinen ehemaligen Untertanen nicht als Verlust angesehen, im Gegenteil.

Das waren doch keine Manieren! Mussolini hatte einen Gangster in die Flucht gejagt, hatte sich aber gleichzeitig ein Land mit Gangstermethoden angeeignet.

Pius XII., der am 2. März 1939 als Papst gewählt wurde, hielt seine erste Papsthomelie, *Quoniam Paschalia*, am Ostersonntag und zeigte sich »sehr besorgt über die Gefahren, die die Arbeitslosigkeit, das Elend, die Nichteinhaltung der eingegangenen Verpflichtungen, die Verachtung — in manchen Ländern — der unveräußerlichen Menschenrechte in Europa erzeugten«.[210] Die Intervention des Papstes erfolgte auf moralischer Ebene. Jeder wußte, daß diese Worte Hitler und Mussolini galten und sich insbesondere auf die jüngsten Ereignisse in der Tschechoslowakei und in Albanien bezogen. Hitler und Mussolini hatten es wohl verstanden.

Auf der diplomatischen Bühne hatte Jugoslawien nicht gemurrt. Bulgarien und die Türkei auch nicht. Frankreich und England protestierten nur der Form wegen und so, daß sie ihre Hoffnung, Mussolini und Hitler zu entzweien, nicht vereitelten. Nur die Russen und Präsident Roosevelt tobten.

Hätte Präsident Roosevelt in seinem Telegramm vom 15. April 1939 gegen die jüngste Entwicklung in der Tschechoslowakei und in Albanien protestiert, so hätte man schon verstanden, daß er nur auf Hitler und Mussolini anspielte. Aber seine Botschaft berichtete lediglich von »hoffentlich unbegründeten Gerüchten, denen zufolge neue Angriffsakte gegen weitere unabhängige Nationen erwogen würden«. »Sich nur an zwei der betroffenen Parteien zu wenden, hieß sie von vornherein auf die Anklagebank schicken«, bemerkt Msgr. Giovanetti über Präsident Roosevelts Initiative.[211] Zumal der US-Präsident sie, und nur sie, ohne Umschweife fragte: »Können Sie mir versichern, daß Ihre Truppen weder die Hoheitsgebiete noch die Besitzungen der im folgenden aufgezählten Nationen angreifen werden?« Davon zählte er ein-

unddreißig auf. Und er schloß mit der »Hoffnung, daß eine solche Versicherung zehn Jahre, ja gar ein Vierteljahrhundert Frieden bedeuten könnte«, und im Falle einer positiven Antwort versprach er »die Beteiligung Amerikas an internationalen Diskussionen, die die Welt von der erdrückenden Rüstungslast befreien sollten«.[212]

Das war mehr als ein Verstoß gegen die diplomatischen Gepflogenheiten, das war eine Grobheit, wenn nicht eine Provokation.

Seitdem ich Robert E. Sherwood, einen der Vertrauten Roosevelts, gelesen habe, habe ich darüber keine Zweifel mehr. Robert E. Sherwood behauptet nämlich, daß der Präsident überzeugt war, »die Grenze der Vereinigten Staaten befinde sich am Rhein«,[213] und »er zweifellos Friedensverhandlungen, ein neues München, am meisten befürchtete«.[214]

Mussolini konferierte in Rom mit Göring und Ciano, als ihm diese Botschaft überreicht wurde, und da stellte er seine berühmte Diagnose: »Folge einer progressiven Lähmung«, worauf Göring übereinstimmend antwortete: »Beginn von Geisteskrankheit«.[215] Hitlers Reaktion war überaus scharf.

Am 17. April 1939 beauftragte er Ribbentrop, bei allen von Roosevelt genannten Staaten (mit Ausnahme Polens, natürlich, Frankreichs, Rußlands und Großbritanniens, dessen öffentlich vielfach wiederholte Absichten er kannte) anzufragen, ob sie sich von Deutschland bedroht fühlten und ob sie Roosevelt darum gebeten hätten, dieses Ersuchen in dieser Form zu richten. Die siebenundzwanzig angesprochenen Staaten antworteten einmütig mit einem doppelten *Nein*. Für Hitler war dies ein beispielloser diplomatischer Erfolg, den er in seiner äußerst redegewandten[216] Reichstagsansprache vom 28. April bestens auszunutzen wußte, indem er mitten im Gelächter und unter dröhnendem Beifall die siebenundzwanzig Antworten vorlas. Außerdem regte er erneut eine internationale Konferenz an, die den Versailler Vertrag oder das, was von ihm noch bestand, abändern sollte.



MANDEL zu BENESCH (unten): »Erklären Sie Deutschland den Krieg, und die Kanonen Frankreichs, Englands und der Sowjetunion werden von selbst losgehen . . .«





ROOSEVELT: »Was ich am meisten befürchte, das sind Friedensverhandlungen, ein neues München!«



CHURCHILL: »Niemals hätte sich ein Krieg leichter verhindern lassen als dieser.«

Seinen Schritt hatte Präsident Roosevelt damit gerechtfertigt, »daß die Möglichkeit eines Konflikts das amerikanische Volk, in dessen Namen ich spreche, mit großer Sorge erfüllt«. Den Beifall und das Gelächter steigerte Hitler zur Tollheit mit der ironischen Bemerkung: »Und hier erkläre ich feierlich, daß alle irgendwie verbreiteten Behauptungen über einen beabsichtigten deutschen Angriff oder Eingriff auf oder in amerikanische Gebiete plumper Schwindel oder grobe Unwahrheit sind. Ganz abgesehen davon, daß solche Behauptungen übrigens auch vom militärischen Standpunkt aus nur einer albernen Phantasie entstammen können«.[217]

In Frankreich, England und Polen, wo die Reaktionen nur noch von der Leidenschaft gesteuert wurden, fand Roosevelts Initiative herzlichen Beifall. In Rußland blieb jegliche Reaktion aus: man konnte ihr nicht beipflichten, da sie diplomatisch unhaltbar war, man konnte sie aber auch nicht mißbilligen, da es noch verfrüht war, die Welt von der Wiederaufnahme (3. Oktober 1938) der Gespräche zwischen Deutschland und Rußland in Kenntnis zu setzen, die bekanntlich zum deutsch-sowjetischen Pakt vom 23. August 1939 führten. In allen übrigen Staaten, vor allem in den von Präsident Roosevelt genannten, ging dessen Vorschlag mit viel Lächerlichkeit und Mißbilligung unter.

Unmittelbare Folge: Am 6. Mai 1939 hielt sich von Ribbentrop in Mailand zu einem offiziellen Besuch auf. Diese Stadt wählte Mussolini schon deshalb zum Ort der deutsch-italienischen Zusammenkunft, weil die ausländische Presse zu wiederholten Malen von der angeblich antideutschen Stimmung in der lombardischen Hauptstadt berichtet hatte, und er wollte beweisen, daß dem nicht so sei.

Nach einem ersten Gedankenaustausch mit Graf Ciano aßen beide Minister am Abend im Hotel »Continentale«: Mussolini erteilte seinem Außenminister telefonisch den Auftrag, die Gelegenheit auszunützen und von Ribbentrop um die Unterzeichnung eines Militärbündnisses mit Deutschland zu ersuchen.[218] Zwischen beiden Ländern waren noch

keine Gespräche hinsichtlich eines solchen Bündnisses eingeleitet worden. Einen derartigen Pakt hatte von Ribbentrop bereits ein Jahr zuvor angeregt: Hitler hielt sich damals (3.—9. Mai 1938), unmittelbar nach dem Anschluß Österreichs, in Rom auf. Im Namen Mussolinis hatte Ciano allerdings damals das Angebot abgelehnt. Diesmal war es beschlossene Sache: Präsident Roosevelts Telegramm hatte dazu beigetragen, dem Reichskanzler Mussolini wieder zuzutreiben, den von ihm zu lösen England und Frankreich bestrebt gewesen waren (Chamberlains und Lord Halifax' Staatsbesuch in Rom am 11. Januar 1939; Paul Baudouins Mission bei Mussolini am 2. Februar 1939).

Der Stahlpakt, wie dieses Militärbündnis anschaulich genannt wurde, wurde am 22. Mai 1939 in Berlin unterzeichnet. Artikel 3 besagt: »Wenn es entgegen den Wünschen und Hoffnungen der vertragschließenden Teile dazu kommen sollte, daß einer von ihnen in kriegerische Verwicklungen mit einer anderen Macht oder mit anderen Mächten gerät, wird ihm der andere Vertragschließende sofort als Bundesgenosse zur Seite stehen und ihm mit allen seinen militärischen Kräften zu Lande, zur See und in der Luft unterstützen.« Einzige Bedingung: beide Parteien müssen sich vorerst beraten.[219]

Erst am 30. Mai 1939 richtete Mussolini ein vertrauliches Schreiben an Hitler mit folgendem Wortlaut:

»Die europäischen Achsenmächte benötigen eine Friedenszeit von nicht weniger als drei Jahren. Erst vom Jahre 1943 an wird eine kriegerische Anstrengung die größten Aussichten auf Erfolg haben. Aus diesen Gründen wünscht das faschistische Italien nicht, einen europäischen Krieg zu beschleunigen, obwohl es von der Unvermeidbarkeit eines solchen Krieges überzeugt ist. Italien kann eine verhältnismäßig größere Zahl von Männern mobilisieren als Deutschland. Dieser Fülle von Männern entspricht eine Bescheidenheit von Mitteln . . .«[220]

Mit anderen Worten: Italien wird erst 1943 kriegsbereit sein. Das war zwar eine Bremse; bei der Besprechung, die

der Führer am 5. November 1937 mit seinen Heeresführern hatte, rechnete er mit dem Krieg ohnehin nicht vor diesem Datum.

Für Ende Mai 1939 läßt sich die Weltlage wie folgt zusammenfassen: Hitler hatte mit Polen und England gebrochen (Kündigung des deutsch-englischen Flottenabkommens vom 17. Juni 1935 sowie des deutsch-polnischen Verständigungsabkommens vom 26. Januar 1934); am 18. Dezember 1938 hatte Mussolini seinerseits den französisch-italienischen Vertrag vom 8. Januar 1935[221] aufgekündigt, und zwischen beiden Diktatoren war der Stahlpakt gerade abgeschlossen worden. Auf der einen Seite stand Hitler, der nun der Unterstützung Mussolinis sicher war und angesichts der Entwicklung der deutsch-sowjetischen Gespräche mit der Neutralität Stalins rechnen durfte; auf der anderen befanden sich England und Frankreich mit ihrem neuen Verbündeten Polen, die der Unterstützung Roosevelts sowie des riesigen amerikanischen Potentials sicher waren und ebenfalls auf Stalin hofften.

In Anbetracht der Wendung, die jene Roosevelt-Botschaft an Hitler und Mussolini der Diskussion gegeben hatte, waren die Aussichten auf ein neues München sehr gering: Roosevelts Wünsche, Robert E. Sherwood zufolge, waren damit erfüllt. Verfolgte er wirklich dieses Ziel, so hatte er es ganz und gar erreicht.

Die Lage war explosiv geworden.

4. Die Intervention Pius' XII.

In dieser Atmosphäre entfesselter Leidenschaften blieb ein Mann kaltblütig und hielt nicht den Frieden für verloren: Papst Pius XII.

Da Präsident Roosevelts tiefe Befürchtung eines neuen Münchens erst nach dem Krieg bekannt gemacht wurde,[222] unterstellte ihm Pius XII. zweifellos keine machiavellistische

Absicht, hielt sein Eingreifen in die Debatte nicht für eine Provokation. Bestimmt aber für eine Ungeschicklichkeit: nicht nur, weil er sein anklagendes Schreiben lediglich an Hitler und Mussolini gerichtet hatte, sondern auch, weil seine Pläne einer Weltkonferenz so weitgreifend waren, daß sie sämtliche internationalen Fragen mit der europäischen vermengten und diese dadurch verwässerten; und vor allem, weil diese Pläne von ideologischen Überlegungen (Quarantäne-Rede vom 5. Oktober 1937) getragen waren, die mit der Kriegs-Friedensproblematik nichts zu tun hatten.

Als Berufsdiplomat wußte der Papst, daß man Fragen nacheinander in Betracht ziehen muß. Er wußte auch, daß die Gefahr eines Krieges in Europa am größten war. Daher kam er auf den Gedanken, zunächst alle europäischen Streitfragen unter Europäern zu lösen. Die Reichstagsrede, die Hitler am 28. April 1939 als Antwort auf Roosevelt gehalten hatte, hatte ihn außerdem davon überzeugt, daß die Zeit drängte. Als geistiger Vater und Oberhaupt von 500 Millionen Menschen war er der Auffassung, daß er befugt und verpflichtet war einzugreifen. Nicht etwa wie Präsident Roosevelt aus Furcht vor einem neuen München, sondern zugunsten eines Treffens, das als einziges die Welt vor einer Katastrophe, das heißt in seinen Augen vor dem Ende der Christenheit und der Zivilisation, bewahren konnte.

Die europäischen Staaten, die Streitfragen unter sich auszuhandeln hatten, waren fünf an der Zahl: England, Frankreich, Italien, Deutschland und Polen. Deutschland natürlich mit Polen; Italien mit Frankreich (italienische Forderungen in Nordafrika, in Dschibuti, auf Korsika und sogar in Nizza); England mit Deutschland (Aufkündigung des deutsch-britischen Flottenabkommens von 1935, Garantie für Polen) und Italien (Suezkanal); Frankreich mit Deutschland (Proteste gegen seine Politik in Mitteleuropa, polnische Garantie). Italien und Deutschland gehörten nicht mehr dem Völkerbund an; eine allgemeine Regelung durch den Völkerbund war deswegen ausgeschlossen, da er sie ohne die

beiden Nationen verhandelt hätte. Für eine Regelung blieb nur noch eine Konferenz mit den fünf betroffenen Staaten.

Warum nicht mit Rußland?, fragten später Pius' XII. Widersacher, vor allem Saul Friedländer anläßlich jener Polemik, die Hochhuths Stück *Der Stellvertreter* hervorrief. Pius' Vorgehen läge, meinten sie, an »einer persönlichen Abneigung gegen den Kommunismus, die auf seine ›Kontakte‹ mit den bayerischen Sowjets im Jahre 1919 zurückgeht«.[223] Die Antwort ist eigentlich viel einfacher: Rußland war von keiner der damaligen Streitfragen betroffen, und das war auch der Grund, weshalb es von der Münchener Konferenz ferngehalten worden war. Daß Papst Pius XII. dem Kommunismus feindlich gesinnt war, steht außer Zweifel; Pius' XI. Enzyklika *Divina Redemptoris*, die für ihn maßgebend war, drückte es deutlich aus. Zu behaupten, daß er Rußland, wäre es in die europäischen Streitfragen verwickelt gewesen, nicht berücksichtigt hätte, ist dagegen reine Hypothese. Aus demselben Grund hatte er die Vereinigten Staaten ebensowenig berücksichtigt. Bemerkenswert ist, daß dieselben, die Pius' XII. Haltung seiner feindlichen Gesinnung gegenüber dem Kommunismus zuschrieben, ihn gleichzeitig beschuldigten, mit dem Nationalsozialismus zu sympathisieren und deshalb einzugreifen, weil er Angst hatte, der Nationalsozialismus, in seinen Augen einziges Bollwerk gegen den Kommunismus, könnte von dem damals vorangetriebenen Riesenbündnis gegen Deutschland zerschmettert werden. *O Sancta Simplicitas!* (Heilige Einfalt!)

Bevor Papst Pius XII. seinen Plan den betroffenen Staaten unterbreitete, ließ er seinen diplomatischen Dienst vorfühlen. Er wollte sicher sein, daß er bei niemandem Anstoß erregen würde. So sind die Dinge verlaufen.

1. Am 1. Mai 1939 empfing Mussolini Pater Tacchi Venturi, seinen persönlichen Freund und Mitglied der Gesellschaft Jesu, der ihn im Namen des Papstes um seine Meinung fragen sollte. Mussolini erbat sich zwei Tage Bedenkzeit. Wie versprochen gab er am 2. Mai seine Antwort; es war eine un-

eingeschränkte Zustimmung. Auf die Frage des päpstlichen Gesandten, wie der Führer seiner Ansicht nach reagieren werde, antwortete er: »Ich neige zu der Meinung, daß der Führer das Angebot nicht zurückweisen wird.« Allerdings, fügte er hinzu, »sollte man in der Einladung darauf hinweisen, daß eine pazifistische Lösung der Streitpunkte zwischen den fünf Staaten sowie der Nebenfragen angestrebt wird«.[224]

2. Mit diesem Zuspruch ausgerüstet, unterbreitete der Staatssekretär des Vatikan, Msgr. Maglione, den päpstlichen Vorschlag einen Tag später den Nuntien von Berlin, Paris, Warschau und London. Am 5. Mai wurde der Nuntius zu Berlin, Msgr. Orsenigo, von Hitler und Ribbentrop in Berchtesgaden empfangen. Aus seinem Bericht an das Staatssekretariat des Vatikans sowie aus dem die Unterredung zusammenfassenden Memorandum[225] geht hervor, daß Hitler eigentlich »nicht an eine Kriegsgefahr glaube, da die gespannte Stimmung mehr auf Hetze als auf Tatsachen zurückzuführen sei«, und daß er sich mit Mussolini in Verbindung setzen müsse, bevor er eine endgültige Antwort geben könne. Er werde nämlich nichts unternehmen ohne dessen Einverständnis, und er fügte hinzu: »Der Duce und ich werden immer einstimmig handeln.«

Am 5. Mai 1939 sah die Sache folgendermaßen aus: Mussolini war auf den Vorschlag des Papstes eingegangen, und Hitler, der keine Einwände vorzubringen hatte, hatte gesagt, seine offizielle Antwort könne erst nach einer Beratung mit Mussolini erfolgen.

Seitens der Diktaturen war die Sache auf gutem Weg.

3. Am 6. Mai empfing Außenminister Georges Bonnet Msgr. Valerio Valeri, Nuntius in Paris. Er sagte ihm, er müsse sich zunächst mit Ministerpräsident Daladier und dem Generalsekretär des Quai d’Orsay, Alexis Léger,[226] besprechen, bevor er ihm eine Antwort geben könne. Am Abend ließ er ihn ins Ministerium kommen und teilte ihm mit, daß »die französische Regierung den Schritt für unangebracht« halte. Er äußerte außerdem die Bitte, der Kardinal-Staatssekretär

möge »die Veröffentlichung der Botschaft bis auf weiteres zurückstellen«. Seine Meinung zu dem eben unternommenen Schritt teilte Msgr. Valerio Valeri dem Staatssekretariat des Vatikan erst am 12. Mai, nach dem Scheitern der päpstliche Friedensaktion, mit:

»Die Staaten, die als Demokratien zu bezeichnen sind, möchten zur Zeit die diplomatischen Schritte offenbar nicht intensivieren, sondern dem Aufschwung der totalitären Staaten eine Schranke setzen, sie erweitern und festigen. Sie sind im übrigen überzeugt, daß in wenigen Monaten die Waage der einander gegenüberstehenden Kräfte ganz auf ihre Seite sinken wird. Das sagte Außenminister Bonnet und bestätigte der US-Botschafter in Paris, Bullitt. Dieser verbarg nicht seine Genugtuung zu erfahren, daß die Friedensaktion des Papstes eine Eintagsfliege war. Nach seiner Auffassung müssen die totalitären Staaten an die Wand gedrückt werden. Erst wenn sie sich dafür verbürgen, worauf Roosevelt in seiner Botschaft anspielte,[227] werden neue Gespräche möglich sein.«

Am 7. Mai hatte ihm Alexis Léger, alias Saint John Perse, seine Einwände gegen das Prinzip einer Konferenz mit ähnlichen Worten vorgetragen.

4. Der Londoner Nuntius Msgr. Godfrey wurde seinerseits am 5. Mai von Lord Halifax empfangen, um den Standpunkt der britischen Regierung zu erfahren: »Seine Heiligkeit möge Seine guten Dienste getrennt und hintereinander Polen und Deutschland, Frankreich und Italien anbieten.«[228]

Auch hier wurde das Vermittlungsangebot abgelehnt.

5. Die Antworten aus Paris und London, die Msgr. Maglione bereits am 7. Mai vorlagen, vernichteten alle Hoffnungen, die Italien und Deutschland bei dem Staatssekretär und dem Papst hervorgerufen hatten. Am 8. Mai 1939 traf die Antwort Polens ein: selbstverständlich war sie auf die französische und die britische abgestimmt.

Die Mächte der Achse gaben eine gemeinsame offizielle und endgültige Antwort. Sie traf als letzte, am 9. Mai, ein. In Anbetracht der negativen Stellungnahmen Frankreichs, Eng-

lands und Polens stellte sie fest: Eine Konferenz der fünf Mächte zur Verbesserung der internationalen Lage sei verfrüht und im Augenblick überflüssig, schon deshalb, um den hohen Einfluß des Papstes nicht in Frage zu stellen.[229]

Ohne es zu wollen, hatte Papst Pius XII. den Erweis gebracht, daß diejenigen, die gegen eine Lösung der europäischen Streitfragen durch internationale Verhandlungen waren, weder Hitler noch Mussolini hießen, sondern Frankreich, England und Polen.

Mit diesem Erweis setzte die Feindschaft ein, die ihm die leidenschaftlichen Kriegstreiber, man kann sie verstehen, ständig entgegenbrachten. Sie arbeiteten nicht auf die Lösung der europäischen Streitfragen, sondern auf den Sturz des nationalsozialistischen Regimes in Deutschland hin, und sie wußten, daß sie dieses Ziel nur über den Krieg erreichen könnten. Deshalb wollten sie auf keinen Fall eine Neuauflage der Münchener Konferenz. Sie wollten weiterhin den Glauben pflegen, daß Hitler selbst jede Wiederaufnahme der internationalen Gespräche verhinderte. Nach der Intervention Papst Pius' XII. konnten sie es allerdings nicht mehr.

In der Folge machten sie sich weitere Gesichtspunkte der päpstlichen Haltung zunutze: Pius' XII. Appell vom 24. August 1939, unmittelbar nach der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Abkommens, sowie seine letzte Friedensbemühung am 31. August, um 13 Uhr.

Der deutsch-sowjetische Pakt vom 23. August hatte den Papst erschüttert: Der allgemeine Krieg samt seinen Greueln schien ihm unvermeidlich. In der Ansprache, die er an diesem Tag hielt, war er darauf bedacht, »die Bestrebungen der Völker und den Verstand der Regierenden« gegenüberzustellen, und zwar auf eine Weise, die niemanden kränke:

»Wir schließen die vielen gutwilligen Seelen in unser Gebet ein, die zwar außerhalb der Kirche leben, dennoch nach Frieden trachten, und wir wollen Gott anflehen, er möge alle Menschen vor der Plage neuer blutiger und entsetzlicherer Konflikte bewahren. Durch die Macht der Vernunft, und

nicht durch die Macht der Waffen wird die Gerechtigkeit ihren Weg gehen. Ein Reich, das nicht auf der Gerechtigkeit gründet, ist nicht gottgesegnet . . . Es ist noch Zeit, daß die Menschen sich wieder verständigen und wieder verhandeln . . . Sie werden erkennen, daß ein achtbarer Erfolg nie von ehrlichen Verhandlungen ausgeschlossen ist . . . Mit dem Frieden ist nichts verloren, alles kann es aber mit dem Krieg sein . . .«[230]

Am 31. August, 13 Uhr, hatte sich noch kein polnischer Bevollmächtigter in der Wilhelmstraße eingefunden, obwohl die von Hitler gesetzte Frist — er hatte sie seit dem 26. August ständig verlängert — um Mitternacht zu Ende gegangen war. In Anbetracht dessen hatte Papst Pius XII. einen letzten Schritt unternommen und den Botschaftern Deutschlands, Polens, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens folgende Note überreichen lassen:

«Seine Heiligkeit *bittet* im Namen Gottes inständig die Regierungen Deutschlands und Polens, alles zu tun, um irgendeinen Zwischenfall zu vermeiden, von jeder Maßnahme Abstand zu nehmen, die geeignet wäre, die gegenwärtige Spannung zu verschärfen. Sie bittet die britische, französische und italienische Regierung, seine Ersuchen zu unterstützen.«[231]

Der beigefügte »Friedensplan« sah folgendes vor:

»1. Zwischen Deutschland und Polen wird ein Waffenstillstand für die Dauer von zehn bis vierzehn Tagen vereinbart.

2. In dieser Zeit wird eine internationale Konferenz zusammentreten, an der Frankreich, England, Italien, Polen, Rußland,[232] Belgien, Holland und die Schweiz teilnehmen. Die Vereinigten Staaten und der Vatikan werden ihrerseits Beobachter entsenden.

3. Diese Konferenz wird das Ziel haben, eine friedliche Revision des Versailler Vertrages vorzunehmen und eine allgemeine Nichtangriffs-Vereinbarung auszuarbeiten.«[233]

Für die Kriegsanhänger war dies der Beweis, daß Pius XII. die Vernichtung Deutschlands durch das — trotz deutsch-so-

wjetischen Pakts und russischer Absage — noch ziemlich starkes Bündnis der demokratischen Mächte um jeden Preis vermeiden wollte und daß sein Schritt von seiner Hinneigung zum Nationalsozialismus gelenkt wurde.

Als der Krieg da war, fanden sie diese Meinung durch eine Reihe von Fakten bestätigt: Pius' XII. Starrsinn, sämtliche Kriegsgreuel, und nicht nur die deutschen, zu verurteilen; seine Sorge um alle Kriegsopfer, welches ihre Staatsangehörigkeit, ihre Rasse oder ihre Religion auch sein mochten und unabhängig davon, ob sie der katholischen Kirche angehörten (diese Auffassung brachte ihm den Unmut der Juden ein, die ihm vorhielten, sie nicht *expressis verbis* genannt zu haben); seine ablehnende Haltung gegen die These von der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands, die den Krieg um mindestens zwei Jahre verlängerte usw.

Diese offenbar von einem echten Pazifismus beseelte Haltung wurde von den Kriegsanhängern nach Belieben entstellt. Durch Textdeutelei schafften sie es nach dem Krieg, vor allem aber seit seinem Tod, jene Niederträchtigkeit anzustiften, die ich als *L'Opération »Vicaire«* (»Die Operation ›Stellvertreter‹«)[234] bezeichnete und mit der sie Pius XII. zum Nazi-Papst stempeln wollten. Da sie das Werk inhaltlich nicht angreifen konnten, ohne ihr Spiel aufzudecken und die öffentliche Meinung zu verärgern, suchten sie es mittelbar zu diskreditieren, indem sie den Mann durch Beleidigung und Verleumdung in Verruf brachten.

5. Der deutsch-sowjetische Pakt

Die Russen währenddessen . . .

Am 23. August 1939 wunderte sich die ganze Welt über die Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Pakts. Außer Boris Souvarine, dessen ausgezeichnete *Stalin*-Abhandlung[235] seinerzeit nahezu unbeachtet blieb, hatte nämlich niemand das eigentliche Wesen des Bolschewismus erkannt und folg-

lich die eigentlichen Gründe jenes französisch-sowjetischen Bündnispakts (2.—14. Mai 1935) sowie der Volksfront durchschaut, die ihn vorbereitet hatte.

Links glaubte man, die Haltung Stalins sei von doktrinären Überlegungen bestimmt: Sozialismus, Kommunismus, Antinazismus, Antirassismus, Schutz der Freiheit u. a. Im Grunde sei er ein Demokrat, und die sogenannte Diktatur des Proletariats, der er Sowjetrußland unterwarf, sei nur eine durch die Verhältnisse bedingte vorübergehende Erscheinung. Schließlich hatte Marx selbst die zeitweilige Notwendigkeit dieser Diktatur des Proletariats eingesehen.[236]

Rechts glaubte man es auch, und wenn man dagegen war, dann nur, weil gegen den Marxismus eingestellt. Außerdem sah man in diesem Pakt eine Neuauflage der Einkreisung Deutschlands durch das französisch-russische Bündnis von 1891 und wie damals die Aufstellung eines Kriegsmechanismus gegen Deutschland. Daher das Schlagwort: Volksfront plus französisch-sowjetischer Bündnispakt gleich Krieg! Jedenfalls dachte die Rechte zu keiner Zeit, das Abenteuer würde mit einem Abkommen zwischen den nationalsozialistischen Deutschen und den bolschewistischen Russen enden; auch sie glaubte an die Gebote der Doktrinen und Ideologien. Vor das Ereignis gestellt, sah sie in ihm nur ein Argument, das dazu beitragen könnte, diesen Krieg, den sie nicht wollte, zu vermeiden, und kurzsichtig erklärte sie es lediglich mit der wohlbekannten Immoralität des Bolschewismus.

Der Pakt war aber nun in der Logik der Dinge. Wie von Boris Souvarine verfochten, ließ sich der Bolschewismus an der Macht niemals von der geringsten doktrinären Überlegung leiten, welches Verhältnis zum Kommunismus sie auch gehabt haben mag, in der Innen- ebenso wie in der Außenpolitik. Im ersten Fall ersetzte er das Feudalwesen, das 1917 noch das Regierungssystem Rußlands war, durch den Staatskapitalismus. Im zweiten machte er sich die Zarenpolitik im Fernen Osten (China) und in Europa (Baltische Länder, Polen, Balkan) zu eigen: den Panslawismus.

Diese Absichten wurden kurz nach der Unterzeichnung des Waffenstillstands vom 11. November 1918 offenbar, als die Bevölkerungen Weißrußlands, Finnlands, Estlands, Lettlands, Litauens, Polens und der Ukraine, die schon unter den Zaren ihre Unabhängigkeit forderten, diese nun verkünden wollten und mit der Roten Armee zusammenstießen. Es gelang der Roten Armee, ihr Gesetz in Weißrußland und in einem großen Teil der Ukraine zu behaupten. Der Bolschewismus begehrte, alle Völker, die unter der Fuchtel der Zaren gestanden hatten, unter der eigenen zu behalten. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das zur kommunistischen Lehre gehörte, kam gleich nach seinem Machtantritt in die Abfallgrube der Geschichte und war nur noch ein Exportartikel für den äußerlichen Gebrauch. Einmal hatte die Rote Armee es sogar auf Rumänien und Ungarn abgesehen: das Unternehmen scheiterte nur knapp.

Außerhalb der Grenzen des früheren Zarenreichs streckte der Bolschewismus aber seine Fangarme aus, und zwar mit Hilfe der kommunistischen Parteien, deren Aufgabe ab 1920 nicht nur die Machtergreifung durch die Eroberung der öffentlichen Meinung unter dem Deckmantel der Weltrevolution war, sondern auch das Entfachen von sozialen Unruhen und Gewalt, der Aufruf zur Revolte.

In der Zwischenkriegszeit merkten die wenigsten, daß die kommunistischen Parteien nichts als die fünfte Kolonne des Panslawismus in der freien Welt waren. Zu wenige sind heute noch diejenigen, die es erkennen. Und dennoch erzielte der Panslawismus im Zuge des Zweiten Weltkrieges beachtliche Erfolge: seine Grenzen liegen nunmehr fünfzig Kilometer von Hamburg entfernt, er hat die Hand auf Mitteleuropa, mit Ausnahme Österreichs, und dem Balkan, mit Ausnahme Griechenlands. Die Unabhängigkeit Litauens, Lettlands, Estlands und Finnlands tat Moskau immer sehr weh: der einzige Zugang zur Ostsee, den die Sowjetunion mit der Hafenstadt Leningrad behielt, wurde nunmehr am Ausgang des Finnischen Meerbusens jeweils von Finnland und Estland

kontrolliert. Ein neues Gibraltar im Grunde genommen. Außerdem hatten die Kommunisten Riga zugunsten Lettlands verloren. Aber nicht nur diese Fesseln, die der Versailler Vertrag ihrem Seehandel angelegt hatte, machten ihnen zu schaffen. Sie konnten noch weniger die Bodenschätze verschmerzen, die ihnen durch die Errichtung des Herzogtums Warschau zum polnischen Staat entzogen worden waren: jährlich 90 Millionen Tonnen Kohle, Eisen, Zink, Uranium; eine Huttenindustrie mit Warschau als Zentrum. Zu keiner Zeit hatten sie sich in diese Amputation und die Abtrennung der baltischen Länder gefügt.

Deutschland hatte sich seinerseits ebensowenig mit dem Verlust des polnischen Korridors, Posens und des einen Teils Schlesiens abgefunden. Berührungspunkte waren damit vorhanden. Als den Bolschewiken zur Gewißheit wurde, daß die deutsche Revolution gescheitert war, betrieben sie schon Anfang 1922 eine Politik der Verständigung mit Deutschland in der Hoffnung, hierdurch eine neue Teilung Polens zu veranlassen. Es kam zum Rapallo-Vertrag vom 16. April 1922 und, wie eins das andere gibt, zum Austausch von Militärmissionen.

Während dieser Zeit gegenseitiger Verständigung konnte sich Stalin den von Japan gefährdeten russischen Interessen im Fernen Osten in aller Ruhe widmen: Er durfte nämlich mit Frieden an seinen Westgrenzen rechnen, die Deutschland ohnehin, da ins Joch des Versailler Vertrags gespannt, nicht hätte bedrohen können, wenn es überhaupt die Absicht dazu gehabt hätte.

Alles änderte sich 1933 mit dem Regierungsantritt Hitlers: dieser war stark, pfiff auf Versailles und hatte dem Bolschewismus den Krieg erklärt. Im Oktober 1933 verließ er den Völkerbund mit Krach, und Stalin war sofort auf der Hut. Er begriff, daß eine Annäherung zwischen Deutschland und Japan, das den Völkerbund im März desselben Jahres verlassen hatte, nunmehr unvermeidlich war und daß er eines Tages möglicherweise an zwei Fronten zu kämpfen haben würde.

Als ein Nichtangriffspakt zwischen Polen und Deutschland am 26. Januar 1934 unterzeichnet wurde, gab es keinen Zweifel mehr: der deutsch-polnische Block hatte eine gemeinsame Grenze zu Rußland. Stalin zog daher die entgegenkommenden Schritte in Betracht, die Frankreich, vor allem Barthou,[237] in seine Richtung machte. Er tat es nicht aus Liebe zum Frieden; er wollte vielmehr Hitler Schwierigkeiten im Westen bereiten und ihn in die Zwangslage versetzen, an zwei Fronten kämpfen zu müssen, sollte er je die Absicht bekunden, sich an den Grenzen Rußlands zu vergreifen.

Das sind die wahren Gründe, die Stalin zunächst zum Völkerbund-Beitritt, dann zur Unterzeichnung des französisch-sowjetischen Bündnispakts bewogen: die Zwangsvorstellung, an zwei Fronten kämpfen zu müssen. Die Zaren hätten nicht anders reagiert. Er hoffte außerdem, dieser Bündnispakt würde einen derartigen Spannungszustand zwischen den Westdemokratien und Hitler-Deutschland schaffen, daß die Lage von selbst in einen Krieg im Westen einmünden und Hitler von Rußland ablenken würde: ein Krieg, bei dem Rußland nicht einzugreifen hätte, da es mit dem Reich keine gemeinsame Grenze besaß, und nach dessen Ausgang er, Stalin, gegenüber den beiden abgekämpften Gegnern der starke Mann in Europa wäre.

Stalin hatte richtig gesehen: 1939 war die Lage zwischen Deutschland und den Westdemokratien explosiv, und das ausgerechnet wegen Polen. Er hatte also die Wahl: 1. den französisch-sowjetischen Pakt mit einem Militärbündnis zu erweitern und unter dem Vorwand, Polen zu beschützen, dort seine Truppen mit dem Einverständnis der Westdemokratien einmarschieren zu lassen; in diesem Fall würde er zwar das Großherzogtum Warschau wiederbekommen, bei einem Krieg allerdings mit Deutschland zusammenstoßen. 2. dieses Großherzogtum Warschau durch ein Abkommen mit Deutschland, das heißt ohne Krieg, wiederzuerlangen.

Es gab keinen Grund zu zögern. Die Zeitumstände kamen ihm entgegen. Da war zunächst die Münchener Konferenz,

von der Stalin ferngehalten war, was die französisch-sowjetischen Beziehungen erheblich störte. Dann England, das sich bis zum 31. März 1939 gegen ein Bündnis mit Sowjetrußland aussprach und sich erst im Laufe des Monats April, seinen Ärger verbeißend, damit abfand. Zuletzt Polen, das keinem Bündnis an der Seite des Bolschewismus beitreten wollte. Es dachte, mit Recht übrigens, daß ein solches Bündnis sofort einen deutschen Einfall in den westlichen Teil des Landes nach sich ziehen würde, während die Rote Armee mit Deutschlands Einverständnis in die östlichen Gebiete eindringen würde, unter dem Vorwand, es zu beschützen. Die Operation würde mit einer gütlichen, alles lösenden Teilung Polens zwischen Deutschland und Rußland enden. Und es gäbe kein Polen mehr.

Oberst Beck war nämlich davon überzeugt, daß Stalin, einmal in Berührung mit den deutschen Truppen und nach Wiedererlangung des Großherzogtums Warschau, mit Hitler verhandeln würde. Deutschland hätte nur noch mit den Westmächten zu tun, und Stalin hätte nicht mehr zu befürchten, gleich an zwei Fronten kämpfen zu müssen. In dem Abkommen, das dieser mit Hitler schließen würde, hätte er außerdem bestimmt freie Hand in den baltischen Staaten, mit Ausnahme vielleicht Litauens wegen Memel, in Rumänien, im Balkan, alles Gebiete, auf die Rußland es seit jeher abgesehen hatte.

Das waren die Überlegungen von Oberst Beck, und in diesem Zusammenhang drängen sich drei merkwürdige Feststellungen auf:

1. Es sind genau die Bedingungen, die im geheimen, dem deutsch sowjetischen Vertrag beigefügten »Zusatz-Protokoll« vom 23. August 1939 enthalten sind. Was die Teilung Polens (wörtlich: »die territorial-politische Umgestaltung der zum polnischen Staat gehörenden Gebiete«) betrifft, sollte die Grenzlinie zwischen deutscher und russischer Interessensphäre »ungefähr« den Flüssen Narew, Weichsel und San fol-

gen. Das Interesse Sowjetrußlands an Bessarabien wurde anerkannt.

2. Auf diese Bedingungen bezogen sich die Gespräche, die am 14. April 1939 zwischen einerseits Rußland und andererseits England und Frankreich eröffnet wurden. Rußland war es gelungen, sie durchzusetzen, nur daß »Durchgangserlaubnis für die sowjetischen Truppen durch Polen« für den Ausdruck »Teilung« bzw. »Umgestaltung Polens« stand. Man konnte sicher sein, daß das russische Heer, einmal in Polen, nicht mehr von dort abziehen würde, und in beiden Fällen lief es auf dasselbe hinaus. Und selbst wenn Polen darauf eingegangen wäre, hätte Stalin, wie bereits angedeutet, höchstwahrscheinlich mit Hitler verhandelt, sobald er mit den deutschen Truppen in Berührung gekommen wäre, und somit hätte er sein Ziel erreicht, ohne den Krieg zu führen, und die Westmächte gegen Deutschland getrieben. Stalin rechnete damit, daß er am Kriegsende der starke Mann in Europa sein würde, unversehrt und in der Lage, den erschöpften kriegführenden Nationen seinen Willen aufzuzwingen.

3. Man wundert sich, daß bei einer so klaren Einsicht in seine Lage Oberst Beck es nicht vorzog, mit Hitler zu verhandeln, dessen Angebot die territoriale Integrität Polens unangetastet ließ: Hitler forderte nämlich nur Danzig (das Freie Stadt und nicht polnisches Gebiet war), eine Straße sowie eine Eisenbahnlinie, beide mit exterritorialem Charakter, durch den Korridor.[238]

Man wundert sich, doch kennt man die Gründe: Beck glaubte, das polnische Heer könne die deutsche Wehrmacht in Schach halten, die Gewandtheit seiner Kavallerie sei der Starrheit der deutschen Panzer überlegen, und Polen werde innerhalb weniger Tage Ostpreußen besetzt haben. Außerdem war er der Überzeugung, daß die deutsche Wehrmacht in Aufruhr sei: die polnischen Truppen würden Berlin erreichen wie bei einem Spaziergang. Sein Gesandter in Berlin, J. Lipski, sagte es jedem, der es hören wollte: »Seit fünfeinhalb Jahren lebe ich in diesem Land. Ich weiß sehr wohl, was sich

dort abspielt. Kommt es zu einem Krieg zwischen Polen und Deutschland, so wird eine Revolution in Deutschland ausbrechen, und unsere Truppen werden auf Berlin marschieren.«[239]

Oberst Beck und sein Botschafter waren nicht die einzigen, die sich solchen Illusionen hingaben. Robert Coulondre, der französische Gesandte in Berlin, sagte es nach in einem Brief, den er hinter Georges Bonnets Rücken an Ministerpräsident Daladier richtete: »Die Kraftprobe schlägt zu unseren Gunsten aus. Aus sicherer Quelle erfahre ich daß Hitler sich seit fünf Tagen abwartend verhält, die Parteigrößen schwankend geworden sind und die Berichte von einer wachsenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung sprechen . . . Nach wie vor müssen wir fest bleiben, fest bleiben und nochmals fest bleiben . . . Nach dem, was mir gesagt worden ist, legt Herr Hitler sich heute die Frage vor, wie er aus der Sackgasse wieder herauskommen soll . . . Nun, der Fisch hängt am Haken . . .«[240] Frau Geneviève Tabouis schrieb, daß »hundertfünfzig gegen Hitler rebellierende Generale zurückgetreten sind«.[241]

Bei einer privaten Unterhaltung äußerte General Gamelin: »Das ist recht einfach! An dem Tage, an dem Deutschland der Krieg erklärt wird, wird Hitler stürzen. Anstatt die Grenzen des Reichs zu verteidigen, wird die deutsche Armee auf Berlin marschieren müssen, um die Unruhen, die dort ausbrechen werden, niederzuschlagen. Die im Westwall stehenden Truppen werden nur geringen Widerstand leisten. Wir werden in das Deutsche Reich hineinstoßen wie in Butter.«[242] Für alle sei das deutsche Angebot an Moskau ein Beweis dafür, daß Deutschland sich in einer verzweifelten Lage befinde.

In England gingen ähnliche Gerüchte um. Sie stammten von E. Raczynski, dem polnischen Gesandten in London, und wurden von dem deutschen Botschaftsrat Erich Kordt, der Hitler feindlich gesinnt war, bestätigt. Winston Churchill, Sir Antony Eden, Duff Cooper, Duncan Sandys u. a. sorgten

ihrerseits dafür, daß sie auf Chamberlains Schreibtisch gelangten. Es war sogar von einer deutschen Widerstandsbewegung die Rede, an deren Spitze die Generale Halder, Beck, von Witzleben, ferner Dr. Schacht stünden und die nur auf eine Hilfe von außen in Form einer Kriegserklärung an Deutschland warten würde, um zur Tat zu schreiten und Hitler abzusetzen. Solche Gerüchte waren erfunden: Nie hielten die Generale mit Hitler so zusammen wie in der polnischen Angelegenheit. Sie trugen allerdings dazu bei, die öffentliche Meinung zu konditionieren und den Standpunkt der Regierungen Frankreichs, Englands und Polens zu verhärten.

Diese Gerüchte, die angeblich aus guter Quelle stammten, waren zweifellos auch der Grund, weshalb weder England noch Frankreich bedachten, daß sie Polen nur mit einem mittelbaren Eingreifen an der deutschen Westgrenze helfen konnten, daß diese Intervention eine ähnliche Aktion Rußlands an der Ostgrenze voraussetzte, daß das militärische Kräfteverhältnis zwischen beiden Staaten und Deutschland eine solche Hilfe nicht zuließ und daß sie dann nur noch Luft wäre.

Diese strategischen Überlegungen waren natürlich überflüssig. Da es offenbar genügte, Deutschland den Krieg zu erklären, damit sein Regime zusammenstürze, würde es keinen Krieg geben. Man ging beinahe davon aus, daß die Wehrmacht den französischen, englischen und polnischen Truppen helfen würde, Deutschland zu erobern! Man brauchte nicht einmal Rußland!

Einfach bestürzend.

Nachdem Stalins Beweggründe und die Illusionen der Westdemokratien dargelegt sind, ist es möglicherweise nicht belanglos, den Leser über die Art und Weise zu unterrichten, wie Stalin seine Täuschung ins Werk setzte: er entfaltete dabei nicht viel Geist. Man kann sogar behaupten, daß die westlichen Demokratien voll guten Willens waren, sich täuschen zu lassen.

Am 3. Oktober 1938, kurz nach der Münchener Konferenz, unterrichtete die deutsche Botschaft in Moskau die Reichsregierung, »Stalin habe manche Schlüsse aus der Regelung der Sudetenfrage, von der er ausgeschlossen worden war, gezogen und könnte eine *positivere* Haltung gegenüber Deutschland einnehmen«.[243] Zwischen Deutschland und Sowjetrußland bestand eine Art Handelsabkommen, das außer Gebrauch gekommen war und zum Jahresende ablief. Am 4. November 1938 ordnete Göring an, man müsse die Gelegenheit ausnützen und »die Handelsbeziehungen zu Rußland wieder ins Leben rufen, insofern es sich um Rohstoffe handelte«.[244] Im Schatten dieser Vertragsverlängerung wurden die Geheimgespräche eröffnet, die am 23. August folgenden Jahres zur Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags führten.

Am 12. Januar 1939, beim Neujahresempfang des diplomatischen Korps in der Reichskanzlei, beehrte Hitler den sowjetischen Botschafter mit einem langen, freundlichen Gespräch: In den Jahren zuvor hatte sich der Führer damit begnügt, ihm wortlos die Hand zu drücken. Den anwesenden Diplomaten war es aufgefallen, und sie hatten sofort ihre Regierungen von diesem ihres Erachtens kennzeichnenden Umschwung unterrichtet. Vergebens: die Regierungen nahmen diese Mahnungen nicht ernst.

Am 10. März hielt Stalin vor dem 18. Kongreß der KPdSU eine Rede, in der die bisherigen Kritiken an dem Nationalsozialismus sich nun gegen die demokratischen Staaten richteten. Sie enthielt außerdem folgende befremdende Äußerung: »Die Sowjetunion hat nicht die geringste Absicht, für die Westdemokratien die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Im Gegenteil, die sowjetische Regierung ist einer Verbesserung ihrer Beziehungen zum Reich grundsätzlich nicht abgeneigt.«[245] Demnach wußte Hitler, daß er von den Russen nichts zu fürchten brauchte, als er sich entschloß, am 15. März in Prag einzumarschieren. Die westlichen Demokratien merkten nichts.

Hitler erwiderte diese Höflichkeit: seine Reichstagsrede vom 28. April, mit der er Roosevelt antwortete und sowohl den deutsch-britischen Flottenvertrag vom 18. Juni 1935 als auch das deutsch-polnische Verständigungsabkommen vom 26. Januar 1934 offiziell aufkündigte, enthielt nichts Nachteiliges über den Bolschewismus.

Am 3. Mai setzte Stalin Litwinow ab und ernannte Molotow zum neuen Volkskommissar für die Auswärtigen Angelegenheiten: Litwinow war Jude. Nach dem Krieg behaupteten verschiedene Autoren, Göring habe einige Tage zuvor auf die Bemerkung eines Gesprächspartners, es sei im Interesse Deutschlands, diplomatische Unterhandlungen mit Rußland einzuleiten, geantwortet: »Sie glauben doch nicht im Ernst, daß Hitler sich mit einem Juden verständigen werde!« Die Quellen, auf die sie sich berufen, widersprechen zwar einander, es ist aber durchaus anzunehmen, daß Stalin den Zeitpunkt für richtig hielt, den Gesprächen mit Deutschland eine konkretere Wendung zu geben, sie auf die diplomatische Bühne zu bringen, wo Litwinow als Jude zweifellos ein unüberbrückbares Hindernis darstellte.

Léon Blum, der auch Jude war, ließ sich nicht täuschen. In *Le Populaire* vom 5. Mai 1939 äußerte er, ohne auf Litwinows jüdische Zugehörigkeit zu deuten, seine Besorgnis und »die Hoffnung, daß diese Absetzung keine Kursänderung in der Politik der Sowjetunion nach sich ziehen wird«. In New York war das jüdische Lager um Roosevelt sich dessen bewußt, einen wichtigen Trumpf verloren zu haben. Aus Berlin teilte der französische Botschafter Coulondre Außenminister Georges Bonnet mit: »Dieser Wechsel hat ganz andere Ursachen. Herr Litwinow war zu starr in seiner Haltung in der Frage der kollektiven Sicherheit. Außerdem hegte er Polen gegenüber eine zu deutliche Abneigung. Wenn man ihm die Wahl zwischen Berlin und Warschau gegeben hätte, dann wäre er imstande gewesen, Berlin den Vorzug zu geben. Mit Molotow, einem Mitglied des Politbüros und bestem Kenner der Gedanken Stalins, kann die sowjetische Außenpolitik

nur an Klarheit und Bestimmtheit gewinnen. Frankreich und Großbritannien werden den Wechsel nicht zu bedauern haben!«[246]

Herr Coulondre war ein feiner Diplomat!

In London, New York und Warschau sprachen die russischen Botschafter ihm nach: man war wieder beruhigt.

Im Mai 1939 standen London und Paris in Verhandlungen mit Moskau seit dem 14. April. Die politischen Bedingungen eines Bündnisses wurden immer noch erörtert, und das dauerte an. London und Paris merkten nicht, daß Moskau nur nach einem Anlaß suchte, die Unterhandlungen abzubrechen. Sie schleppten sich bis zum 24. Juli hin: jedesmal, wenn die Russen einen Punkt durchsetzten, schoben sie den nächsten vor, in der Hoffnung, die Briten und Franzosen würden ihn nicht annehmen, so daß sie ihnen das Scheitern der Unterhandlungen anlasten könnten. Vergebens: Die Briten und Franzosen nahmen alles hin, ja sogar die Einbeziehungen der baltischen Staaten in die russische Einflußsphäre, die russische These von der »mittelbaren Aggression«,[247] die Unterordnung des politischen Vertrags unter ein Militärabkommen, den Ausschluß Hollands aus der gemeinsamen Garantieerklärung. Die Engländer äußerten zwar ihre Unzufriedenheit, und Lord Halifax war mehrmals drauf und dran, die Verhandlungen abzubrechen. Doch bei jeder neuen russischen Forderung sprach der französische Botschafter in London, Corbin, bei ihm vor und ersuchte ihn im Auftrag Georges Bonnets, die Forderungen anzunehmen. Präsident Roosevelt, der ungeduldig zusah, wie sich die Dinge in die Länge zogen, rief außerdem jeden Tag seinen Botschafter in London, Joseph Kennedy, an und sagte ihm, er solle »Chamberlain die Pistole auf die Brust setzen«.[248] Joseph Kennedy war nicht einverstanden, doch plauderte er diese Dinge bei Lord Halifax aus. Und Lord Halifax, der die russischen Forderungen für unannehmbar — und sie waren es wahrlich! — hielt, gab nach, um Georges Bonnet und vor allem Präsident Roosevelt nicht zu verstimmen.

Am 24. Juli 1939 hatten die westlichen Demokratien ihren ganzen Ärger heruntergeschluckt, und es konnte nun das Militärabkommen paraphiert werden, mit dem die Russen eigentlich beginnen wollten. Auf diesem Gebiet war es nämlich leichter, wenn nicht die westlichen Demokratien, so doch Polen für den Abbruch der Verhandlungen verantwortlich zu machen. Außerdem wäre dieser Abbruch um so schneller erfolgt. Die Russen wußten zu gut, daß Oberst Beck den wenn auch notwendigen Durchgang der Sowjetischen Truppen durch das polnische Gebiet niemals dulden würde. Das traf auch ein: Der Abbruch erfolgte am 19. August, nachdem Oberst Beck ein Ersuchen Lord Halifax' und Georges Bonnets, auf diese Forderung einzugehen, entschieden abgelehnt und beide Politiker sofort die polnische Antwort Moskau übermittelt hatten.

Die Russen erhofften sich nichts anderes. Seit dem 15. August waren sie mit den Deutschen über einen offiziellen Besuch von Ribbentrops nach Moskau grundsätzlich einig. Über den Zweck dieser Reise geben zwei bezeichnende Dokumente Auskunft. Es sind die Berichte des deutschen Botschafters in Moskau, Graf von der Schulenburg, über zwei Unterredungen mit Molotow.[249]

Bei der ersten Unterredung vom 4. August 1939 hatte von der Schulenburg Molotow mitgeteilt,[250] daß Deutschland bereit sei, seine Beziehungen zur Sowjetunion völlig neu zu gestalten, wenn diese jede Einmischung in Deutschlands innere Angelegenheiten unterließe und außenpolitisch auf jeden Angriff gegen die Interessen des Reiches verzichtete. Er hatte sogar hinzugefügt, daß es im Falle einer Einigung »kein Problem zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer« gebe, »das zwischen uns nicht gelöst werden könnte«, und angeregt, »daß wir uns schon jetzt über das Schicksal dieses Landes (= Polen) verständigen«. Das war wohl der Beweis, daß beide Staaten, um dahin zu kommen, schon lange im Gespräch waren. Molotow habe sich, so von der Schulenburg »ungewöhnlich aufgeschlossen« gezeigt.

Von diesem Empfang ermutigt, beriet der deutsche Botschafter mit seiner Regierung und unterrichtete Molotow am 15. August, Reichsaußenminister von Ribbentrop sei bereit, mit ihm in Moskau die Fragen zu erörtern, die den Gegenstand ihrer Unterredung am 4. August gebildet hatten. Er dürfe ihm außerdem mitteilen, daß »Deutschland bereit sei, seinen Einfluß auf Japan geltend zu machen, um eine Verbesserung und Festigung der russisch-japanischen Beziehungen zu bewerkstelligen«.

Molotows Antwort: »Ich würde es begrüßen, mich persönlich mit dem Herrn Reichsaußenminister unterhalten zu können. Ich werde sofort die Vorbereitungen für seine Reise treffen.«

Molotow hatte allerdings noch nicht Becks abschlägige Antwort in der Hand, das heißt noch keinen triftigen Grund, mit der französisch-britischen Militärmission abzubrechen, die sich seit dem 11. August in Moskau aufhielt, um gemeinsam mit der russischen Mission das Abkommen auszuarbeiten. Das Durchgangsrecht der sowjetischen Truppen durch polnisches Gebiet, an dem die Gespräche nach seiner Überzeugung scheitern würden, war nämlich erst einen Tag zuvor auf die Tagesordnung der drei Delegationen gesetzt worden.

Als Becks ablehnende Antwort eintraf, wurde die Angelegenheit rasch erledigt: Stalin rief die Mitglieder des Politbüros zusammen und teilte ihnen mit, er habe beschlossen, einen Nichtangriffspakt mit Deutschland zu unterzeichnen, und sein Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Noch am selben Abend (19. August 1939) wurde ein neues Handelsabkommen zwischen beiden Staaten unterzeichnet: Deutschland gewährte Rußland einen Kredit in Höhe von 200 Millionen Mark auf sieben Jahre und zu 5% Zinssatz. Dafür verpflichtete sich die Sowjetunion, dem Reich ab sofort Baumwolle, Schmiermittel, Phosphate, Manganerz, Asbest und Rohleder im Wert von 180 Millionen Reichsmark gegen 125 Millionen Reichsmark Werkzeugmaschinen zu liefern.



Joachim von Ribbentrop und Stalin anläßlich der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes am 23. April 1939 in Moskau. Der Inhalt des damit verbundenen Geheimabkommens wurde sofort aus der deutschen Botschaft in Moskau an die USA verraten.

Immer noch am selben Abend bat Molotow Botschafter Schulenburg, dem Reichsaußenminister den Entwurf zu einem deutsch-sowjetischen Pakt zu überreichen . . .

In den zwei oder drei darauffolgenden Tagen waren Ribbentrop und Molotow einerseits, Hitler und Stalin andererseits bestrebt, auf dem brieflichen und auf dem telegraphischen Weg den Tag der Zusammenkunft und den Wortlaut des Paktes festzulegen.

Am Morgen des 23. August platzte die Nachricht wie ein Donnerschlag in der Weltpresse:

»Die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der Sowjetunion haben beschlossen, einen Nichtangriffspakt zu schließen. Reichsaußenminister von Ribbentrop ist zur Vertragsunterzeichnung auf dem Weg nach Moskau.«

Oberst Beck behauptet, Stalin habe seine Entscheidung vor dem Politbüro folgendermaßen gerechtfertigt:

»Nehmen wir das deutsche Angebot an, einen Nichtangriffspakt zu schließen, so wird Deutschland bestimmt Polen überfallen, und das Eingreifen Englands und Frankreichs in diesem Krieg wird unvermeidlich sein. Bei diesen Umständen haben wir gute Aussichten, von dem Konflikt verschont zu bleiben, und können vorteilhaft warten, bis wir dran sind. Wir werden nicht nur an der Westgrenze durch den Pakt geschützt sein, sondern auch im Fernen Osten durch den Einfluß, den Deutschland aus Dankbarkeit bestimmt auf Japan ausüben wird . . . Demnach haben wir keine andere Wahl! Wir müssen das deutsche Angebot annehmen und die französisch-britische Mission mit einer höflichen Ablehnung nach Hause schicken.«[251]

Dieser Text taucht in keinem Dokument der Kommunistischen Partei Sowjetrußlands auf; er spiegelt aber unbestreitbar die Einstellung Stalins wider.

Natürlich stellten alle kommunistischen Zeitungen der Welt den deutsch-sowjetischen Pakt als Friedensbeitrag der UdSSR hin und stimmten Lobgesänge auf den »genialen Stalin« an.

VIII. Die letzten Tage

Die russische Kehrtwendung veranlaßte weder England, noch Frankreich, noch Polen, ihre Politik gegen Deutschland zu überdenken.

Freilich wußte England, daß die geographische Lage Polens eine unmittelbare Hilfe von britischer oder französischer Seite unmöglich machte. Darüber waren sich alle einig: Nur Rußland hätte es vermocht. Die Engländer waren der Auffassung, daß der Pakt, der Rußland und Deutschland miteinander verband, ein Nichtangriffs- und kein Beistandspakt war; außerdem kam es zu keinem Zusatzabkommen im militärischen Bereich. Folglich werde sich Rußland neutral verhalten, und nicht an der Seite Deutschlands eingreifen. Sie wußten aber nicht, oder wollten nicht wissen,[252] daß ein Geheimes Zusatzprotokoll die Teilung Polens zwischen Deutschland und Rußland vorsah und daß Polen von beiden Mächten bedroht war, nicht nur von Deutschland. Außerdem vertrauten sie auf Frankreich für eine mittelbare Unterstützung zu Land im Westen. Am 15., 16. und 17. Mai 1939 hatte General Gamelin in Paris Besprechungen mit dem polnischen Kriegsminister Kasprzycki gehabt und ihm versprochen, im Fall eines Krieges mit Deutschland eine Luftaktion bereits in den ersten Tagen, Offensivaktionen mit begrenzten Zielen am dritten Tag, eine Offensivaktion gegen Deutschland mit dem Gros der Truppen am fünfzehnten.[253] England glaubte, daß die französische Armee nach wie vor die stärkste in der Welt sei. Im Osten äußerte sich Oberst Beck beruhigend über die Tüchtigkeit des polnischen Heeres, das der deutschen Wehrmacht überlegen sei. Und die Seeherrschaft Englands war unumstritten. Da gab es zwar seine Luftwaffe,

die nicht hervorragend war, aber immerhin war sie wacker und hatte seit dem 1. Januar 1939 erstaunliche Fortschritte gemacht.

Das alles hatte Hand und Fuß; leider waren alle Angaben, auf die sich die britischen Überlegungen stützten, falsch. Da England es nicht wußte, erhielt es seine Garantieerklärung zugunsten Polens aufrecht und schloß einen Beistandspakt am 25. August 1939 nach, der am 6. April 1939 von Oberst Beck in London vereinbart worden war.

In Frankreich rechtfertigte General Gamelin die Versprechungen, die er den polnischen Kriegsministern machte, folgendermaßen:

»Frankreich kann den 200 deutschen Divisionen etwa 120 Divisionen entgegensetzen. Deshalb muß es sich die Unterstützung durch die 80 polnische Divisionen erhalten . . . Die polnische Armee wird der deutschen ehrenhaft Widerstand leisten. Kälte und schlechtes Wetter werden die Feindseligkeiten schnell zum Stehen bringen, so daß die Schlacht im Frühjahr 1940 im Osten noch weitergehen wird. In diesem Augenblick wird die französische Armee durch zahlreiche britische Divisionen, die auf dem Festland gelandet werden, verstärkt sein . . . Im Frühjahr 1940 wird Frankreich daher auf die 240 Divisionen rechnen dürfen, die die französischen und polnischen Streitkräfte zusammen ergeben, zu denen dann noch etwa 40 britische Divisionen hinzukommen werden. Falls Deutschland außerdem die holländische und die belgische Neutralität verletzen sollte, würde es damit zusätzlich noch 30 holländische und belgische Divisionen auf unsere Seite bringen, womit dann insgesamt 270 alliierte gegen 200 deutsche Divisionen stehen würden.«[254]

Das war auch gut durchdacht, beruhte aber auf ebenso falschen Angaben wie die britische Darstellung. Die Ereignisse würden es unter Beweis stellen: Gleich nach der Kriegserklärung sollte die französische Armee sowohl zu Land als auch in der Luft (der Riom-Prozeß brachte an den Tag, daß Frankreich weniger als 1000 Flugzeuge zur Verfügung hatte gegen

12 000 auf deutscher Seite) handlungsunfähig sein, auch am dritten und am fünfzehnten Tag; der polnische Feldzug sollte innerhalb von 17 Tagen abgeschlossen, und das schlechte Wetter sollte die Feindseligkeiten nicht bis zum Frühling zum Stehen bringen; und schließlich würde England im Frühjahr 1940 nicht 40 Divisionen in Frankreich landen, sondern lediglich neun.

General Gamelin schaffte es trotzdem, die meisten Minister davon zu überzeugen, daß seine Gedankenführung lükkenlos war. Georges Bonnet und Anatole de Monzie waren die einzigen, die seinen Optimismus nicht teilten. Im Abgeordnetenlager schlossen sich Jean Montigny, Frot, Bergery, Xavier Vallat, L. O. Frossard, François Pietri und einige andere ihrem Standpunkt an.

Mandel wußte auch, daß das französische Heer noch nicht kriegsbereit war. Wir kennen aber bereits die zynische Antwort, die er Georges Bonnet gab, als dieser ihn darauf aufmerksam machte: zunächst den Krieg erklären, dann ihn vorbereiten.[255]

Dieser Standpunkt setzte sich durch.

Die Krone setzte aber Polen auf: Oberst Beck war nicht nur überzeugt, daß das polnische Heer die deutsche Wehrmacht zerschlagen könne, wie 1410 in Tannenberg; er war auch sicher, daß die deutschen Generale nur noch auf Unterstützung von außen, etwa in Form einer Kriegserklärung an Deutschland warteten, um Hitler abzusetzen, wodurch eine allgemeine Verwirrung in Deutschland entstehen werde. Da General Gamelin ihm ein Eingreifen der französischen Luftwaffe am ersten Kriegstag, Aktionen mit begrenzten Zielen am dritten sowie den Einmarsch der französischen Truppen in Deutschland bereits am fünfzehnten in Aussicht gestellt hatte, malte er sich schon die Zusammenkunft der polnischen und französischen Heere in Berlin aus.[256]

Beck war der Ansicht, Hitler habe einen Pakt mit Rußland nur deshalb geschlossen, weil er sich in einer verzweifelten Lage befinde. Er stützte seine Meinung auf die Berichte sei-

ner Gesandten in Berlin und London. Wir wissen, daß letzterer in enger Verbindung zu Erich Kordt, einem deutschen Botschaftsrat in London, stand, der diese Meinung ebenfalls vertrat.[257] Daher ging Beck nicht auf die Verhandlungsangebote ein, die ihm Hitler seit dem 5. Januar 1939 unterbreitete, ja er provozierte ihn sogar: Ultimatum in Danzig, Flakbeschuß auf deutsche Flugzeuge und anderes. Er hatte zwar eine Teilung Polens zwischen Deutschland und Rußland befürchtet, glaubte aber nicht, daß der deutsch-sowjetische Pakt eine solche Teilung vorsehe;[258] und natürlich war er nicht der Ansicht, daß er ihr nur entgehen könne, indem er sich mit Deutschland verständigte.

Besorgniserregend war vor allem der Wortlaut der britischen Garantiererklärung:

»Im Falle einer Aktion, welche die polnische Unabhängigkeit klar bedrohen und gegen welche die polnische Regierung entsprechend den Widerstand mit ihrer nationalen Wehrmacht als unerläßlich ansehen würde . . .« Es stand also Polen frei zu entscheiden, ob Widerstand geleistet werden müsse. Ein Blankoscheck also. Beck nützte es aus, und bei der vollkommenen Verblendung, die er an den Tag legte, hatte die Welt kaum noch Aussichten, dem Krieg zu entgehen, wenn England den Wortlaut seiner Verpflichtung nicht abänderte.

Alle Gerüchte bezüglich der verzweifelten Lage, in der sich Hitler befinde, waren bekanntlich aus der Luft gegriffen; die sie verbreitende Pressekampagne war aber so gut aufgezogen, die polnischen Kreise waren so geneigt, Wunsch und Wirklichkeit zu vertauschen, daß sich allmählich die Auffassung durchsetzte, nur die Verständigungspolitik halte den Führer in Deutschland an der Macht.

Es wurde allgemein geschrieben, daß Hitler deshalb noch an der Macht sei, weil die französische und die britische Regierung keine Gelegenheit lieferten, ihn abzusetzen, und zwar den deutschen Generalen, die seit langer Zeit dazu bereit gewesen seien und nur auf diese Hilfe gewartet hätten,

um zur Tat zu schreiten. Eine Kriegserklärung an Deutschland bei der Remilitarisierung des Rheinlands (März 1936), dem Anschluß Österreichs (März 1938), der Sudetenfrage (September 1938, München) oder der Besetzung und Zerstückelung der Tschechoslowakei (März 1939) hätte eine solche Gelegenheit abgeben können.

Als der Brief des französischen Botschafters in Berlin, Coulondre, am 30. August in Paris eintraf,[259] stürzten die letzten Antikriegsbastionen zusammen: diesmal würde man sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen. Im übrigen komme es nicht mehr darauf an, eine gerechte Lösung für die deutsch-polnische Frage anzustreben. Chamberlain sollte es am 1. September 1939 unbefangen zugeben, als er in seiner Unterhaus-Rede ankündigte, daß ein Ultimatum an Deutschland unmittelbar bevorstehe: »Wir haben keinen Grund zum Streit mit dem deutschen Volk, außer, daß es sich von einem Nazi-Regime regieren läßt.«[260] Die Rede, mit der Daladier am 2. September die Aushändigung des französischen Ultimatums ankündigte, klang genauso: »Handelt es sich nicht nur um einen deutsch-polnischen Konflikt? Nein, meine Herren. Es ist ein neuer Schritt der Hitler-Diktatur auf dem Weg zur Europa- und Weltherrschaft.«[261] Damit war die Friedens- und Kriegsfrage in den Bereich der Ideologie übertragen worden.

In den Vereinigten Staaten wollte Präsident Roosevelt »sich ranhalten« und eine Weltkriegsstimmung schaffen. Als er von der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Pakts erfuhr, berief er gleich den Kongreß zu einer Sondersitzung ein, um das vom Neutralitätsgesetz vorgeschriebene Waffenembargo zugunsten Frankreichs, Englands und Polens aufheben zu lassen. Die Sicherheit der Vereinigten Staaten und ihre demokratischen Einrichtungen seien nämlich in Gefahr. Zur selben Zeit forderte der Oppositionsführer und Senator Vandenberg ebenfalls eine sofortige Sitzung des Kongresses, allerdings, »um die Kontrolle des Parlaments über die autokratischen Entscheidungen des Präsidenten zu verstärken«

und um zu vermeiden, daß er »die Umstände zu einem seiner gewohnten provokatorischen Akte ausnützt«.[262] Der Antrag auf Aufhebung des Waffenembargos wurde nahezu einstimmig abgelehnt, und diese Entscheidung entsprach dem Wunsch der amerikanischen Öffentlichkeit, wenn man der Umfrage Glauben schenkt, die die New Yorker Roper Agentur am 4. September durchführte:

- Für Kriegsbeteiligung an der Seite Englands und Polens . . . . 2,5 %
- Für völlige Abseitsstellung und Verkauf an jedermann nach dem Cash-and-Carry-Prinzip . . . . 37,5 %
- Für Abseitsstellung und Verkauf ausschließlich an Frankreich, England und Polen . . . . 8,9 %
- Für Abseitsstellung so lange wie möglich und Kriegseintritt an der Seite Englands, Frankreichs und Polens, falls diese Nationen Gefahr laufen, besiegt zu werden. Zwischenzeitliche Unterstützung mit Lebensmittel- und Waffenlieferungen . . . . 14,7 %
- Für Abseitsstellung ohne jede Lieferung . . . . 29,9 %
- Pro-Alliierte . . . . 0,6 %
- Pro-Deutsche . . . . 0 % [263]

Eine andere Einstellung legte Amerika erst im Dezember 1941 an den Tag, als die Japaner Pearl Harbor angriffen und Deutschland am 11. Dezember ihm den Krieg erklärte. Bis dahin hatte sich das amerikanische Volk nie von Deutschland bedroht gefühlt, weder in seiner Sicherheit noch in seinen demokratischen Einrichtungen. Seit seinem Machtantritt wiederholte Hitler immer wieder, er habe keine Absichten auf dem amerikanischen Kontinent, und er müßte verrückt sein, überhaupt welche zu haben. Der Politik Roosevelts, dessen Handlungen als Präsident indessen von einer systematischen Feindschaft gegen Deutschland zeugten, hatte die Gegen-Propaganda der Senatoren Vandenberg, Borah, Clark und des berühmten Obersten Lindberg keine Mühe, den Rang abzulaufen.

Roosevelt war aber an der Macht, was ihm mehr Handhabe auf die Ereignisse verschaffte als seinen Gegnern. Außerdem übten seine israelitischen Freunde einen starken Einfluß auf die Presse aus. Noch lange vor Pearl Harbor erwirkten sie mit vereinigten Kräften eine sichtbare Veränderung der Denkhaltung in der Öffentlichkeit. Am 3. November 1939 gewährte der Kongreß Präsident Roosevelt die Aufhebung des Waffenembargos, gegen die er sich zwei Monate zuvor ausgesprochen hatte, und am 11. März 1940 wurde die Cash-and-Carry-Klausel durch das Pacht- und Leihgesetz abgelöst. Durch diese Änderungen konnte Roosevelt nun den Westmächten alles liefern, was sie brauchten.

Im August 1939 war er allerdings noch nicht so weit: Von dem Kongreß zur Untätigkeit verurteilt, versuchte Roosevelt durch Briefe und Botschaften, die er an den italienischen König, Hitler, den polnischen Staatschef, seine Botschafter in London und Paris richtete, sich in die europäischen Angelegenheiten einzumischen und dort Mitspracherecht zu bekommen, damit er deren Entwicklung beeinflussen könne. Den drei ersten schrieb er, daß »die Regierung der Vereinigten Staaten jederzeit bereit ist, zur Lösung der Probleme beizutragen, die den Weltfrieden gefährden«. Seinen Botschafter in London, Joseph Kennedy, bedrängte er, er solle »Chamberlain die Pistole auf die Brust setzen«.[264]

Dergleichen brauchte er nicht mit William Bullitt zu tun: Sein Botschafter in Paris war ebenso geschäftig und stellte der französischen Regierung immer wieder eine US-Unterstützung in Aussicht. Bei allen Kontakten mit Roosevelt beteuerte er, man müsse »Deutschland in der Polen-Angelegenheit stoppen«.

Über die Aktivität des US-Präsidenten während dieser Zeit äußerte Joseph Kennedy gegenüber James Forrestal, dem früheren amerikanischen Verteidigungsminister, unter anderem:

»Niemals hätte Frankreich oder England ohne diese ständigen Nadelstiche aus Washington einen casus belli aus Polen

gemacht ... Chamberlain habe ihm (Kennedy) gegenüber versichert, Amerika und die Juden der ganzen Welt hätten England in den Krieg getrieben ... An der Meinung Kennedys, wonach der Angriff Hitlers auf Rußland hätte abgelenkt werden können, war unbestreitbar Richtiges.«[265]

In Deutschland wartete Hitler, seines guten Rechts und seiner Macht sicher, daß Polen auf seine Vorschläge hinsichtlich bilateraler Verhandlungen über Danzig und den Korridor eingehe. Die Vorschläge hatte er am 5. Januar desselben Jahres angekündigt, am 5. März in gehöriger Form unterbreitet und am 28. April öffentlich wiederholt.[266] Antwortete Polen nicht bis zum 31. August, 24 Uhr, so werde er am darauffolgenden Morgen in das Land einfallen, hatte er Anfang Mai beschlossen, und zu Beginn des Monats hat er die Frist auf den 26. August neu festgelegt. Wir haben den 23. August, und als Antwort hatte sich Polen für den Status quo ausgesprochen und damit Hitlers Aufforderung abgeschlagen.

Hitlers gutes Recht war unbestreitbar. Er forderte Danzig und den Durchgang durch den Korridor, die Menschen dort forderten ihrerseits den Anschluß an Deutschland. Wie alle bereits einverleibten Gebiete waren sie sich bewußt, zum Reich zu gehören und diesem nur durch den Versailler Vertrag entrissen worden zu sein. Und überhaupt verlangte Hitler in der Korridor-Frage und gegen den Wunsch der Bewohner lediglich eine Autobahn sowie eine Eisenbahnstrecke mit exterritorialem Charakter, um eine Verbindung zwischen dem übrigen Reich und Ostpreußen zu schaffen. Vernünftiger konnte man nicht sein. Was seine Macht anbetraf, so hatte sein Nachrichtendienst ihn davon überzeugt, daß Deutschland militärisch starker war als England, Frankreich und Polen zusammen. Und das stimmte.

In Italien schätzte man sich glücklich über das Meisterstück, das Hitler mit dem deutsch-sowjetischen Pakt vollbracht hatte. Ja, man frohlockte: diesmal lägen die Demokratien auf den Knien, und es sei vorbei mit dem triumphierenden Antifaschismus.

Moskau schließlich betrachtete die Verwirrung der in die Kapitulation oder den Krieg getriebenen westlichen Demokratien. Jedenfalls glaubte man, mit ihnen das Spiel so weit getrieben zu haben, daß sie nicht mehr zurück konnten und sich für den Krieg entschieden. Und man frohlockte ebenfalls.

Das war die Stimmung, die an diesem 23. August 1939 in allen betroffenen Hauptstädten herrschte, in London wie in Paris, Warschau, New York, Berlin, Rom und Moskau. Man kann die Schuld am Ausbruch des Krieges nicht besser beleuchten, als die Ereignisse der letzten zehn Tage vor dessen Erklärung in zeitlicher Abfolge wiederzugeben.

23. August 1939

Um 13 Uhr trifft der britische Botschafter in Berlin, Sir Nevile Henderson, in Berchtesgaden ein. Er soll Hitler eine Botschaft überreichen, die Chamberlain einen Tag zuvor, als er vom Abbruch der Gespräche zwischen Moskau und der französisch-britischen Delegation erfuhr, verfaßt hat. Mit bisweilen rührenden Worten schlägt er Hitler vor, »mit ihm Voraussetzungen zu schaffen, die für die Aufnahme von direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen« geeignet wären. Er stellt nur eine Bedingung: »daß ein zu erreichendes Abkommen bei seinem Abschluß von anderen Mächten garantiert werde«. Und er teilt ihm mit, daß »nötigenfalls Seiner Majestät Regierung entschlossen und bereit ist, alle ihr zur Verfügung stehenden Kräfte unverzüglich einzusetzen«. Ferner einen geschickten Vorschlag, der Hitler erweichen könnte: »gleichzeitig jene größeren, zukünftige internationale Beziehungen berührenden Probleme zu erörtern, einschließlich die uns und Eure Exzellenz interessierenden Angelegenheiten«.[267] Die Freundschaft Englands im Grunde genommen.

Um 18 Uhr überreicht Hitler Sir Nevile Henderson seine Antwort eigenhändig. »Deutschland hat niemals Konflikte mit England gesucht und sich nie in englische Interessen eingemischt. Es hat sich im Gegenteil — wenn auch leider vergebens — jahrelang bemüht, die englische Freundschaft zu erwerben.« Dies als Antwort auf das Angebot umfassender Verhandlungen.

Er fährt fort: »Deutschland war bereit, die Frage Danzigs und die des Korridors durch einen wahrhaft einmaligen großzügigen Vorschlag auf dem Weg von Verhandlungen zu lösen. Die von England ausgestreuten Behauptungen über eine deutsche Mobilmachung gegenüber Polen, die Behauptung von Aggressionsbestrebungen gegenüber Rumänien, Ungarn usw. sowie die später abgegebenen sogenannten Garantieerklärungen hatten die Geneigtheit der Polen zu Verhandlungen auf einer solchen auch für Deutschland tragbaren Basis beseitigt . . . Deutschland ist — wenn es von England angegriffen wird — darauf vorbereitet und dazu entschlossen . . . Die Frage der Behandlung der europäischen Probleme in friedlichem Sinne kann nicht von Deutschland entschieden werden, sondern in erster Linie von jenen, die sich seit den Verbrechen des Versailler Diktats jeder friedlichen Revision beharrlich und konsequent widersetzt haben.«[268]

Sir Nevile Henderson findet bei der Übergabe der Chamberlain-Botschaft und beim Empfang der Antwort zwar keine sehr gute Aufnahme, aber die Gespräche, so wie sie zwischen beiden Regierungen eingeleitet sind, lassen glückliche Entwicklungen erhoffen.

Präsident Roosevelt, der nicht recht weiß, wie er bei der Erörterung der europäischen Frage mitreden könnte, teilt am selben Tag dem König von Italien mit, daß »die Vereinigten Staaten gerne an friedlichen Unterhandlungen teilnehmen würden« und daß er »Vorschläge für eine friedliche Lösung der gegenwärtigen Krise . . . unterbreiten«[269] möge.

Die Antwort bleibt aus: Möglicherweise hat der König von Italien diesen Brief als Versuch bewertet, Spannungen zwi-

schen den Achsenmächten zu schaffen. Am späten Abend meldet die Londoner BBC, »der Ministerrat Seiner Majestät habe angesichts der durch die Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Paktes nun geschaffenen Lage beschlossen, das Unterhaus um Vollmachten zu bitten, damit er alle erforderlichen politischen und militärischen Maßnahmen treffen kann«.

In Danzig beschließt der Senat einstimmig, den Gauleiter und NSDAP-Chef Forster zum Staatsoberhaupt der Freien Stadt Danzig zu erklären.[270]

24. August

Präsident Roosevelt bittet Hitler und den polnischen Staatspräsidenten Moscicki inständig, »für eine bestimmte Zeit jegliche Aggression zu unterlassen und ihre Streitfragen nach Absprache auf einem der drei Wege beizulegen: direkte Verhandlungen, Schiedsgerichtsbarkeit oder Verständigung«.[271] Zum Schluß bietet er natürlich seine guten Dienste an.

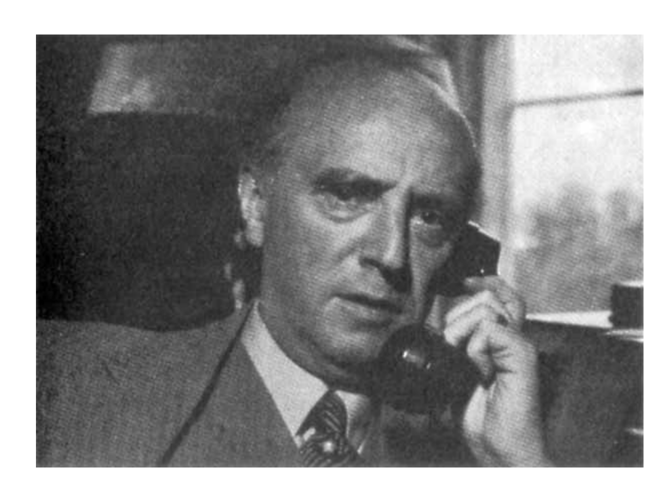
Offenbar hat Hitler diesen Appell unbeantwortet gelassen.

Staatspräsident Moscicki dagegen antwortet: »Die Schiedsgerichtsbarkeit und direkte Verhandlungen sind unbestreitbar die geeignetsten Mittel zur Lösung internationaler Schwierigkeiten . . . Ich erachte es jedoch als meine Pflicht, zu betonen, daß es nicht Polen ist, das in dieser Krise Forderungen stellt und Zugeständnisse von einer anderen Nation verlangt. Es ist deshalb ganz selbstverständlich, daß Polen sich einverstanden erklärt, sich jeder feindseligen Handlung unter der Voraussetzung zu enthalten, daß die andere Partei ebenfalls einwilligt, sich jeder ähnlichen mittelbaren oder unmittelbaren Handlung zu enthalten.«[272] Kein Wort über Danzig und den Korridor.

Papst Pius XII. richtet seinen Appell an die Welt.[273]

In London hält Chamberlain seine am Tag zuvor angekündigte Rede vor dem Unterhaus: dabei paraphrasiert er die Botschaft, die er Hitler zukommen ließ. Er bekräftigt erneut die Entschlossenheit Englands, Polen zu unterstützen, läßt aber die Türen zu Verhandlungen offen.

In Berlin meint Göring, der Chamberlains Botschaft und Hitlers Antwortschreiben zur Kenntnis genommen hat, daß die Sache nicht schlecht abgelaufen sei und daß der bei diesem Schriftwechsel angeschlagene Ton hoffen lasse. Einziger dunkler Punkt: von Ribbentrop. Göring hält nicht viel von dem diplomatischen Vermögen des Reichsaußenministers und glaubt nicht, daß er mit seinem barschen Auftritt und seiner Adjutantenstarrheit der rechte Mann für eine so heikle Lage sei: Ribbentrop könne keine engen Beziehungen zu den Briten mit dem nötigen Fairplay unterhalten. Deshalb erwägt er, mit der englischen Regierung heimlich in Verbindung zu treten. Persönlich kann er es freilich nicht; durch eine Mittelsperson könnte er aber vielleicht das Unvermögen, wenn nicht die Böswilligkeit von Ribbentrops vertuschen und zwischen Deutschland und England den vertraulichen Kontakt herstellen, den er für unerläßlich hält.



Der schwedische Industrielle Birger Dahlerus

Er kennt seit 1934 einen schwedischen Industriellen namens Birger Dahlerus, der zahlreiche Beziehungen zu den

politischen sowie unternehmerischen Kreisen Großbritanniens und Deutschlands hat und darum bemüht ist, sie durch häufige Zusammenkünfte zueinander zu bringen. Die letzte fand am 7. August 1939 in einer kleinen nordfriesischen Ortschaft statt. Bei dieser Zusammenkunft waren außer Göring und General Bodenschatz noch zwei oder drei deutsche Persönlichkeiten anwesend, darunter Staatssekretär Körner. Britischerseits nahmen auch einige politische Persönlichkeiten, etwa Charles F. Spencer, ein einflußreiches Mitglied der Konservativen Partei, an der Besprechung teil. Die Stimmung konnte kaum herzlicher sein. Zwischen England und Deutschland bestehen feste Kontakte, und Göring ist der Ansicht, daß keiner sie besser ausnützen könnte als Birger Dahlerus.

Chamberlains Unterhaus-Rede, die er mittlerweile kennt, hat ihn in seiner Überzeugung bestärkt, daß seine Idee gut sei.

Gegen Mitternacht startet ein Sonderflugzeug in Tempelhof mit Birger Dahlerus an Bord. Er soll im Auftrag Görings Chamberlain mitteilen, daß seine Unterhaus-Rede in Berlin aufmerksam gelesen werde, daß nichts verloren sei, solange das Unwiderrufliche nicht geschehen sei, und daß Göring alles tun werde, was in seinen Kräften stehe, um den Krieg zu verhüten.

25. August

Der Einmarsch in Polen sollte am folgenden Tag im Morgengrauen stattfinden: Hitler hat angeordnet, man müsse die Operation so vorbereiten, daß die Marschbefehle jederzeit und bis zur letzten Minute rückgängig gemacht werden könnten. Er rechnet damit, daß Oberst Beck, wenn überhaupt, erst in der letzter Minute nachgeben werde . . .

In den ersten Morgenstunden verfaßt er einen Brief an Mussolini, der diesen taktvoll an den Stahlpakt erinnern soll:

»Ich darf Ihnen noch versichern, Duce, daß ich in einer ähnlichen Situation das völlige Verständnis für Italien aufbringen werde und Sie von vornherein in jedem solchen Falle meiner Haltung sicher sein können!«[274] Zuvor hat er ihm mitgeteilt, daß Polen durch zahlreiche Provokationen eine unerträgliche Lage in Danzig geschaffen habe und daß der Krieg nunmehr unvermeidlich sei.

Vormittags erhält er zwei Nachrichten. Die erste, von Roosevelt, teilt ihm mit, daß der polnische Staatspräsident bereit sei, die Streitfrage durch direkte Verhandlungen beizulegen: das stimmte nicht,[275] und Hitler beachtet sie nicht. Die zweite kommt von der Deutschen Botschaft in London. Sie setzt ihn in Kenntnis, »daß das englische Volk geschlossen hinter der Regierung steht . . . Das Gesamtbild ist das ruhiger Bereitschaft und Zuversicht gegenüber einem Krieg, den man nicht wünscht, jedoch als kaum mehr vermeidbar betrachtet«.[276] Diese Nachricht macht Hitler nachdenklich: er kann nicht verstehen, daß England, nach dessen Freundschaft er immer wieder getrachtet hat, ihm so feindlich gesonnen ist. Und er leidet darunter: gerade die Engländer, die er für ein arisches Volk hält! Plötzlich kommt er auf einen Gedanken: der Ton des Schriftwechsels mit Chamberlain erlaubt ihm, dem britischen Premier ein so großzügiges Angebot zu unterbreiten, daß er nicht abschlagen kann.

Er bestellt Sir Nevile Henderson auf 13 Uhr 30.

Dann ruft er Keitel an: »Verschieben Sie bis 15 Uhr die Truppenbewegungen für den morgigen Einmarsch in Polen!«

Sir Nevile Henderson macht er folgendes Angebot: ein Bündnis mit England, falls dieses ihm bei der Rückgewinnung Danzigs und des Korridors behilflich ist; eine deutsche Garantie für die neuen Grenzen Polens, ein Abkommen über die deutschen Kolonien, Garantien für die deutschen Minderheiten in Polen, eine deutsche Hilfeleistung bei der Verteidigung des Britischen Empires in allen Teilen der Welt.[277]

Die Unterredung ist freundlich gewesen: Sir Nevile Henderson entschließt sich, nach London zu fliegen.

Kurz vor 15 Uhr drahtet der Londoner Vertreter des Deutschen Nachrichten-Büros nach Berlin, daß die britische und die polnische Regierung soeben ein gegenseitiges Bündnisabkommen unterzeichnet hätten, für den Fall einer deutschen Angriffsaktion entweder gegen Polen oder gegen England. Der Wortlaut dieses Bündnisses deutet auf eine bedingungslose Hilfeleistung hin.[278]

Hitler, von Ribbentrop und Göring sind verblüfft: Oberst Beck kann nun allein über Krieg und Frieden entscheiden, England steht in Polens Gewalt. Unglaublich!

Hitlers Reaktion: Er beauftragt Keitel, unverzüglich alle Vorbereitungen für den Einmarsch in Polen wieder in Gang zu setzen.

Dann bestellt er den französischen Botschafter Coulondre und bittet ihn, Daladier folgendes zu übermitteln: Die Provokationen seien unerträglich geworden; er werde intervenieren; er habe keine feindseligen Gefühle gegen Frankreich; es würde ihn schmerzen, wegen Polens mit seinem Land (Frankreich) kämpfen zu müssen; er sei aber auch auf einen Angriff Frankreichs vorbereitet und werde in diesem Fall dementsprechend reagieren.

Mittlerweile ist es 17.30 Uhr.

Um 18 Uhr trifft Mussolinis Antwort ein: Italien ist nicht kriegsbereit. Wie schon bei der Unterzeichnung des Stahlpakts angedeutet, wird es erst 1943 an die Seite Hitlers in den Krieg eintreten können. Italien werde lediglich, im Rahmen des Möglichen, ihn unterstützen und sich neutral verhalten. Mussolini bedauert, daß die Sache so stehe, aber Italien verfüge nicht über die notwendigen Rohstoffe und Waffen. Wenn ihm Deutschland diese Waffen und Rohstoffe lieferte, sähe es ganz anders aus, und es könnte unverzüglich eingreifen.[279]

Hitler ist bestürzt: Besprechung mit Ribbentrop und Göring.

Um 19.30 Uhr läßt er den Vormarsch-Befehl erneut widerrufen: die deutschen Generale verstehen nichts mehr.

Dann verfaßt er für alle Fälle einen zweiten Brief an Mussolini und bittet ihn, alles aufzulisten, was er bei einem unverzüglichen Eintritt in den Krieg brauche.

26. August

Um 7.50 fliegt Sir Nevile Henderson nach London.

In der Mittagszeit trifft die von Hitler gewünschte Liste der italienischen Anforderungen in der Reichskanzlei ein: »Wir stellten die Liste aus«, vermerkt Ciano in seinem Tagebuch. »Sie würde einen Stier töten, wenn er sie lesen könnte.«[280] Mussolini bleibt bei seiner Entschuldigung, nicht in den Krieg einzutreten: »Wenn Sie glauben, daß es noch irgendeine Möglichkeit der Lösung auf politischem Gebiet gibt, bin ich bereit, Ihnen — wie schon früher — meine volle Solidarität zu leihen und die Initiative, die Sie zu diesem Zweck für nützlich halten können, zu ergreifen.«[281]

Um 15 Uhr übergibt der britische Geschäftsträger in Berlin, Sir Ogilvie-Forbes,[282] Staatssekretär von Weizsäcker folgende Note:

»Seiner Majestät Regierung prüft heute nachmittag gemeinsam mit Sir Nevile Henderson sorgfältig Herrn Hitlers Botschaft. Die Antwort der Regierung Seiner Majestät ist in Vorbereitung und wird in einer Vollsitzung des Kabinetts besprochen werden. Sir Nevile Henderson wird am Sonntag, dem 27. August, nachmittags mit dem endgültigen Text der Antwort nach Deutschland zurückkehren.«[283]

Zur selben Zeit trifft Dahlerus in Berlin ein. Er bringt eine von Lord Halifax verfaßte Mitteilung an Göring mit. Dahlerus wird sie später »als ausgezeichneten Brief« bewerten, »in dem er (Lord Halifax) den Wunsch Seiner Majestät Regierung, zu einer friedlichen Lösung zu kommen, klar und deutlich ausdrückte«.[284]

Um 17 Uhr sind die deutschen Wirtschaftsfachleute mit der Prüfung der italienischen Anforderungen hinsichtlich Roh-

stoffen und Waffen fertig; Hitler schreibt Mussolini, er könne seinen Wünschen nicht entsprechen, und bitte ihn nur darum, »die mir in Aussicht gestellte Bindung englisch-französischer Kräfte durch eine aktive Propaganda und geeignete militärische Demonstrationen herbeiführen zu wollen«.[285]

Kurz vor 19 Uhr trifft Mussolinis Antwort auf diesen Brief in der Reichskanzlei ein: Mussolini beteuert erneut seine Niedergeschlagenheit, »gezwungen zu werden, durch Kräfte, die stärker sind als mein Wille, Ihnen im Augenblick der Aktion meine positive Solidarität nicht beweisen zu können«, und bekräftigt seine Überzeugung, daß eine politische Lösung, »die ich noch für möglich halte, Deutschland völlige moralische und materielle Genugtuung gewähren kann«.[286]

Hitler geht von der Bestürzung zur Erbitterung über.

Um 19.30 Uhr überbringt ihm Coulondre die Antwort Daladiers auf seine mündlichen Ausführungen des Vortages: es handelt sich um eine schriftliche Botschaft:

»In einer so schweren Stunde«, schreibt er, »glaube ich aufrichtig, daß kein edelgesinnter Mensch es verstehen könnte, daß ein Krieg der Zerstörung unternommen würde, ohne daß ein letzter Versuch einer friedlichen Lösung zwischen Deutschland und Polen stattfindet . . . Ich als Chef der französischen Regierung . . . bin bereit, alle Anstrengungen zu machen, die ein aufrichtiger Mensch unternehmen kann, um diesen Versuch zu einem guten Ende zu führen.«[287]

Hitler teilt dem französischen Botschafter mit, er werde Daladier schriftlich antworten.

Der Tag endet mit einem Zwischenfall, an dem Göring und von Ribbentrop beteiligt sind. Die geheime Dienststelle für die Entzifferung und das Auffangen von Funksprüchen hat sämtliche Telefongespräche von Dahlerus aufgenommen, sein ganzes Kommen und Gehen registriert und auftragsgemäß die Wilhelmstraße in Kenntnis gesetzt. Ribbentrop gerät in Zorn, als er merkt, daß Göring hinter seinem Rücken jemanden nach London geschickt hat. Und als Krönung hat

die Direktion der Lufthansa zu Beginn des Nachmittags dem Reichsaußenminister gemeldet, daß die Lufthansa-Maschine aus London um 17.30 in Tempelhof landen würde, mit Herrn Dahlerus, einem »Mitarbeiter des Foreign Office«[288] an Bord. Von Ribbentrop erblickt darin den Beweis, daß Dahlerus ein Agent des Intelligence Service sei, und sucht Hitler, mit dem Beweis in der Hand, auf. Es kommt zu einem heftigen Wortwechsel zwischen Hitler, von Ribbentrop und Göring . . .

Gegen Mitternacht melden sich zwei Gestapo-Beamte in Dahlerus' Hotel und begleiten den schwedischen Industriellen zu Hitler, der ihn in Begleitung Görings erwartet; daraus ersieht man, daß letzterer sich gegen von Ribbentrop durchgesetzt hat. Es beginnt ein langer Vortrag von Hitler: »Polen verhält sich nur so, weil es Englands bedingungslose Garantie-Erklärung besitzt . . . Seit sechs Monaten schlage ich ihm Verhandlungen vor . . . Ich habe England ein großzügiges Angebot gemacht . . . Offenbar hat es sich für Polen und den Krieg entschieden. Ich werde Polen vernichten . . . Ich werde Flugzeuge, Flugzeuge und immer noch Flugzeuge bauen, U-Boote, U-Boote und immer noch U-Boote . . .«

Zum Schluß ruft er gegenüber Dahlerus aus: »Herr Dahlerus! Sie haben meine Auffassung gehört. Sie müssen sofort nach England reisen, um sie der englischen Regierung mitzuteilen. Ich glaube nicht, daß Henderson mich verstanden hat, und wünsche aufrichtig, daß eine Verständigung zustande kommt!«[289]

27. August

Das bedeutendste Ereignis dieses Tages ist Birger Dahlerus' Treffen in London mit Chamberlain, Lord Halifax, Sir Horace Wilson, Sir Alexander Cadogan und Sir Robert Vansittart, zunächst einzeln, dann zusammen in einer Art Sondersitzung des Ministerrats. Im Mittelpunkt dieser Besprechungen steht der Umstand, daß am Vortag, dem 26. August,

der von Hitler vorgesehene Einmarsch in Polen ausgeblieben ist; man schließt daraus, daß Englands Politik der Unnachgiebigkeit ihn zum Weichen bringe, und man ist um so mehr entschlossen, noch unnachgiebiger zu sein. Dennoch sind die Briten realistisch. Die Tatsache, daß Hitler die deutsche Wehrmacht in den Dienst des britischen Empires, falls es bedroht würde, zu stellen bereit ist, ärgert sie zwar und kränkt offenbar ihr Ansehen und Ehrgefühlt, aber sein Vorschlag einer deutsch-britischen Gesamtregelung enthält anscheinend zu viele positive Gesichtspunkte, um ihn nicht einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen. Sie sind mit ihm grundsätzlich einverstanden.

Mittags in London eingetroffen, landet Dahlerus um Mitternacht wieder in Berlin: Göring erwartet ihn am Flughafen. Der Schwede zeigt dem Generalfeldmarschall ein Memorandum, das die Briten ihm übergeben haben:

1. »Die Regierung Seiner Majestät wiederholt feierlich ihren Wunsch, die guten Beziehungen zu Deutschland aufrechtzuerhalten. Kein Mitglied der Regierung vertritt eine andere Ansicht.

2. Großbritannien fühlt sich mit seiner Ehre dazu verpflichtet, seine Verpflichtungen gegenüber Polen einzuhalten.

3. Der deutsch-polnische Streitfall muß auf friedlichem Wege bereinigt werden. Wenn eine solche Lösung erreicht werden kann, werden sich daraus sofort bessere Beziehungen (zwischen Deutschland und England) ergeben.«[290]

Am 28. August, um 2 Uhr morgens, teilt Göring Dahlerus fernmündlich mit, daß Hitler den britischen Standpunkt anerkenne: er sei natürlich damit einverstanden, die Danzig- und Korridorfrage auf friedlichem Wege durch direkte Verhandlungen mit Warschau zu regeln, da er Oberst Beck bereits am 5. Januar 1939 solche Verhandlungen vorgeschlagen habe. Es gelte nun, Oberst Beck dazu zu bewegen, daß er ebenfalls einwillige.

Dahlerus telegraphiert sofort mit der britischen Botschaft in Berlin. Außerdem berichtet er, wie Göring und Hitler auf

den Verlauf seiner Unterredung in London reagiert hätten. Beide hätten viel Verständnis für den britischen Standpunkt gezeigt. Ein Satz ist dennoch bemerkenswert: Großbritannien muß Polen überzeugen, daß es mit Deutschland sofort verhandelt, und »es ist äußerst wünschenswert, daß in der von Sir Nevile Henderson zu überbringenden Antwort diese Verpflichtung zur Überredung der Polen enthalten ist«.[291]

Davon ist in der Aufzeichnung, die Dahlerus Göring überbrachte, nicht die Rede.

Die übrigen Tagesereignisse sind als Erledigung der laufenden Angelegenheiten zu bezeichnen: Hitler schreibt Mussolini und Daladier. Den ersten bittet er lediglich um die Entsendung von Arbeitskräften für seine Landwirtschaft und Industrie. Dem zweiten bekräftigt er erneut seinen Abscheu vor dem Krieg und seinen Standpunkt in der deutsch-polnischen Streitfrage.[292]

Zwei weitere Begebenheiten seien noch erwähnt: eine Unterredung des Polen Graf Lubienski, Kabinettschef von Oberst Beck, mit Peter Kleist, einem Angehörigen des Auswärtigen Amts, sowie eine in Paris zwischen dem italienischen Botschafter Guariglia und Georges Bonnet.

Ersterer, ein besonnener Pole, legt Peter Kleist dar, Oberst Beck sei an die Armee und die öffentliche Meinung gebunden, er würde gern verhandeln, man müsse ihm aber Zeit lassen, mit denen fertig zu werden, die ihn mitreißen. Man müßte dies von Ribbentrop und Hitler begreiflich machen. Von Ribbentrop leitet den Bericht Hitler zu, der ihn allerdings auf sich beruhen läßt.[293]

Aus seiner Unterredung mit Georges Bonnet hat Guariglia den Eindruck gewonnen, daß der französische Außenminister es begrüßen würde, wenn Mussolini eine Vermittlerrolle übernähme.[294]

28. August

Am frühen Vormittag steht in allen Staatskanzleien das politische Barometer auf »schön Wetter«. In Warschau hat sich der deutsche Geschäftsträger ins Auswärtige Amt begeben, um Beschwerde gegen die wiederholten Überfälle der polnischen Flak auf deutsche Flugzeuge zu führen. Während er damit rechnete, daß der Protest zurückgewiesen würde, erhält er das Versprechen, man werde die Vorwürfe einer sorgfältigen Prüfung unterziehen. In allen sofort benachrichtigten Hauptstädten bahnt sich eine Entspannung an.

In London haben die Reaktionen Hitlers und Görings auf das von Dahlerus überbrachte britische Angebot Lord Halifax günstig beeindruckt. Dieser nahm sie spät in der Nacht zur Kenntnis. Dann führte er ein Gespräch mit dem polnischen Botschafter. Er sagte ihm, er habe interessante Angebote von Hitler erhalten und Oberst Beck dürfe nicht alles durch übermäßigen Starrsinn gefährden. Anschließend schickte er dem britischen Botschafter in Warschau, Howard Kennard, folgendes Telegramm:

»Ich übersende Ihnen mit meinem nächsten Telegramm in großen Zügen unsere Antwort an Hitler. Bitte bemühen Sie sich, Herrn Beck, sobald Sie diese erhalten haben, zu sehen, und melden Sie sofort telefonisch dessen Antwort. Wenn er uns zur gewünschten Zeit eine positive Antwort gibt, werden wir Hitler mitteilen, die polnische Regierung sei bereit, auf der genannten Grundlage in Unterhandlungen mit dem Reich einzutreten.«[295]

Um 16 Uhr trifft die Antwort von Oberst Beck ein:

»Oberst Beck ist äußerst dankbar für die vorgeschlagene Antwort an Hitler und ermächtigt Seiner Majestät Regierung, die deutsche Regierung zu informieren, daß Polen bereit ist, sogleich in direkte Verhandlungen mit dem Reich einzutreten. Er würde sich jedoch freuen, in gebührender Frist zu erfahren, welche Form einer internationalen Garantie ins Auge gefaßt worden wäre.«[296]

Auf Dahlerus' Veranlassung meldet die britische Botschaft in Berlin dem Foreign Office zur selben Zeit, daß der Einmarsch in Polen für die Nacht zum 1. September vorgesehen sei, und es sei demnach dringend, daß die britische Antwort auf die Vorschläge Hitlers vom 25. August und auf die Dahlerus' vom Vortrag der deutschen Regierung zukomme.

Sie braucht nur noch fertiggestellt zu werden. Um 17 Uhr kann Sir Nevile Henderson nach Berlin zurückfliegen. Um 18 Uhr ruft Lord Halifax den britischen Geschäftsträger in Berlin Sir Ogilvie-Forbes an, der in Abwesenheit Sir Nevile Hendersons als Botschafter wirkt; er soll die Wilhelmstraße benachrichtigen, daß Sir Nevile Henderson sich von 21 Uhr an Reichskanzler Hitler zur Verfügung halten werde.

Bei seiner Landung in Berlin um 20.30 Uhr erfährt der britische Botschafter, daß Hitler ihn um 22 Uhr erwarte, läßt aber die Unterredung auf 22.30 Uhr verschieben. Er will die britische Antwort erst ins Deutsche übersetzen lassen, bevor er sie Hitler überreicht.

Um 22.30 Uhr wird er in der Reichskanzlei mit den Ehren empfangen, die sonst nur Staatschefs vorbehalten sind; so sehr will Hitler seinen guten Willen und die Bedeutung, die er dem Ereignis beimißt, unterstreichen. Diese außergewöhnliche Feierlichkeit soll unter Beweis stellen, daß er sicher ist, die englische Antwort werde seinen Erwartungen entsprechen und eine neue Ära in den deutsch-britischen Beziehungen einleiten.

Die Unterredung, die eineinviertel Stunden dauert, verläuft von Anfang bis zum Ende in ruhiger und würdiger Atmosphäre.[297]

Hitler werde die englische Note aufmerksam studieren und am nächsten Tag eine schriftliche Antwort geben.

Gegen 1 Uhr morgens wird Dahlerus durch einen Ordonnanzoffizier benachrichtigt, daß die Prüfung der britischen Note Göring in der Reichskanzlei aufgehalten habe und daß dieser ihn dadurch nicht am Abend, wie vorgesehen, treffen konnte. Er lasse ihm ferner mitteilen, die Aussichten für den

Frieden seien ausgezeichnet und er werde ihn am nächsten Morgen sprechen.[298]

Das Stimmungsbarometer hat den ganzen Tag auf schön gestanden.

In Rom ist Mussolini, der von seinem Botschafter in Berlin Stunde für Stunde auf dem laufenden gehalten wird, immer mehr geneigt, als Vermittler aufzutreten. Am Abend läßt er der Wilhelmstraße mitteilen, daß seiner Ansicht nach das deutsche Anrecht auf Danzig grundsätzlich anerkannt werden müsse und daß er für das übrige (Kolonien, Rohstoffe, Rüstungsbeschränkung) eine Vier- bzw. eine Fünferkonferenz anrege.

29. August

Eine allgemeine Mobilmachung prägt diesen Tag. In Frankreich sind 600 000 Mann in ihre Kasernen eingerückt. In Italien hat Mussolini die Truppen an der französisch-italienischen Grenze zusammengezogen und seine Luftwaffe überall (Libyen, Äthiopien, Sardinen, Sizilien) in Alarmbereitschaft gesetzt. In der Slowakei hat die Regierung das Staatsgebiet der Wehrmacht zur Verfügung gestellt. In Belgien sind zwölf Divisionen wiedereinberufen worden. In Spanien befestigt General Franco die Pyrenäen-Grenze. Ungarn macht mobil gegen Rumänien, und umgekehrt. Sogar die Schweiz ordnet die Einberufung der Grenzschutztruppen an.

Die besorgniserregendste Mobilmachung wird aber in Polen am frühen Nachmittag verfügt. Am Vortag hat Beck den Engländern versprochen, direkte Verhandlungen mit Berlin zu eröffnen, und heute . . . Beide Haltungen sind nicht vereinbar: ein Beweis, daß der Oberst keine klaren Absichten hat.

Die entrüsteten Botschafter Frankreichs und Englands, Léon Noël und Sir Howard Kennard, sagen es ihm auch und legen scharfen Protest ein. Vergebens.

In Berlin sorgt diese Generalmobilmachung für eine um so größere Erregung, als im Laufe der Nacht alarmierende Berichte über Übergriffe der polnischen Flak gegen deutsche Flugzeuge und Grenzvorfälle sich auf Hitlers Schreibtisch gehäuft haben. Die deutschen Generale sind höchst besorgt, man müsse sofort handeln, oder dann die ganze Sache auf das nächste Frühjahr verschieben. Sie sind eher für eine sofortige Aktion: Polen werde nicht nachgeben. Auf jeden Fall dürfe kein Befehl erteilt werden, der wie in den fünf letzten Tagen durch einen Gegenbefehl aufgehoben werde. Es werde bald Winter, der die Operationen stoppen könnte, noch bevor sie erfolgreich zu Ende geführt seien. Hitler, der die Forderungen seiner Generale nicht zu berücksichtigen pflegt, hört diesmal auf sie. Falls die Verhandlungen nicht innerhalb von achtundvierzig Stunden zum Ziel führen, werde er mit Polen abrechnen.

Die Generale gehen zufrieden.

Am frühen Nachmittag bieten sich der König der Belgier und die Königin der Niederlande als Vermittler an.

Um 16.40 Uhr bietet auch Mussolini seine Dienste für eine Vermittlungsaktion an: »Wenn Deutschland will, daß Italien in London etwas unternimmt oder sagen soll, so ist der Duce vollständig zur Verfügung des Führers.«[299]

In Berlin wird Sir Nevile Henderson in der Reichskanzlei um 19.15 bestellt, um Hitlers Antwort auf die britische Note entgegenzunehmen. Der Ton ist versöhnlich, wenn auch fest. Sie enthält folgenden Satz: »Die deutsche Regierung rechnet mit dem Eintreffen dieser Persönlichkeit (des polnischen Bevollmächtigten) für Mittwoch, den 30. August 1939.«[300]

Der britische Botschafter fährt hoch: die Frist ist viel zu kurz; in vierundzwanzig oder höchstens dreißig Stunden wird England Oberst Beck niemals dazu veranlassen können, einen Unterhändler nach Berlin zu schicken.

Die daraufhin einsetzende Diskussion wird sehr bald heftig und endet mit einem Eklat: Hitler versteift sich auf den Termin: am 28. August, 16 Uhr, habe sich Beck bereit erklärt,

»sogleich in direkte Verhandlungen mit dem Reich einzutreten«[301], und wenn er es ehrlich meine, so müsse er Vorbereitungen getroffen haben. Sir Nevile Henderson beharrt ebenfalls auf seinem Sinn. Es kommt zum Wortwechsel. Die beiden Männer nehmen frostig voneinander Abschied.

Wenn auch sehr niedergeschlagen, weil er alles für verloren hält, bittet Sir Nevile Henderson den polnischen Botschafter Lipski, ihn aufzusuchen: er unterrichtet ihn über seine Unterredung mit Hitler und beschwört ihn, auf Oberst Beck einzudringen, daß er einen Unterhändler nach Berlin zum festgesetzten Zeitpunkt schicke. Er setzt sich danach mit dem französischen Botschafter Coulondre in Verbindung, berichtet ebenfalls von seiner Unterredung mit Hitler und bittet ihn dringend, der französischen Regierung eine Intervention in Warschau zu empfehlen. Dann ist der italienische Botschafter Attolico an der Reihe; er soll Mussolini auffordern, ebenfalls in Warschau zu intervenieren. Schließlich läßt er Lord Halifax einen Bericht über sein Gespräch mit Hitler zukommen: Er bedauert, daß die Frist so kurz sei, legt aber Nachdruck darauf, daß das Eintreffen eines polnischen Bevollmächtigten in Berlin die einzige Chance sei, den Krieg zu vermeiden.[302]

Um 22.30 sucht Sir Ogilvie-Forbes von der britischen Botschaft Dahlerus in seinem Hotel auf und berichtet ihm, daß die Unterredung zwischen Hitler und Henderson schlecht verlaufen sei und daß beide Männer nach einem heftigen Streit auseinandergegangen seien. Er ist völlig niedergeschlagen und fragt ihn, wie der Schaden wiedergutzumachen sei. Mitten im Gespräch Anruf von Göring: Dahlerus soll sofort nach London fliegen mit dem Auftrag, der britischen Regierung den unglücklichen Zwischenfall zu erklären. Er soll außerdem betonen, daß der Führer gerade Vorschläge ausarbeite, die er am nächsten Tag dem polnischen Bevollmächtigten unterbreiten werde, und daß diese Forderungen die Engländer durch ihre Mäßigung überraschen würden.[303]

30. August

Um 4 Uhr morgens empfängt Sir Nevile Henderson ein Telegramm von Lord Halifax, das dieser am Abend um 22.25 Uhr verfaßt hat. Er teilt ihm mit, daß die deutsche Note sorgfältig geprüft werde, daß man aber nicht damit rechnen dürfe, die britische Regierung werde binnen 24 Stunden einen polnischen Bevollmächtigten in Berlin zur Stelle schaffen. Henderson solle die Reichsregierung in Kenntnis setzen.[304]

Um 5 Uhr fliegt Dahlerus nach London und landet dort um 8.30 Uhr.

In der Reichskanzlei ist Hitler zusammen mit mehreren Juristen und Diplomaten den ganzen Vormittag beschäftigt, die Bedingungen auszuarbeiten, die er dem polnischen Unterhändler auszuhändigen gedenkt. Er verlängert die Frist für die Annahme durch die polnische Regierung auf den 31. August, 24 Uhr. Sie sind alles andere als maßlos: Er hat auf die Provinz Posen verzichtet und eine von Göring empfohlene Volksabstimmung im Korridor akzeptiert.[305]

Nach Benoist-Méchin fand Lady Duff Cooper, die Gattin des einstigen Ersten Lords der Admiralität, diese Vorschläge achtundvierzig Stunden später »so vernünftig, daß ihr Mann entsetzt war, die britische öffentliche Meinung könne der gleichen Auffassung wie seine Frau sein.«[306] Eines scheint jedenfalls festzustehen: Hätten das französische und das britische Volk am 30. August von diesen Vorschlägen Kenntnis gehabt, so hätten Paris und London kaum den Krieg an Deutschland erklären können, ohne einen Sturm der Entrüstung hervorzurufen, der den Frieden durchgesetzt hätte.

Um 10 Uhr trifft Dahlerus mit Chamberlain, Lord Halifax, Sir Horace Wilson und Sir Alexander Cadogan im Foreign Office zusammen. Er sagt ihnen, daß Hitler den Zwischenfall mit Nevile Henderson am Vorabend nicht tragisch genommen habe. Sie auch nicht.

Auf Wunsch Lord Halifax', der eine offizielle Bestätigung von Dahlerus' Ausführungen will und weitere Angaben braucht, führt der Schwede ab 12.30 Uhr mehrere Telefonate mit Göring in Berlin. Und jedesmal ist Lord Halifax mit den deutschen Rückäußerungen zufrieden.

Um 13 Uhr erhält der Chef des Foreign Office die Antwort auf ein Telegramm, das er am Abend zuvor seinem Botschafter in Warschau, Sir Howard Kennard, aufgesetzt hat: Er unterrichtete ihn unter anderem von der Frist, die Hitler für das Eintreffen eines polnischen Unterhändlers in Berlin gesetzt hatte. Sir Howard Kennard ist sicher, daß Oberst Beck eher kämpfen oder untergehen werde, als jemanden nach Berlin schicken oder selbst dort das demütigende Schicksal eines Hacha erfahren. Er schlägt daher vor, daß die Verhandlungen in einem neutralen Land oder in Italien stattfinden, damit sie zwischen gleichberechtigten Partnern ablaufen und die Sicherheit des polnischen Vertreters gewährleistet wird.[307] Hitler besteht aber darauf, daß sie in Berlin stattfinden.

Seit Mittag liegen die deutschen Vorschläge bereit. Hitler wird den ganzen Tag vergeblich warten, daß ein polnischer Unterhändler sie zur Kenntnis nimmt.

Dieser 30. August ist aber auch der Tag, an dem die Gerüchte über Hitlers verzweifelte Lage ihren Höhepunkt erreichen. An diesem Tag schreibt der französische Botschafter Präsident Daladier, daß »der Fisch am Haken« hänge.[308]

In Warschau ist Oberst Beck überzeugt, daß Hitler bluffte, als er drohte, er werde am 26. August in Polen einmarschieren und daß es lediglich ein Einschütterungsmanöver war: Wir schreiben bereits den 30. August, und nichts dergleichen ist eingetroffen. Er ist überzeugt, daß Hitler immer noch blufft, wenn er diesen Einmarsch für den 1. September 1939, in den frühen Morgenstunden, ankündigt. In Wirklichkeit, denkt er, muß Hitler eine noch nie dagewesene innere Krise überwinden. Die Informationen, die er aus Deutschland erhalten hat, sprechen von der Unzufriedenheit der Generale,

aber auch vom Rücktritt des Generalstabschefs Halder, der oppositionellen Haltung von Brauchitschs, einem Nervenzusammenbruch des Führers, dem Staatsstreich, den die Generale vorbereiten und unmittelbar nach der Kriegserklärung Frankreichs und Englands auszulösen gedenken. Ein Deutscher, der sich als Angehöriger der deutschen Opposition ausgibt, hat diese Dinge Sir Nevile Henderson in Berlin erzählt,[309] und dieser hat sie Lord Halifax weitergegeben: Der Chef vom Foreign Office selbst ist erschüttert, obwohl Sir Nevile Henderson ihn darauf aufmerksam gemacht hat, es könne sich um einen agent provocateur handeln.

Oberst Beck ist der Ansicht, daß man sich dem Ziel nähere und nur noch 24 Stunden durchzuhalten habe: Er wird nicht nach Berlin gehen und auch niemanden dorthin schicken.

Um 23 Uhr rechnet von Ribbentrop nicht mehr mit dem Eintreffen eines polnischen Bevollmächtigten. Er bittet Sir Nevile Henderson, ihn aufzusuchen. Sie verabreden sich für 23.30 Uhr; der Botschafter Großbritanniens wird in letzter Minute aufgehalten und kann erst kurz nach Mitternacht in der Reichskanzlei eintreffen.

Von Ribbentrop legt ein ungemein anmaßendes Verhalten an den Tag. Einmal stehen sich die beiden Männer wie zwei Kampfhähne gegenüber und sind bereit, aufeinander loszugehen. Zum Schluß stellt der Reichsaußenminister in sarkastischem Ton fest, daß die gesetzte Frist für das Eintreffen eines polnischen Unterhändlers abgelaufen ist. Trotzdem verliest er Sir Nevile Henderson die sechzehn Punkt-Bedingungen, die Deutschland Polen zur Beilegung ihres Streits unterbreitet hatte. Nach Verlesung bittet der britische Botschafter von Ribbentrop, ihm die Note zu übergeben, damit er sie in aller Ruhe studiere und sie seiner Regierung weiterleiten könne. Ein einmaliger Vorfall in den diplomatischen Annalen: von Ribbentrop weigert sich, das zu tun. Sir Nevile Henderson ist so überrascht, daß er verdutzt dasteht, glaubt, nicht richtig verstanden zu haben, und wiederholt seine Bitte: »Übrigens ist es ja sowieso überholt, da Mitternacht schon

vorbei ist und kein polnischer Unterhändler zu der gesetzten Frist erschienen ist«, antwortet von Ribbentrop grimmig.

»So war denn die in Ihrer Note vom 29. August gesetzte Frist von vierundzwanzig Stunden doch ein regelrechtes Ultimatum?«[310]

Mit diesen Worten geht die Unterredung zu Ende. Sir Nevile Henderson zieht sich schweigend zurück und ist überzeugt, daß die letzte Friedenshoffnung nunmehr geschwunden sei.

Um Mitternacht hält sich Dahlerus, der soeben aus London zurückgekommen ist, bei Göring auf. Beide Männer gratulieren einander und freuen sich über den Ton sowie den Inhalt von Hitlers Vorschlägen: damit ist der Frieden gerettet!

Dahlerus, der Sir Ogilvie-Forbes an seiner Freude teilnehmen lassen will, ruft ihn an und erfährt, was sich soeben zwischen Sir Nevile Henderson und von Ribbentrop abgespielt hat. Er ist niedergeschmettert. In Kenntnis gesetzt, ist Göring es nicht weniger. Er entscheidet eigenmächtig, daß Dahlerus Ogilvie-Forbes die Note am Telefon vorlese, was unverzüglich erfolgt. Hoffentlich ist noch nicht alles verloren, denken die beiden Männer.

Sofort von Göring über den Zwischenfall unterrichtet, spricht Hitler dem Feldmarschall seine Anerkennung aus.

Es ist mittlerweile zwei Uhr morgens.

Als aber Sir Ogilvie-Forbes dem britischen Botschafter den Text der deutschen Note mitteilen will, ist Sir Nevile Henderson unauffindbar: Er hat die Botschaft verlassen, ohne jemandem Bescheid zu sagen. Sir Ogilvie-Forbes bleibt nichts anderes übrig, als den Text auf seinen Schreibtisch zu legen.

Sir Nevile Henderson muß ein besonders Lob gezollt werden: So niedergeschlagen er nach dem Wortwechsel mit Ribbentrop auch war, hatte er, um sein Gewissen zu beruhigen, den polnischen Botschafter, wenn auch ohne Illusionen, aufgesucht. Er sagt ihm, daß die deutschen Vorschläge, soweit er übersehen könnte, lediglich die Abtretung Danzigs und

eine Volksabstimmung im Korridor vorsähen und daß sie demnach nicht allzu unvernünftig seien. Angesichts der äußerst kritischen Lage solle Lipski seiner Regierung eine Zusammenkunft zwischen Göring und Ridz-Smigly anempfehlen. Er fügt hinzu, daß irgendwelche mit Ribbentrop geführten Verhandlungen seiner Ansicht nach überhaupt keine Aussicht auf Erfolg hätten.[311]

Lipski verspricht weiterzuleiten.

Sir Nevile Henderson war ein gewissenhafter Mensch und ein großartiger Botschafter: verglichen mit Coulondre . . .

31. August

Die Morgenzeitungen melden, daß Papst Pius XII. einen pathetischen Appell an Hitler und Staatspräsident Moscicki gerichtet und sie inständig gebeten habe, »alles zu tun, um irgendeinen Zwischenfall zu vermeiden und von jeder Maßnahme Abstand zu nehmen, die geeignet wäre, die gegenwärtige Spannung zu verschärfen«.[312] Sie melden ebenfalls, daß Mussolini angeboten habe, zwischen Deutschland und Polen zu vermitteln.

Um 9 Uhr findet Sir Nevile Henderson in seinem Arbeitszimmer das Schreiben vor, das Sir Ogilvie-Forbes um zwei Uhr morgens hingelegt hat. Er ruft Dahlerus an, um sich bei ihm zu bedanken. Damit diese Note schneller an die Polen komme, regt er an, daß Dahlerus sie persönlich in die polnische Botschaft bringe.

Um 10 Uhr begibt sich Dahlerus in Begleitung von Sir Ogilvie-Forbes zur polnischen Botschaft: »Ich habe kein Interesse«, antwortet ihnen Lipski, »wenn es zu einem Krieg kommt, wird eine Revolution in Deutschland ausbrechen, und die polnischen Truppen werden dann auf Berlin marschieren, dann . . .«[313] Offenbar ist Lipski von jenem Angehörigen der deutschen Opposition aufgesucht worden, der ebenfalls bei Sir Nevile Henderson war. Allerdings hat er sich

nicht gefragt, ob es sich um einen agent provocateur handeln könne: Er hat ihm geglaubt.

In Paris, London, Rom und Warschau steht das Telefon nicht still. Aus Berlin unterrichtet Coulondre, der seinen Optimismus vom Vortag verloren hat, Außenminister Bonnet in Paris, daß es gut wäre, wenn er Druck auf Warschau ausübe. Aus Rom gibt François-Poncet die gleiche Anregung. Ließe sich Polen, fügt er hinzu, zur Aufgabe Danzigs bewegen, so würde Mussolini möglicherweise in Berlin intervenieren, und der Krieg könnte noch verhütet werden. Georges Bonnet gibt weiter nach London und bekommt Lord Halifax' Zustimmung. Beide Politiker setzen sich in diesem Sinne sofort mit ihren Botschaftern in Warschau telefonisch in Verbindung.

Um 11 Uhr suchen Léon Noël und Howard Kennard Oberst Beck auf. Nach einer lebhaften Unterredung willigt dieser ein, daß Lipski sich in die Wilhelmstraße begebe. Diese Nachricht wird sofort allen Hauptstädten überbracht. Sie trifft um 13.30 Uhr bei Hitler ein, da dieser sich anschickt, die Weisung Nr. 1 für die Kriegführung zu unterzeichnen. Er legt die Feder wieder zurück und beschließt, noch bis zum Ende des Tages zu warten.

Zur gleichen Zeit ruft François-Poncet Georges Bonnet ans Telefon und teilt ihm mit, Mussolini habe das Angebot gemacht, falls Frankreich und England annehmen, Deutschland zu einer Konferenz einzuladen, die am 5. September stattfinden und die Klauseln des Versailler Vertrags als Ursprung der Krise überprüfen sollte. Bonnet stimmt zu. Die zu Rate gezogenen Briten sind der Auffassung, es handle sich um eine Falle; es wäre aber zweifellos ungeschickt abzulehnen, und man müsse nur unter der Bedingung annehmen, daß Hitler sich mit der vorhergehenden Demobilisierung aller Armeen in allen Ländern einverstanden erkläre, was Hitler ihrer Meinung nach abschlagen werde. Außenminister Bonnet antwortet, daß der französische Ministerrat entscheiden werde.[314]

Auch zur gleichen Zeit trifft in allen Staatskanzleien der Vorschlag Papst Pius’ XII. ein.[315]

Um 14 Uhr sind die Instruktionen von Oberst Beck in den Händen des polnischen Botschafters in Berlin. Sie enthalten unglücklicherweise folgenden Zusatz:

»Lassen Sie sich unter keinen Umständen in sachliche Diskussionen ein; wenn die Reichsregierung mündliche oder schriftliche Vorschläge macht, müssen Sie erklären, daß Sie keinerlei Vollmachten haben, solche Vorschläge entgegenzunehmen oder zu diskutieren, und daß Sie ausschließlich obige Mitteilung Ihrer Regierung zu übermitteln und erst weitere Instruktionen einzuholen haben.«[316]

Das sogenannte »Reichsforschungsinstitut«, das auf die Entzifferung von Funksprüchen spezialisiert ist, hat diese Instruktionen aufgefangen: von Ribbentrop weiß also schon, daß er anstelle der erwarteten bevollmächtigten Delegation einen einfachen Boten empfangen wird, wenn Lipski in die Wilhelmstraße kommt. Die polnische Regierung wolle nach seiner Einschätzung die Dinge hinhalten und sie in das Verfahrensdickicht verstricken. Und er hat recht.

Um 16 Uhr sucht Lipski um eine Audienz bei Ribbentrop nach: er wird für 18.30 Uhr bestellt.

Um 18 Uhr beschließt der unter dem Vorsitz Albert Lebruns zusammengetretene französische Ministerrat, folgendes Telegramm an Mussolini zu richten:

»Die Französische Regierung weist darauf hin, daß angesichts der Tatsache, daß direkte deutsch-polnische Gespräche aufgenommen worden sind, die Konferenz erst dann einberufen werden sollte, wenn diese Besprechungen gescheitert sind.«[317]

Zuvor möchte Georges Bonnet Chamberlain diesen Wortlaut vorlegen, damit beide Regierungen sich auf eine gemeinsame Aktion abstimmen: Chamberlains Einverständniserklärung wird nie eintreffen, und die französische Antwort kann daher erst am nächsten Tag nach Rom abgesandt werden, und außerdem in einem ganz anderen Wortlaut, da die

Lage sich in der Zwischenzeit gewandelt hat. England wird diesen Schritt übrigens nicht unterstützen.

Um 18.30 Uhr findet sich Lipski in der Wilhelmstraße ein. Der Reichsaußenminister empfängt ihn stehend. Die Unterredung dauert nur einige Minuten und beschränkt sich auf eine Frage und eine Antwort: Von Ribbentrop fragt den polnischen Botschafter, ob er eine Vollmacht habe, und auf dessen negative Antwort läßt er ihn von einem Bediensteten hinausbegleiten.[318]

Nun ist alles aus.

Um 19 Uhr sucht der italienische Botschafter in Berlin Attolico, Hitler auf und fragt, ob er es für wünschenswert halte, daß der Duce seine Bemühungen um eine Vermittlungsaktion fortsetzt. Hitler äußert sich ablehnend.

Um 21.15 Uhr gibt der Reichsrundfunk den Wortlaut des deutschen Angebots bekannt und versieht ihn mit folgendem Kommentar:

»Somit haben der Führer und die Deutsche Reichsregierung nun zwei Tage vergeblich auf das Eintreffen eines bevollmächtigten polnischen Unterhändlers gewartet. Unter diesen Umständen sieht die Deutsche Regierung auch diesmal ihre Vorschläge praktisch als abgelehnt an, obwohl sie der Meinung ist, daß diese in der Form, in der sie auch der Englischen Regierung bekanntgegeben worden sind, mehr als loyal, fair und erfüllbar gewesen wären.«[319]

Um 21.15 Uhr wird Sir Nevile Henderson in die Wilhelmstraße gebeten; der französische Botschafter Coulondre seinerseits um 21.25 Uhr: beiden übergibt Staatssekretär von Weizsäcker die deutschen Bedingungen.

Um 21.30 Uhr unterzeichnet Hitler die Weisung Nr. 1 für die Kriegführung: die deutsche Truppen werden Polen am nächsten Morgen, um 4.45 Uhr, angreifen.

1. September

Um 4.45 Uhr setzen sich die deutschen Truppen also in Bewegung. An allen Fronten warteten sie auf den Einmarschbefehl: in Ostpreußen, Pommern, Schlesien und sogar in den Beskiden. Um 8 Uhr ist die polnische Front überall zusammengebrochen, die deutsche Luftwaffe belegt sämtliche Waffendepots, Flugplätze, Bahnhöfe, Straßen sowie Eisenbahnknotenpunkte mit schwerem Feuer. Der Führer hat lediglich 53 Divisionen von den 120 zur Verfügung stehenden eingesetzt. Er glaubt zwar nicht an ein französisch-britisches Eingreifen im Westen, dennoch hat er die übrigen für einen solchen Fall vorgesehen. Ab Mittag stoßen die deutschen Verbände in das polnische Gebiet, nach General Gamelins Formulierung, »wie in Butter« hinein. Die 80 polnischen Divisionen leisten Widerstand nur im Prinzip.

In London, Paris und Warschau ist man doppelt überrascht. Man hätte zum einen nie geglaubt, daß Hitler das wagen würde, zum anderen, daß die polnischen Armeen einen so schwachen Widerstand leisten würden. Auch hinsichtlich eines Staatsstreichs durch die deutschen Generale tritt sehr bald Ernüchterung ein. Die deutschen Generale, selbst diejenigen unter ihnen, die Hitler feindlich gesonnen sind, sind einmütig der Auffassung, man müsse die polnische Frage eher mit den Mitteln des Krieges regeln als auf dem Verhandlungsweg. Warum? Um die Verhandlungen nicht zu gefährden, hatte Hitler bekanntlich auf die Provinz Posen verzichtet, und sie werfen es ihm vor. Durch den Krieg werden sie diese Provinz zurückbekommen können. Und sie sind daher hocherfreut. Bei ihnen überwiegt ausnahmslos das nationale Interesse die Ideologie.

Paris und London übersehen ganz und gar diesen Gesichtspunkt. Man stellt lediglich fest, daß der Staatsstreich ausgeblieben ist, sucht aber nicht nach den Gründen. Man rechnet immer noch damit und ist nicht weniger entschlossen, Polen zu helfen.

Um 8 Uhr verkündet das Danziger Senat den Anschluß der Freien Stadt sowie der umliegenden Gebiete an das Reich. Sowohl im Senat als auch auf den Straßen der Stadt ist die Begeisterung unbeschreiblich.

Um 10 Uhr spricht Hitler vor dem Reichstag: Er gibt seine Entscheidung bekannt und stellt sie in den historischen Zusammenhang. Der Reichstag ist ebenso begeistert.

Währenddessen hat sich die diplomatische Aktivität auf die Achse Paris—London verlagert. In Paris sind Daladier und Bonnet im Kriegsministerium zusammengekommen. Sie berufen den Ministerrat ein, um die Generalmobilmachung zu sanktionieren, sowie die Kammern, um die einzunehmende Haltung zu erwägen, und beschließen ferner, auf das italienische Vermittlungsangebot zu antworten.

Über diese Antwort sind Paris und London nicht einig. Für London sei dieses Vorhaben überholt und die von Mussolini angestrebte Konferenz nur unter der Voraussetzung möglich, daß Hitler die Feindseligkeiten einstelle und seine Truppen hinter die polnischen Grenzen zurückbeordere.

Charles Corbin, der französische Botschafter in London, weist um 11 Uhr Georges Bonnet darauf hin, im Auftrag Lord Halifax'. Er teilt ihm außerdem mit, daß das britische Parlament um 16 Uhr zusammentreten werde, um in diesem Sinne eine »letzte Ermahnung« an Deutschland zu verabschieden.

Um 11.50 Uhr läßt Außenminister Bonnet André François-Poncet in Rom wissen, daß Frankreich den italienischen Vermittlungsplan annehme.

Lord Halifax ruft ihn um 17 Uhr an. Es geht nicht mehr um die britische Antwort an Mussolini, sondern nur noch um die »letzte Ermahnung«, die das britische Parlament soeben gutgeheißen hat. Lord Halifax verliest Bonnet deren Wortlaut und regt an, daß der französische Botschafter sie von Ribbentrop am Abend, zusammen mit seinem britischen Kollegen, überbringe und daß beide Männer anschließend ihre Pässe forderten. Auch wenn er es nicht ausdrücklich sagt, ist

diese »letzte Ermahnung« ein *Ultimatum*, das zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen führen müsse.

Georges Bonnet will nicht, daß der französische Botschafter um seine Pässe nachsucht, bevor das französische Parlament, das am nächsten Tag um 15 Uhr zusammentreten soll, Stellung nimmt. Die französische Verfassung schreibt es vor. Mit dem Wortlaut der Ermahnung ist er allerdings einverstanden. Die beiden Politiker haben Schwierigkeiten, Einvernehmen herzustellen, aber sie werden schließlich doch einig: Sie werden eine »Note« überreichen lassen. Offenbar hat G. Bonnet dabei nicht bedacht, daß nach Überreichung dieser Note die von Mussolini geplante Konferenz nicht mehr möglich sein würde und daß es nun um einen Waffenstillstand zwischen Deutschland und Polen gehe, der allein diese Konferenz ermöglichen könnte. Die »Note« ist aber nicht darauf angelegt.

Ferner ist Oberst Beck nicht gewillt, Deutschland einen Waffenstillstand anzubieten, und nichts kann ohne sein Einverständnis unternommen werden. Zu diesem Zeitpunkt kennt Georges Bonnet außerdem noch nicht folgende Stellungnahme: Als Botschafter Noël Beck gegen 20 Uhr aufsuchte, um mit ihm die von Mussolini geplante Konferenz zu erörtern, hatte der polnische Außenminister geantwortet: »Wir sind im Krieg infolge eines nichtprovozierten Angriffs. Nicht eine Konferenz steht also in Frage, sondern die konzertierte Aktion der alliierten Mächte, um diesen Angriff zurückzuschlagen.«[320]

Léon Noëls Telegramm, das diese Information brachte, war erst um 21.41 Uhr in Warschau übermittelt worden und um 2.15 Uhr (also am 2. September) in Paris eingetroffen.

In der Kriegsgeschichte schließlich ist der Fall noch nie dagewesen, daß derjenige, dem ein Waffenstillstand meistens angeboten wird, weil er der stärkere ist und weil seine Truppen im gegnerischen Gebiet vorrücken, seine Truppen bis hinter die eigenen Grenzen zurückzieht, *bevor* die Gespräche eingeleitet worden sind: die Einstellung der Feindselig-

keiten erfolgt stets durch ein Anhalten der Truppen auf der Stelle, und sie ziehen sich erst nach Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens zurück, und zwar gemäß einem Plan, den das Abkommen vorsieht. Es ist eine Regel, die noch keine Ausnahme erlebt hat. Als Marschall Pétain 1940 um den Waffenstillstand nachsuchte, wäre er nie auf den Gedanken verfallen zu fordern, daß die deutschen Truppen sich vorher bis zum Rhein zurückziehen. Und das versteht sich: Ein Waffenstillstand bedeutet nicht den Frieden; es kann sein, daß man keine Einigung erreicht, und die Kämpfe können wiederaufgenommen werden.

Setzte demnach die Wiederaufnahme der Gespräche den Rückzug der deutschen Truppen auf ihre ursprünglichen Stellungen voraus, so war jede Einigung von vornherein ausgeschlossen; denn es war ausgeschlossen, daß Hitler diese absolut unannehmbare Bedingung annahm. Mit anderen Worten: Man wollte nicht oder nicht mehr verhandeln. Es hätte ganz anders ausgesehen, wenn statt dieser ultimativen »Note« Frankreich und England einen *Vorschlag* zur Einstellung der Feindseligkeiten auf der Stelle unterbreitet hätten, verbunden mit jener von Mussolini geplanten und von Papst Pius XII. angeregten Konferenz. Übrigens wäre ein solcher Vorschlag für beide Staaten kein Hindernis gewesen, ihr Mißfallen zu bekunden.

Um 21.30 Uhr überreicht Sir Nevile Henderson von Ribbentrop die englische »Note«. Um 22 Uhr übergibt ihm Robert Coulondre die französische. Beide schließen mit den Worten:

»Ich bin beauftragt, Euer Exzellenz mitzuteilen, daß die Französische Regierung[321] ohne Zögern ihre Verpflichtungen gegenüber Polen erfüllen wird, wenn nicht die deutsche Regierung bereit ist, der Französischen Regierung befriedigende Zusicherungen dahingehend abzugeben, daß die Deutsche Regierung jegliche Angriffshandlung gegen Polen eingestellt hat und bereit ist, ihre Truppen unverzüglich aus polnischem Gebiet zurückzuziehen.«[322]

Man kann behaupten, diese Note sei kein Ultimatum gewesen; das hieße aber, mit den Worten zu spielen: Es fehlt nur eine Antwortfrist, damit sie ein richtiges wird . . . Ein feiner Unterschied.

Beiden Diplomaten sagt von Ribbentrop lediglich, er werde alles dem Führer weiterleiten und ihnen dessen Antwort zukommen lassen, sobald er sie erhalten habe.

2. September

Die Lage Polens ist verzweifelt: seine Befestigungen sind durchbrochen, sein Eisenbahnnetz und seine Luftwaffe halb zerstört. Die polnischen Botschafter in London und Paris fordern die in Aussicht gestellte Unterstützung »gleich nach Kriegserklärung«. Auch Oberst Beck bemüht sich darum.

Um 8 Uhr gibt die Havas-Agentur folgende Mitteilung heraus:

»Der Französischen Regierung, neben anderen, wurde gestern ein italienischer Vorschlag zur Lösung der europäischen Probleme vorgelegt. Nach dessen Erörterung hat sie sich positiv geäußert.«

Die Meldung kommt aus Rom und stützt sich auf die Zusage, die Bonnet am Tag zuvor, um 11.50 Uhr Botschafter François-Poncet gab.

Um 8.30 Uhr hat Graf Ciano mit seinem Botschafter in Paris Guariglia telefoniert, um zu erfahren, ob die am Vorabend Ribbentrop überreichte Note ultimativ gewesen sei: nein.

Um 10 Uhr beauftragt Mussolini seinen Botschafter in Paris, Attolico, Hitler folgende Mitteilung zu überbringen:

»Zur Information läßt Italien wissen, natürlich jede Entscheidung dem Führer überlassend, daß es noch die Möglichkeit hätte, von Frankreich, England und Polen eine Konferenz auf folgenden Grundlagen annehmen zu lassen:

1. Waffenstillstand, der die Armeen läßt wo sie sind;

2. Einberufung der Konferenz in zwei bis drei Tagen;

3. Lösung des deutsch-polnischen Streits, welche, wie die Sachen heute liegen, sicher günstig für Deutschland sein würde.«[323]

Als sich Attolico um 12.30 Uhr in der Wilhelmstraße einfindet, schickt sich von Ribbentrop gerade an, die Note zurückzuweisen, die ihm die Botschafter Englands und Frankreichs am Tag zuvor überreicht haben; er sei zwar bereit, seine Entscheidung noch hinauszuschieben, man müsse ihm aber garantieren, daß sie keine Ultimaten sind. Andernfalls werde er eine abschlägige Antwort geben.

Attolico holt ihm diese Garantien bei Sir Nevile Henderson und bringt sie um 12.50 Uhr.

Um 14.15 Uhr ruft Graf Ciano Außenminister Bonnet an. Er teilt ihm mit, daß Hitler dem italienischen Plan nicht abgeneigt sei und Polen zur Konferenz eingeladen werde. Er bittet ihn außerdem um Bestätigung, daß die französische Note kein Ultimatum war. Bonnet bestätigt. Was die Konferenz betrifft, müsse er angesichts der veränderten Lage allerdings mit Daladier und der britischen Regierung beraten, bevor er sich endgültig festlege. Er werde Graf Ciano zurückrufen, sobald er Bescheid wisse. Er könne augenblicklich nur sagen, daß er persönlich den italienischen Plan gutheiße.

Um 14.45 Uhr steht Graf Ciano mit London in Verbindung. Unterrichtet über die vielversprechende Antwort Ribbentrops und die Zusage Bonnets, antwortet Lord Halifax, daß »auf den Vorschlag des Duce nur dann eingegangen werden kann, wenn die deutschen Truppen sich bis zur Grenze zurückziehen und die letzte Parzelle polnischen Staatsgebiet räumen«. Er werde dennoch mit dem Premierminister sprechen, der seinem auf 16 Uhr bestellten Ministerrat den Vorschlag zweifellos unterbreiten werde, worauf er Graf Ciano zurückrufen werde, um ihm die endgültige britische Antwort mitzuteilen.[324]

Um 15 Uhr tritt das französische Parlament zusammen. Es soll die Absendung eines regelrechten Ultimatums an

Deutschland billigen. Von seiten des Senats ist Daladier unbesorgt. Man erwartet, daß der Beschluß dort nahezu einstimmig gefaßt werde. Bei der Abgeordnetenkammer ist es anders. Er fürchtet weniger, keine Mehrheit zu finden, als auf eine starke Minderheit zu stoßen. Seiner Ansicht werden alle, die in der vorigen Legislaturperiode gegen den französisch-sowjetischen Pakt gestimmt hatten, weil dieser Pakt den Krieg bedeute, ihre Meinung nicht ändern, wenn jetzt der Krieg da ist. Am 27. Februar 1936 waren es 164 Parlamentarier, von denen etwa 130 die letzten Wahlen zur Abgeordnetenkammer im Mai 1936 überstanden. Bei einer innenpolitischen Frage würde er daher über eine starke Mehrheit verfügen. Bei einer so ernsten Frage wie dem Krieg oder einem Ultimatum an Deutschland ist es allerdings eine starke Minderheit, und sie zeugt von der Zerrissenheit der Nation.

Außerdem gibt es die Kommunisten. Seit der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Pakts befürworten sie eine Politik der Versöhnung mit Deutschland, und sie setzen sich dafür ein, daß Frankreich sich zur Rettung des Friedens mit Deutschland und Rußland verbinde. Sie werden dagegen stimmen, und sie sind 72. Bei annähernd 200 Gegenstimmen nimmt die Minderheit katastrophale Ausmaße an. Eine Abstimmung muß irgendwie verhindert werden.

Es gilt aber auch, eine Debatte zu vermeiden. Auf der Gegenseite sind ja Dickköpfe: Gaston Bergery, François Piétri, Jean Montigny, Frot, Xavier Vallat. Zwar hat die Regierung von dem italienischen Vorschlag nichts in die Presse sickern lassen.[325] Und die Havas-Agentur hat sogar ihre am Morgen herausgegebene Mitteilung über die Zusage der französischen Regierung dementiert, aber gerade die genannten Politiker wissen Bescheid. Wird die Öffentlichkeit durch sie in Kenntnis gesetzt, so kann eine starke Anti-Ultimatum-Bewegung dort großen Schaden anrichten. Die Bedingungen, unter denen die Mobilmachung stattfindet, bezeugen hinlänglich, daß die Öffentlichkeit nicht sehr scharf auf den Krieg ist. Man rückt zwar in die Mobilisierungszentren ein, vor al-

lem aber, weil man an den Krieg nicht glaubt. Der Nachrichtendienst der Polizei (R.G.) läßt dem Innenministerium Informationen zukommen, die eine starke pazifistische Strömung offenbaren . . .

Zur Vermeidung einer Debatte, hat Präsident Herriot von den einzelnen Fraktionsvorsitzenden die Zusicherung erhalten, es werde keine geben, und um der Abstimmung aus dem Weg zu gehen, daß die zur Diskussion gestellte Frage nicht das Ultimatum an Deutschland sein werde, sondern »ein Kredit in Höhe von 75 Milliarden Franken zur Erfüllung unserer Bündnisverbindlichkeiten«, den Präsident Herriot per Handaufheben ohne Gegenprobe durchsetzen soll.

Die Abgeordneten Frot und Piétri, die die Falle erkannt haben, verlangen von Daladier die Zusicherung, daß »diese Abstimmung ihn nicht zur Erklärung des Krieges ermächtigt und daß er ihn, wenn überhaupt, erst dann erklären wird, nachdem er das Parlament erneut zu Rate gezogen hat«.[326]

Er verspricht.

Die Aktion findet wie vorgesehen statt, nach einer Rede von Ministerpräsident Daladier, die keinerlei Zweifel über seine Absichten aufkommen läßt. »Der Krieg wurde anonym und auf die Schnelle beschlossen; er war es nicht, und war es doch«, schreibt Jean Montigny.[327] Die Formulierung der zur Diskussion gestellten Frage erlaubt den Kommunisten — die den Krieg wollen, weil Stalin ihn will —, die Hand mit der Mehrheit hochzuheben. Sie sollten später behaupten, sie hätten den Militärkredit bewilligt, wie ihr Patriotismus es verlangte, und kein Memorandum oder den Krieg.

Ebenfalls später sollte Daladier, sein Versprechen vergessend oder leugnend, seinerseits behaupten, diese Abstimmung habe ihn dazu ermächtigt, Deutschland ein Ultimatum zu stellen und den Krieg zu erklären. Die Frage bleibt offen: Der Verfasser ist der Ansicht, daß der Krieg Deutschland nicht verfassungsgemäß erklärt wurde, und schon deshalb nicht, weil die Regierung den italienischen Vorschlag der Öffentlichkeit vorenthalten hatte, die mit aller Gewalt gegen

den Krieg aufbegehrt hätte. Freilich ist die Meinung subjektiv; die von der Regierung angewandte Methode, die Zustimmung des Parlaments auf Schleichwegen zu erzielen, beweist indes, daß das auch ihre — durch die Informationen des Nachrichtendienstes erhärtete — Überzeugung war. Außerdem erscheinen die Zeitungen am Morgen dieses 2. September mit riesigen »Lücken«, auch in ihren Kommentaren, bis sie am 3. September endlich darüber berichten dürfen!

Um 17 Uhr setzt Sir Alexander Cadogan Georges Bonnet in Kenntnis, »die Regierung Seiner Majestät könne in die von Mussolini vorgeschlagene Konferenz nur unter der Bedingung einwilligen, daß Deutschland mit der Räumung aller besetzten polnischen Gebiete, *einschließlich Danzig*, beginnt«. Sir Alexander Cadogan fügt hinzu, daß am selben Abend »die Regierung seiner Majestät Deutschland ein Ultimatum zu stellen gedenkt, mit der Aufforderung, seine Truppen unverzüglich aus Polen abzuziehen; andernfalls würden die Feindseligkeiten um Mitternacht eröffnet«.[328]

Georges Bonnet wirft die Arme hoch und erwidert, General Gamelin habe ihm noch am Morgen mitgeteilt, er könne eine Eröffnung der Feindseligkeiten erst am 4. September, 21 Uhr, ins Auge fassen.

Um 18.38 Uhr setzt Lord Halifax Graf Ciano über diese Entscheidung in Kenntnis.[329]

Um 20.30 Uhr telefoniert Georges Bonnet seinerseits mit Graf Ciano, um ihm die endgültige Antwort der französischen Regierung durchzugeben: Vorherige Rücknahme aller deutschen Truppen aus dem polnischen Staatsgebiet, *einschließlich Danzig*. Enttäuscht antwortet ihm Graf Ciano, der Duce könne Hitler unter diesen Umständen einen solchen Vorschlag nicht unterbreiten.

Es wird keine Konferenz stattfinden.

Die Ereignisse setzen ihren unerbittlichen Lauf fort.

3. September

Paris und London haben die Nacht am Telefon verbracht. Grund: die festzusetzende Ablauffrist in dem Ultimatum an Deutschland.

Als Sir Alexander Cadogan, nach seinem tags zuvor geführten Telefonat mit Georges Bonnet, die Mitglieder der britischen Regierung unterrichtete, daß Frankreich eine 48 Stunden-Frist brauche und eine Eröffnung der Feindseligkeiten erst am folgenden Tag um 21 Uhr wahrnehmen könne, fielen ihm die Arme vom Leib herunter. Das war wohl ein Fall, mit dem sie nicht gerechnet hatten: daß Frankreich sich nach einer britischen Entscheidung nicht ausrichtet, hatte es seit der Entente Cordiale (1904) nicht mehr gegeben. Eine Revolution!

Damit rechneten sie so wenig, daß sie das Parlament auf 18 Uhr bestellt hatten und die Überreichung um 21 Uhr eines um Mitternacht ablaufenden Ultimatums an Deutschland ankündigen wollten. Welche Figur würden sie dort abgeben? Zumal das britische Parlament, wie entfesselt, blutrünstig war und fürchtete, Chamberlain könnte in Hoffnung auf ein neues München die Dinge in die Länge ziehen oder ziehen lassen. Das Parlament brauchte den Krieg, so bald wie möglich, um so bald wie möglich sicher zu sein, daß es kein neues München geben würde. Alle Zeugnisse, die wir aus dieser Zeit besitzen, lassen erkennen, daß die wenigsten Parlamentarier Großbritanniens anderer Ansicht waren.

In einer solchen Stimmung gelang es Chamberlain nicht ohne Mühe, das Unterhaus davon zu überzeugen, daß er den Wortlaut des Ultimatums an Deutschland nur deshalb nicht verlesen könne, weil er mit Frankreich über den Fristablauf noch uneinig sei. Er erwarte jeden Augenblick die französische Antwort, und wenn das ehrenwerte Unterhaus in eine Vertagung der Sitzung auf den nächsten Vormittag um 11 Uhr — also heute, den 3. September — einwillige, würde er bis dahin zweifellos im Besitz der französischen Antwort sein,

und beide Staaten könnten dann wie vorgesehen mit vereinten Kräften handeln.

Das hoffte er zumindest. Beim Verlassen des Unterhauses wissen Chamberlain und Lord Halifax indes mit Sicherheit, daß das Kabinett weggefegt würde, wenn sie nicht das Ultimatum in gehöriger Form am 3. September, 11 Uhr, herbeischafften. Leider! Am frühen Morgen haben sie Frankreich dazu bringen können, daß der Fristablauf des Ultimatums auf den 4. September, 5 Uhr morgens, festgesetzt werde.

Frankreich bringt solide Argumente vor: die Mobilmachung kann nicht früher abgeschlossen werden, und sie verzögert sich außerdem infolge der vollgestopften Bahnhöfe und Straßen. Die Zivilisten der Grenzgebiete, aber auch diejenigen, die aus den gefährdeten Großstädten fliehen, müssen evakuiert werden; bei einem Luftangriff stünden ganze Bevölkerungen vor einem Massaker . . .

Chamberlain und Lord Halifax sehen wohl ein, daß Frankreich nicht kneift, sondern vorsorgt. In der Überzeugung, daß das französische Ultimatum innerhalb von vierundzwanzig Stunden folgen wird, beschließen sie, auf eigene Faust zu handeln: Das britische Ultimatum soll Deutschland um 9 Uhr überreicht werden und um 11 Uhr ablaufen. Dieselben Briten, die damals die 24 Stunden-Frist für das Eintreffen eines polnischen Bevollmächtigten für zu kurz hielten, empfinden es als normal, Deutschland nur zwei Stunden für die Antwort zu gewähren: kaum die materielle Zeit, um die Antwort aufzusetzen!

Frankreich wird sein Ultimatum bereits am Mittag überreichen. In letzter Minute informiert General Gamelin Daladier, daß die Mobilmachung besser verlaufe, die Straßen und Bahnhöfe weniger verstopft seien als vorgesehen; daher könnten die Feindseligkeiten bereits am selben Tag, um 17 Uhr, eröffnet werden.

Um 9 Uhr findet sich Sir Nevile Henderson in der Wilhelmstraße ein. Seltene Ungezogenheit: von Ribbentrop läßt ihn von Dr. Schmidt empfangen, wie einen Diener. Der britische

Botschafter überreicht ihm sein Ultimatum. Schmidt bringt es in das Arbeitszimmer des Führers, der es, in Anwesenheit des Reichsaußenministers, zur Kenntnis nimmt. Sir Nevile Henderson wird sofort auf 11.30 Uhr bestellt, um die Antwort in Empfang zu nehmen.

Um 11.30 Uhr händigt ihm von Ribbentrop eine lange, in heftigem Ton verfaßte Note aus, die mit folgender Erklärung beginnt:

»Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk lehnen es ab, Forderungen in Form von Ultimaten von der britischen Regierung entgegenzunehmen, zu akzeptieren, geschweige denn zu erfüllen . . .«

Die Unterredung währt nicht lange: Sir Nevile Henderson sagt lediglich, daß die Geschichte entscheiden werde, auf welcher Seite die eigentliche Schuld sich befinde.

Ribbentrop seinerseits: die Geschichte habe bereits entschieden, niemand habe so verbissen wie Hitler an der Herstellung guter Beziehungen zwischen Deutschland und England gearbeitet, letzteres habe es aber vorgezogen, alle seine durchaus sehr vernünftigen Vorschläge zurückzuweisen.

Darauf sucht Sir Nevile Henderson um seine Pässe nach[330] und zieht sich zurück.

Um 11.15 Uhr verliest Chamberlain im Unterhaus das Ultimatum an Deutschland, und die Versammlung sanktioniert es — in der Begeisterung — einstimmig. Sogar der alte Lloyd George, der seit zwanzig Jahren seinen Pazifismus so oft unter Beweis stellte, unterstützt den britischen Schritt.

Um 11.30 Uhr erklärt Chamberlain im Rundfunk, daß »Großbritannien und Deutschland im Krieg stehen, da die Reichsregierung das englische Ultimatum nicht vor 11 Uhr angenommen hat . . .«

Um 12.30 Uhr wird Robert Coulondre von Ribbentrop persönlich empfangen. Der Reichsaußenminister erklärt ihm von vornherein, daß die verzögerte Beantwortung der um 22 Uhr übergegebenen Note auf die, ebenfalls von französischer Seite begrüßte, italienische Initiative zurückzufüh-

ren sei; daß England ihm um 9 Uhr ein unannehmbares, bereits zurückgewiesenes Ultimatum überreicht habe und daß er nur bedauern könne, wenn Frankreich sich nach England glaube richten zu müssen.

Darauf antwortet Coulondre:

»Unter diesen Umständen muß ich Sie im Namen meiner Regierung ein letztes Mal auf die schwere Verantwortung hinweisen, welche die Reichsregierung auf sich genommen hat, indem sie ohne Kriegserklärung die Feindseligkeiten gegen Polen eröffnete und den Noten keine Beachtung schenkte, in denen die Regierungen Frankreichs und Sr. Britischen Majestät sie gebeten hatten, jede aggressive Haltung gegenüber Polen einzustellen und sich bereit zu erklären, ihre Streitkräfte unverzüglich aus dem polnischen Gebiet zurückzuziehen. Ich habe den unangenehmen Auftrag, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß ab heute, dem 3. September 17 Uhr, die französische Regierung sich genötigt sehen wird, ihre der deutschen Regierung bekannten vertraglichen Verpflichtungen gegenüber Polen zu erfüllen«.[331]

Von Ribbentrop antwortet ihm lediglich, daß Frankreich in diesem Fall der Aggressor sein werde. Coulondre: die Geschichte werde selbst entscheiden. Worauf die beiden Männer Abschied nehmen.

Nach den Angaben Dahlerus' habe der schwedische Industrielle zwischen 10 und 11 Uhr einen allerletzten Versuch unternommen, einen Kompromiß mit England, auf der Grundlage einer Einstellung der Feindseligkeiten auf der Stelle, zu erzielen. Göring habe von Hitler die offizielle Erlaubnis bekommen, einen Kompromiß auf dieser Grundlage mit dem britischen Kabinett auszuhandeln. Das Chartern eines Flugzeugs sei sogar angeordnet worden; die britische Regierung habe allerdings geantwortet, sie könne der Anregung nicht Folge leisten und »diesen Vorschlag nicht vor einer schriftlichen Antwort auf das Ultimatum in Erwägung ziehen«.[332]

Die Würfel sind geworfen. Um 13 Uhr unterschreibt der Führer die Weisung Nr. 2[333] für die Kriegführung . . .

Anmerkungen

[1] Deutschland war verfassungsmäßig eine parlamentarische Republik. Das Wort »Republik« kam in der Verfassung, die in Weimar am 31. Juli verabschiedet und am 11. August 1919 unterzeichnet wurde, nur in Artikel 1 vor: »Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volk aus.« Auf Vorschlag des Staatsrechtlers Prof. Hugo Preuß, der sie entworfen hatte, hatte das mit deren Ausarbeitung betraute Parlament den Begriff »Reich« vorgezogen. Die sogenannte Weimarer Republik war die Fortsetzung des Zweiten Reichs. Trotz republikanischer Staatsform war es Deutschland darauf angekommen, ein »Reich« zu bleiben, und seine Institutionen hatten die bisherigen Bezeichnungen beibehalten: Reichstag, Reichsrat, Reichspräsident, Reichskanzler und so weiter. Das war politisch erheblich und zeugte von einer nahezu allgemeinen Sehnsucht nach dem bisherigen Regierungssystem — auch bei den Sozialdemokraten. Als sie 1924, anläßlich der 1925 bevorstehenden Reichspräsidentenwahlen, eine verfassungsschützende Liga gegen den Nationalsozialismus und den Kommunismus gründeten, nannten sie sie bezeichnenderweise »Reichsbanner«. Der Begriff »Republik« tauchte in der deutschen Verfassung und in den Einrichtungen erst nach 1945, insbesondere 1949 auf.

[2] Am 1. Mai 1921 hatte die im Rahmen des Versailler Vertrags gegründete Reparationskommission die deutsche Kriegsschuld auf insgesamt 132 Milliarden Goldmark festgesetzt.

[3] Pierre Renouvin, *La politique intérieure et la vie économique après la guerre*, Paris 1924.

[4] W. L. Shirer, *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*, Köln—Berlin 1961, S. 116. — Seit 1945 wird behauptet, auch von W. L. Shirer, daß mit diesen Summen Deutschland seine Kriegsschuldzahlungen hätte leisten können. Statt dessen: Deutschland »nahm Anleihen auf, um seine riesigen für die Welt beispielhaften sozialen Einrichtungen auszubauen. Die Länder, die

Städte, die Gemeinden finanzierten mit geborgtem Geld nicht allein notwendige Verbesserungen, sondern auch den Bau von Flugplätzen, Theatern, Sportstadien und prächtigen Schwimmbädern. Die Industrie, die durch die Inflation ihre Schulden losgeworden war, nahm Millionenkredite auf, um neue Maschinen anzuschaffen und ihre Produktion zu rationalisieren. Ihre Produktionsrate, die 1923 auf 55 Prozent gegenüber 1913 abgesunken war, stieg bis 1927 auf 122 Prozent an. Im Jahre 1928 unterschritt die Arbeitslosenzahl — 650 000 — zum erstenmal seit dem Kriege die Millionengrenze. Im selben Jahr verzeichnete der Einzelhandel eine Umsatzsteigerung von zwanzig Prozent gegenüber 1925, und im Jahr darauf betrugen die Durchschnittslöhne zehn Prozent mehr als in den vergangenen vier Jahren. Die Kleinbürger, aus denen Hitler seine Massenanhängerschaft rekrutieren mußte, die vielen Millionen Gehaltsempfänger und kleinen Ladenbesitzer hatten Teil an dem allgemeinen Wohlstand.« — Das stimmt so nicht: Im allgemeinen herrschte weiter die Not. Es erhebt sich zudem folgende Frage: Was hätte Deutschland ohne Absatzmärkte anders tun können, als einen inländischen Markt zu gründen, um seine Arbeitskräfte zu beschäftigen, die sonst in noch größerem Maße zur Arbeitslosigkeit verurteilt gewesen wären?

5 Der Bruch zwischen der Sozialdemokratischen Partei und dem bislang in Kanzler Müllers Koalitionsmehrheit wirkenden katholischen Zentrum erfolgte wegen der Erhöhung der Arbeitslosenversicherung, die die einen befürworteten, während die anderen sie auf keinen Fall verabschieden wollten, da ihrer Ansicht nach alles noch Sparmaßnahmen forderte. Es hätte gereicht, daß die Kommunisten, auf deren Programm die Erhöhung stand, sie bewilligten, damit Kanzler Müller im Amt blieb. Aber die Kommunisten, die in den Sozialdemokraten ihre Erzfeinde sahen, dachten damals, sie würden eines Tages zwangsläufig zur Macht gelangen, wenn sie durch wiederholte Regierungskrisen die Empörung der Straße erzeugten. Sie waren außerdem der Ansicht, daß sie, sollte diese Taktik die äußerste Rechte an die Macht bringen, die Massen leichter gegen die äußerste Rechte als gegen die Sozialdemokratie aufwiegeln könnten. Auf diese Weise verlagerten sie von 1919 bis 1933 die parlamentarische Mehrheit immer mehr nach rechts. Sollte man eines Tages mit Sachlichkeit die Schuld an Hitlers Machtergreifung festlegen, so wird die der Kommunistischen Partei ganz oben stehen müssen — auch wenn sie vorgibt, stets und

überall das Richtmaß der demokratischen Werte gewesen zu sein. Im vorliegenden Fall hat sie am 29. März 1930 Kanzler Hermann Müller von den Regierungsgeschäften verdrängt zugunsten des mehr rechts stehenden Brüning. Später, 1932, sollte sie auf die gleiche Art und Weise Brüning zugunsten Papens kaltstellen; dann Papen für Schleicher und zuletzt Schleicher für Hitler.

[6] Trotz dieser Klausel im Vertrag von St. Germain sah der vorher beschlossene Artikel 61 der Weimarer Verfassung die Aufnahme österreichischer Vertreter in den Reichstag und Reichsrat vor, wenn Österreich an Deutschland wieder eingegliedert ist. In Versailles hatte sich die deutsche Delegation geweigert, diese Klausel anzuerkennen; der Verfassungstext wurde durch ein Protokoll vom 22. September 1919 außer Kraft gesetzt. Die österreichische Delegation hatte aber ihrerseits nachgegeben.

[7] Der Haager Gerichtshof entschied sich für die französische Auffassung, allerdings mit nur einer Stimme Mehrheit, so vernünftig kam ihm der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion vor.

[8] Gegen 1 061 570 am 1. Juli 1930. Siehe oben S. 20

[9] Hitler hatte Schlüsse aus dem Fehlschlag vom 9. November 1923 (Münchener Putsch) gezogen und die Eroberung der Macht nur noch auf dem legalen Weg erwogen.

[10] Siehe Anmerkung 1.

[11] Düsterberg kandidierte für Hugenbergs Deutschnationale Partei, die mit Hitler um die Stimmen der äußersten Rechten rang. Er hatte sich geweigert, zugunsten Hitlers zurückzutreten.

[12] Die Zahl der Reichstagsabgeordneten schwankte: sie hing bei bestehendem Verhältniswahlrecht von der Zahl der abgegebenen Stimmen ab. Am 31. Juli 1932 gab es vier Millionen Wähler mehr als am 14. September 1930: weniger Stimmenthaltungen, neue Wahlberechtigte sowie die ununterbrochene Flut neuer Wähler, die aus jenen, durch den Versailler Vertrag entzogenen Gebieten (104 000 km^2) stammten und die automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten, wenn sie sie bei ihrer Ankunft forderten. Von 491 am 14. September 1930 hatte sich die Zahl der Abgeordneten auf 608 am 31. Juli 1932 erhöht. Am 5. März 1933 wurden sogar insgesamt 640 Reichstagsmandate errungen.

[13] Fritz Poetzsch-Heffter, »Vom Staatsleben unter der Weimarer Verfassung,« 2. Teil, in *Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart*, 21 (1933) 34, S. 161.

[14] Reichspräsident und Kanzler waren überzeugt, daß die Nationalsozialisten und die Kommunisten mit vereinten Kräften die Regierung stürzen würden, und waren übereingekommen, den Reichstag noch vor der Abstimmung aufzulösen, damit das katholische Zentrum nicht mit einem parlamentarischen Mißerfolg vor die Wähler trete. Die Verordnung zur Auflösung des Reichstags hatte Hindenburg also unterzeichnet und sie Papen noch vor der Eröffnung der Sitzung überreicht; Papen hatte sie aber in der Reichskanzlei vergessen. Er ließ sie während der Beratungspause vor der Abstimmung holen. Als er sie nach Wiedereröffnung verlesen wollte, tat Reichstagspräsident Göring, als sähe er ihn nicht, und verweigerte ihm das Wort. Es wurde über diesen Zwischenfall viel gespottet und auf Papens Leichtsinn und Görings Machtmißbrauch hingewiesen. Zu Unrecht in bezug auf Görings Machtmißbrauch: da die Abstimmung vor der Beratungspause angekündigt worden war, ließ die Geschäftsordnung des Reichstags nicht zu, daß noch verhandelt wurde. Und Göring war durchaus berechtigt, Papen das Wort zu verweigern, auch wenn er ihn wahrnahm. Das war zugegeben nicht sehr fair, das ist alles. Wenn man eine Revolution macht, kümmert man sich meistens nicht um die guten Sitten.

[15] W. L. Shirer, *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*, aaO.

[16] Man schloß daraus etwas voreilig, daß Msgr. Kaas die Auffassung der deutschen katholischen Hierarchie und des Vatikan zum Ausdruck brachte. In Wirklichkeit sprach er als Mann, der sich mit einem schwierigen Regierungsproblem auseinanderzusetzen hatte, und in der katholischen Hierarchie stand er mit seiner Meinung nahezu allein da. Am 28. Februar, also kurz vor den Wahlen vom 5. März 1933, exkommunizierte der in Fulda versammelte katholische Episkopat immer noch einstimmig die Kandidaten der NSDAP und empfahl den Wählern, nicht für sie zu stimmen. Es ist bemerkenswert, daß man — vor allem seit Rolf Hochhuths *Stellvertreter* — die Entscheidung Msgr. Kaas' nicht etwa dem amtierenden Papst Pius XI. zur Last legte, sondern seinem Staatssekretär Kardinal Pacelli (dem zukünftigen Papst Pius XII.). In Wirklichkeit wurde Msgr. Kaas die Entscheidung durch die Haltung der Kommunisten dik-

tiert. Die katholische Hierarchie schwenkte erst nach einer Rede um, die Hitler am 21. März hielt, und nicht für sehr lange: am 28. Oktober 1933 war sie wieder in der Opposition.

[17] In der begeisterten Menge war Pastor Martin Niemöller, später verkappter Kommunist und graue Eminenz der bundesrepublikanischen »Reiniger«, zu erkennen in Begleitung seiner Frau und eines seiner Söhne. Er gehörte nicht zu denen, die wenig begeistert waren.

[18] Nur die Anarchisten wollen es nicht einsehen. Da sie aber weder Proudhon, noch Bakunin, noch Kropotkin, noch Elisée Reclus kennen, sind ihre gegenwärtigen Vertreter so unbedeutend, daß dieses Prinzip als nahezu allgemein anerkannt gilt.

[19] Eigentlich wurde Hitler zum Reichskanzler von mehr als 52% der Wähler ernannt. Am 2. März 1933, also zwei Tage vor den Wahlen, hielt Msgr. Kaas eine große öffentliche Versammlung in Köln ab, und zwar unter dem Vorsitz des Bürgermeisters und späteren Bundeskanzlers Konrad Adenauer, der ihm damals warmherzig beipflichtete. Kaas erläuterte das Programm seiner Partei und sagte, es könne angesichts der Haltung der Kommunisten keinen anderen Kanzler als Hitler geben. Allerdings erteilte er ihm nicht bedingungslos die Generalvollmacht: Er habe von Hitler Zusicherungen in vierzehn Punkten erhalten, was einer Einhaltung der parlamentarischen Regeln gleichkomme. In ganz Deutschland wandten sich die Kandidaten des katholischen Zentrums in ähnlicher Weise an die Wählerschaft. Bei der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes im Reichstag erteilten die Abgeordneten des katholischen Zentrums Hitler die Generalvollmacht auf Grund seiner beteuernden Erklärung, in der er die Vollmacht nur in begrenztem Maße forderte.

[20] Auf Grund dieses öffentlich bekundeten Wunsches Hitlers unternahm die deutsche Diplomatie (durch die Vermittlung Vizekanzler Papens und Prälat Kaas’) Schritte im Vatikan, die nach den dann eingeleiteten Verhandlungen schon bald zur Unterzeichnung des Konkordats führten, das der Vatikan schon seit Jahren erstrebt hatte. Diese Ergänzung gilt für alle, die mit Rolf Hochhuth immer noch der Auffassung sind, daß das damalige Konkordat auf die Initiative des Vatikan zurückgehe, insbesondere auf die Kardinal Pacellis in dessen Namen.

[21] Laut offizieller Statistik vom 1. Januar 1933 gab es 5 598 855 Arbeitslose.

[22] Die Kommunisten kehrten in den Reichstag mit nur 81 Mandaten (anstatt der bisherigen 100) zurück. Freilich wurden ihnen auf höheren Befehl vom 3. Februar 1933 alle öffentlichen Kundgebungen untersagt, und am 28. Februar, also unmittelbar nach dem Reichstagsbrand, hatte Hitler vom Reichspräsidenten Hindenburg eine präsidiale Verordnung erwirkt, die die Kommunistische Partei verbot. Außerdem konnte er nun alle Mitglieder der Opposition verhaften lassen, die seiner Ansicht nach die Staatssicherheit gefährdeten.

[23] Die Zahlen stammen von W. L. Shirer, *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches,* aaO.

[24] Internationaler Militärgerichtshof, Nürnberg, Bd. 32, Dokument 3725-PS,Verhör Hjalmar Schachts vom 20. Juli 1945.

[25] Zum Beispiel der angesehene französische Philosoph Wladimir Jankelevitch (in *Combat,* 9. Juni 1965): ». . . das furchtbare Blutbad, welches das ganze deutsche Volk zu verantworten hat: Ein Volk, das einhellig um seinen mit Begeisterung bestätigten Führer versammelt war«. Es vergeht kein Tag, an dem diese Ansicht in welcher Form und aus welcher Feder auch immer in der Großpresse nicht erscheint.

[26] Man mußte sie beinahe manu militari dorthin bringen. Die deutsche Regierung hatte die Aufforderung abgelehnt, eine Delegation zu dieser Zeremonie zu schicken. Sie gab vor, daß die Verpflichtungen, die Präsident Wilson im Namen der alliierten Mächte — in seiner Botschaft an den amerikanischen Kongreß vom 8. Januar 1918 (14 Punkte) und in früheren Erklärungen, insbesondere seiner Rede vom 27. September 1918 — eingegangen war, nicht erfüllt wurden. Nach diesen Erklärungen sollte der Friede auf der Grundlage des freien Selbstbestimmungsrechts der Völker abgeschlossen werden, und die Paragraphen des Vertrags sollten frei und ohne Unterschied zwischen Siegern und Besiegten erörtert werden; und sie hätten daher Deutschland dazu bewogen, die Waffen niederzulegen. Ferner sei Deutschland wider alles Erwarten von der Friedenskonferenz ferngehalten worden, und es habe keine Einwände erheben können. Unter diesen Umständen werde ein Bote durchaus genügen. Daraufhin wurden im alliierten Lager militärische Vorkehrungen getroffen, und der Vorsitzende der Frie-

denskonferenz richtete eine Drohnote an Deutschland, das nun nachgab.

[27] Vorsitzender der von der Friedenskonferenz gegründeten Kommission, die allen europäischen Völkern in Nahrungsnot helfen sollte.

[28] Die Hungerblockade wurde erst im Sommer 1919 gelockert. (d. Ü.)

[29] Sie sollte erst im folgenden Oktober aufgehoben werden. Ein genaues Datum stand aber nicht fest.

[30] Am 24. Januar 1921 hatte die Botschafterkonferenz die Kriegsschuld auf 212 Milliarden Goldmark festgesetzt; sie wurde am 1. Mai auf 132 Milliarden Goldmark heruntergesetzt. Die Deutschen schlugen ihrerseits 30 Milliarden vor. (Siehe André François-Poncet, *Von Versailles bis Potsdam*, Mainz—Berlin 1949, S. 78).

[31] Keynes, *Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrags*, München 1920

[32] André François-Poncet, *Der Weg von Versailles nach Potsdam*, aaO., S. 69. — Siehe auch Paul Rassinier, *Le Véritable Procès Eichmann* ou les Vainqueurs incorrigibles, Paris 1962.

[33] Über die Arbeit dieser Kontrollkommission siehe Jacques Benoist-Méchin, *Geschichte der deutschen Militärmacht*, Bd. 2 *Jahre der Zwietracht*, Oldenburg 1965, S. 331—350.

[34] Folgende Staaten gehörten ihr an: Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan, Belgien, Brasilien, Spanien, Schweden, die Tschechoslowakei, Uruguay, Argentinien, Bulgarien, Chile, die Vereinigten Staaten, Finnland, die Niederlande, Rumänien, Jugoslawien, die Türkei, China und Rußland (das ebenso wie die Vereinigten Staaten dem Völkerbund nicht angehörte, nach Gründung der Kommission aber an ihren Arbeiten teilzunehmen wünschte). Deutschland, das noch nicht Mitglied des Völkerbunds war, war zur Teilnahme aufgefordert worden und ernannte Graf Bernstorff, den früheren Botschafter des Reichs in Washington, zu seinem Vertreter.

[35] Am 16. Oktober 1925 in Locarno abgezeichnet und am 1. Dezember in London unterzeichnet. Deutschland hatte die Initiative ergriffen, mit einem Memorandum, das es am 9. Februar 1925 an die französische Regierung richtete: »Falls Frankreich,

England, Belgien und Italien auf den Krieg als Mittel zur Verteidigung ihrer jeweiligen Grenzen verzichten und sich gegenseitig den ›Status quo‹ garantieren wollten, würde das Deutsche Reich einem solchen Abkommen gern beitreten.« England unterstütze diesen Vorschlag. Alle stimmten ihm zu, außer Frankreich, das zwei Forderungen stellte: Das Abkommen müsse im Rahmen des Völkerbunds abgeschlossen werden und Polen sowie die Tschechoslowakei miteinbeziehen. England erwiderte, es sei bereit, die belgische, französische und italienische Grenze zu garantieren, es weigere sich aber, jede Verpflichtung im Osten einzugehen. England hatte nämlich begriffen, daß Deutschlands Ostgrenzen nicht als endgültig betrachtet werden konnten, vor allem in bezug auf Polen (Danziger Korridor) und die Tschechoslowakei (Sudetenland). Italien stimmte dieser Auffassung zu. Belgien wiederum konnte nur in eigener Sache Verpflichtungen eingehen. Letztlich schloß sich Frankreich wider Willen diesem Standpunkt an, unter der Bedingung allerdings, daß das Abkommen durch einige bilaterale Verpflichtungen Deutschlands gegenüber Polen beziehungsweise der Tschechoslowakei ergänzt würde. Mit ihrer beharrlichen Politik der Einkreisung Deutschlands hatten letztere nämlich das hierbei versagende Rußland abgelöst, konnte gegebenenfalls eine zweite Front bilden, zumal zwei verstockte Deutschfeinde sich an ihrer Spitze befanden: Pilsudski und Benesch. Demnach enthielt der Locarno-Pakt zwei Teile: den eigentlichen, von allen unterzeichneten Rheinpakt, der die Westgrenze garantierte, und zwei Abkommen, die zwar keine Grenzen garantierten, aber im Streitfall die Verpflichtung beider Partien enthielten, eine schiedsrichterliche Einrichtung anzurufen.

[36] J. Benoist-Méchin, *Geschichte der deutschen Militärmacht 1918—1946*, Bd. 2 *Jahre der Zwietracht*, aaO., S. 354f.; siehe auch *Deutschlands Kampf um Gleichberechtigung*, hrsg. von Richard Schmidt, Berlin 1934, und Karl Schwendemann, *Deutschlands Weg in der Abrüstungsfrage*, S. 18.

[37] J. Benoist-Méchin, *Geschichte der deutschen Militärmacht 1918—1946*, Bd. 3 *Auf dem Weg zur Macht*, Oldenburg—Hamburg 1965, S. 130.

[38] Anläßlich des Parteitages vom 25. Februar 1920 in München ausgearbeitet, umfaßte das Programm 25 Punkte, die in der Folge keinerlei Veränderungen erfuhren.

[39] »Der unerbittliche Todfeind des deutschen Volkes ist und bleibt Frankreich . . . Das Schlußziel ihrer außenpolitischen Tätigkeit wird immer der Versuch einer Besitzergreifung der Rheingrenze sein und einer Sicherung dieses Stromes für Frankreich durch ein aufgelöstes und zertrümmertes Deutschland.« (*Mein Kampf*, München 1937, S. 696)

[40] Da gibt es zwar den 3. Artikel des NSDAP-Programms, in dem Kolonien gefordert werden. Dieser 3. Punkt fordert aber nicht die früheren deutschen Kolonien, sondern Kolonien überhaupt, also nicht unbedingt diejenigen, die der Versailler Vertrag Deutschland abnahm und England zuteilte.

[41] J. Benoist-Méchin, *Geschichte der deutschen Militärmacht 1918—1946*, Bd. 3 *Auf dem Weg zur Macht*, aaO., S. 140f. — Benoist-Méchin wird hier oft zitiert. Benoist-Méchin gehört zu den wenigen Historikern, die die Quellen immer wortgetreu wiedergaben und sie am besten zusammenfaßten und auslegten.

[42] Seit dem 9. April 1933 führte Kardinal Pacelli, der Staatssekretär im Vatikan und künftige Papst Pius XII., Gespräche mit Hitlers Beauftragten im Hinblick auf die Unterzeichnung eines Konkordats mit Deutschland. Die Gespräche waren von deutscher Seite angeregt worden. Man hat Kardinal Pacelli vorgehalten, in diese Gespräche eingewilligt zu haben, die am 10. Juli zum Abschluß eines Konkordats führten, und ihn der »Kollusion mit dem Faschismus und Nationalsozialismus« bezichtigt, vor allem in den jüdischen Kreisen. Einer solchen Verbindung wurde England oder Frankreich dagegen nie beschuldigt, obwohl der Viermächte-Pakt zur selben Zeit unterzeichnet wurde.

[43] Und nicht der abgegebenen Stimmen, wie oft behauptet.

[44] W. L. Shirer, *Aufstieg und Fall des Dritten Reichs*, aaO.

[45] Am 22. Juli 1941 veröffentlichte der Reichspropagandaminister Fotodokumente, die in einer norwegischen Loge entdeckt waren und die Roosevelt in Freimaurertracht zeigten (Saul Friedländer, *Auftakt zum Untergang*, Stuttgart 1965). Man erfuhr später, daß Roosevelt am 28. November 1911 in die Holland Lodge Nr. 8 aufgenommen worden war, dem 33. Grad des Schottischen Ritus angehörte und Erhabener Prinz des Royal Secret war. Seinen Briefwechsel mit den europäischen Logen

veröffentlichte das »Comité de surveillance des activités maçonniques« (›Komitee zur Beaufsichtigung der freimaurerischen Aktivitäten‹) während der deutschen Besetzung. Siehe *Lectures françaises*, Sondernummer Juni 1957, über die Geheimursache des Zweiten Weltkriegs, von Jacques Béarn, S. 157ff.

[46] Nach Saul Friedländer, *Auftakt zum Untergang*, aaO., S. 277.

[47] Walter Lippmann nahm ab 1917 an den vorbereitenden Arbeiten für die Friedensverhandlungen teil.

[48] Arthur Ruppin, *Die Juden der Gegenwart*, Berlin 1921. Arthur Ruppin war Jude und Professor für Soziologie an der hebräischen Universität Jerusalem.

[49] Erklärung vom 4. Januar 1941 gegenüber Bogdan Filow, dem bulgarischen Ministerpräsidenten (Saul Friedländer, *Auftakt zum Untergang*, aaO., S. 112).

[50] Saul Friedländer (*Auftakt zum Untergang*, aaO., S. 12) schreibt: »Und die spontane Feindseligkeit, die das neue deutsche Regime in Übersee hervorrief, erklärte sich, wie man zu wissen glaubte, aus dem Einfluß der Juden. Amerika wurde mehr und mehr zu einem ›jüdischen Amerika‹, zu einer Antithese des germanischen Reichs.« In Wirklichkeit handelte es sich im Jahre 1933 erst um die Feindschaft Präsident Roosevelts, und nicht wie Saul Friedländer es behauptet, um die Feindschaft »in Übersee«. Und daran sollte sich noch lange nichts ändern: im September 1939 ließ eine Umfrage der Roper-Agentur (von der unten, S. 271, die Rede sein wird) erkennen, daß nur 2,8% des amerikanischen Volkes den sofortigen Eintritt der USA an der Seite Frankreichs und Englands befürworteten. Der Einfluß, den die Juden unmittelbar auf Roosevelt oder durch die Presse auf die Öffentlichkeit, also auf die weltweite Entwicklung zum Krieg, ausübten, wird *dennoch* von niemandem bestritten, nicht einmal von Saul Friedländer selbst. Saul Friedländer ist ein jüdischer Historiker (in Prag geboren, ist dieser Kommunist, beziehungsweise verkappter Anhänger des Kommunismus israelischer Bürger, residiert aber lieber in der Schweiz), der unter anderem hervortrat, als er entstelltes und tendenziöses Material zur Pius XII.-Affäre vorlegte. Siehe Saul Friedländer, *Pius XII. und das Dritte Reich*, Hamburg 1965.

[51] Die Diaspora ist in jüdischer Auslegung ein Mythos. Von jeher und aus freiem Willen waren die Juden in aller Welt zerstreut, und nur eine Minderheit von ihnen lebte in Palästina. In *L'affaire Jésus* (Paris 1964) behauptet Michel Plault, daß zur Zeit Jesu etwa 7 Millionen Juden in der Welt lebten, davon weniger als 3 Millionen in Palästina. Um an die Zahl von 7 bzw. 3 Millionen zu kommen, muß er allerdings als Juden sämtliche Einwohner Palästinas berechnen, das damals Syrien, Jordanien, den Irak, den Gaza-Streifen und den heutigen Staat Israel umfaßte und das, so der jüdische Historiker Flavius Josepho, tatsächlich mit etwa 3 bis 4 Millionen Einwohnern besiedelt war. Ben Gurion (*Volk und Staat Israel*, Olten 1960) spricht bescheidener von insgesamt 3 bis 4 Millionen Juden, davon weniger als eine Million in Palästina mitten unter 3 Millionen Arabern. Unter Berufung auf Flavius Josepho fügt er hinzu, daß damals »kein Land der Erde eine Gemeinde unserer Glaubensbrüder in sich schloß«. Das gleiche gilt für die heutige Zeit (1967): Es leben zur Zeit 17 bis 18 Millionen Juden in der Welt (die Juden behaupten, es wären 13 bis 14 Millionen, was aber nicht stimmt. Siehe hierzu Paul Rassinier, *Das Drama der Juden Europas*, Hannover, 1965) und lediglich etwa 2 500 000 im Staat Israel. Sie fordern Palästina, ziehen aber nicht hin, zum Glück übrigens, denn sonst ließe sich ein dritter Weltkrieg kaum vermeiden. »Der Zionismus«, sagte jemand, »besteht für den Juden darin, einen anderen nach Palästina zu schicken, auf Kosten eines dritten, wenn er ihn nicht auf Kosten eines Gois schicken kann.«

[52] »Die jüdischen Völker der ganzen Welt erklären Deutschland den Finanz- und Wirtschaftskrieg« (*Daily Express*, 24. März 1933). — »Der jüdische Weltkongreß steht seit sieben Jahren im Krieg mit Deutschland« (*Toronto Evening Telegramm*, 8. Mai 1942). »Wir stehen im Krieg mit Deutschland seit Hitlers Machtübernahme« (*Jewish Chronicle*, 8. Mai 1942). »Seit Monaten führt jede jüdische Gemeinde den Kampf gegen Deutschland bei jedem Vortrag, bei jedem Kongreß, in den Gewerkschaften. Es gibt Gründe zu der Annahme, daß unser Beitrag zu diesem Kampf eine allgemeine Bedeutung hat. Wir werden zum geistigen und materiellen Angriff der gesamten Welt auf Deutschland einsetzen. Deutschland trachtet danach, wieder eine große Nation zu werden, seine verlorenen Gebiete und seine Kolonien wieder zu bekommen. Die jüdischen Interessen verlangen indes die totale Vernichtung Deutschlands. Im

ganzen wie im einzelnen stellt Deutschland eine Gefahr für uns Juden dar.« (Wladimir Jabotinsky, Gründer des Irgun, in *Marcha Rjetsch*, 1. Januar 1934).

[53] In der Zwischenzeit, am 6. Februar 1934, wurde das Kabinett Daladier gestürzt und durch ein Kabinett Doumergue abgelöst, in dem Barthou Außenminister war.

[54] Jean Viénot, »Limitera-t-on les armements?«, in *L'Europe nouvelle*, 15. Dezember 1934, S. 1233ff.

[55] Paul Reynaud, *La France a sauvé l'Europe*, Paris, Bd. 1, S. 294.

[56] Rede vom 14. Juni 1934 in der Abgeordnetenkammer.

[57] Galtier-Boissière, *Histoire de la Seconde Guerre Mondiale*, Le Crapouillot, Bd. 1.

[58] Laut François-Poncet (*Als Botschafter in Berlin 1931 bis 1938*, Berlin 1962) sei Barthou ebenfalls dafür gewesen, daß die Unterhandlungen mit Deutschland nicht abgebrochen würden. Diese Note, die Ministerpräsident Doumergue auf André Tardieus Empfehlung verfaßte, hatte er nur aus Gründen der Regierungssolidarität verantwortet. In diesem Fall wäre zu erfragen, ob nicht André Tardieu und Gaston Doumergue im Sold der lothringischen Großindustriellen und François de Wendels gestanden hätten. Bezüglich Tardieus Haltung vor dem Ersten Weltkrieg waren übrigens schon ähnliche Überlegungen angestellt worden.

[59] Zu Frankreichs Schaden, das seit 1921 mit Polen verbündet war.

[60] Der britische Wiederaufrüstungsplan für die Land-, See- und Luftstreitkräfte datiert, wie unten ersichtlich, vom 1. März 1935.

[61] Sie erschienen später unter dem Titel *Le couple France—Allemagne.*

[62] J. Benoist-Méchin, *Geschichte der deutschen Militärmacht 1918—1946*, Bd. 3: *Auf dem Weg zur Macht*, aaO., S. 223.

[63] Paul Semmler, *Wehrgesetz vom 21. Mai 1935*, S. 7.

[64] Bereits im April 1934 sah der Reichshaushalt zwar Mittel für den Bau dieser Kampfflugzeuge und Schlachtschiffe vor. Zum einen war aber Deutschland am 14. Oktober 1933 aus dem Völkerbund ausgetreten und hatte seine Freiheit wiedererlangt.

Zum anderen hatten alle übrigen Staaten, wie oben dargestellt, mindestens ebenso umfangreiche Rüstungsmaßnahmen zu Land, zur See und in der Luft vorgesehen oder gar getroffen.

65 Frankreich trat Italien die Randgebiete Libyens und Somalias ab, bestätigte die Privilegien der Italiener Tunesiens und sah regelmäßige Besprechungen zwischen beiden Regierungen und Generalstäben vor. Die Notwendigkeit der Unabhängigkeit Österreichs wurde außerdem bekräftigt.

66 Es war übrigens nicht richtig: Frankreich hatte einen Botschafter in Rom.

67 Äthiopien hatte — zugegeben — nichts getan, um es zu vermeiden. Am 17. November waren die Äthiopier in das italienische Konsulat zu Gondar eingedrungen und hatten am 5. Dezember die Italiener in Oual-Oual mit Maschinengewehr und Geschütz angegriffen; hinzu kamen unter anderem häufige Einfälle in italienisches Gebiet, Grenzstreitigkeiten.

68 Die Zustimmung Osteuropas war zwar noch nicht erfolgt, befand sich aber auf gutem Wege, da die Tschechoslowakei und Rumänien am 9. Juni 1934 den Einkreisungsplan grundsätzlich angenommen hatten und Rußland seit dem 18. September 1934 dem Völkerbund angehörte. Die endgültige Zusage der Sowjetunion erfolgte erst am 14. Juni 1935 (siehe oben, S. 94)

69 Die Stresa-Front sollte den italienisch-äthiopischen Krieg nicht überstehen und eine nur kurzlebige Erscheinung bleiben. Auf Englands Ersuchen wurden am 10. Oktober 1935 wirtschaftliche Sanktionen mit 50 gegen 4 Stimmen (Albanien, Ungarn, Österreich und Paraguay) gegen Italien verhängt. Sie traten am 18. November in Kraft. Bei der Suche nach einem Kompromiß zwischen Italien und England erwirkte Laval (zusammen mit Sir Samuel Hoare) nur . . . den Rücktritt des Hoare-Kabinetts (19. Dezember 1935) und dessen Ablösung durch Eden, einen erbitterten Gegner Mussolinis, aber auch seinen eigenen Rücktritt (23. Januar 1936) und seine Ablösung durch ein Kabinett Sarraut-Flandin: Die französische Öffentlichkeit hatte sich mittlerweile ebenfalls für den Negus ausgesprochen. Die Vereinigten Staaten schlossen sich den Sanktionen an; aber Österreich, Ungarn und vor allem Deutschland, das trotz Mussolinis harter Beurteilung von Hitler und dessen Politik, trotz seiner abweisenden Haltung gegenüber dem Anschluß und seiner Begeisterung für die Stresa-Front Partei für den Duce ergriffen

hatte, machten diese Sanktionen unwirksam. Die Stresa-Front zerplatzte, Italien verließ den Völkerbund und kam Deutschland näher. Der Krieg ging weiter. Am 5. Mai 1936 zogen die italienischen Truppen in Addis-Abeba ein; am 7. Mai erhielt Mussolini das Großkreuz des Militärordens von Savoyen; am 9. Mai legte sich der italienische König den Titel »Kaiser von Äthiopien« zu. Vom Balkon des Palazzo Venezia aus begrüßte Mussolini vor einer »schwärmenden« Menge die Rückkehr des Kaisertums nach fünfzehn Jahrhunderten auf Roms heilige Hügel. Aber Italien war ins deutsche Lager übergewechselt.

[70] Aufrechterhaltung der Militärbestimmungen im Teil V des Versailler Vertrags, auf Barthous Ersuchen.

[71] Siehe oben, S. 98

[72] Er redet nur von Judeo-Marxisten, Judeo-Freimaurern usw.

[73] Das ist genau der Wortlaut des Vertrags.

[74] In seiner Reichstagsrede vom 21. Mai 1935 bezeichnete Hitler den Locarno-Vertrag als den einzigen klaren und wertvollen Vertrag in Europa.

[75] Siehe Hitlers Beschuldigungen gegen Frankreich in *Mein Kampf*, Kap. 2. Anmerk. 13.

[76] »Le Chancelier nous dit . . .«, in *Paris-Midi*, 28. Februar 1936. Diesen wenn nicht völlig unbekannten, so doch vollkommen vergessenen Text hatte ich in *Le Véritable Procès Eichmann* ou les Vainqueurs incorrigibles, aaO., angeführt.

[77] In Nürnberg erklärte Keitel, er habe selbst diese Befürchtungen gehabt, und die meisten Generale mit ihm. Das stimmt; das schreibt auch Paul Schmidt: »Wenn Frankreich nur im geringsten um seine Sicherheit besorgt ist, muß es um jeden Preis handeln; das war die Meinung von uns allen in der Wilhelmstraße.« (*Statist auf diplomatischer Bühne*, aaO., S. 93) Er hätte hinzufügen können: und im Generalstab. Auf dieser Ebene ja; aber nicht auf der Hitlers oder Ribbentrops.

[78] Paul Schmidt, *Statist auf diplomatischer Bühne*, aaO., S. 93.

[79] Antwort Englands, Italiens und Belgiens auf die französische Anfrage (siehe oben, S. 106) bezüglich der Rechtsgültigkeit des französisch-sowjetischen Vertrags.

[80] Zeitschrift des Völkerbunds vom 27. März 1936.

[81] Siehe *Les transferts internationaux de populations*, (Hrsg. vom Institut national de la statistique et des études économiques; *Etudes et documents*, Serie 32, Paris 1946). Die Untersuchung nennt allein für den europäischen Raum 27 Fälle von Bevölkerungstransfers zwischen 1817 und 1944 (davon 14 vor und 13 nach 1939, die sämtlich völkerrechtswidrig waren und durch bilaterale Abkommen zustande kamen.

[82] In *Le mouvement sioniste* (Paris 1946, S. 212) erzählt Israël Cohen, wie diese 1000 Pfund Sterling durch die Londoner britisch-palästinensische Bank sowie die deutsch-jüdischen Banken Wassermann und Warburg nach Palästina überwiesen wurden und wie der Betroffene bei seiner Ankunft den Gegenwert erhielt. Im Besitz seines Geldes konnte er dann in ein anderes Land, zumeist in die USA, auswandern.

[83] Laut einer Statistik, die der Lehrstuhlinhaber für Soziologie an der jüdischen Universität Jerusalem veröffentlicht hatte, verteilte sich das Weltjudentum wie folgt auf die einzelnen Berufsbranchen: Handel: 38,6%, Industrieunternehmer und Handwerker: 36,4%, Rentiers: 12,7%, Freiberufe: 6,3%, Landwirte: 4%, Arbeiter: 2% (Arthur Ruppin, *Les Juifs dans le monde moderne*, aaO.).

[84] Der Begriff »Volksgenosse« schließt den Boden und die Rasse ein. Für einen Ausländer bezeichnet er den »Landsmann«; der Deutsche gibt ihm dagegen die Bedeutung »von deutscher Rasse«.

[85] Siehe oben, S. 119.

[86] Als Reaktion auf die jüdische Kriegserklärung vom 24. März 1933 im *Daily Express*. In der Anordnung wurde die Maßnahme als reiner »Abwehrkampf« gegen die »jüdischen Gewalttaten« bezeichnet und befohlen: »Krümmt auch weiterhin keinem Juden auch nur ein Haar.« (d. Ü.)

[87] Erst nach der jüdischen Kriegserklärung, siehe oben. (d. Ü.)

[88] Jüdische Auswanderung Zentralstelle.

[89] Die Statistik stammt von der Internationalen Stelle für jüdische Dokumentation (siehe Léon Poliakov, *Das Dritte Reich und die Juden*. Dokumente und Aufsätze, Berlin 1955).

[90] Siehe oben, S. 122.

[91] Reichsgesetzblatt 1935, I, S. 1146, Reichsbürgergesetz, 15. November 1935.

[92] Ebenda.

[93] Hans Habe, ein deutscher Jude, der die amerikanische Staatsangehörigkeit annahm, behauptet, daß auf der Evian-Konferenz Deutschland den Austausch deutscher Juden gegen 250 Dollars pro Kopf vorgeschlagen habe. Die meisten jüdischen Zeitungen der Welt und einige andere brachten diese These in letzter Zeit unter das Volk, indem sie sie als historische Wahrheit hinstellten: niemals wurde eine derart unverschämte Lüge so dreist in Umlauf gesetzt. Deutschland *forderte* kein Geld; es *bot* vielmehr welches. Und wenn man »pro Kopf« rechnen will, wie Hans Habe es tut, entfallen von insgesamt 3 Milliarden Reichsmark 5600 auf jeden Juden, das waren etwa 1000 bis 1200 Dollars.

[94] Léon Poliakov, *Le Procès de Jérusalem*, Paris 1963.

[95] Der Entzug wurde am 5. Oktober 1938 als Gesetz in Warschau veröffentlicht. (d. Ü.)

[96] Sie wurde »Reichskristallnacht« genannt, weil die jüdischen Geschäfte die erste Zielscheibe der Demonstranten gewesen und Schaufenster in 815 Fällen zertrümmert worden waren.

[97] Heydrichs Bericht an Göring vom 11. November 1938 (Internationaler Militärgerichtshof, Nürnberg, Dok. 3058-PS, Bd. 32, S. 1f.). Von Göring und allen Angeklagten in Nürnberg bestätigt.

[98] Siehe Ingrid Weckert, *Feuerzeichen*, »Die Reichskristallnacht«, Tübingen [3]1989.

[99] Internationaler Militärgerichtshof, Nürnberg, Bd. 31, Dok. 3051-PS, S. 515—519.

[100] Internationaler Militärgerichtshof, Bd. 32, Dok. 3063-PS, S. 20—29, Dok. vom 13. Februar 1939.

[101] Internationaler Militärgerichtshof, Bd. 28, Dok. 1816-PS, S. 499—540 und Bd. IX, S. 561.

[102] Internationaler Militärgerichtshof, Bd. 2, S. 130.

[103] Internationaler Militärgerichtshof, Dok. 1412-PS; ferner Reichsgesetzblatt 1938, I, S. 1579.

[104] Internationaler Militärgerichtshof, Dok. 1875-PS; ferner Reichsgesetzblatt 1938, I, S. 1580.

[105] Internationaler Militärgerichtshof, Dok. 2694-PS; ferner Reichsgesetzblatt 1938, I, S. 1581.

[106] *Documents of Foreign German Policy.*

[107] Auch wenn Roosevelt Chamberlains Verständigungspolitik unterstützte, befürwortete er in seiner Pressekonferenz vom 9. September 1938 den Churchill-Plan eines Großbündnisses: auf diese Zeit gehen die ersten Meinungsaustausche zwischen Churchill und Roosevelt zurück, die die Entwicklung des Krieges so sehr beeinflussen sollten. Gleich nach seinem Eintritt ins Weiße Haus hatte Präsident Roosevelt, der von Stalin zunehmend fasziniert war, die sowjetrussische Regierung anerkannt und in seiner Quarantäne-Rede vom 5. Oktober 1937 die UdSSR zu den »90 Prozent der Weltbevölkerung« gezählt, »die mit dem Frieden, der Sicherheit und der Freiheit verbunden sind«.

[108] *Peace and War:* United States Foreign Policy, 1931—41, S. 204—307.

[109] Siehe oben, Anmerkung 107.

[110] Von Bertrand de Jouvenel erst am 13. März 1938 in *La Liberté* bekannt gegeben. Zitiert nach J. Benoist-Méchin, *Geschichte der deutschen Militärmacht 1918—1946,* Bd. 4 *Wetterleuchten in der Weltpolitik*, Oldenburg—Hamburg 1966, S. 191ff.

[111] Diplomatische Aktenstücke des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äußeren, Wien—Leipzig 1930. Siehe auch: Internationaler Militärgerichtshof, Nürnberg, Bd. 15, S. 633ff.

[112] Ebenda.

[113] Internationaler Militärgerichtshof, Bd. 15, S. 666.

[114] Im Vertrag von St. Germain wurde auch verboten, daß sich »Deutsch-Österreich« weiterhin so nenne, nur »Republik Österreich« wurde zugelassen. (d. Ü.)

[115] Er war außerdem Anhänger des Rassisten Karl Lueger, der vor dem Ersten Weltkrieg Bürgermeister von Wien war.

[116] Auf Initiative der österreichischen Regierung.

[117] Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis

zur Gegenwart, hrsg. von Klaus Hohlfeld, Bd. 4 und 5: *Die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur 1933—45*, o. J., S. 296f.

[118] Franz von Papen, *Der Wahrheit eine Gasse*, München 1952, S. 449.

[119] Ebenda.

[120] Kurzbericht, herausgegeben im Auftrage des akademischen Austauschdienstes, 28. März 1938, S. 66.

[121] Siehe oben, S. 152.

[122] DNB vom 28. März 1938

[123] DNB vom 14. März 1938. (Die Erklärung der katholischen Bischöfe wurde am 18. März 1938 verfaßt, aber erst am 27. März verkündet.)

[124] Internationaler Militärgerichtshof, Bd. 40, Dok. Neurath-130, S. 523

[125] Die 1936 gewählte Volksfrontmehrheit war völlig verwirrt: ihr rechter Flügel — erschrocken über die kommunistischen Forderungen, angesichts deren Léon Blum Standhaftigkeit hatte vermissen lassen — hatte sich letztlich ebenso aus innen- wie außenpolitischen Gründen vom Sozialismus distanziert. Im Parlament hatte Léon Blum die Regierung, die das Kabinett Chautemps ablöste, nur gegen das Versprechen und gegen seinen Willen bilden können, weder in Österreich noch in Spanien einzugreifen.

[126] Am 21. Mai 1918 hatte er angesichts schlimmer Vorkommnisse zwischen den Tschechen und deutschen Böhmens bereits eine Verordnung erlassen, der zufolge die deutschen und tschechischen Gebiete voneinander getrennt werden und eine gewisse innere Autonomie erhalten sollten.

[127] Beim Internationalen Kongreß der Freimaurerei, der vom 19. bis 22. Juni 1917 in Zürich stattfand, stand die Friedensfrage im Mittelpunkt der Tagesordnung. Der von Masaryk und Benesch vertretene Standpunkt wurde angenommen. Außerdem war Philippe Berthelot, Generalsekretär im Quai d'Orsay und Großmeister der französischen Außenpolitik, ebenfalls Freimaurer. Er hatte Masaryk und Benesch Außenminister Pichon vorgestellt und diesen zum berühmten Brief vom 29. Juni 1918 an Benesch bewogen. So wurde Frankreich auf der St.-Ger-

main-Konferenz zum Wortführer einer der größten Ungerechtigkeiten in der Geschichte.

[128] In einer am 7. Oktober 1928 in der Guild Hall gehaltenen Rede erklärte Lloyd George, wie er dazu gebracht wurde, nachzugeben: »Die ganze Dokumentation, die manche unserer Alliierten uns im Verlauf der Versailler Verhandlungen beisteuerten, war verlogen und gefälscht. Wir haben auf Grund von Fälschungen entschieden.« (Zitiert bei G. Champeaux, *La croisade des démocraties*, 1941, Bd. 2, S. 9.)

[129] In der Nationalversammlung hatte sich die Lage seit 1935 geändert: Von den 71 Sitzen, die auf deutsche Abgeordnete entfielen, besaß die Sudetendeutsche Partei 55 im März 1938 gegenüber 44; die Zahl ihrer Senatssitze erhöhte sich von 26 auf 37; die zweitstärkste Partei, die M. Hodschas, verfügte über 43 und 33 im Senat; die Sozialdemokraten über 11 und 6 im Senat; die Kommunisten über 5 in beiden Kammern.

[130] Paul Stehlin, *Témoignages pour l'histoire*, S. 79.

[131] Internationaler Militärgerichtshof, Bd. 25, Dok. 386-PS, S. 402—413.

[132] Internationaler Militärgerichtshof, Bd. 28, Dok. 1780-PS, S. 345—390.

[133] Internationaler Militärgerichtshof, Bd. 42, S. 229, Affidavit Generalstab.

[134] Äußerung des belgischen Historikers Jacques de Launey in *Les Grandes Controverses de l'histoire contemporaine*, Lausanne 1964, S. 269—275.

[135] Ebenda, S. 274.

[136] Sein Zeugnis (Hans Bernd Gisevius, *Bis zum bitteren Ende.* Bd. 1: *Vom Reichstagsbrand zur Fritsch-Krise.* Bd. 2: *Vom Münchner Abkommen zum 20. Juli 1944*, Zürich 1946) entpuppten die deutschen Gerichte als Betrug.

[137] Schellenberg, Walter, *Memoiren*, Köln 1959

[138] Paul Schmidt, *Statist auf diplomatischer Bühne*, aaO.

[139] Hjalmar Schacht, *Abrechnung mit Hitler*, Berlin 1949

[140] General Halder, *Hitler als Feldherr*, München 1949

[141] Über die Besprechung besitzen wir lediglich das Zeugnis von General Adam, das er sieben Jahre später für den Nürnberger Prozeß verfaßte (Internationaler Militärgerichtshof, Bd. 21, S 407). Er bemerkte, daß alle Generale »betroffen« waren, daß er aber allein zu General Beck stand.

[142] In seinem Brief hatte sich der amerikanische Präsident zu Japan, China, dem Pazifik, dem Faschismus und dem Nationalsozialismus geäußert.

[143] Brief Premierminister Chamberlains an Präsident Roosevelt vom 14. Januar 1938. Vertrauliche Akte M.S., State Department, 74000/264A.

[144] Ebenda, 17. Januar 1938, 74000/264B.

[145] Fritz Wiedemann, *Der Mann der Feldherr werden wollte*, Velbert 1964. Im Ersten Weltkrieg war Wiedemann Vorgesetzter des Gefreiten Hitlers; er wurde danach zu einem seiner Vertrauensleute.

[146] In einem Bericht, den er am 19. November 1938 an Hitler richtete, erklärte Konrad Henlein, daß die sudetendeutsche Partei bis 1938 lediglich die interne Autonomie gefordert hatte, und nicht den erst danach angestrebten Anschluß an das Deutsche Reich. In diesem Bericht heißt es unter anderem: »Die Sudetendeutsche Partei muß ihr Bekenntnis zum Nationalsozialismus als Weltanschauung und als politisches Prinzip tarnen. Als Partei im demokratisch-parlamentarischen System der Tschechoslowakei muß sie sich nach außen, in mündlichen und schriftlichen Äußerungen, in Kundgebungen und in der Presse, im Parlament, in ihrem eigenen Aufbau und bei der Organisation des Sudetendeutschtums der demokratischen Terminologie und demokratisch-parlamentarischer Methoden bedienen. Sie kann deshalb nicht-eingeweihten reichsdeutschen Kreisen als zwiespältig und unverläßlich erscheinen. Diese Zwiespältigkeit ist aber solange nicht zu vermeiden, als die Notwendigkeit einer legalen Partei besteht und der Bestand einer solchen in der Tschechoslowakei das Bekenntnis zur Demokratie voraussetzt. Die Zwiespältigkeit im äußeren Bild der SdP wird vertieft durch den Umstand, daß sie innerlich nichts mehr ersehnt als die Einverleibung des sudetendeutschen Gebietes, ja des ganzen böhmisch-mährisch-schlesischen Raumes in das Reich . . .« (*Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik*, Baden-Baden 1951, Serie D, Band 2, Nr. 23).

[147] Auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei, der 1938 zu Pfingsten in Royan abgehalten wurde, hatte Léon Blum gegen Generalsekretär Paul Faure, wenn auch mit knapper Mehrheit, durchgesetzt, daß folgender Satz in die außenpolitische Resolution aufgenommen werde: »Der französische Sozialismus will den Frieden, sogar mit den totalitären Imperialismen; er ist aber nicht gewillt, sich ihren Übergriffen zu beugen. In diesem äußersten Fall, dem er mit allen Mitteln vorbeugen würde, würde er schon die *nationale Unabhängigkeit sowie die Unabhängigkeit aller Nationen verteidigen, die durch die Unterschrift Frankreichs geschützt sind.«* (Hervorhebung durch den Verfasser. Dieser war damals Mitglied der Sozialistischen Partei Frankreichs: als Verbandssekretär im Departement Territoire-de-Belfort gehörte er der Strömung um Paul Faure an.) Mit der Unterschrift Frankreichs war der Versailler Vertrag gemeint, den Blum seinerzeit heftig bekämpft hatte aus den Gründen, die der sozialdemokratische Staatskanzler Österreichs, Karl Renner, geltend machte (siehe oben, S. 165 und 172; siehe auch die Rede des Sozialisten Jean Longuet am 18. September 1919 im Abgeordnetenhaus, Staatsanzeiger vom 19. September 1919, Parlamentarische Debatten). Und zu den Staaten, die Frankreich mit seiner Unterschrift beschützte, gehörte die Tschechoslowakei. Diese kriegshetzerische Politik, die sich an der kommunistisch geprägten Volksfront ausrichtete, betrieb L. Blum eigentlich schon lange als Regierungschef, bevor die Sozialistische Partei diese Resolution faßte (Spanischer Krieg) und sie dadurch bestätigte.

[148] Als wenn Hitler sie nur deshalb zurückgefordert hätte, weil sie von Juden, und nur von Juden besiedelt waren.

[149] Die deutschen Rassengesetze wurde im Saarland und in Österreich erst am 3. Dezember 1938, durch eine Verfügung von Himmler, eingeführt.

[150] *New Chronicle*, 15. Januar 1952.

[151] Georges Bonnet, *Le Quai d'Orsay sous trois républiques,* Paris 1964.

[152] P. Rassinier kannte noch nicht die Necas-Dokumente, wonach Benesch seinen Minister Necas am 17. September 1938 nach Paris und London gesandt hatte, damit England und Frankreich ihn zur Abtretung des Sudetenlandes öffentlich zwingen sollten, wobei seine Urheberschaft geheim bleiben sollte (d. Ü.)

[153] Von diesem Gespräch berichtete Robert Bollack, ein Freund und Mitarbeiter Mandels, in *L'lntransigeant* vom 10. Mai 1948. Er sei zugegen gewesen, wußte aber keinen genauen Zeitpunkt anzugeben. Als G. Bonnet von Mandels Einmischung in die auswärtigen Angelegenheiten, die nicht zu seinem Ressort gehörten, erfuhr, protestierte er bei Daladier am 22. September. Henri Noguères (*Munich ou la drôle de paix*, Paris, S. 154) folgert daraus, daß das Gespräch vorher, also am 21. September, stattfand. Benoist-Méchin versichert ferner, daß in München Hitler zu Daladier gesagt haben soll, er habe das Gespräch auf Platten, aufgenommen vom Deutschen Abhördienst, da das Telefonkabel Paris—Prag durch das Reichsgebiet lief (*Geschichte der deutschen Militärmacht 1918—1946*, Bd. 6 *Am Rande des Krieges,* Oldenburg—Hamburg 1967, S. 276).

[154] Henri Noguères, *Munich ou la drôle de paix*, aaO., S. 153.

[155] Der einzige Augenzeugenbericht, den wir besitzen, ist *Statist auf diplomatischer Bühne* von Hitlers Dolmetscher Paul Schmidt. Allerdings verschweigt Schmidt diesen Aspekt, um Hitlers Unnachgiebigkeit und Kriegslust herauszustellen.

[156] Paul Schmidt, *Statist auf diplomatischer Bühne*, aaO.; und Benoist-Méchin, *Geschichte der deutschen Militärmacht 1918—1946*, Bd. 6 *Am Rande des Krieges*, aaO., S. 303.

[157] Ebenda, S. 303

[158] *Documents on British Foreign Policy*, Bd. 2, Dok. 1092.

[159] Anatole de Monzie, *Ci-devant*, S. 37, und Jean Zay, *Carnets*, S. 11ff.

[160] Siehe oben, S. 188.

[161] Lord Halifax' Antwort vom 12. September auf die Frage, die Georges Bonnet ihm diesbezüglich gestellt hatte. Georges Bonnet, *Vor der Katastrophe*, Köln 1951, S. 298.

[162] Georges Bonnet, *Vor der Katastrophe,* aaO., S. 104.

[163] General Gamelin, *Servir*, Bd. 2, S. 351f.

[164] Georges Bonnet, *Vor der Katastrophe,* aaO., S. 105.

[165] *Paris-Soir*, 26. September 1938.

[166] Fritz Berber, *Europäische Politik 1933—1945 im Spiegel der Prager Akten*, S. 172.

[167] Oberst Beck, *Dernier Rapport*, Lausanne 1951, S. 342ff.

[168] Bei Paul Schmidt, *Statist auf diplomatischer Bühne*, aaO., S. 408ff .

[169] Jean Montigny, *Complot contre la Paix*, Paris.

[170] *Foreign Relations of the United States*, 1938, Bd. 1, S. 675.

[171] Ebenda.

[172] Georges Bonnet, *Vor der Katastrophe,* aaO., S. 116.

[173] Ernest Renan, *Qu'est-ce qu'une nation?*, Paris 1867; Staatsanzeiger, Parlamentarische Debatten, 19. Juli 1919.

[174] Der 5. Weltkongreß der Kommunistischen Internationalen, in *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* in acht Bänden, hg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 4: *Von 1924 bis Januar 1933*, Berlin 1966.

[175] Staatsanzeiger, Parlamentarische Debatten, 15. November 1933.

[176] *Documents on British Foreign Policy*, Bd. 1, S. 90. — Am selben Tag erklärte Ministerpräsident Léon Blum vor der Abgeordnetenkammer: »Im Falle eines europäischen Konfliktes wird die UdSSR bestimmt an der Seite Frankreichs sein.« (Staatsanzeiger, Parlamentarische Debatten, 18. März 1938) Diese Äußerung stellt unter Beweis, daß er ebenso ein scharfsinniger Politiker wie ein aufrichtiger Sozialist war!

[177] Winston S. Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bern—Stuttgart 1954, S. 10.

[178] Winston S. Churchill, *Der Zweite Weltkrieg,* aaO., S. 15.

[179] Winston S. Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, aaO., S. 14.

[180] Der deutsch-französische Nichtangriffspakt wurde in Paris am 6. November 1938 unterzeichnet. Die KPF und die ihr nahe stehende Gewerkschaft CGT beschlossen einen Allgemeinstreik für den 30. November, für den Tag, an dem der Vertrag ursprünglich unterzeichnet werden sollte. Der Unterzeichnungstermin wurde daher auf den 6. November vorverlegt; und am 6. November versuchte die KPF, allerdings ohne Erfolg, die französische Öffentlichkeit gegen den Besuch Ribbentrops in Paris zu mobilisieren. Der Streik vom 30. November erwies sich übrigens als Mißerfolg.

[181] Als die deutschen Truppen am 15. März 1939 in die Tschechoslowakei einmarschierten, fanden sie Dokumente vor, die auf eine Truppenstärke von 150 000 Mann hinwiesen. Nach diesen Dokumenten verfügte das tschechoslowakische Heer über 1582 Flugzeuge, 501 Flakgeschütze, 2175 Geschütze, 785 Minenwerfer, 469 Panzerkampfwagen, 43 876 Maschinengewehre, 114 000 Pistolen, 1 090 000 Gewehre; Infanteriemunition über 1 Milliarde Schuß, Artillerie- und Gasmunition über 3 Millionen Schuß, ferner ein riesiges Kriegsgerät aller Art (siehe Hitlers Reichstagsrede vom 28. April 1939).

[182] Wortlaut des Münchener Abkommens, Anhang II.

[183] Siehe oben, S. 130.

[184] *Deutsches Weißbuch*, Nr. 3, hg. vom Auswärtigen Amt nach dem Polenfeldzug, Berlin 1940, Dok. Nr. 9, S. 23—24.

[185] Ebenda. Siehe oben, S. 134 den Brief, den von Dieckhoff, deutscher Botschafter in Washington, am 13. November 1938 an Staatssekretär von Weizsäcker richtete.

[186] Fehler von A. François-Poncet; gemeint ist der 10. März.

[187] André François-Poncet, *Von Versailles bis Potsdam*, Mainz—Berlin 1949, S. 211. — François-Poncet läßt den Fall der Ruthenen außer acht und legt lediglich den Streit zwischen Tschechen und Slowaken dar.

[188] Auszug aus dem *Blaubuch der Britischen Regierung* über die deutsch-polnischen Beziehungen und den Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Großbritannien und Deutschland am 3. September 1939; von der britischen Regierung autorisierte, ungekürzte und unveränderte Übersetzung, Basel 1939, Dok. Nr. 9, S. 5ff. — Beide Erklärungen werden von Benoist-Méchin, aaO., Bd. 7, *Wollte Adolf Hitler den Krieg*, S. 82 bzw. 84, ausführlicher zitiert.

[189] Amtliche Übersetzung, abgedruckt in *Dokumente der deutschen Politik und Geschichte*, Bd. 5, hg. von Johannes Hohlfeld, Berlin — München, o. J.

[190] *Französisches Gelbbuch*, 17. März 1938, Dok. Nr. 76, S. 99.

[191] Georges Bonnet, *Vor der Katastrophe*, aaO., S. 187.

[192] United States Foreign Policy *(Peace and War)*, 1943, Dok. Nr. 126, S. 454ff.

[193] Ebenda, Dok. Nr. 127.

[194] Siehe oben, S. 128.

[195] *Deutsches Weißbuch*, 1940, III, Dok. Nr. 20. — Dieses Buch gibt die im Brüsseler Innenministerium vorgefundenen Dokumente wieder.

[196] André François-Poncet, *Von Versailles bis Potsdam*, aaO., S. 213.

[197] Carl Burckhardt, *Meine Danziger Mission 1937—1939*, München 1960.

[198] Documents on British Foreign Policy, Bd. 4, Dok. Nr. 399.

[199] Ebenda, Dok. Nr. 397.

[200] *Foreign Relations of the United States*, 1939, Bd. 1, S. 7409.

[201] Georges Bonnet, *Vor der Katastrophe*, aaO., S. 186.

[202] Georges Bonnet, *Vor der Katastrophe*, aaO., S. 187f.

[203] Siehe dieses Telegramm, S. 233

[204] Georges Bonnet, *Vor der Katastrophe*, aaO., S. 187.

[205] *Documents on British Foreign Policy*, Bd. 14.

[206] W. L. Shirer, *Aufstieg und Fall des Dritten Reichs*, aaO., S. 428.

[207] *Britisches Blaubuch*.

[208] Grigore Gafencu, *Europas letzte Tage*, S. 57f.

[209] *Documents on British Foreign Policy*, Bd. 4. Dok. Nr. 417.

[210] *Acta Apostolicae Sedis*, XXXI, S. 145.

[211] Msgr. Giovanetti, *Der Vatikan und der Krieg*, Köln 1961.

[212] *Foreign Relations of the United States*, 1932, Bd. 1, S. 129.

[213] Robert E. Sherwood, *Roosevelt und Hopkins*, Hamburg 1950

[214] Ebenda.

[215] Tagebuch von Graf Ciano, Eintragung vom 14. April 1939.

[216] W. L. Shirer (*Aufstieg und Fall des Dritten Reichs*, aaO., S. 438): ». . . die brillanteste, die er gehalten hat . . .«

[217] Adolf Hitler, Reichstagsrede vom 28. April 1939.

[218] Max Gallo, *L'Italie de Mussolini*, Paris 1964, S. 375.

[219] »Freundschafts- und Bündnispakt zwischen Deutschland und Italien«, in *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik*, Serie D, Bd. 6, Dok Nr. 426, S. 466ff.

[220] Ebenda, Dok. Nr. 459, S. 514—516.

[221] Von Pierre Laval unterzeichnet. Der Bruch erfolgte bei einem Zwischenfall in der italienischen Abgeordnetenkammer am 30. November 1938, in Anwesenheit des neuen französischen Gesandten in Italien, A. François-Poncet. Während einer Rede Cianos waren die Abgeordneten aufgestanden und hatten gerufen: »Wir wollen Nizza, Korsika, Tunis, Dschibuti!« Nach den Vorhaltungen Frankreichs hatten sich die französisch-italienischen Beziehungen verschlechtert, und schließlich hatte der Duce, und nicht Frankreich, diesen Vertrag aufgekündigt, der einen Sonderstatus für die Italiener in Tunis, Dschibuti und Nordafrika vorsah; ferner legte er den endgültigen Verzicht Italiens auf Korsika und Nizza fest. Mit der Aufkündigung des Vertrags stellte der Duce die Tunis, Dschibuti und Nizza betreffenden Bestimmungen in Frage, erhob er erneut Italiens Ansprüche auf diese Gebiete.

[222] Siehe oben, S. 239.

[223] Saul Friedländer, *Pius XII. und das Dritte Reich*. Eine Dokumentation, Hamburg 1965, S. 28.

[224] Msgr. Giovanetti, *Der Vatikan und der Krieg*, aaO. — Die Chronologie von Papst Pius' XII. Mißerfolg wird nach Alberto Giovanetti, der beteiligt war, wiedergegeben.

[225] *Documents on German Foreign Policy*, Bd. 1, 1939, S. 435.

[226] Alexis Léger war bestimmt nicht sehr stolz über die Rolle, die er in dieser Affäre spielte: Er riet nämlich Daladier und Bonnet davon ab, auf das Angebot des Papstes einzugehen, und verhärtete später stets ihren Standpunkt bei internationalen Gesprächen. Nach dem Zweiten Weltkrieg veröffentlichte er unter dem Pseudonym Saint John Perse Gedichte, die alle Kriegshetzer der Welt aus Dankbarkeit lobhudel(te)n. Dafür erhielt er 1960 den Nobelpreis für Literatur!

[227] Siehe oben, S. 239

[228] Telegramm von Halifax an Osborne, den britischen Botschaf-

ter im Vatikan, vom 5. Mai 1939, in *Documents on British Foreign Policy*, 3. Serie, Bd. 5, S. 435.

229 Msgr. Giovanetti, *Der Vatikan und der Krieg*, aaO. Ferner: *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik*, aaO., Bd. 8, von Weizsäckers Telegramm vom 9. Mai 1939 an Bergen.

230 *Dokumente des Heiligen Stuhles bezüglich des Zweiten Weltkriegs*, Libreria Vaticana, Bd. 1, S. 270ff.

231 *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik*, aaO., Bd. 7, S. 384, Dok. Nr. 474.

232 Ein Beweis, daß entgegen Saul Friedländers Behauptung (siehe oben, S. 245) Papst Pius XII. Rußland nicht wegen seiner feindlichen Einstellung zum Bolschewismus ausschloß.

233 Mussolini, der am selben Tage eine Vier-Mächte-Konferenz (England, Italien, Frankreich und Deutschland) für den 5. September angeregt hatte, begrüßte die päpstliche Initiative von ganzem Herzen.

234 Paul Rassinier, *Die Operation »Stellvertreter«*, München 1966

235 Boris Souvarine, *Stalin*. Anmerkungen zur Geschichte des Bolschewismus, München 1980.

236 Brief vom 13. Mai 1889 an Kugelmann.

237 Siehe oben, S. 93

238 Hitler hatte folgenden Vorschlag unterbreitet:

»1. Danzig kehrt als Freistaat in den Rahmen des Deutschen Reiches zurück.
2. Deutschland erhält durch den Korridor eine Straße und eine Eisenbahnlinie zur eigenen Verfügung mit dem gleichen exterritorialen Charakter für Deutschland, wie der Korridor ihn für Polen besitzt.
Dafür ist Deutschland bereit:
1. sämtliche wirtschaftlichen Rechte Polens in Danzig anzuerkennen;
2. Polen in Danzig einen Freihafen beliebiger Größe und bei vollständig freiem Zugang sicherzustellen;
3. damit die Grenzen zwischen Deutschland und Polen endgültig als gegeben hinzunehmen und zu akzeptieren;
4. einen fünfundzwanzigjährigen Nichtangriffspakt mit Polen abzuschließen, also einen Pakt, der weit über mein eigenes Le-

ben hinausreichen würde . . .« (Auszug aus der Rede Hitlers vor dem Reichstag am 28. April 1939). Nach Oberst Becks Ablehnung war Hitlers Angebot ein einziges Mal, am 30. August, abgeändert worden. Im Korridor würde eine Volksabstimmung durchgeführt; spricht sich der Korridor für Deutschland aus, so erhält Polen eine exterritoriale Straße und Eisenbahn zwischen Bromberg und Gdingen; fällt die Abstimmung zugunsten Polens aus, erhält Deutschland seinerseits eine Straße und eine Eisenbahnlinie mit gleichem exterritorialen Charakter, die Bütow und Dirschau, das heißt Ostpreußen und Pommern, miteinander verbinden.

Und weil Oberst Beck erneut ablehnte, kam es zum Kampf. Während, zugegeben, Hitlers zweiter Vorschlag strittig war (die Volksabstimmung konnte nämlich die anderen polnischen Minderheiten dazu bewegen, das gleiche Privilegium zu beanspruchen, und zur Teilung des polnischen Staats führen), war der erste durchaus vernünftig. Es sei trotzdem bemerkt, daß dieser mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker zusammenhängende zweite Vorschlag zwar schädlich für jene fiktive polnische Nation aus Deutschen, Slawen, Ukrainern und Kaschuben sein konnte, dennoch keineswegs antidemokratisch und unmoralisch war.

239 Äußerung gegenüber Dahlerus. Dahlerus' Aussage unter Eid am 19. März 1946 in Nürnberg, Internationaler Militärgerichtshof, Bd. 9, S. 521.

240 Robert Coulondre, *Von Moskau nach Berlin*, Bonn 1950, S. 440.

241 *L'Œuvre*, 27. August 1939; fünfspaltige Überschrift.

242 Benoist-Méchin, *Geschichte der deutschen Militärmacht 1918—1946*, Bd. 7, *Wollte Hitler den Krieg*, aaO., S. 347.

243 *Documents on German Foreign Policy*, Bd. 4, S. 602ff.

244 Ebenda, S. 608 ff.

245 Der 18. Kongreß der KPdSU, in *Geschichte der KPdSU in 6 Bänden*, Hrsg. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Moskau 1969.

246 Georges Bonnet, *Vor der Katastrophe*, aaO., S. 203.

247 Unter »mittelbarer Aggression« verstanden die Russen einen von einer antikommunistischen Fraktion verübten Staats-

streich. Und sie dehnten die Definition auf eine Regierungskrise aus, die einen Regierungswechsel im selben Sinne hervorgerufen hätte. Eine einfache Regierungskrise in den baltischen Ländern berechtigte sie also zu der Annahme, daß es sich um »eine mittelbare Aggression« handelte, und daher zu einer Intervention mit der Zustimmung Englands und Frankreichs. Mit anderen Worten: In Osteuropa mußte man Kommunist sein.

[248] Vertrauliche Mitteilung Joseph Kennedys an James Forrestal, den früheren amerikanischen Verteidigungsminister, in *The Forrestal Diaries*, New York 1951, S. 121.

[249] *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik*, Bd. 6, Dok. Nr. 766, S. 892ff., sowie Bd. 7, Dok. Nr. 70, S. 63f.

[250] Siehe Karl Höffkes, *Deutsch-sowjetische Geheimverbindungen*, Tübingen 1988.

[251] Oberst Beck, *Dernier Rapport*, aaO., S. 322.

[252] Verrat des Geheimabkommens noch am 23. August 1939, und zwar aus der deutschen Botschaft in Moskau, an Roosevelt, der es wohl an England weitergab. (d. Ü.)

[253] Oberst Beck, *Dernier Rapport*, aaO., S. 345.

[254] Georges Bonnet, *Vor der Katastrophe*, aaO., S. 264ff.

[255] Ebenda; siehe auch Jean Montigny, *Complot contre la paix*, aaO.

[256] Es soll ein Bild existieren, das Beck als Sieger vor dem Brandenburger Tor in Berlin darstellt. (d. Ü.)

[257] Siehe oben, S. 258.

[258] Warum unterrichtete Roosevelt, der schon am 23. August 1939 über den deutsch-sowjetischen Geheimvertrag durch Verrat aus der deutschen Botschaft Bescheid wußte, nicht Beck? Ein Hinweis hätte Beck wohl aus seinen Illusionen gerissen, ihn verhandlungsbereit gemacht und die Ursache für den Kriegsbeginn am 1. September aus der Welt geschafft. (d. Ü.)

[259] »Die Kraftprobe schlägt zu unseren Gunsten aus. Aus sicherer Quelle erfahre ich, daß . . . die Parteigrößen schwankend geworden sind und die Berichte von einer wachsenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung sprechen . . . Der Fisch hängt am Haken . . . Wir müssen fest bleiben . . .«

[260] *Britisches Blaubuch.*

[261] *Französischer Staatsanzeiger*, parlamentarische Debatten, 3. September 1939.

[262] *Britisches Blaubuch*, S. 169.

[263] R. E. Sherwood, *Roosevelt und Hopkins*, aaO.

[264] Siehe oben, S. 262.

[265] *The Forrestal Diaries*, aaO., S. 122.

[266] Siehe oben, Anmerkung 238.

[267] Sir Nevile Henderson, *Fehlschlag einer Mission*, Berlin 1937 bis 1939, Zürich 1953, S. 295ff, sowie Anhang II, S. 347ff.

[268] Antwortschreiben des Reichskanzlers an den britischen Premierminister, dem Botschafter Seiner Majestät am 23. August 1939 eigenhändig überreicht, *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik*, Serie D, Bd. 7, Dok. Nr. 201, S. 181ff.

[269] *Britisches Blaubuch*, Dok. Nr. 122.

[270] *Akten zur deutschen Auswärtigen Politik*, Bd. 7, Dok. Nr. 179.

[271] *Britisches Blaubuch*, Dok. Nr. 124 und 125, S. 226ff.

[272] Antwort des Präsidenten Moscicki an Roosevelt vom 25. August 1939, *Polnisches Weißbuch*, Dok. Nr. 90, S. 133f.

[273] Siehe oben, S. 248.

[274] Brief Hitlers an Mussolini vom 25. August 1939, *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik*, Serie D, Band 7, Dok. Nr. 226, S. 239.

[275] Siehe die Antwort des polnischen Staatspräsidenten, S. 276.

[276] *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik*, Bd. 7, Dok. Nr. 287, S. 248.

[277] Internationaler Militärgerichtshof, Bd. 9, Sitzungsbericht vom 19. März 1946: Aussage von Birger Dahlerus, S. 515 f.

[278] Oberst Beck, *Dernier Rapport*, aaO., S. 349, sowie *Britisches Blaubuch*, Dok. Nr. 19, S. 46ff.

[279] Schreiben Mussolinis an Hitler vom 25. August 1939, um 18 Uhr von Attolico übergeben, *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik*, Serie D., Bd. 7, Dok. Nr. 271, S. 238f.

[280] Graf Galeazzo Ciano, *Tagebuch* aaO., S. 131f., Eintragung vom 26. August 1939.

[281] *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik*, Serie D, Bd. 7

[282] Der britische Botschafter hält sich zu diesem Zeitpunkt in London auf.

[283] *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik*, Serie D, Bd. 7. Dok. Nr. 326, S. 277.

[284] Dahlerus' Erklärung unter Eid in Nürnberg, Internationaler Militärgerichtshof, Bd. 9.

[285] *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik*, Serie D., Bd. 7. Dok. Nr. 307, S. 262f.

[286] Ebenda. Siehe auch Walther Hofer, *Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges*, Frankfurt/M.—Hamburg 1960, S. 258f.

[287] *Französisches Gelbbuch*, Dok. Nr. 253, S. 336f.; *Deutsche*s *Weißbuch*, Dok. Nr. 460.

[288] *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik*, Serie D, Bd. 7. Dok. Nr. 267.

[289] Birger Dahlerus, *Der letzte Versuch*, München 1948, S. 61f.

[290] Protokoll der Sitzung im Foreign Office vom 27. August 1939, an der der Premierminister, Lord Halifax und Birger Dahlerus teilnahmen.

[291] *Britisches Blaubuch*. Siehe auch Michael Freund, *Geschichte des 2. Weltkriegs in Dokumenten*, Bd. 3, Dok. Nr. 108, S. 298ff

[292] *Deutsches Weißbuch*, Bd. 2, Dok. Nr. 461.

[293] Peter Kleist, *Zwischen Hitler und Stalin*, Bonn 1950.

[294] Drahtbericht des deutschen Geschäftsträgers in Paris, Bräuer vom 27. August 1939, *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik*, Serie D, Bd. 7, Dok. Nr. 351, S. 296.

[295] *Documents on British Foreign Policy*, Bd. 7, Dok. Nr. 430, S. 333.

[296] Ebenda, Dok. Nr. 420, S. 328.

[297] Nevile Henderson, *Fehlschlag einer Mission*, aaO.

[298] Dahlerus' Erklärung unter Eid in Nürnberg, Internationaler Militärgerichtshof, Bd. 9, S. 519.

[299] *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik*, Serie D, Bd. 7, Dok. Nr. 418, S. 343

[300] *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik*, Serie D, Bd. 7, Dok. Nr. 421, S. 345ff; siehe auch *Documents on British Foreign Policy*.

[301] Siehe oben, S. 286.

[302] *Documents on British Foreign Policy*, Bd. 7, Dok. Nr. 565.

[303] Dahlerus' Erklärung unter Eid in Nürnberg, Internationaler Militärgerichtshof, Bd. 9, S. 519, Sitzungsbericht vom 19. März 1946. — An diesem 29. August 1939 empfahl der britische Botschafter in Warschau, Kennard, Beck, Hitlers Verhandlungsangebot nicht anzunehmen. Siehe Hoggan, *Der erzwungene Krieg*, Tübingen [13]1988, S. 716.

[304] *Documents on British Foreign Policy*, Bd. 7, sowie *Britisches Blaubuch*, Dok. Nr. 81, S. 174.

[305] Für diese Bedingungen, siehe oben, Anmerkung 238, S. 338.

[306] Benoist-Méchin, *Geschichte der deutschen Militärmacht 1918—1946*, Bd. 7, *Wollte Hitler den Krieg*, aaO., S. 486, Anmerkung 8.

[307] *Documents on British Foreign Policy*, Bd. 7; sowie *Britisches Blaubuch*, Dok. Nr. 84, S. 175f.

[308] Siehe oben, Anmerkung 240, S. 339.

[309] Das war tatsächlich ein agent provocateur, dessen Name allerdings nicht verraten wurde.

[310] Nevile Henderson, *Fehlschlag einer Mission*, aaO., S. 314.

[311] Ebenda.

[312] *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik*, Serie D, Bd. 7, Dok. Nr. 473, S. 384.

[313] Dahlerus' Erklärung unter Eid in Nürnberg, Internationaler Militärgerichtshof, Bd. 9, S. 521.

[314] Georges Bonnet, *Vor der Katastrophe*, aaO., S. 283.

[315] Siehe oben, S. 249.

[316] Dahlerus' Erklärung unter Eid in Nürnberg, Internationaler Militärgerichtshof, Bd. 9, S. 521.

[317] Georges Bonnet, *Vor der Katastrophe*, S. 287.

[318] Paul Schmidt, *Statist auf diplomatischer Bühne*, aaO., S. 460

[319] *Deutsches Weißbuch*, Bd. 2, Dok. Nr. 469, S. 306f.

[320] *Französisches Gelbbuch*, Dok. Nr. 343, S. 388.

[321] Die englische Note lautet an dieser Stelle: »die britische Regierung«.

[322] *Französisches Gelbbuch*, Dok. Nr. 345, S. 390.

[323] *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik*, Bd. 7, S. 425.

[324] *Documents on British Foreign Policy*, Dok. Nr. 710.

[325] Es sei an jenes Interview erinnert, das Hitler am 21. Februar 1936, anläßlich der Ratifizierung des französisch-sowjetischen Pakts, Bertrand de Jouvenel gab und erst am 28. Februar in *Paris-Midi* zu lesen war, nachdem der Vertrag am Tag zuvor gebilligt worden war. — Ähnlich hier wird die französische Presse vom italienischen Vorschlag erst am 3. September berichten, einen Tag nach der Abstimmung in der Abgeordnetenkammer.

[326] *Staatsanzeiger*, Parlamentarische Debatten, 3. September 1939.

[327] Jean Montigny, *Complot contre la paix*, aaO.

[328] *Documents on British Foreign Policy*, Dok. Nr. 718.

[329] Ebenda, Dok. Nr. 728.

[330] Nevile Henderson, *Fehlschlag einer Mission*, aaO., S. 327.

[331] Robert Coulondre, *Zwischen Stalin und Hitler*, aaO., S. 469.

[332] Dahlerus' Erklärung unter Eid in Nürnberg, Internationaler Militärgerichtshof, Bd. 9, S. 523.

[333] Text in Walther Hubatsch, *Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1936—1945*, Koblenz 1983, S. 22f.

Der Übersetzer dankt Herrn Dr. Rolf Kosiek für seine wertvolle fachliche Unterstützung.

Nachwort

Wie die Weltkriege begannen
von David Irving

In einer Zeit, in der die Geschichtsschreibung gefährlich politisiert worden ist und die marxistisch-leninistische Sichtweise allmählich die traditionelleren Ansichten und Werte ablöst, ist jede andersartige Betrachtung der Ereignisse in Europa aus der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts zu begrüßen. Nicht ein einzelnes Buch kann eine wirklichkeitstreue Darstellung eines geschichtlichen Vorgangs bieten: man braucht zwei oder mehr Bücher, möglichst von sehr verschiedenen Standpunkten, so wie der Seemann weit auseinanderliegende Fixsterne und Planeten zum Navigieren benötigt. Und man braucht auch nicht mit allem übereinzustimmen, was ein Buch aussagt. Nur selten ist ein Navigator wirklich gezwungen, nach *einem* Stern zu steuern, meist muß er alle wichtigen Sternachsen und Fixpunkte im Auge haben.

Ebenso ist es mit der Geschichte. Jeder Mensch, jeder Leser bevorzugt seine eigene Erklärung der Geschehnisse — aber er benötigt sehr verschiedenartige, mit Verantwortung geschriebene Werke, um seine Meinung zu bilden.

Der Verfasser dieses Buches, der verstorbene Paul Rassinier, ist ein solch weitleuchtender Stern. Ein Pazifist, ein Sozialist, ein Angehöriger der Resistance gegen Hitler, ein früherer Insasse eines deutschen Konzentrationslagers. Es gibt Geschichtsbücher von Menschen mit eben diesen bezeichnenden Eigenschaften — und dennoch Rassinier wagte, das Undenkbare zu denken.

Der Zweite Weltkrieg begann auf eine schier unglaubliche Weise: er entstand im wesentlichen aus einer Reihe örtlicher

Streitigkeiten, an denen keiner der späteren Gegner überhaupt ein Interesse hatte. Es gab seit 1933 einen Streit zwischen Nationalsozialisten und Juden sowohl innerhalb wie außerhalb Deutschlands. Jede der beiden Gruppen hatte scharfe Boykotts gegen die andere verhängt. Dieser aufreizende, häßliche, unbedeutende Streit wurde seit Anfang 1939 durch den weit größeren Konflikt aufgesogen, der zwischen Deutschland und Polen entstand. Bei diesem Streit handelte es sich, rückblickend betrachtet, um nichts weiteres als um unbedeutende Grenzspielereien — um frühere deutsche Gebiete, die Hitler im Namen des inzwischen erheblich erstarkten deutschen Volkes zurückforderte. In jedem Fall fanden sich die mächtigen internationalen Zuschauer — Frankreich, Britannien und dann die Sowjetunion sowie die Vereinigten Staaten — irgendwie in diese fernen Streitereien hineingezogen. Befriedigend war das Ergebnis von 1945 nur für die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion auf der einen Seite und für das, was später der Staat Israel wurde, auf der anderen. Das unglückliche Polen wurde zweimal zu Boden gestampft, wobei seine Intelligenzschicht und sein Offizierskorps in den ersten Monaten von Hitlers und Stalins Schergen ermordet wurden. Die Franzosen verloren ihr Kolonialreich, Britannien war im Dezember 1940 bankrott, mußte alle seine überseeischen Anlagen verpfänden — zur ungeheueren Befriedigung und zum Vorteil seiner amerikanischen Vettern — und verlor bald darauf sein Empire auch.

Wo liegt der Ursprung von alledem? In dem haßerfüllten Klassenkampf, zu dem die Marxisten und, in einem zunehmend gewalttätigen Umfang, die Sozialisten getrieben hatten? Oder hatte der Rassenkampf den Klassenkampf um 1933 verdrängt, als das Weltjudentum — mit französischen Politikern wie Léon Blum und Georges Mandel an der Spitze — sich für einen Kreuzzug der Rache gegen Hitler und seine Anhänger wappnete, einen unbarmherzigen Kreuzzug, der mit den Heeren anderer Völker und mit dem Blut anderer Völker ausgefochten werden sollte? Mehr als alles andere er-

schütterte mich ein Brief, den ich entdeckte, als ich die Biographie von Winston Churchill schrieb — ein Brief in den Archiven von Churchills grauer Eminenz Chaim Weizmann (der spätere Präsident des Staates Israel). Indem Weizmann beim britischen Premierminister sich dafür einsetzte, daß die jüdische Einwanderung nach Palästina verstärkt und eine jüdische Armee erlaubt werde, bot er ein politisches Geschenk an: Er schrieb, Churchill erinnernd, am 10. September 1941, daß die jüdische Gemeinschaft in den Vereinigten Staaten die größte ethnische Gruppe sei, die noch Britanniens Krieg gegen Hitler unterstütze; er betonte, daß allein diese jüdische Gemeinschaft die Vereinigten Staaten 1917 an der Seite Britanniens in den Ersten Weltkrieg gebracht habe; und er versprach, daß sie das wieder tun könnte, was sie vorher getan hatte. (David Irvings *Churchill*-Biographie erscheint im Herbst 1990 bei der Verlagsgruppe Ullstein-Langen Müller.)

*

Daher ist es eine Verleumdung, Hitler und seine großartige Strategie allein als den einzigen Ursprung des europäischen Unglücks anzusehen. Was können wir mit Gewißheit über Hitler aussagen — wenn wir die zunehmend absurderen Standpunkte übersehen, die von den halbblinden Professoren eingenommen werden, die gegenwärtig Geschichte an den westdeutschen Geschichtsinstituten lehren? Erstens, daß Adolf Hitler ein Patriot war — vom Anfang bis zum Ende war er bestrebt, die frühere Einheit, Größe und Pracht Deutschlands wiederherzustellen. Nachdem er 1933 an die Macht gekommen war, setzte er das Programm durch, dessen Verwirklichung er seit 1922 versprochen hatte: er stellte das Vertrauen in die zentrale Reichsregierung wieder her; er baute die deutsche Wirtschaft wieder auf; er beseitigte die Arbeitslosigkeit; er baute die abgerüstete Wehrmacht wieder auf, und dann benützte er diese neugewonnene Stärke, um Deutschlands Souveränität wiederzuerlangen, und er ließ

sich auf sein Abenteuer der Gewinnung von Lebensraum im Osten ein. Er hatte keinerlei böse Absichten gegenüber Britannien und seinem Empire, ganz im Gegenteil. Doch dies hinderte die lügenden deutschen Emigranten, die nach Britannien geflohen waren, nicht daran, allen, die zuhören wollen — oder die zum Zuhören gebracht werden konnten — zu verkünden, daß das britische Empire in Gefahr sei.

Hitlers Außenpolitik wurde von dem Wunsch nach sicheren Grenzen geleitet und von der Notwendigkeit einer Ausdehnung nach dem Osten: Hitler hatte wenig Interesse an Südtirol, überhaupt keines am Elsaß und an Lothringen. Er rechtfertigte die Wiederaufrüstung Deutschlands unter Verletzung des Versailler Vertrages mit dem Hinweis auf die Unterlassung der anderen Vertragsunterzeichner, ihre Abrüstungsverpflichtungen zu erfüllen.

Der Krieg hatte seinen Ursprung in den schlecht gezogenen Grenzen in Europa, die Überbleibsel des Versailler Vertrages waren. Deutsche waren von Deutschen getrennt worden, und es war Hitlers Wille, daß sie wieder vereinigt werden sollten. Im Fall des Rheinlandes war es leicht: Hitler konnte vollendete Tatsachen schaffen und es erhalten. Was Österreich betraf, war es ebenso leicht: wie Sir Alexander Cadogan, Staatssekretär im britischen Foreign Office, vertraulich schrieb, hatte man Deutschland und Österreich aus Haß getrennt gehalten — das Foreign Office war völlig falsch unterrichtet über die Stärke der prodeutschen Gefühle Österreichs. (Der österreichische Gesandte in London, Georg Franckenstein, beschloß, in Britannien zu bleiben: er trat dem britischen Geheimdienst, dem M. I. 6, bei; und er wurde »Sir George Franckenstein« noch vor Kriegsende!)

Die Kräfte, die Deutschland in den Krieg trieben, saßen gerade nicht in Berlin. Joseph Stalin hoffte auf einen europäischen Konflikt, aus dem die Sowjetunion als lachender Dritter hervorgehen würde, während der Rest von Europa in Trümmern liege. Als Franklin D. Roosevelt im September 1938 gefragt wurde, ob ein europäischer Krieg für die Verei-

nigten Staaten nützlich sei, erklärte er seinem Kabinett (wie das private Tagebuch von Innenminister Harold F. Ickes ausweist): »Ein Krieg in Europa kann für uns nur gut sein. Sie müssen ihre Waffen und Munition von uns kaufen. Das Gold von Europa fließt schon so schnell zu uns, daß wir nicht genug Kriegsschiffe haben, um es über den Atlantik zu bringen!« Später, im Jahre 1939, sollten Hitlers Truppen in Warschauer Archiven die Telegramme der polnischen Botschafter in London, Paris und Washington finden, aus denen hervorging, wie F. D. Roosevelt damals jene Regierungen zum Krieg gegen Deutschland trieb, während er sich als Friedensmacher hinstellte. Als das deutsche Auswärtige Amt 1940 die gefundenen polnischen Telegramme veröffentlichte, verneinte Graf Zerzy Potocki, der polnische Gesandte in Washington, daß sie authentisch seien; aber sie waren es — ich habe selbst die Durchschläge in seinem Nachlaß im Hoover-Archiv in Kalifornien gesehen.

Ähnliche Kräfte kämpften in Britannien gegen den Frieden. Winston Churchill, allein und ohne Kabinettsamt seit 1930, hatte nach dem Krieg gegen jemanden — irgend jemanden — seit Jahren gerufen. Vom Juli 1936 an, als die Londoner jüdische Gemeinde (mit der starken Rückendeckung durch die amerikanischen jüdischen Gruppen) begann, ihn finanziell in einem wesentlichen Umfang zu unterstützen, richtete Churchill seine haßtriefenden feurigen Reden und Veröffentlichungen einzig gegen Deutschland. In diesem Kreuzzug fand er bereiten und oftmals finanziell vermögenden Beistand bei den Emigranten, die nach Britannien strömten. Wie der Zeitungskönig Lord Beaverbroock (später Minister im Churchill-Kabinett, dennoch ein stimmgewaltiger Kritiker) im März 1938 schrieb, »gibt es zwanzigtausend deutsche Juden in England — als Ärzte und Anwälte, bei Ermittlungsbehörden, in der chemischen Industrie usw. Sie arbeiten alle gegen eine Verständigung (mit Deutschland).« »Die Juden«, bemerkte derselbe Presselord in einem anderen Brief aus London, »haben in der hiesigen Presse eine

wichtige Stellung eingenommen . . . Schließlich bin ich erschüttert. Die Juden können uns in den Krieg treiben. Ich denke nicht, mit irgendeinem bewußten Vorsatz, das zu tun. Sie beabsichtigen zwar nicht, es zu tun. Aber unbewußt . . . bewegt uns ihr politischer Einfluß in jene Richtung.« (in D. Irving, aaO.) Das war auch die Ansicht von Britanniens Premierminister Neville Chamberlain; es war auch die Ansicht des US-Botschafters in Britannien, Joseph P. Kennedy.

Vielleicht war dies eine Übertreibung, eine Übervereinfachung. Vielleicht ist es gerechter zu sagen, daß es Nationen gab, deren ausgedörrte Wirtschaft nach Krieg dürstete. Alles, was wir nun mit Sicherheit sagen können, seitdem wir vollkommenen Zugang zu den Archiven haben, ist, daß bis München 1938 Deutschland in der Lage war, seine verlorenen Besitzungen zurückzuerhalten, ohne zum Krieg Zuflucht zu nehmen. Sogar nach Prag im März 1939 waren Mr. Chamberlain und die Franzosen zunächst geneigt, nur die Achseln zu zucken und Hitler diese Maßlosigkeit auch noch zu erlauben. Aber fast gleichzeitig warfen die latenten Kräfte der Anti-Hitler-Koalition — die britische Presse, die jüdischen Emigranten, die ausländischen Regierungen, die Finanzgewaltigen und Waffenhersteller — die letzten Fesseln der Zurückhaltung ab. Unter dem Druck von einigen oder allen diesen Kreisen verkündete Chamberlain Ende März 1939 eine verhängnisvolle Garantie für die Polen. Am 25. August 1939 wurde sie vom britischen Unterhaus ratifiziert. Da ihre Haltung auf diese Weise im letzten Augenblick versteift worden war, weigerten sich die Polen, die deutsche Forderungen anzuhören, und der Krieg wurde unvermeidlich.

Es war so, als ob der Frieden, immer ein gebrechlicher Schwimmer im Ozean der nationalen Konflikte, damit in eine plötzliche Strömung — eine verborgene Untiefe — gekommen sei, und er verschwand aus dem Blickfeld für die nächsten sechs Jahre.

London, im September 1989 David Irving

Personenverzeichnis

Die Zahlen in Klammern verweisen auf reine bibliographische Angaben. Nur die hauptsächlichen Ämter und Funktionen im behandelten Zeitraum sind berücksichtigt.

Bildnachweis

Ullstein: S. 12 — Editions Rencontre, Paris: S. 50 — Süddeutscher Verlag: S. 50, 95 — ECP. Armées: S. 50 — Will: S. 161 — Nationalbibliothek Wien: S. 161 — Keystone: S. 161 — Benoist-Méchin: S. 192, 233 — Radio Times Hulton: S. 198 — Dahlerus, *Der letzte Versuch:* S. 297.

Für diese elektronische Auflage wurden die folgenden Korrekturen vorgenommen :

(Seite, Zeile)

5, 24 : *(Inhaltsverzeichnis)* Annährung — Annäherung
6, 26 : *(falsche Seitenangabe)* : 251 — 250
8, 5 : mytisch — mythisch
9, 27 : skandalösten — skandalösesten
24, 14 : erleichtet — erleichtert
25, 22 : Abtrünninge — Abtrünnige
31, 28 : Rücktrit — Rücktritt
35, 6 : Zusammenarbeiten — Zusammenarbeit
35, 7 : Auffasung — Auffassung
43, 6 : Voegler — Vögler
52, 5 : verursachen — verursachten
56, 2 : statfinden — stattfinden
68, 1 : angelsächsiche — angelsächsische
74, 6 : Wirschaftsbereich — Wirtschaftsbereich
81, 11 : Lufwaffe — Luftwaffe
85, 17 : Stahlmagnate — Stahlmagnaten
96, 12 : Seeinheiten — Seeeinheiten
102, 26 : Enscheidung — Entscheidung
103, 32 : Volkerbundsrat — Völkerbundsrat
104, 24 : 1228 — 1128
111, 2 : Pari-Midi — Paris-Midi
121, 1 v.u. : Blutsverwandschaft — Blutsverwandtschaft
133, 26 : Ermordnung — Ermordung
134, 25 : Maßmahmen — Maßnahmen
146, 4 : östereichisch — österreichisch
152, 32 : lebensfähriger — lebensfähiger
162, 9 : Zentimenter — Zentimeter
175, 31 : von — vom
176, 32 : widerholte — wiederholte
181, 3 : längjährigen — langjährigen
197, 22 : Forsetzung — Fortsetzung
198, 25 : Kirkpatrik — Kirkpatrick

199, 2 : Lufwaffe — Luftwaffe
206, 20 : skandalösten — skandalösesten
208, 13 : Tschechoslowakeit — Tschechoslowakei
220, 16 : Fehlen — Fehler
227, 12 : völler — voller
232, 32 : Öfffentlichkeit — Öffentlichkeit
233, 15 : Reginal — Reginald
236, 1 : hervorufen — hervorrufen
242, 11 : Baudoins — Baudouins
243, 32 : Roosveelts — Roosevelts
246, 9 : Mrsg. — Msgr.
266, 16 : Zusatzprotokloll — Zusatzprotokoll
270, 1 v.u. : Enscheidungen — Entscheidungen
272, 3 : israelischen — israelitischen
280, 20 : Angriffs — Angriff
312, 30 : Aufstieg und Fall der Dritten Reiches — des
315, 27 : idem
317, 13 : Niedergang — Fall
323, 3 : Jobotinsky — Jabotinsky
324, 5 : Somalis — Somalias
338, 7 : Documente des Heiligen Stuhles — Dokumente
338, 8 : Librairia Vaticana — Libreria
350, 18 : Maßlosigkleit — Maßlosigkeit
351, 24 : Bernado — Bernardo
351, 33 : Baudoin — Baudouin
355, 21 : Bodgan — Bogdan
366, 28 : Taratescu — Tatarescu